

NEIN zur Diktatur

DR LA DEMOCRACIA

Chile erlebt zur Zeit die größte Volksbewegung gegen die fünfzehn Jahre währende Terrorherrschaft Pinochets seit den Generalstreiks 1986. NO, diese beiden Buchstaben sind Symbol der Hoffnung auf Veränderung und der tiefen Abneigung gegen die Militärdiktatur. Am 5. Oktober will Pinochet sich als einziger Kandidat dem Plebiszit stellen, um weitere acht Jahre zu herrschen.

Um sich die Mehrheitszustimmung zu sichern, hat der Präsident seine scheindemokratische Kandidatur mit einer Aufhebung des Ausnahmezustands und einer Lockerung der politischen Zensur begleitet. Daß dieser „Liberalisierung“ ihre bekannten Grenzen hat, zeigt das scharfe Vorgehen gegen die große Demonstration in der ersten Septemberwoche. Drei Tote, dutzende Verletzte und eine unbekannte Zahl von Menschen, die in den Gefängnissen verschwunden sind, zeigen die Grenzen der Demokratisierung unter Pinochet.

Vor allem die radikale Linke im Lande ist geschwächt. Nach dem gescheiterten Attentat auf den Diktator 1986 hatte sie unter schärfster Repression zu leiden. Die Opposition gegen den Diktator wird weitgehend von den rechten Parteien geführt. Nachdem die aus der Illegalität agierende Linke das Plebiszit zunächst boykottieren wollte, mußte sie feststellen, daß Christdemokraten und Sozialdemokraten, die günstigere legale Arbeitsmöglichkeiten haben, sich an die Spitze eines legalen NO-Bündnisses gegen Pinochet gesetzt haben, das die Abstimmung anerkennt und auf die Niederlage des Diktators setzt. Gesponsert wird die bürgerliche Opposition von den USA und der bundesdeutschen Christdemokratie. Diese internationale Pinochet-Opposition setzt auf eine kontrollierte Ablösung des Diktators bei gleichzeitiger Fortführung der unter ihm eingeleiteten Wirtschaftspolitik. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft soll danach konstitutiv für die Aufnahme in den Kreis der Nachfolger Pinochets sein. Ob die Rechnung der kontrollierten Ablösung aufgeht, eine radikale demokratische oder gar sozialistische Entwicklung zu verfordern, hängt nicht zuletzt von Dynamik und Erfolg der Massenbewegung ab.

Seite 14
Date 14



DKP

Die Gedanken sind los Heftiger Linienstreit

Eigentlich sollte der 9. Parteitag der DKP Anfang Januar 1989 ein ganz besonderer werden: Am 70. Geburtstag der KPD und am Ende des 20. seit Neugründung der eigenen Partei sollte ein neuer Aufbruch stehen. Statt dessen beginnt das Dokument der Parteivorstandsmehrheit zur Lage der DKP mit dem folgenden Absatz: „Die Gegenwart stellt wachsende Anforderungen an die Politik und Handlungsfähigkeit der kommunistischen Partei. Die Lage unserer Partei steht dazu im Widerspruch. Die Partei ist in der letzten Zeit in eine kritische Phase ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Entwicklung geraten. Unsere Handlungsfähigkeit ist gehemmt durch innere Differenzen und Konflikte in ideologisch-weltanschaulichen Grundfragen und Fragen der weiteren Parteientwicklung, durch Stagnation und Rückgang in der Aktivität und der Mitgliederentwicklung, durch Verluste an öffentlichem Einfluß.“ Dies steht nicht in einem vertraulichen, sondern einem offiziellen DKP-Papier. Nur Hemmnisse? Benötigt eine relevante Minderheit in der Parteispitze diese Beschreibung. Offenkundig sei der Mehrheit „das Ausmaß und der Charakter unserer Schwierigkeiten“ nicht klar. — Die DKP streitet, das ist ungewöhnlich, aber sympathisch. Die Fragen, um die es geht, sind spannend und von Relevanz für die Linke, wenngleich vieles nicht so neu ist, wie es sich dünkt.

Nahzu Sensationelles war in der UZ vom 5. September zu lesen. Noch vor Abschluß der 13. Parteivorstandstagung vom 3./4. September hatten die UZ-Korrespondenten einen Bericht verfaßt, der die Partei darauf vorbereitete, daß es in ihrem Führungsgremium tiefgreifende Differenzen gibt. Von einer „Außerhalb kontrovers geführten Diskussion“ berichtete die UZ und gab Auszüge aus dem Referat von Herbert Mies wieder, der „zwei Richtungen oder Linien (...) in fundamentalen Fragen“ in der Partei feststellte und der UZ-Leserschaft mitteilte: „Mit zwei Linien nebeneinander könne auf Dauer keine kommunistische Partei leben.“ Am nächsten Tag war das „Parteiwunder“ perfekt: Das erste Mal in der Geschichte der DKP — soweit uns bekannt — bestand eine relevante Minderheit im höchsten Gremium

auf Abfassung der eigenen Position. Gegen einen Mehrheitsentwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ stimmten 14 der 94 Vorstandsmitglieder, vier enthielten sich. Wie viele dem Papier der Minderheit zugestimmt haben (man kann vermuten 14), wurde nicht bekanntgegeben. So werden dem DKP-Parteitag im Januar zwei unterschiedliche Papiere zur Zukunft der Partei vorliegen.

Worum geht's? Als Antwort auf die „globalen Bedrohungen“ und die „tiefgreifende Umbruchperiode“ will die DKP einerseits ein neues Reformprogramm und andererseits eine Parteireform auf den Weg bringen. Längst haben sich die Parteitagsvorbereitungen zu einer Diskussion um die Krise der Partei ausgeweitet.

Fortsetzung auf Seite 33



I W E

„Die schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Krieg“ nennen Innenpolitiker den Schutz des Westberliner IWF-Treffens. Die Creme des internationalen Finanzkapitals, die Mitverantwortlichen für Ausbeutung und ökologische Zerstörung, für Hunger, Elend und brutale Unterdrückung berufen ihre Finanzstrategien gegen die Länder der „3. Welt“. Ein heftiger Grund für heftige Aktionstage und eine Riesendemo am 25. September.

Das Chile Augusto Pinochets kann sich auf den bundesdeutschen Imperialismus verlassen. Als im Dezember letzten Jahres ein 250-Millionen-Dollar-Großkredit im Direktorium der Weltbank zur Abstimmung stand, gab die BRD den Ausschlag für die Zustimmung. Das Beispiel Chile verweist auf die führende politische und ökonomische Glaubwürdigkeit des Exportweltmeisters BRD. Was hat das bundesdeutsche Kapital von der IWF-Tagung zu erwarten?

Woran liegt es, daß die Debatte um die sogenannte Schuldenkrise immer mehr das Bild einer allumfassenden Solde angenommen hat, die den Zustrom all der Linken kaum noch zu erfassen vermag, die brav ihre Bereitschaft anmelden, sich zusammen mit Bankiers — wenn schon nicht in Geld — so doch wenigstens im modernsten geldtechnischen Vokabular zu wälzen? fragt Delf Hartmann und schreibt über Sozialen Krieg und Akkumulation, über Karl Marx und Rosa Luxemburg Seite 3 ff.



KURDISTAN Massaker und Vertreibung

Im Juli griff die irakische Armee mit rund 30.000 Soldaten die im Norden des Iraks operierenden Peaschnergas der Demokratischen Partei Kurdistans an. Im August erfolgte eine zweite Offensive. Bis zu 60.000 Mann der irakischen Armee begannen, das Gebiet südlich der türkischen Grenze zu evakuieren, wobei systematisch Giftgas eingesetzt wurde. Mindestens 100.000 Menschen verließen aus Angst vor diesen Giftgasangriffen in Panik ihre Häuser. Nach einem Bericht von amnesty international hat die irakische Armee ganze Dörfer durch Bombardierungen dem Erdboden gleichgemacht, es handle sich um die „vorsätzliche und systematische Vernichtung von großen Teilen einer Minderheit“.

Der Irak setzt seit vier Jahren im Golfkrieg Giftgas gegen den Iran und die Kurden ein. Ein Protest der 105 Nationen, die das Abkommen über das Verbot chemischer Waffen unterschrieben haben, ist jedoch ausgeblieben. Die von Vertretern aller kurdischen Parteien im Irak bei der UNO vorgebrachte Bitte um

Einrichtung einer Kommission, die parallel zu den Verhandlungen zwischen Irak und Iran eine Friedenslösung für das kurdische Volk erarbeitet, wurde abgewiesen. Die Friedensverhandlungen, äußerte UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar, seien ohnehin „bereits kompliziert genug“.

Aus der BRD sind rund 1000 Firmen auf beiden Seiten am Kriegsgeschäft beteiligt gewesen. Zwölf Firmen der BRD stehen im Verdacht, den Gaskrieg des Irak überhaupt erst ermöglicht zu haben. Seit Ende 1987 wird deswegen staatsanwaltlich ermittelt — wobei es bisher auch geblieben ist.

Ausgerechnet die Türkei war der letzte Ausweg für die irakischen Kurden, das Massaker zu überleben. Nachdem die Türkei anfangs ihre Grenze vor den Flüchtenden geschlossen hatte, haben sich nun, nachdem die Regierung erklärte, sich um die Flüchtlinge kümmern zu wollen, zwischen 50.000 und 120.000 Kurden in die Türkei retten können.

Seite 15

Agnoli:
Immer noch
kein
Staatsfreund
S. 31

**Kein
Oskar
für
die SPD
S. 27**

**Roeder:
NS-Mann
im
„Pflasterstrand“
S. 30**

Zimmermann:
Neues
Ausländer-
recht
S. 8

Ulla Penselin frei, Ingrid Strobl weiter in Haft

he.

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Sitz- und Verlags-Kooperati-
ve GmbH, Lindenallee 4, 2000
Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag
040/43 53 20; Abverwaltung
040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich
Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonne-
mentpreis jährlich DM 60,-, halbjähr-
lich DM 33,- (als Förderabo jährlich
DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Be-
zahlung im Abruf, sonst PGiRA Ham-
burg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-;
erscheint vierwöchentlich. Bei Nichter-
scheinen durch höhere Gewalt keine
Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigen-
tumsvorbehalt: "Nach diesem Eigen-
tumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange
Eigentum des Absenders, bis sie dem
Gefangenen persönlich ausgehän-
digt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Aushändigung im Sinne des
Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem
Gefangenen nicht persönlich ausgehän-
digt, ist sie dem Absender mit dem
Grund der Nichtaushändigung zurück-
zusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage
zugefügt.

Bankertreffen in der Frontstadt

6.000 ständig abrufbereite Westberliner Polizisten, 2.700 zusätzlich geordnete Uniformierte aus der BRD sowie 1.000 private Bodyguards: Das sind die neuen Dimensionen, mit denen der Westberliner Senat den alten Ruf der Stadt als „Frontstadt“ aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank wieder aufzupolieren trachtet. Wer von den Herrschenden hätte sich allerdings noch vor wenigen Jahren träumen lassen, daß die „schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Krieg“ (so der Sprecher des Innensenats, Birkenbeul) nicht dem sozialistischen Umland Westberlins, sondern dem inneren Feind, in diesem Fall Protesten und Widerstand gegen die IWF- und Weltbank-Jahrestagung vom 26. bis 29.9.1988 gilt.

Die Anforderungen an die polizeiliche Umsicht sind hoch: Fallen doch rund 1.000 Banker, Notenbankchefs, Finanzminister und ähnliche Koordinatoren von Reichtum und Elend in die Stadt ein und wollen dann ohne Gefahr für Leib und Leben vom Flughafen zum Tagungsort ICC, von dort zu den diversen, schon jetzt überwachten Hotels gelangen und sich schließlich abends in der „Kulturhauptstadt Europas“ nicht nur aus kulturellem Interesse tummeln. Aber auch die Ehefrauen der angereisten Herrschaften, ihre Zahl wird auf 800 bis 1.000 geschätzt, gilt es zu unterhalten. Am Dienstag, den 27.9. etwa wird für die Gattinnen der Gouverneure um 12.45 Uhr ein Imbiß im Schloß Charlottenburg gereicht; als Gastgeberinnen fungieren die Damen Stoltenberg, Klein und Pöhl. Eine Sprez- und Kanalarundfahrt schließt sich an, wahlweise um 14.00 Uhr ein Besuch im Ethnologischen Museum; am 28.9. kann ab 9.00 Uhr das Jagdschloß Grunewald besichtigt werden usw. etc.

Die Verhandlungen im ICC, der Schutz der ständigen An- und Abfahrten, der Hotels sowie der zahlreichen Empfangs- und kulturellen Albernheiten werden permanent die Sperrung irgendwelcher Hauptstraßen, mithin ein dauerhaftes Verkehrschaos in der Stadt garantieren. Darüber hinaus behält man sich vor, wie Innenminister Kewenig verordnet hat, Kreuzberg erneut abzuriegeln (wie schon anläßlich Ronalds Stippvisite am 12.6.87).

Polizei in Aktion

Polizei in Aktion

Der staatliche Gewaltapparat arbeitet mit- hin auf Hochtouren, wobei Widerstand weitgehend verhindert und, so ist zu vermuten, soweit als möglich aufgerollt und zerschlagen werden soll. (Kewenig hatte nach dem 1. Mai die „Zerschlagung“ der Autonomen bis Herbst 88 angekündigt.) Inzwischen hat der Staat einige Kostproben davon gegeben, wie er das vorhandene gesetzliche Instrumentarium zu nutzen und zu interpretieren gedenkt, um Aktivitäten gegen den Kongreß zu bedrohen: — Seit August wird regelmäßig die sonntägliche „Antimperialistische Stadtrundfahrt“ gestoppt, die Teilnehmer werden unter Berufung auf das „Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG) zum Teil mit Video gefilmt, zur Herausgabe ihrer Personalien gezwungen und diese dann, laut Äußerungen eines Einheitsleiters, in Listen erfasst und zur Weiterbearbeitung an eine andere Dienststelle weitergegeben (s. Westberlin, 12.9.). Die Polizei benutzte in diesem Zusammenhang den noch neuen Gummibegriff der „Anschlagsrelevanz“; in diesem Fall nämlich in Bezug auf die bei der Stadtrundfahrt angefahrenen Konzernniederlassungen von Siemens, Daimler, IBM, aber auch Sarotti und andere.

— Am 26.8. fanden am Anhalter Bahnhof unter Berufung auf den sog. Anti-Terror-Paragrafen III („Sonderkontrollstellen“) erstmals Kontrollen innerhalb des Stadtgebietes statt. Von 13.00 bis 16.00 Uhr hatte die Polizei an beiden Ausgängen des S-Bahnhofs Sonderkontrollstellen errichtet. Niemand konnte den Bahnhof ohne Gepäck- und Identitätsüberprüfung verlassen. Da solche Kontrollstellen eigentlich nur nach „terroristischen Aktionen“ und bei konkreten Hinweisen auf Täter möglich sind, wurde in diesem Fall der Paragraph als „Lex IWF“ („Spiegel“) umfunktioniert. Laut „Spiegel“ (36/88) hatte sich Generalbundesanwalt Rebmann „bereits im Mai vom Bundesgerichtshof ermächtigen lassen, jederzeit und überall Passanten an mobilen Kontrollstellen kontrollieren und durchsuchen zu dürfen“. Angesichts dessen ist die Behauptung der Westberliner Polizei,



man habe nach den RAF-Mitgliedern Barbara und Horst Mayer gefahndet, nicht einmal originell.

— Im Rahmen einer bundesweiten Aktion wurden am 8.9.88 von der Polizei auf Antrag von Rebmann über 30 „Objekte“ durchsucht (davon vier Wohnungen und ein Haus in Kreuzberg). Ermittelt wurde nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). Es wurden die Wohnungen von Leuten durchsucht, die verdächtig seien, mit „einer Person“ aus dem Raum Stuttgart (deren Namen nicht genannt wurde) bekannt zu sein. Gegen diese Person ohne Namen wiederum wurde ermittelt, da sie „im Verdacht“ stünde, Mitglied der RAF zu sein (s. taz, 9.9.). Vor- sicht ist also ab sofort bei der Bekanntschaft mit solchen Personen geboten, deren Name im Falle des Falles gar nicht erst bekanntgegeben wird.

— Eine schwere Benachteiligung der freien Zufahrt nach Westberlin ist durch das BKA vorbereitet. So berichte- te der „Spiegel“, daß es von den Nachrichtendienstlichen Listen „reisender Gewalttäter“

„Spiegel“, daß es von den Nachrichten- dienstlichen Listen „reisender Gewalttäter“ erstellt, um diese an den Grenzkontrollstellen zur DDR am Transit nach Westberlin zu hindern.

— Bei der Durchsuchung von 22 „Objekten“ im gesamten Bundesgebiet (davon sechs in Westberlin) am 31.8., bei der die Bundesanwaltschaft angeblich nach RAF-Texten fahndete, beschlagnahmten die Beamten Ausgaben der Zeitschriften „e.colibri“ und „radikal“ sowie Flugblätter zum IWF.

— Bei einer Veranstaltung am 12.9. im Westberliner Mehringhof zum Thema „Verfassungs- und Staatsschutz“ wurde ein drauß vor der Tür hinter seinem Büchertisch sitzender Mann unbemerkt festgenommen. Da dieser Mensch gleichzeitig einen Kopier- und Infoladen betreibt, wurde sodann dieser durchsucht, die vier dort Anwesenden vorläufig festgenommen und danach die Wohnungen von allen Häusern durchsucht. Begründung: Gegen den Mann liefe ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt (und zwar bei der Hausdurchsuchung am 8.9.88 in Kreuzberg).

Damit aber noch nicht genug. Nun fiel der Generalbundesanwalt ein, daß sie gegen den Kopierladen Betreiber wegen des Verdachts eines Verstoßes nach § 129a ermittelte. So wurde der Laden tags darauf erneut durchsucht und fünf Säcke Material sichergestellt sowie die Räumlichkeiten verwüstet. Das Ganze fand, da Gefährte im Verzug behauptet wurde, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl statt.

Gefahr im Verzug behauptet wurde, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl statt. Am Nachmittag darauf wurde der Mann freigelassen.

— Stolz verkündete die Westberliner Polizeiführung am 14.9., daß während der Aktionstage gegen IWF und Weltbank mehr als 1.000 Beamte in Zivil eingesetzt werden, um „Störer“ festzunehmen.

Soweit der Stand staatlicher Repressionsmaßnahmen bis zur Niederschrift dieses Artikels, wobei sich von selbst versteht, daß daneben der normale Überwa-

chungs- und Repressionsalltag in Westberlin längst intensivere Formen angenommen hat.

Ein bißchen linke Einheit

Die Provokation, die die (übrigens 30 Millionen Leute) Organisation der IWF-Weltbank-Tagung durch den Senat darstellt, trifft allerdings auf eine Linke in der Stadt, die sich dieses Mal besser auf die zu erwartende Repression vorzubereiten sucht. Weder ist es interessierten Kreisen z.B. aus dem SEW-Umfeld gelungen, die Förderung der staatlichen Repression aus der innerlinken Diskussion herauszuhalten; noch wurde auf der anderen Seite des linken Spektrums die Realität staatlicher Repressionsmöglichkeiten durch übermäßiges Vertrauen in die eigene Kraft heruntergespielt.

So wurde am 16.9. eine vom ASIA der TIJ im Aodamas veranstaltete gut besuchte Informationsveranstaltung durchgeführt, auf der über zu erwartende Repressionen, über die Möglichkeiten der Gegenwehr der über zu erwartende Repressionen, über die Möglichkeiten der Gegenwehr und der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wurde. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Netzwerk, dem (autonomen) Ermittlungsausschuß, der Zeitschrift CLIP, der Roten Hilfe, der AL, dem KB, dem Knast-Info-Telefon und anderen — einem recht breiten Spektrum also.

„Stadtfreiheit trotz IWF-Kongreß“ nennt sich ein Zusammenschluß, den die Liga für Menschenrechte, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Republikanische Anwältenverein, der Verband demokratischer Juristinnen, die Berliner Strafrechtsvereinsvereinigungen, die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die Humanistische Union, das Friedensmuseum und die Gustav-Heinemann-Initiative angehören. Die Gruppen beabsichtigen, den Ablauf der geplanten Demonstration und das Verhalten der Polizei dort und überhaupt zu beobachten, um über ein täglich besetztes Büro Informationen an Presse und Öffentlichkeit weiterzuleiten.

Ein ebenfalls breites Bündnis linker Gruppen und Einzelpersonen wird ab 24./25.9. täglich eine Massenzion in der Auflage von 50.000 Exemplaren in Westberlin verteilen. Der „Zahlag“ erscheint jeweils zur Hälfte mit einem täglichen inhaltlichen Schwerpunktthema, die andere Hälfte wird in aktuellen Berichten über die stattgefundenen Aktionen sowie die Repressionen des Staates informiert.

Spät, aber noch rechtzeitig, haben sich mithin Teile der Linken darauf besonnen, dem von oben für die IWF-Tagung mehr oder minder unerwähnt propagandistische und organisatorisch vorbereiteten Polizeistaat entgegenzuarbeiten. Denkbar, daß dies auch die Bedingungen für die vielen Aktionen während der Aktionstage verbessern hilft.

Großdemo: Bitte nicht weh tun

Nicht geübt haben diese Ansätze effektiver Bündnisarbeit (die versucht, mit dem vorhandenen Gegensätzen positiv umzugehen) bei der Vorbereitung des Demonstrationsgeschehens während der

IWF-/Weltbanktagung. Frühzeitig schon waren Autonome und Antitups stillschweigend aus der Demo-Vorbereitungsgruppe ausgestiegen, so daß AL, SEW sowie kirchliche und Friedensgruppen recht bald weitgehend allein, und das nicht ungern, am Tisch saßen. Da fiel dann schon mal das Wort von den „Kollegen von der Polizei“ und der Streit wogte hin und her, ob die Demo schon um 11 Uhr oder mit Rücksicht auf die Kirchgänger unter den DemonstrantInnen erst um 13 Uhr beginnen solle. Als dann ging man heran, zunächst noch unter beträchtlicher Einflußnahme der Jusos (die sich danach auf Druck des SPD-Landesvorstandes unter dem Vorwand, der Abschluß der Demo sollte ihnen nicht, zurückzogen), einen Demonstrationsauftritt mit inhaltlichem Null-Niveau zu verfasen, der für jeden etwas enthält mit der Einschränkung, niemandem dabei weh zu tun. Die Begriffe „Kapitalismus“, „Imperialismus“ oder „bewaffnete Befreiungsbewegungen“ tauchen in diesem Aufruf, immerhin soll es sich ja um eine Demonstration gegen den IWF handeln, nicht auf. Bemerkenswert, daß diese Bündnispolitik mit den Prädikatsmerkmalen „geschickt“ — die ideologische Selbstverleugnung ermöglicht eine ganz breite Mobilisierung — und „schlau“ — radikalere Forderungen sind in allgemeineren Formulierungen aufgehoben — leider völlig den Intentionen der AL-Vertreter entsprach: „Entscheidend ist die Menge der Unterzeichner.“

Ein bißchen Hoffnung besteht nun aber doch noch, daß die Demonstration trotz ihres nichtssagenden Aufrufs eine internationalistische, antimperialistische Tendenz erhalten wird. Da bis zuletzt kaum absehbar sein wird, inwieweit die Aktions- und die geplante „internationalistische Demo“ am 29.9. durchführbar sind, liegt es eigentlich nahe, auch am 25.9. mit entsprechenden Inhalten auf der Straße zu sein und die politische Aussagekraft der Demonstration zu erhöhen. An der Spitze des Zuges, der vom Kanzler-Eck über den Ku-Damm zum Kaiser-Eck Messestadt in ICC-Nähe führt, soll nach bisherigem Stand ein Frauen-Block laufen, gefolgt von Lateinamerika- und Internationalismusgruppen. Ein „Christenblock“ findet sich des weiteren in der Demo ebenso wie ein „Jugendblock“, ein „Gewerkschaftsblock“ (HDV und IG Druck unterstützen die Demo), ein Block ausländischer Gruppen und viele mehr.

Die Abschlussskundgebung wird von den erwarteten 30 bis 50.000 Demonstrationen Standfestigkeit und Konzentration verlangen, denn hierfür sind neunzig Minuten veranschlagt. Als RednerInnen

verlangt, denn hierfür sind neunzig Minuten veranschlagt. Als RednerInnen wurden eingeplant der brasilianische Arbeiterführer Luis Inacio da Silva („Lula“), eine Gewerkschaftsvertreterin aus Südafrika sowie Vandana Shiva aus Indien, die als Mitglied des „Rainforest Action Networks“ den Kampf gegen die ökologische Verwüstung der „Dritten Welt“ repräsentiert. Über den westeuropäischen bzw. deutschen Beitrag auf der Kundgebung war bei Abfassung dieses Artikels noch keine Einigung erzielt. Nach bewährtem konfliktfreiem Vorgehen wurde jedoch die geplante Abschlusserklärung des „Internationalen Gegenkongresses“, der an den Vortagen stattfindet (vgl. AK 297), ins Gespräch gebracht. Die bisherigen Entwürfe hierfür sind zwar wesentlich ausführlicher und präziser als der Demo-Aufruf, die einfache, aber offensichtlich doch so schwere Wahrheit, daß sich am Elend der „Dritten Welt“ wesentlich nichts ändern wird, solange Kapitalismus und Imperialismus bestehen und die Welt nach ihrer Logik zurecht, ist auch hier nicht erwähnt.

Autonome machen eigene Demo

Die unmittelbar nach Abschluß des IWF für Donnerstag, 29.9., geplante „internationalistische Demo“ war lange im Gespräch, ist dann aber erst seit Anfang September propagiert worden. Offensichtlich in Reminiszenz an die überraschend gut besuchte und erfolgreich durchgeführte „Revolutionäre 1. Mai-Demo 1988 in Kreuzberg (7.000 TeilnehmerInnen)“ wurde die internationalistische Demo von autonomer Seite im Alleingang geplant. Angesichts der aufgefahrenen Polizeistaatsmaschinerie kann dies ein prekäres Unternehmen sein. Der erste und bisher einzige Aufruf fällt nicht erkennen, daß sich die OrganisatorInnen um Bündnisse bemühen möchten. Trotzdem ist natürlich jede Demonstration zu begrüßen, die gegen den IWF gerichtet ist und deutlich die Solidarität mit den Kämpfen in der „Dritten Welt“ zeigen will.

J., Westberlin



IWF-Weltbank-Kampagne

Vom 26. bis zum 29. September treffen sich in Berlin die wichtigsten Herren (auch einige Damen) der internationalen Finanzwelt zur diesjährigen Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, um ihre Ausbeutungsstrategien erneut zu beraten. Diese Tagung wird von so massiven Kritiken und Protesten begleitet werden, wie es die beiden Organisationen seit ihrer Gründung noch nicht erlebt haben.

* Drei Tage vor Beginn der Tagung wird die Reihe der Gegenveranstaltungen eröffnet mit dem **Gegenkongreß** (23. und 24. September) in der TU Berlin. In insgesamt 10 Foren sollen u.a. politische Alternativen und Strategien oppositioneller Kräfte diskutiert werden. Zugelassen haben unter anderem Elmar Altvater, André Gunder Frank, Jörg Hoffschmidt und verschiedene Gewerkschafter aus Lateinamerika.

* Am 25. September, direkt im Anschluß an den Gegenkongreß, findet die **Großdemonstration** zum Tagungsort, dem ICC statt. Hauptredner wird der Vorsitzende der brasilianischen Metallgewerkschaft, Luis Lula da Silva sein.

* Für die Zeit vom 26. bis 29. September ruft das Trägerbündnis unter dem Motto „Wut, Witz, Widerstand“ zu Aktionen verschiedener Art vor Konzernen, Banken usw. auf.

* Das in der Nachfolge der Russellertribunale stehende **Permanente Tribunal der Völker** (Lelio Basso-Tribunal) tagt am 26. und 27. September in der TU, um Weltbank und IWF den Prozeß zu machen.

* „Sozialistischer Weltfunk gegen IWF und Weltbank!“ ist das Motto für den **Jugendblock** linker und alternativer Jugendgruppen bei der Demonstration am 25.9. Treffpunkt: 10.30 Uhr vorm Cafe Kranzler, Kudamm / Ecke Joachimshalerstr. Anlauf- und Informationsstelle: Kampagnenbüro, Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61, Tel. 030-6145098

Klassenkampf statt Almosen

Zum Aufruf des Westberliner Bündnisses zur Demonstration hat die KB-Gruppe in Westberlin eine Kritik geschrieben, die wir im folgenden auszugsweise abdrucken. Zunächst betont sie, daß sie die geplante Demonstration unterstützt und zu ihr mobilisieren wird, dies allerdings nicht mit dem vorgelegten Aufruf, da dieser sich weitestgehend auf eine humanistische bzw. sozialdemokratische Sichtweise des Verhältnisses zwischen dem Imperialistischen Staat und den Ländern der Dritten Welt beschränkt:

Der „offizielle“ Demo-Aufruf fordert: Auf einer internationalen Schuldenkonferenz, bei der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können, sollen die konkreten Bedingungen der Schuldensicherung festgelegt werden. Bis dahin sollen alle Schuldensicherungen eingestellt werden. Eine solche Forderung, die wir jederzeit mittragen. Es stellt sich jedoch die Frage: Wie läßt sich so etwas durchsetzen? Und weiterhin: Was dann?

Nach unserer Überzeugung kann eine solche Schuldenkonferenz nur als Ergebnis von Kämpfen gegen die Interessen des Kapitals in den Schuldner- und Gläubigerländern zustande kommen. Appelle an die Vernunft und den Gerechtigkeitssinn des internationalen Kapitalismus sind lächerlich. Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß seit ca. 20 Jahren ein beträchtlicher Teil der politischen Arbeit der Linken in der BRD und Westberlin ein Versuch ist, internationale Solidarität zu praktizieren. Eine Solidarität, die sich nicht in milden Gaben in Form von Hungerhilfe oder (alternativ) der Umlagerung von Biogasanlagen erschöpft, sondern um die Notwendigkeit der Unterstützung der bewaffneten Kämpfe um Befreiung wußt. Die vielgerühmte „Hilfe zur Selbsthilfe“ heißt daher für uns in erster Linie Zuarbeit für die bewaffneten Befreiungsbewegungen und andere kämpferische Massenbewegungen in der „Dritten Welt“. Zuarbeit durch materielle Hilfe und breite Info-Arbeit über die Zustände in diesen Ländern, Aufklärung über die Verantwortung der kapitalistischen Banken und Konzerne aus den Metropolen bei der Ausplünderung der „Dritten Welt“.

Diese Tatsachen werden im Aufruf folgendermaßen verdreht: „Deshalb brauchen die politischen und sozialen Bewegungen, die ihre Lebensinteressen gegen das Machtverhältnis von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten durchsetzen müssen, unsere Solidarität.“ Was sich die Aufruf unter „politischen und sozialen Bewegungen“ vorstellen, die „ihre Lebensinteressen durchsetzen müssen“, unter welchen Bedingungen dies geschieht, wird nicht erläutert. Was die Aufrufunterzeichner sich nicht drunter vorstellen mögen, sehr wohl. Scheinbar wertneutral heißt es: „Elend und Not führen zu gesellschaftlicher Solidarität“.

„Elend und Not führen zu gesellschaftlicher Solidarität“ ist die landläufige Bezeichnung der Herrschenden u.a. für den Befreiungskampf, den die Mehrheit eines Volkes gegen seine Unterdrücker führt. Der Kampf der FMLN in Salvador, der Kampf der Sandinisten gegen die Contra, der Kampf Mosambiks gegen die RENAMO usw. wären demnach als „regionale Konflikte“ zu verstehen. Die Verwendung dieses pseudoobjektiven Begriffs sollte schon stutzig machen: ihn gleichberechtigt neben Diktaturen und Kriegen wiederzulegen, als eine Folge „gesellschaftlicher Erschütterungen“, ist der zynische Ausdruck einer Gewaltfreiheitsideologie, die den Kampf um Befreiung mit Eroberungskriegen in Massenentzweiung der Herrschenden auf eine Stufe stellt, weil augenscheinlich alle diese Aktionen mit Waffengewalt verbunden sind. Was im Kern bleibt, ist eine Politik, die schon immer die Gewalt der Herrschenden hingenommen und mitorganisiert hat: sozialdemokratische Politik, versöhnen statt spalten. (...)

Es ist politisch verhängnisvoll und destruktiv, in einem Aufruf zu einer Demonstration gegen den IWF beiseite zu lassen, daß der IWF als von den führenden kapitalistischen Staaten beherrschte Institution in entscheidender Weise für die wirtschaftliche Ausbeutung, für Hunger, Elend und brutale Unterdrückung in der „Dritten Welt“ ebenso verantwortlich ist wie die rücksichtslose Zerstörung der natürlichen Lebensvoraussetzungen. Ein solcher Aufruf stellt eine Mißachtung der vom Imperialismus bedrohten und ausgeplünderten Völker dar und karikiert außerdem den politischen Willen vieler Menschen hier, den Ausbeutenden deutlich ihre Solidarität zu bekunden. (...)

Kommunistischer Bund/Westberlin

Internationale Schuldenkrise:

Die Gläubigerposition der BRD

„Die Erfahrung aus drei Jahrzehnten Entwicklungspolitischer Zusammenarbeit hat gezeigt, daß marktwirtschaftliche Elemente auch in den Entwicklungsländern dazu beitragen, daß Menschen ihre Fähigkeiten bestmöglich entfalten können“ — so lautet das zynische, konservativ-liberale Credo der Bundesregierung in ihrem siebten entwicklungspolitischen Lagebericht. Denn es sei kennzeichnend für „wirtschaftlich erfolgreiche Länder in der Dritten Welt“, daß sie „ihre Volkswirtschaften weitgehend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausrichten“. Privatwirtschaftliche Zusammenarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer“ (7. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 16.3.88, S. 40).

Und genau nach dieser imperialistischen Maxime sorgte die Bundesregierung im Dezember letzten Jahres dafür, daß das „marktwirtschaftliche“ Chile einen Großkredit in Höhe von 250 Millionen US-Dollar erhielt. Im Weltbank-Direktorium enthielten sich die USA und einige westeuropäische Länder der Stimme, die Skandinavier stimmten dagegen, und es blieb der BRD vorbehalten, mit ihrem positiven Votum für eine knappe Mehrheit zugunsten einer weiteren Kreditspritze zugunsten des Pinochet-Regimes zu sorgen.

Dieses Beispiel verweist auf die führende politische und ökonomische Gläubigerposition, die der Exportweltmeister gegenüber den verschuldeten Ländern der „3. Welt“ innehat. Mit „Stimmrecht“ von 6 bzw. 3,5% in IWF und Weltbank nimmt die BRD in diesen Institutionen den dritten Platz ein und ist somit auch eines der hauptverantwortlichen imperialistischen Länder; alle entscheidenden wirtschaftspolitischen Auflagen über IWF und Weltbank, alle ebenso mit Auflagen verbundenen Umschuldungsverhandlungen im „Pariser Club“, die gesamte politische Ausrichtung in diesen von den imperialistischen Gläubigern dominierten Institutionen trägt mithin auch die Handschrift von Bundesregierung und Bundesbank, von westdeutschem Finanzkapital.

Die imperialen wirtschaftspolitischen Interessen, die die BRD in diesen Institutionen wahrnimmt, unterliegen an ihrer keinen öffentlichen Kontrolle. Politik und Abstimmungsverhalten der westdeutschen Direktoriumsmitglieder im IWF und der Weltbank zählen zu den bestgeschützten Geheimnissen — NATO und IWF sind geheime Verschwörungen.

Das politische Gewicht der ökonomischen Supermacht innerhalb der imperialistischen Gläubigerkoalition trägt nicht unbedingt dem ökonomischen Gewicht der BRD in den Ländern der „3. Welt“ Rechnung. Hinsichtlich des Warenaustauschs nehmen die USA und die traditionellen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich eine führende Position ein, wenngleich die BRD sich über die EG an den Lomé-Abkommen mit 66 ärmern, wenngleich die BRD sich über die EG an den Lomé-Abkommen mit 66 ärmern Ländern der „3. Welt“ und diversen anderen Regionalverträgen zwischen der EG und Ländern der Karibik, Mittelamerikas, den ASEAN-Staaten, Lateinamerika usw. zusätzliche politische und wirtschaftliche Einfluß- und Zugangsmöglichkeiten verschafft hat.

„Multilaterale“ Zahlungen der BRD

Im Rahmen der sogenannten „multilateralen Entwicklungszusammenarbeit“ zahlte die BRD im letzten Jahr 2,34 Mrd. DM oder 31% der sogenannten Entwicklungshilfe an internationale Institutionen. Die wichtigsten seien hier benannt:

— Im Rahmen der EG hält die BRD im dritten Lomé-Abkommen 26% der zwischen 1985 und 1990 bereitgestellten Mittel in Höhe von rund 15 Mrd. DM, die aus dem „Europäischen Entwicklungsfonds“ sowie der „Europäischen Investitionsbank“ gespeist werden. Lomé gilt als das „Modell“ westdeutscher und westeuropäischer „Entwicklungspolitik“. Die 66 AKP-Länder erhalten Zollerfreiheit für ausgewählte Warenexporte in die EG, günstigere öffentliche Kreditbedingungen, im Rahmen des STABAX-Systems eine gewisse Sicherung der Exporterlöse. Nach dem Lomé-Modell unterhält die EG mit 12 Mittelmeerstaaten in Nordafrika sowie Israel Kooperationsverträge mit einem Finanzierungsvolumen von 1,6 Mrd. ECU (= 3,2 Mrd. DM). Die Mittel entstammen zu 38% aus dem EG-Haushalt, zu 62% aus der „Europäischen Entwicklungsbank“. Mit Asien und Lateinamerika bestehen Handelsabkommen, die einigen dieser Staaten für einige Warengruppen gewisse Zollpräferenzen gewähren. 1987 flossen rund 350 Mio. DM, davon 75% für Asien und 25% für Latein-



„KLEIN - GELD“

amerika, in kleinere Programme regionaler Förderung.

— Im Rahmen der Weltbank-Gruppe, die in enger Zusammenarbeit mit dem IWF die berühmten „Strukturanpassungsdarlehen“ mit Zinsen von 7,92% an die „3. Welt“ zu bestimmten Konditionen vergibt, stimmte die BRD einer Kapitalaufstockung der Mittel zu und tritt für eine weitere Vergrößerung des Finanzvolumens ein, um die privaten Gläubiger zu entlasten. Vom gezeichneten Weltbank-Kapital von 82,1 Mrd. US-Dollar hält die BRD einen Anteil von 6% und damit den 3. Rang der Weltbank-Mitglieder. Die Kreditvergabe belief sich 1985 auf 11,4 Mrd., 1986 auf 13,2 Mrd. US-Dollar. Die jährlichen Nettozahlungen der BRD an die Weltbank-Gruppe bewegten sich in den achtziger Jahren in einer Größenordnung zwischen 660 Mio. und 1 Mrd. US-Dollar (1).

— Mit öffentlichen Mitteln in einer Gesamthöhe von rund 269 Mio. DM (1987) ist die BRD auch an den regionalen Entwicklungsbanken — der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank beteiligt. Diese Banken befinden sich im Mehrheitsbesitz der regionalen „3. Welt“-Länder, aber an ihnen sind alle wichtigen imperialistischen Länder beteiligt. Über die regionalen Entwicklungsbanken erfolgen, in enger Abstimmung mit der Weltbank, programm- und projektgebundene Darlehen, für die zum überwiegenden Teil „markttaugliche“ Zinsen zu entrichten sind (7. Bericht ...).

„3. Welt“ zahlt „Entwicklungshilfe“ an Bonn

Neben den genannten multilateralen Zahlungen aus dem „Entwicklungshilfe“-Eut spielt die „Finanzielle Zusammenarbeit“ (FZ) oder Kapitalhilfe eine große Rolle. Die jährlichen FZ-Aufwendungen belaufen sich auf ca. 2,7 Mrd. DM (40% des Etats). Es handelt sich dabei um öffentliche Kapitalexporte an Länder der „3. Welt“, die in Zusammenarbeit mit dem IWF in Form zinsgünstiger Darlehen gewährt werden. Die Rückzahlungs- und Zinskonditionen richten sich nach der jeweiligen „Wirtschaftskraft“ des Landes; für die Gruppe des ärmsten Länder gibt es die FZ-Mittel in Form verlorener Zuschüsse, für die armen Länder 10 tilgungsfreie Jahre, 50 Jahre Laufzeit und einen Zinssatz von 0,75%, für „finanzkräftige“ Länder 5 Freijahre, 20 Jahre Laufzeit und bereits 4,5% Zinsen. Dennoch sind die FZ-Darlehen erheblich billiger als Privatkredite oder Darlehen der Weltbank. Die Vergabekriterien sollen „die Stärkung der Wirtschaftskraft“ des betreffenden Landes dienen und haben sich den außenwirtschaftlichen Interessen der BRD unterzuordnen. Denn „angesichts der auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorhandenen Probleme achtet die Bundesregierung in allen entwicklungspolitischen geeigneten Fällen darauf, daß Anbieter aus der Bundesrepublik entsprechend berücksichtigt werden, ohne die Prinzipien des internationalen Wettbewerbs zu vernachlässigen“ (BMZ, Entwicklungspolitik, Jahresbericht 1987, S. 13).

Nachdem jedoch für immer mehr Empfängerländer die tilgungsfreien Jahre abgelaufen sind, kassiert die Bundesregierung Zinsen und Tilgungen in nicht unbeträchtlicher Höhe; 1986 und 1987 flossen je 1,2 Mrd. DM in den Bundesetat zurück. Bis 1990 steigen die jährlichen Kapitalimporte aus der „3. Welt“ auf 1,58 Mrd. DM. Das heißt: knapp die Hälfte der FZ-Mittel für die „3. Welt“ werden von dieser selbst finanziert, genau 19 Staaten überweisen bereits mehr Geld nach Bonn, als sie von dort erhalten (FR, 13.7.1988). So leisten u.a. die Türkei, Indonesien, Israel, Marokko und Paraguay Nettozahlungen an den Bundeshaushalt.

Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ schließt auch die sogenannten „privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen“ mit ein. Darin sind u.a. Kredite der staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW), die Förderung von Direktinvestitionen, Neuanlagen, Reinvestierte Gewinne, Kredite, Kapitalanlagen, Wertpapieranlagen ebenso enthalten wie verschiedene staatliche entwicklungspolitische Institutionen von der „Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern“ (DEG) bis zum „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik“ (DIE). Nach offenem Ausbruch der Schuldenkrise nahmen diese sogenannten „privaten Leistungen“, die in erster Linie den westdeutschen Exportinteressen entsprechen, ab.

1981 flossen noch 8 Mrd. DM in die Länder der „3. Welt“, 1987 waren es noch rund 3,5 Mrd. DM (Stat. Bundesamt 1988, S. 569).

Daß die westdeutsche Exportindustrie nach 1982 überaus zurückhaltend hinsichtlich der Kreditvergabe und der Direktinvestitionen geworden ist, weisen zwei weitere Zahlen aus: — die privaten Exportkredite lagen 1981 noch bei 2,1 Mrd. DM, im Schnitt der Jahre 1982-1987 bei 0,7 Mrd. DM; — die Zuwächse der Direktinvestitionen lagen 1981 bei rund 3 Mrd. DM, 1986 und 1987 bei jeweils rund 1 Mrd. DM (Stat. Bundesamt).

Diese „Zurückhaltung“ ist Folge der prekären ökonomischen Lage in den Ländern der „3. Welt“, und die Banken und öffentlichen Institutionen sind nicht bereit, „fresh money“ dem „bad money“ hinterherzuwerfen.

minimierzuwerfen.

Zur Rolle der BRD in der „3. Welt“

Der westdeutsche Imperialismus bzw. sein Verläufer gehörten noch nie zu den klassischen Kolonialmächten. Waren- und Kapitaltransfers konzentrierten sich immer auf die europäischen Länder und die USA. Dem entsprach und entspricht ein spezifisches Export-Profil aus Waren der Investitionsgüterindustrie, dem Maschinenbau, der Chemie, Automobil- und Elektroindustrie — also Waren, die auf die anderen fortgeschrittenen

kapitalistischen Länder zugeschnitten sind.

Der Anteil des Warenaustauschs zwischen der BRD und der „3. Welt“ am gesamten Außenhandel lag nie höher als 10-20%.

Seit Ausbruch der Schuldenkrise ist dieser Handel rückläufig, wie folgende Tabelle ausweist:

Warenauftrag der BRD mit der „3. Welt“

Jahr	Export	Import	Saldo (Mrd. DM)
1981	70,3	71,5	-1,2
1982	72,5	67,4	+4,1
1983	67,0	63,1	+3,9
1984	67,4	69,8	-2,3
1985	66,4	71,7	-5,3
1986	55,9	52,8	+3,1
1987	52,1	50,2	+1,9

(Quelle: Stat. Bundesamt 1988)

Regional konzentriert sich der Warenauftrag vor allem auf die „Schwellenländer“ Südostasiens, gefolgt von den OPEC-Staaten, Lateinamerika und Afrika. Gegenüber Afrika und Lateinamerika weist die BRD ein Handels-Defizit auf, das aber in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, während gegenüber Asien und erstmals 1987 auch gegenüber der OPEC Handelsbilanzüberschüsse erzielt wurden. Der Rückgang der westdeutschen Exporte hängt eindeutig mit der Schuldenkrise zusammen, die die meisten Länder der „3. Welt“ zu massiven Importbeschränkungen zwang. Nur noch 9,9% an den Gesamtexporten der BRD entfallen auf diese Länder. Daß die BRD gegenüber den Ländern der „3. Welt“ eine positive Handelsbilanz trotz gesunkener Exporte aufweist, hängt mit der DM-Aufwertung und dem Verfall der Rohstoffpreise zusammen. Seit 1982 steigerten die Länder der „3. Welt“ ihre Ausfuhr in die BRD der Menge nach um 40%, dem Wert nach aber nur um 10% (FR, 22.7.88). Dieser von den imperialistischen Staaten erzwungene Aderlaß nutzt der BRD-Ökonomie außerdem hinsichtlich ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit; niedrige Rohstoffpreise entlasten nicht nur die Zahlungsbilanz, sondern tragen auch zur hohen Preisstabilität bei. In den Konzernbilanzen können Extraprofite infolge niedrigerer Rohstoffkosten erzielt werden.

Hinsichtlich der westdeutschen Direktinvestitionen in die „3. Welt“ ergibt sich ein adäquates Bild. Der Bestand aller Direktinvestitionen der BRD stieg von 109,2 Mrd. DM (1982) auf 149,4 Mrd. DM (1986). Demgegenüber nahmen die Direktinvestitionen in den Ländern der „3. Welt“ (einschließlich OPEC) seit 1984/85 ab. In den OPEC-Ländern nahmen die Bestände von 4,2 Mrd. DM (1984) auf 2 Mrd. DM (1986) ab, in den Ländern der „3. Welt“ im gleichen Zeitraum von 20,9 Mrd. auf 17,7 Mrd. DM. Knapp die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen in die BRD entfallen auf diese Länder (mit rund 8,4 Mrd. DM 1986).

Die BRD als Gläubigermacht

„Dank“ der Kontrollen des IWF sind die Schuldnerpositionen der Länder der „3. Welt“ bis ins Detail bekannt. Umgekehrt existieren jedoch kaum verlässliche Anga-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

ben über die Gläubigerpositionen der wichtigsten imperialistischen Länder, die aus guten Gründen auch nicht preisgegeben werden.

Martin Murtfeld, Schuldenkrisenexperte der Deutschen Bank, machte über die private Gläubigerposition der BRD anlässlich eines Hearings im Bundestag folgende Angaben: gegenüber den „transfergestörten“ ca. 70 Ländern der „3. Welt“ hielten die Privatbanken Forderungen in Höhe von 320 Mrd. US-Dollar — westdeutsche Banken waren daran mit 10% (ca. 60 Mrd. DM) beteiligt. Der Anteil der westeuropäischen Banken an den Gesamtforderungen gegenüber der „3. Welt“ betrage in Osteuropa 18%, in Afrika 8%, in Lateinamerika 7% und in Asien nur 4% (Murtfeld 1988). Nach der Statistik der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ) waren die BRD-Banken Ende 1985 mit 23 Mrd. US-Dollar an ausstehenden Krediten in den Ländern der „3. Welt“ einschließlich OPEC beteiligt, also zu nur rund 6% der an die BIZ berichtenden Banken der Welt. Hinzu kämen Forderungen der BRD-Banken gegenüber den ROW-Ländern in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar (= 20% der Forderungen aller internationalen Banken).

Das heißt, daß die BRD hauptsächlich gegenüber den osteuropäischen Staaten eine starke Gläubigerposition innehat, während sie mit ihren Privatbanken in den Ländern der „3. Welt“ in sehr geringer Mafte — in Relation zur ökonomischen Stärke der BRD — involviert ist. Im Falle der 15 Hauptschuldnerländer lag der Anteil der westdeutschen Banken bei nur 7% (siehe Tabelle). Zum Vergleich: gegenüber den 15 ausgewiesenen Ländern entfielen rund 40% aller Kreditforderungen auf 5 Bankengruppen der USA (DBB 1986). Gemessen am politischen Gewicht in internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder Pariser Club zählte die BRD nicht zu den Hauptgläu-



VW in Brasilien

bigern und liegt klar hinter den Banken der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas. Über die absolute Höhe der privaten Bankforderungen gegenüber den verschuldeten Ländern der „3. Welt“ existieren unterschiedliche und ungenaue Angaben, so daß man sich der tatsächlichen realen privaten Gläubigerposition der BRD nur nähern kann. Die Deutsche Bundesbank leitet die Gläubigerposition aus der Vermögensstatistik ab und kommt auf Bankforderungen von rund 44 Mrd. DM (Ende 1985). Das sind knapp 20% des gesamten Auslandsengagements der Banken (DBB 1986). Allerdings umfaßt diese Statistik auch die Auslandsaktiva ausländischer Banken in der BRD, nicht aber die Aktiva westdeutscher Bankfilialen im Ausland. Ende 1986 beliefen sich die Forderungen westdeutscher Kreditinstitute einschließlich ihrer Auslandsfilialen und Auslandsstöchter auf genau 46.819 Mrd. DM (ohne OPEC und ohne die „Offshore“-Finanzplätze auf den Bahamas, Bahrein, den Bermudas usw.) (DBB 1988).

Aus diesen ausstehenden Forderungen kassieren die westdeutschen Banken jährlich etwa 8 bis 10 Mrd. DM Zinsen (FR, 5.9.87), haben sich also infolge der Zinskaptalisierung schon längst zu Lasten der Länder der „3. Welt“ bereichert.

Eine weitere komfortable Position der BRD-Banken ergibt sich aus den Wertberichtigungen und sogenannten Risiko-Rückstellungen mit denen im Falle einer Zahlungsverweigerung rund 70% aller Forderungen bereits abgedeckt sind. Obendrein hilft das den Banken, Steuern zu sparen. Zu diesen 46,8 Mrd. DM Bankforderungen gesellen sich noch rund 16 Mrd. weiterer privater Forderungen seitens der „Wirtschaftsunternehmen und Privaten“, wie es in der Statistik heißt. Darunter fallen zum größten Teil gewährte Finanz- und Handelskredite, die den Käufern von Waren aus den Ländern der „3. Welt“ eingeräumt wurden (DBB 1986). Damit stehen die Länder der „3. Welt“ bei den westdeutschen Privatgläubigern mit etwa 62,8 Mrd. DM in der Kreide.

Die öffentliche Gläubigerposition der BRD ergibt sich aus Forderungen der „Entwicklungshilfe“ und Bundesbürgschaften. Im Rahmen der sogenannten FZ-Darlehen aus den „Entwicklungshilfe“-Budgets haben sich die Gesamtforderungen auf rund 31 Mrd. DM akkumuliert. Die Summe erscheint niedrig, ist aber gewaltig, da die Empfänger der FZ-Darlehen die ärmsten Länder der „3. Welt“ sind. Vor dem Hintergrund dieser 31 Mrd. DM, die von diesen Ländern nie und nimmer zurückbezahlt werden können, betreibt die Bundesregierung ihre Propaganda, wonach sie diesen Ländern im Juni dieses Jahres weitere 3,3 Mrd. DM Schulden erlassen hat. CSU-Minister Klein brüstet sich damit, daß die BRD insgesamt 7,5 Mrd. DM öffentlicher Forderungen an die ärmsten „3. Welt“-Länder abgeschrieben habe, wobei er betont, bereits an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Außerdem war dieser Schuldenerlaß an die Erfüllung der strikten IWF-Auflagen gebunden. Da verbleibt also weiterhin ein öffentlicher Salär von rund 24 Mrd. DM,

Verschuldung der 15 Hauptschuldnerländer bei deutschen Banken*)		
Mrd. US-Dollar, Jahresendstand		
Land	1984	1985
Brasilien	3,87	4,68
Mexiko	3,37	3,57
Argentinien	2,04	2,54
Venezuela	1,92	2,07
Nigeria	1,26	1,35
Jugoslawien	1,17	1,16
Chile	0,82	0,97
Philippinen	0,40	0,46
Ecuador	0,24	0,27
Kolumbien	0,24	0,28
Peru	0,17	0,23
Marokko	0,19	0,21
Elfenbeinküste	0,08	0,10
Uruguay	0,09	0,10
Bolivien	0,09	0,10
Insgesamt	15,86	18,07

*) Banken mit Sitz in der Bundesrepublik sowie sämtliche Auslandsfilialen und -stöchter deutscher Banken auf konsolidierter Basis.
Quelle: Meldungen der Bundesbank zur Fälligkeitsschuld der BR.

den die Länder der „3. Welt“ dem BRD-Staat aus der „Entwicklungshilfe“ entrichten müssen.

Weitere rund 10,6 Mrd. DM öffentlicher Forderungen der BRD ergeben sich aus Entschädigungszahlungen des Bundes an westdeutsche Konzerne, den sogenannten „Hermes“-Bürgschaften. Die Kapitalisten pflegen ihre Auslandsgefäße mittels Hermes vor Verlusten zu versichern, übertragen also das unternehmerische Risiko an den Staat. Ist ein säkularer Schuldner der „3. Welt“ nicht in der Lage, die Käufe zu bezahlen, dann erhalten die westdeutschen Firmen vom Bund Entschädigungszahlungen über die Hermes-Bürgschaften. Nicht die Privatkapitalisten, sondern der Staat wird zum Gläubiger und Geldrentner. Über den Pariser Club hat die BRD 6,7 der 10,6 Mrd. DM mit den Schuldnern unter Auflagen umgeschuldet, die Galgenfrist also verlängert. Währenddessen erhielten die Kapitalisten im vergangenen Jahr 2,3 Mrd. DM auszubehalten — 1,35 Mrd. DM

aus dem Etat. Für 1989 sind bereits 2,8 Mrd. DM für die Unternehmen eingeplant. An der Spitze der Schuldner steht Polen (3,5 Mrd. DM), gefolgt von Nigeria (1,6 Mrd.), Brasilien (1,4 Mrd.), Argentinien (700 Mio.), Jugoslawien (524 Mio.), Zaire (384 Mio.), Sambia (309 Mio.), Indonesien, Mexiko und Ägypten (SZ, 19.4.88).

Summa summarum dürften damit die Länder der „3. Welt“ bei den öffentlichen und privaten Gläubigern der BRD mit rund 100 Mrd. DM in der Kreide stehen. Die ökonomische Gläubigerposition fällt gegenüber anderen imperialistischen Staaten vergleichsweise gering aus. Dies ermöglicht es jedoch der BRD, besonders rigide gegenüber den Ländern der „3. Welt“ aufzutreten. Die Tatsache, daß die BRD relativ geringe Kreditrisiken in den Ländern der „3. Welt“ eingegangen ist, kann so in eine politische Stärkeposition gegenüber den verschuldeten Ländern umgemünzt werden, wozu der dritte Rang in der Hierarchie von IWF und Weltbank ein übriges tut.

D./Westherlin

Anmerkung

(1) Die Weltbank-Gruppe setzt sich im wesentlichen aus der „Internationalen Entwicklungsorganisation“ (IDA), die langfristige konzeptionelle Darlehen vergibt, und der „Internationalen Finanz-Corporation“ (IFC) zusammen, die die ausländischen Direktinvestitionen fördern soll. Außerdem spielt die „Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur“ (MIGA), eine 1980 gegründete Art internationale Versicherung zum Schutz privater Direktinvestitionen, eine wichtige Rolle.

Quellen:

- Staat, Bundesamt 1988: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1988, Wiesbaden.
- Murtfeld 1988: Martin Murtfeld, Öffentliche Anhörung zur Schuldenkrise im Bundestag vom 18.4.88, zitiert nach dem stenografischen Protokoll.
- DBB 1986: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, 38. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 1986, S. 32 ff.
- DBB 1988: Deutsche Bundesbank, Statistische Beilagen zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Nr. 2, Februar 1988.

Schuldenkrise und sozialer Krieg

Detlef Hartmann

1. Raus aus der Geldsuhle

Woran liegt es, daß die Debatte um die sogenannte „Schuldenkrise“ immer mehr das Bild einer allumfassenden Suhle angenommen hat, die den Zustrom all der Linken kaum noch zu fassen vermag, die brav ihre Bereitschaft anmelden, sich zusammen mit den Bankiers — wenn schon nicht in Geld — so doch wenigstens im modernsten geldtechnischen Vokabular zu wälzen? Zugegeben, dieses Vokabular glitzert und funkelt so neu wie nie und wir sollten die Reize des theoretischen Charms der Bourgeoisie auf den Spieltrieb der linken Intellektuellen nie unterschätzen. Umso mehr sollten sich alle diejenigen, die glauben, mit Bankern, Castro oder sonst wem über Geld reden zu müssen, nicht zu schade sein, sich von den Großvatern der politischen und der kritischen politischen Ökonomie noch einmal aus der Geldsuhle herausheulen zu lassen.

Geld im Kapitalismus ist der metallene, papierene, datenpiepende, monitorflimmernde Ausdruck unbezahlter und damit geraubter Arbeit und — im Prozeß seiner Investition — der Anspruch auf zukünftigen Raub. Viel Schweiß hat Ricardo vor bald zweihundert Jahren vergossen, um unter den dinglichen Schein der Ware vorzudringen und den Grund des Werts in der abgezwungenen Arbeit aufzufinden. Schwärme von sogenannten ricardianischen Sozialisten haben nach ihm versucht, diese theoretische Emanzipation politisch zu nutzen. Und Marx schließlich hat zumindest hierin erklärmaßen an Ricardo angeknüpft und diesen Erkenntnisfortschritt zum entscheidenden Moment seiner revolutionären Theorie eingebaut: daß der metallene und papierene Mantel des Geldes (als die allgemeine Ware) und die Technik seiner Zirkulation Mystifikationen sind, die die Gesetze der räuberischen Anhäufung von Wert systematisch verschleiern. Geld ist die Verkleidung eines sozialen Verhältnisses, durch das Wert abgepreßt wird. Geld ist soziale Gewalt unter der Verkleidung einer Sache und Kredite sind der Zukunftsanspruch, der Vorschuß auf die Verwirklichung dieser Gewalt. „Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht und ihr müßt sie Personen über Personen geben“, sagt Marx hierzu 1). Anders ausgedrückt heißt dies: „Raubt dem Geldzauber den Zugriff auf eure Gedanken“, lernt unter den Swaps, den Eurobonds, den Petro- und Xenomärkten die Gewalt wieder erkennen, die allein Metall, Papier, Piepsen ihren sozialen Sinn verleiht und zu Geld macht. Sie allein ist daher das poli-



tisch-ökonomische Kernthema der sogenannten „Schuldenkrise“. Und alle, die sich vom Charme des Geldzaubers nicht beirren lassen und in erster Linie die Gewalt des Werttransfers in den neuen Formen des Völkermords, der Kapitalisierung der Reproduktionsarbeit im Sozialismus, der Entwertung von Existenz in den Zugriffen sozialpolitischer Mobilisierung angreifen, haben dies besser begriffen, als vorgebliche Marxisten, die im schicken Jargon der Geldsuhle ins Partygewäsch des Kapitals über die Lösung seiner Krise einsteigen. Wie gesagt, sie sollten sich nicht zu schade sein, sich noch beim hundert Jahre toten Marx einen roten Kopf abzuholen. Er wird ihnen auch erklären, daß die sorgenschwere Klage über das Reißen der Kreditketten, das Auseinanderfallen von produktivem und Geldkapital, die Flucht des Geldkapitals aus Ländern und Investitionen in die spekulative Beschäftigung mit sich selbst

legal ob in der alten bifidekten und strumpfaufbewahrungsfähigen Goldform oder den im modernen Datenkleid der „securitization“, usw. usw. mehr als banal ist und zum normalen Krisengeschäft des Kapitals gehört, die optimalen Raubbedingungen wiederherzustellen. Krisenlösung unsere Sache? Linke, alternative Debatten über Krisenlösung? Castro oder Herrhausen, Monitorium oder Streichung? Die Diskussion hierüber ist Sache des Kapitals und uns bleibt allenfalls, das Abtauchen so vieler Linker in die Geldsuhle politisch zu deuten. Aber das gehört an den Schluß.

2. Sozialer Krieg und Akkumulation.

Zunächst muß ich allerdings kurz auf den Anlaß dieses Beitrags zu sprechen kom-

men: die Artikelserie des AK zu Schuldenkrise und IWF-Tagung, gez. „D./Westherlin“. Dieser wendet sich nach einigen hundert Kilo Papier aktiver Teilnahme am Krisenlösungsgeschäft (die mir aus den oben genannten Gründen egal ist) auch Thesen zu, die angeblich im „autonomen“ Spektrum zirkulierten, unter anderem auch meinen eigenen aus „Autonomie“ Heft 14 2). Nach bewährtem journalistischen Rezept werden sie in diese leicht angreifbare Fassung gebracht: „Im Zentrum seiner Thesen steht die Behauptung, daß es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder die subproletarischen Unterlassen und landwirtschaftlichen Subsistenzproduzenten waren, die die kapitalistische Akkumulation „blockierten“. Diese zahlreichen Revolten zwangen das internationale Kapital immer wieder zu Angriffen gegen die Unterlassen. Ein ausdifferenziertes „Weltproletariat“ würde einem „transnationalen

Kommando aus den Weltkathedralen des Monopols gegenüberstehen usw.“

Nach Abqualifizierung dieser Thesen als „sozialrevolutionär-spontanistisch und (un)materialistisch wird mir der abschließende Hinweis als eine Art Zuckerbrotchen mit auf den Weg gegeben, daß ja zumindest Parallelen feststellbar seien zum von Marx attestierten und beglaubigten Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation“, deren Sinn bekanntlich in der gewaltsamen Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln zu Beginn des Kapitalismus bestand, der aber heute eher am Ende stünde.

Herzlichen Glückwunsch! An diesem Punkt können wir gleich anfangen. Marx selbst beschreibt die ursprüngliche Akkumulation nicht als Prozeß, sondern als einen politischen Angriff von bluttriefender Gewalt. Die mittelalterlichen sozialen Formen der Selbstversorgung (Subsistenz) werden zertrümmert, um die derart „Freigesetzten“ aus Hunger ins Lohnverhältnis zu treiben und damit zu mehr Arbeit, als zu ihrer Ernährung notwendig ist, zu „Mehrwert“, der ihm vom Kapital geraubt wird. Marx beschwört die gewaltsame Vertreibung, die Blutgesetzgebung gegen die unterwerfungsunwilligen Vagabunden und Paupers, den schmutzigsten und gehässigsten Vandalismus etc. etc. Dann aber ist dieses „furchtbare und schwierige (sic!) Werk“ der „ursprünglichen Genesis“ des Kapitals vollbracht, „die Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst“.

Wirklich? Nein, im Gegenteil, es war nur der bescheidene Anfang. Der Blutzoll steigt, die Gewaltmittel des imperialistischen Raubes werden intensiviert, die territorialen Dimensionen exponentiell erweitert. Die in diesem Punkt auch durch Autorität unbestechliche Rosa Luxemburg hält Marx bei aller Verehrung vor, daß dieser Prozeß der Gewalt nicht als eine Art Sündenfall im Aktenordner der Geschichte abgehakt werden könne, sondern ein wesentliches (konstitutives) Moment des gesamten Akkumulationsprozesses sei. Sie hält Marx, der am Ende des ersten Bandes des „Kapital“ ja eilig in eine verhängnisvolle Kolonisationstheorie abgebogen war (die Eingeborenen werden kaum noch erwähnt), entgegen: „Das Kapital kommt nicht bloß 'von Kopf bis Zeh aus allen Poren blut- und schmutztriefend' zur Welt, sondern es setzt sich auch so Schritt für Schritt in der Welt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durch ... „Sowenig die Kapitalakkumulation in ihrer sprunghaften Ausdehnungsfähigkeit auf den natürlichen Zuwachs der Arbeiterbevölkerung zu warten und mit ihm auszukommen vermag, sowenig wird sie auch die natürliche und langsame Zersetzung der nichtkapitalistischen Formen und ihren Übergang zur Warenwirtschaft abwarten, und sich mit ihm begnü-

stanz des Werts und der soziale Krieg ist ihr historischer Prozeß.

3. Blinde Flecke: in Demut vor der Perspektive des Kapitals.

Dieser materialistische Zusammenhang zwischen Gewalt und Wert, zwischen der Grundstrategie des „Fortschritts“ sozialer Destruktivität und Wertraub ist inzwi-

ren — auch von einem anderen Ausgangspunkt als bei Rosa Luxemburg — denselben imperialistischen Transfer von Wert aus den sozialen und technologisch-produktiven Zerstörungen der Peripherie in die kapitalistische Akkumulation. Nur daß die planmäßige Einbeziehung der Dimension der Vernichtung in das produktive Entwicklungskonzept von Bevölkerungs- und Agrarrationalisierung im nazistisch/keynesianischen Akkumulationsmodell von Bretton Woods erheblich eindeutiger geworden ist. Auch der blinde Fleck ist hier wesentlich leichter auszumachen. Die hunderte Millionen Toten, auf die dieses Konzept der sozial-technischen Bevölkerungsrationalisierung das Akkumulationsgeschäft hochgetrieben hat, sind eben bei aller Mühe kaum noch unsichtbar zu machen. Seine Blindkraft völlig eingebüßt hat der blinde Fleck allerdings offenbar nicht. Wie sonst könnte „D/Westberlin“ sie ideologisch (trotz erheblich gesteigerter Todesrate) unter den historischen Verschluß der ursprünglichen Akkumulation zurückdämmen wollen (in dieses Totenhaus der Theorie, das nach orthodoxem Muster die Aufgabe hat, als „schwieriges Anfangswerk“ die sogenannte historische Mission des Kapitalismus bei seinem zivilisatorischen Mordgeschäft zu neutralisieren)? Wie anders könnten so viele Linke die Verhandlungen über einen neuen Entwicklungsschub mit dem Kapital über das Vehikel der „Schuldenkrise“ zu einem Zeitpunkt aufnehmen wollen, in dem das alte Paradigma von Vernichtung durch Entwicklung gerade die letzten Demonstrationen seiner tödlichen Fortschrittsvernunft in Afrika, Brasilien, Borneo vorführt?

Es ist offenbar, daß der gemeinsame Nenner der „weißen Flecke“ nur oberflächlich in der Ausblendung des Zusammenhangs von Wert und sozialer Gewalt besteht. Diese Ausblendung ist vielmehr selbst das Produkt einer Methode, die die Interpretation und Analyse des historischen Prozesses aus der Perspektive der Akkumulation organisiert und nicht aus der Kampfperspektive gegen die Gewalt der Akkumulation. Das Subjekt der Geschichte ist nicht durch seine Funktion im Ausbeutungsentwurf des Kapitals definiert. Es ist der lebendige Widerspruch einer sozialrevolutionären Subjektivität, wie sie sich im Kampf auf diesen zentralen Terrains der Akkumulation vergesellschaftet: gegen die Anreizungsstrategien eines imperialen Sexismus und als anti-imperialistischer Internationalismus, der es lernt, die Auseinandersetzung mit dem ge-

Begriff der ökonomischen Krise als materieller und historischer Ausdruck des sozialen Antagonismus. Und damit zurück zur sogenannten „Schuldenkrise“, die ja nichts anderes ist, als der Geldausdruck einer Akkumulationskrise. Vielleicht kann ich an einem historischen Beispiel leichter zeigen, was ich meine, verbunden mit einer Demonstration, zu welchen fatalen Konsequenzen die oben unrisiken perspektivischen Verzerrungen in der aktuellen Diskussion führen können.

„D/Westberlin“ gibt unter der Überschrift: „Über die Untauglichkeit historischer Lösungsstrategien“ im AK Nr. 296 einen Beitrag Altwaters über die Verschuldungskrise „Deutschlands“ in der letzten großen Weltwirtschaftskrise wieder. Die Überschuldung „Deutschlands“ durch die Kriegsschulden von Versailles und eine permanente Kreditaufnahme auf den internationalen, vor allem amerikanischen Finanzmärkten resultierte bekanntlich 1931 im Bankenzusammenbruch und 1934 in einem totalen Transferrückgang, der Weigerung der Schuldzurückzahlung aus. Eine rein handels- und geldtechnische Analyse führt bei Altwater schließlich zu dem Satz: „Doch es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Zerfall von Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung im Gefolge der großen Krise und dem aggressiven Expansionismus des Nationalsozialismus“ 8).

Dieser Satz ist ein Skandal und eine typische Folge der Reduzierung des sozialen Kriegs auf die technische Geldebene und „Länder“-Perspektive. Wer sich einigermaßen in der Wirtschaftsgeschichte der 30er Jahre auskennt, erkennt in ihm mühselos das Abbild der imperialistischen Apologetik des NS-Imperialismus wieder, wie sie 1000 Jahre lang zu den alltäglichen Rechtfertigungsstritten Hitlers, Schachts, Funks und aller anderen NS-Größen gehörten: die Schuldenkrise des Regimes der alten Weltwährungsordnung hätte sie auf neue Wege und zu neuen Methoden der Expansion getrieben (einer Expansion, die seit 1933 von den Vertretern des sogenannten „New Internationalism“ in der New-Deal-Administration Roosevelts durchaus mit zustimmendem Wohlwollen verfolgt wurde).

Detaillierte Analysen der Bankenkrise zeichnen ein ganz anderes Bild. Es ist bekannt, daß die imperialistische Akkumulationsoffensive des US-Kapitals nach dem ersten Weltkrieg auf einer regelrechten Kreditwelle ins Ausland schwamm. In die lateinamerikanische Peripherie direkt, nach Ostasien und die mittel- bzw. südosteuropäische Peripherie über die Submetropolen Japan und Deutschland.

stands und der Revolution, die den Raub in die imperialistische Akkumulation blockierte und sie nachhaltig in dem Zustand hielt, die die politökonomische Theorie als (relative) Überakkumulation bezeichnet. Genau dies führte dazu, daß die Welle der Schuldenpanik (die in Wirklichkeit eine Wertabpressungs- und Wertabwurfpanik war) aus der Peripherie über die Submetropolen (die Drehscheiben der notleidenden Kredite) in die Metropole zurückschulte (9). Diese krisenhafte Blockierung imperialistischer Entwicklung wurde erst im nazistisch/keynesianischen Durchbruchmodell durch den doppelten Angriff systematischer Entwicklungshilfe und Vernichtung der Überflüssigen Esser und ihrer Überlebensstrukturen aufgebrochen (10). Anzumerken ist, daß die Vorschläge der Schuldenstreichung auch damals von den metropolitanierten Regierungen kamen, um die durch die privaten Gläubiger eingeleiteten Entwicklungsspielräume aufzubrechen (und allein daran war das Kapital damals wie heute interessiert, nicht an ein paar lumpigen Milliarden). Dies war in der Tat die typisch kapitalistische „Lösung der Schuldenkrise“ in einem neuen Akkumulationsmodell und stellte darin nur die Fortsetzung des kapitalistischen Vernichtungs- und Zerstörungsfeldzugs dar, den Rosa Luxemburg beschreibt, jetzt allerdings mit dem Instrumentarium des internationalisierten kapitalistischen Plans, in dem die internationalen Institutionen IWF, Weltbank u.a. wie auch diejenigen der „Länder“ lediglich als Agenturen des Gewalt- und Werttransfers fungierten.

Über diese Zusammenhänge können wir auch mühselos den Grundkonflikt einer sozialen Konfrontation auf ihrem neuen Niveau wiedererkennen, die wir heute wieder fälschlich als „Schuldenkrise“ diskutieren. Auf diesem Hintergrund wird, so hoffe ich, auch die Absurdität deutlich, sich in den technischen Einzelheiten eines Kreditystems zu verlieren: wir verlieren uns dabei nur in den Verwertungsmechanismen des transnationalen Kapitals. Die Absurdität, auf der Ebene der „Länder“ der dritten Welt stehen zu bleiben, denn wir stellen uns damit bloß auf die Ebene der nationalstaatlichen Agenturen des Transfers von Gewalt und Wert. Die Klagen über den Zusammenbruch des internationalen Kreditmechanismus enthalten nur die metropolitane Angst über den Zusammenbruch der Werttransfers aus dem Überlebensmöglichkeiten der peripheren Klasse auch auf die Tische der metropolitanierten Linke (und hier sind wir bei den eigentlichen platt-materiellen Gründen der Partizipation in der Suble). Doch die Eilfertigkeit, mit der Linke wie Alternative an neuen Entwicklungsperspektiven eines Weltakkumulationsmodells als Weg aus der Krise des Kapitals mühselt, ist weit bestürzender. Denn dieses Modell läßt schon jetzt seine Konturen als die bislang bestialischste Variante des geregelten Völker- und vor allem Frauenmords, des

lichen platt-materiellen Gründen der Partizipation in der Suble). Doch die Eilfertigkeit, mit der Linke wie Alternative an neuen Entwicklungsperspektiven eines Weltakkumulationsmodells als Weg aus der Krise des Kapitals mühselt, ist weit bestürzender. Denn dieses Modell läßt schon jetzt seine Konturen als die bislang bestialischste Variante des geregelten Völker- und vor allem Frauenmords, des geregelten Sexismus, geregelter sozialer Zerstörung, des geregelten Transfer von Überlebenswert in die Akkumulation einer neuen technologischen Kommando-stufe des transnationalen Konzerns erkennen.

Läßt die Kreditwelle doch reißen! Sie sind doch nur die Geldillusion der modernsten Ketten der Gewalt, mit der das Kapital sein blutiges Geschick der Akkumulation diskussions-, partizipations-, diskursfähig zu halten versucht.

Anmerkungen:
1) Grundriss der Kritik der politischen Ökonomie, S. 75.
2) Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuordnung, Autonomie Heft 14, S. 217.
3) Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1985, Bd. 5, S. 318, 398.
4) Die Diskussion über ihre angeblichen Irrtümer in der Interpretation des Marx'schen Reproduktionsschemas berührt dieses Verdienst nicht. Sie ist meiner Ansicht nach allerdings bei weitem noch nicht befriedigend abgeschlossen. Denn das Schema der erweiterten Reproduktion ist sinnvoll nur über die Grundgedanken zur krisenhaften Dynamik des kapitalistischen Verwertungsprozesses als Ganzem aus Band 3 des „Kapital“ zu erschließen.
5) Ich bin den systematisch vom marxorthodoxen Ökonomismus verschütteten Quellen bei Marx, in denen er die Beziehungen herstellt zwischen ökonomischer Aneignung und technologischer Gewalt nachgegangen in: Delft Hartmann, Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt, Tübingen 1981, Popprint Berlin 1988.
6) ebendort.
7) E. Altwater, Der Teufelskreis der Auslandverschuldung — Der Weltmarkt auf dem Weg in die Kreditkrise?, in: PROKLA Bd. 52.
8) Ich habe dies ansatzweise in meinem Aufsatz in Autonomie Nr. 14 ausgeführt und werde eine detaillierte Darstellung in einer umfassenderen Arbeit noch in diesem Jahr nachbringen. Sie wird die historischen Erkenntnisse auch zu einer theoretischen Auseinandersetzung über die konstitutiven Zusammenhänge Klassenkampf und krisenhafter Überakkumulation zum Anta nehmen.
9) vgl. das vorzügliche Buch von G. Aly, S. Helm, M. Karmy, P. Kirchberger, A. Konieczny, Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Rotbuch Verlag, Berlin, Heft 5.



Durchsuchung bei Slumbewohnerinnen

gen. Das Kapital kennt keine andere Frage der Lösung als Gewalt, die eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozeß ist, nicht bloß bei der Genesis, sondern bis auf den heutigen Tag. Für die primitiven Gesellschaften (gemeint sind u.a. Bauerntum und kommunale Wirtschaftsformen, nicht etwa „Länder“, D.H.) aber gibt es kein anderes Verhalten als Widerstand und Kampf auf Tod und Leben, bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung.“ 3).

Rosa Luxemburgs Verdienst 4) an der revolutionären Theorie der Akkumulation liegt genau hier: ökonomische Akkumulation und soziale Gewalt als zwei Seiten derselben Münze zusammengebracht zu haben. Den materialistischen Springpunkt, den Marx bei der Frage von sozialer Gewalt, Wert, Geld zum Ausgangspunkt seiner Werttheorie gemacht hat 5), in die imperialistischen Zuspitzungen des Gewaltprozesses der Akkumulation weiterzuverfolgen und dabei festzustellen: der materielle Gehalt von sich akkumulierendem Wert ist soziale Zerstörung. Sie ist nicht nur das „Mittel“, sie ist die Sub-

schen in den entscheidenden Dimensionen hinreichend offengelegt. Die Frauen haben uns auf den blinden Fleck der Marxorthodoxie gestoßen, der die Zusammenhänge verschleiert hat zwischen Transfer unbezahlten Werts aus der sogenannten „Reproduktionsarbeit“ ins Kapital und den Gewaltformen patriarchalischer Zurückhaltung von den Blutgerichten der „ursprünglichen Akkumulation“ in der Hexenvernichtung bis zum imperialistischen Sexismus.

Die Quelle des inneren „produktiven“ Wertraubs haben wir in der technologischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse entschlüsselt gelernt, die im Keynesianismus (oder Fordismus) als „Vergesellschaftung“ der technologischen Gewalt in alle sozialen Bereiche getrieben wurde 6). Auch hier hat der blinde Fleck einer fortschrittsverliebten Marxorthodoxie einen materialistisch um den Aspekt der Destruktivität der sogenannten „Produktivkräfte“ verstümmelten Ansatz in den ideologischen Dienst der Akkumulation gestellt.

Und unsere Darstellungen in Heft 14 der „Autonomie“ schließlich thematisie-

in alle sozialen Bereiche getrieben wurde 6). Auch hier hat der blinde Fleck einer fortschrittsverliebten Marxorthodoxie einen materialistisch um den Aspekt der Destruktivität der sogenannten „Produktivkräfte“ verstümmelten Ansatz in den ideologischen Dienst der Akkumulation gestellt.

Und unsere Darstellungen in Heft 14 der „Autonomie“ schließlich thematisie-



Submetropolen Japan und Deutschland



Favela (Elendsquartier) in Brasilien

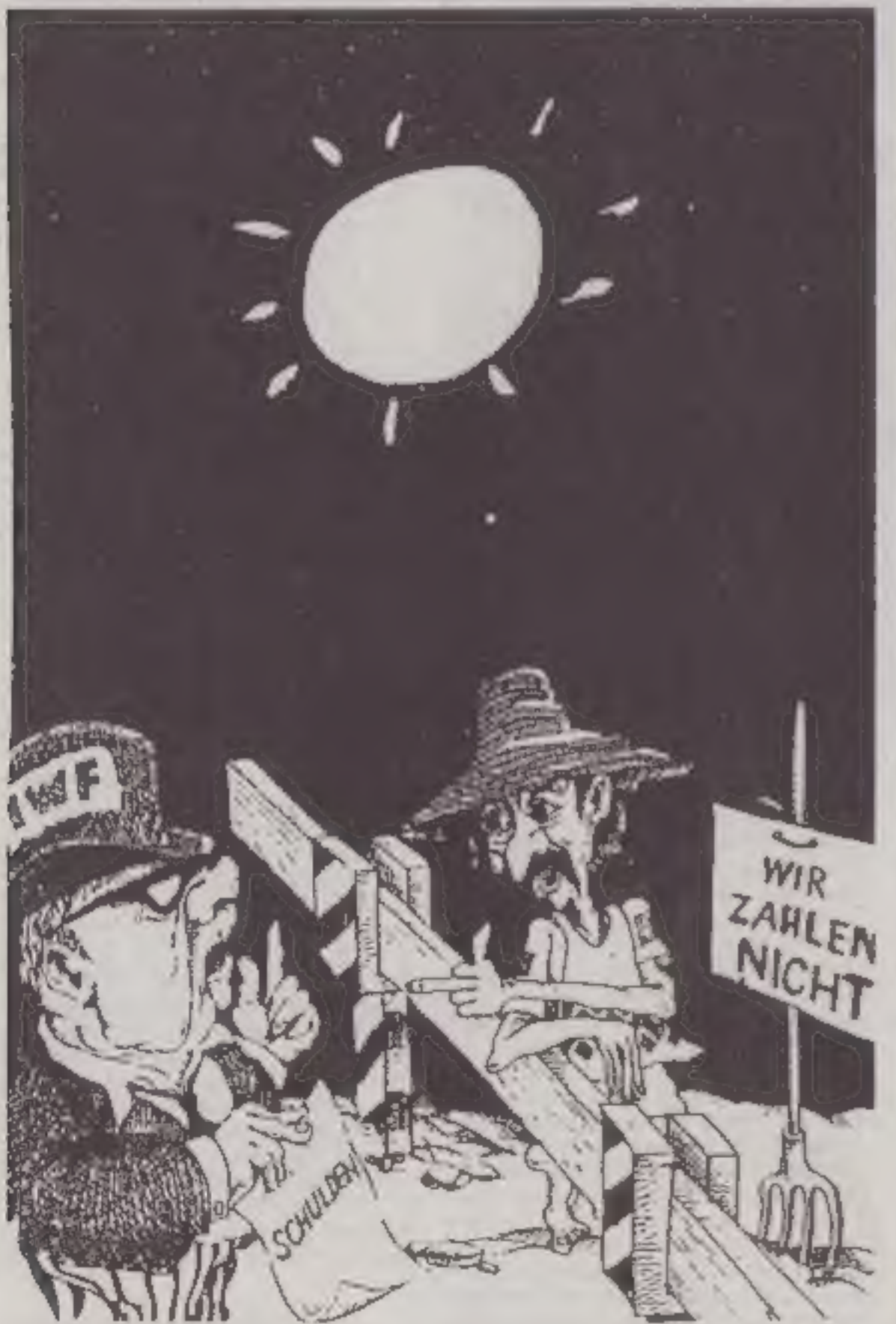
steigerten sozialtechnischen Zugriff in den Metropolen auf die Kampfformen und Revolten in den drei Kontinenten zu beziehen, um so dem Konzept einer technisch-ökonomischen Eskalation der Akkumulation auf seinem transnationalen Niveau zu begegnen. So lange wir die wirkliche Bewegung dieses Widerspruchs zu einem inneren Widerspruch des Kapitals auch noch in unserer materialistischen Begrifflichkeit enteignen, so lange werden wir die revolutionäre Perspektive immer nur der Akkumulations-Perspektive des Kapitals unterordnen, und so lange werden auch unsere revolutionären Utopien immer wieder zu einer Morgengabe an die kapitalistische Entwicklung degenerieren. Das und nicht weniger ist der materielle Kern des Verhandlungspakets links-reformistischer Schuldendebatten, in denen ein schillerndes Warenangebot von Akzeptanzleistungen auf den Markt geworfen wird.

4. Raubkrise: die Gewalt der Akkumulation in der Krise.

Vielleicht ist jetzt deutlich, daß es uns nicht darum ging, das „immer-mal-wieder“ von ein paar Blockierungen der Akkumulation durch irgendwelche subproletarischen Unterklassen und landwirtschaftliche Subsistenzproduzenten darzustellen. Worum es geht, das ist der

Das Dilemma des US- und deutschen Imperialismus war, daß es überhaupt kein Entwicklungsinstrumentarium gab, das in der Lage war, Wertaufkommen und Wertraub quantitativ und qualitativ der Akkumulationsgeschwindigkeit anzupassen. Im Gegenteil: die Drohung der sozialen Revolution aus der Konfrontation mit der zerfallenden Subsistenz (einschließlich der in die Städte abgewanderten Dorf- armut) zwang dem zurückweichenden Kapital der „Länder“ dieser Dritten Welt und seinen Regierungen Werte, ökonomische Zugeständnisse, Landreformen, die Hinnahme von Plünderungen und Besetzungen ab, die völlig „unproduktiv“ das Überleben der gärenden „Überbevölkerung“ sicherten. Die verhasste „nationalistische“ bourgeoise Entwicklungstechnokratie stand mit dem Rücken zur Wand, ohne Zugriffsmöglichkeiten zu haben oder zu riskieren. Exemplarisch sind die zwangsweise in allen südosteuropäischen Ländern eingerichteten staatlichen Monopolhandelsgesellschaften und -mühlen zur Konzentration und Steigerung des Getreideaufkommens, über die die Werte zum Transfer in die imperialistische Zirkulation aus dem Überlebenspotential der „Überbevölkerung“ herausgepreßt werden sollten. Die Subsistenz unterlief all dies: sie drohte und mahlte selbst und sicherte dazu das Überleben ihrer Rückwärtiger aus den Städten.

All das untreibt die Dimensionen einer „Ökonomie“ des autonomen Wider-



„Schwarzer Peter“ — Spiel um Brokdorf

Die neue SPD-Regierung in Schleswig-Holstein (SH) im Streit um das AKW Brokdorf: Geht es um einen ersten „Nadelstich“ gegen die AKW-Betreiber oder um das Image einer „ausstiegswilligen“ SPD, das durch eine anstehende Wiederinbetriebnahme-Genehmigung bedroht war? Die Wirkung dieser Auseinandersetzung schlug sich allemal als Punktgewinn der neuen Landesregierung nieder.

Am 16. August beschließt die neue SPD-Regierung, dem AKW Brokdorf nach dem regulären Brennelementwechsel die Genehmigung der Wiederinbetriebnahme zu verweigern. Mehrere millimetergroße Teile von Abstandshaltern der Brennelemente waren abgebrochen, und ein Zentrifugstift war gebrochen. Zusammen mit 385 weiteren sorgt er für einen genauen Sitz des Brennelementes. Mit ihrer Hilfe können die Steuerstäbe, die die Leistung des Brennelementes bestimmen und die Abschaltung bewirken, zuverlässig eingeführt werden.

Der Atom- (bzw. Sozial-) Minister Günter Jansen verlangte eine Besichtigung der Schäden sowie eine genaue Untersuchung aller Steuerstäbe. Das hätte einen weiteren Stillstand der Anlage von mehreren Wochen zur Folge haben können.

Am 12. August liegt eine „bundesaufrichtliche Stellungnahme“ von Töpfer vor. Gleichlautend mit dem TÜV und der Münchner „Gesellschaft für Reaktorsicherheit“ werden die Brokdorf-Mängel für „nicht sicherheitsgefährdend“ und der Betrieb für unbedenklich erklärt. Die Kieler Regierung führt derweil eifrig Gespräche mit dem TÜV, der Preußen Elektra und mit Bonn. Am 26. August erteilt Töpfer schließlich die Weisung zur Inbetriebnahme, als übergeordnete Behörde.

Nach am selben Tag erklärt Engholm, dem Folge zu leisten, allerdings mit „Auflagen“ an den Betreiber. Am 29. August führt der Reaktor wieder an.

Eine gelungene Inszenierung

Nach dem Clinch um Brokdorf teilte das Sozialministerium in Kiel mit, daß wegen einer zurückgehaltenen Wiederinbetriebnahme-Genehmigung das AKW im be-

nachbarten Brunsbüttel erst zwölf Tage später als geplant den Betrieb aufnehmen konnte. Auch hier ging es um einen regulären Brennelementwechsel, und auch hier hatte das Jansen-Ministerium einiges zu beanstanden. Allerdings — diese Auseinandersetzung ging geräuschlos über die Bühne. In Brokdorf — dem Symbol für die AKW-Auseinandersetzung schlechthin — gab es ein medienwirksames Spektakel, das die Landesregierung nicht ungeschickt in Szene setzte.

Die Aufgabe lautete: Wie kann ein allseits bekannter „Kernenergie-Kritiker“ (SPD-Eigenwerbung) wie Günter Jansen sich aus dem Dilemma befreien, die Wiederinbetriebnahme des sicher noch bekannteren AKW in Brokdorf zu genehmigen, ohne sich die weiße Weste zu fleckeln. Immerhin verzeichnete die Anlage in 22 Monaten 42 bekanntgewordene Störfälle und zahlreiche größere und kleinere Mängel.

Da ist zunächst die übergeordnete Instanz: Töpfer. Schließlich macht das Landesministerium nur Auftragsverwaltung der Bundesbehörde. Also: vor der Entscheidung ein Brief an Töpfer. Inhalt: Verweigerung der Genehmigung — Bitte um „bundesaufrichtliche Stellungnahme bzw. Weisung“. So wird die Entscheidung wie die berühmte „heiße Kartoffel“ weitergereicht. Daß eine Landesregierung den Bundes-Töpfer in Kenntnis setzt, auch vielleicht um Rat fragt — das soll normal sein. Nur, die Bitte um Stellungnahme bzw. Weisung aus der Feder des „Kernkraft-Kritikers“ ... Dieser Patient will den Schmerz haben, weil der Schmerz so schön ist!

Nur zwei Tage nach dem Kabinettschluß winkt Vornmann Engholm mit dem Zaunpfahl: „(...) er rechnet damit, daß Minister Töpfer in etwa einer Woche die Weisung zum Wiederfahren von Brokdorf gebe. Schleswig-Holstein werde sich vermutlich nicht widersetzen.“ (FAZ, 19.8.88)

Als die Weisung dann kam, widersetzte man sich auch nicht — aber man blieb bei seiner Meinung! Na bitte! Und sogar eine „Reihe von Auflagen“ erteilt die Landesregierung den Betreibern von Brokdorf: genau die, die diese zu Beginn des Theaters angeboten hatten — bis zum nächsten Brennelementwechsel Beschaffung des Materialüberprüfungsgerätes und dann Kontrolle aller Zentrifugstifte. Peinlich!

Die großbürgerliche FAZ wertete zufrü-

den: „Die Kieler Landesregierung hat in Sachen Brokdorf klugerweise nachgegeben. Die Auflagen, die die Genehmigung (...) belegen, sind moderat und von den Betreibern (...) ohne Schwierigkeiten zu erfüllen. (...) Letztlich dürfen Engholm und sein Energieminister Jansen ganz froh sein, einer Weisung aus Bonn folgen zu können, die ihnen die Erteilung der Genehmigung zur Pflicht macht.“ (30.8.88)

Jansen: Noch einiges in petto

Der Sozialminister in SH gehört sicher zu den geschicktesten SPDlern. Er hat sich in der Ausstiegsdebatte im Rahmen der SPD vorgewagt und sich dadurch das Image eines gewandten Politikers erworben. Darum kann er seine Politik auf einem enormen Vertrauensvorschuß aufbauen, der durch die jüngsten Ereignisse nur noch verstärkt worden ist.

In der nächsten Zeit ist noch mit weiteren solchen publikumswirksamen Maßnahmen zu rechnen:

- Er will die Bund-Länder-Vereinbarung zur WAA aufkündigen;
- er wird die Betreiber auffordern, die Entsorgung zu gewährleisten;
- er wird der SPD-Klage gegen die Plutonium-Produktion beitreten;
- er wird in Sachen Energiewende auf kommunaler Ebene noch einiges auf die Beine stellen.

Und er wird demnächst seinen achtköpfigen Arbeitsstab präsentieren, der den juristisch sauberen Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 1990 erarbeiten soll.

Offensichtlich alles Maßnahmen, die zunächst „nix kosten“, keine tatsächlichen Veränderungen bewirken — die aber umso bedeutsamer fürs „marketing“ sind.

Und offensichtlich ist das der Zweck der Übung — wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet Jansen verbündliche Vorgaben, Festlegungen, sowohl bezogen auf seinen Ausstieg als auch auf seine aktuellen Eingriffe und Planungen.

Die zehntägige Brokdorf-Auseinandersetzung liefert den Beweis — sie zeigt auch die Schwachpunkte der neuen Regierung auf.

ho, Flensburg

1990 erarbeiten soll.

Offensichtlich alles Maßnahmen, die zunächst „nix kosten“, keine tatsächlichen Veränderungen bewirken — die aber umso bedeutsamer fürs „marketing“ sind.

Und offensichtlich ist das der Zweck der Übung — wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet Jansen verbündliche Vorgaben, Festlegungen, sowohl bezogen auf seinen Ausstieg als auch auf seine aktuellen Eingriffe und Planungen.

Die zehntägige Brokdorf-Auseinandersetzung liefert den Beweis — sie zeigt auch die Schwachpunkte der neuen Regierung auf.

hn, Flensburg

SPD und Atomkraft in Schleswig-Holstein

30.10.78 Brokdorf I: Erste Großkundgebung am gerade bestellten Baugelände

18.11.78 Brokdorf II: Zweite Großkundgebung, Landesvorsitzender Jansen erteilt die verantwortlichen Einsatzleiter als Betroffener Anzeige gegen den Tränengaseinsatz

19.2.77 Brokdorf III: Die SPD hat maßgeblichen Anteil an der Spaltung der Bewegung, die zu zwei Demonstrationen führt. Sie mobilisiert zusammen mit den „gemäßigten“ AKW-Gegnern nach Itzehoe, weil Stoltenberg eine Demo in Bauplatz-Nähe verboten hat. Dort demonstriert — zahlenmäßig größer — die Linke

19.8.77 SPD-Landesparteitag in Tönning: Sie fordert ein Moratorium, um die „Chancen und Risiken“ der Atomenergie „unvoreingenommen und ergebnisoffen“ diskutieren zu können. In der Denkpause sollte ein Baustopp in Brokdorf gelten.

28.11.78 SPD-Landesparteitag in Segeberg fordert das berühmte „Brokdorf Nein, Krümmel — Ja, Brunsbüttel — Ja“, und das nach dem schweren Unfall in Brunsbüttel vom 18.6.78. Damit sollte der Wahlkampf 1979 bestritten werden.

Jan. 1979 Jansen erklärt öffentlich: „... solange gehöre ich in der SPD zu den AKW-Gegnern, die in der Konsequenz ihre Ämter und ihre Mitgliedschaft in der SPD davon abhängig machen werden, daß ein weiterer Ausbau der Kernenergie — soweit dieser in sozialdemokratischer Verantwortung liegt — gestoppt wird“ (an K. Kiesewetter und R. Jung in „wir“, 1/79).

Sept./Okt. 1979 Kontroverse Matthiesen contra Jansen: Matthiesen will die Betriebsgenehmigung für Krümmel gestatten, Jansen beharrt „wegen der Entsorgungsträger“ auf dem vorsichtigen Nein. Der Parteitag schließt sich ihm an.

Anfang 81 Kanzler Schmidt gibt Stoltenberg grünes Licht für den Brokdorf-Weiterbau, woraufhin Oppositionsführer Matthiesen als Ministerpräsidenten-Kandidat „hinschmeißt“.

26.2.81 Brokdorf IV: 100.000 am Bauzaun

28.9.81 SPD für einen „Zu-Baustopp“ bei AKW-Neubau, also Stilllegung der Alt-Anlagen, aber keine neuen mehr (Landesparteitag in Hirtsholm).

28.4.82 Hamburg hält (vorerst) an Brokdorf fest, will jetzt langsam weg von der Atomenergie. Matthiesen bekräftigt diese Satzungsposition, denn ein Baustopp sei in diesem fortgeschrittenen Stadium nicht mehr realisierbar, jetzt sei eine Verweigerung der Betriebsgenehmigung nur noch machbar.

Gewichtige Teile der Partei protestieren gegen diese Positionen.

18.8.82 Engholm kommt als neuer Ministerpräsidenten-Kandidat: Er erklärt die „Schlacht um den Baustopp“ für verloren. Jetzt gelte es zu prüfen, welche „Auflagen mit einer Betriebsgenehmigung verknüpft werden“ könnten. Kein Widerspruch der Partei.

30.10.82 Parteitag in Timmerhorn beschließt, Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu verweigern, Brunsbüttel per Stilllegungsplan abzuschalten und Krümmel „auf Zeit“ zu akzeptieren.

28.4.88 Tschernobyl-Katastrophe — und zur selben Zeit beschließt der SPD-Bundesvorstand (in dem Engholm und Bahr aus Schleswig-Holstein drin sind), daß mittelfristig sogar noch ein steigender Atomenergieanteil notwendig sein wird, lang-

fristig aber ausgestiegen werden muß.

7.5.88 Engholm ist gegen eine Betriebsgenehmigung von Brokdorf, will Brunsbüttel stilllegen und in zehn Jahren (vielleicht länger) in Schleswig-Holstein aus der Atomenergie aussteigen sein. Für die Bundes-SPD hält er einen Zeitraum „von vielleicht bis 2010“ wie in Schweden für machbar.

12.5.88 Engholm will bei der Stilllegung beim ältesten AKW der Region anfangen: in Stade (Niedersachsen) und ansonsten konsequent „überprüfen zu jedem Risiko zu jedem juristischen Konflikt“.

16.11.88 Jansen kündigt ein von der Landes-SPD in Auftrag gegebenes Ausstiegsgutachten des Freiburger Öko-Instituts an und glaubt, in zwei bis drei Jahren aussteigen zu können.

1.12.88 Jansen stellt nach zweimaliger Verschiebung das im Oktober 1986 fertiggestellte Gutachten der Freiburger vor. Darin halten sie den Ausstieg in einem Jahr für machbar. Jansen bleibt bei zwei bis drei Jahren, die zuständige SPD-Kommission unter Willi Piecyk will „schnellstmöglich“.

6.12.88 Sonderparteitag „Energie“ beschließt einen sofort beginnenden Ausstieg nach einem Wahlsieg, der nach zwei Wahlperioden (in Schleswig-Holstein acht Jahre) abgeschlossen sein soll.

13.6.87 Jansen kündigt Stilllegungsverfügung für alle drei AKW binnen eines Jahres, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzeptes und ein landeseigenes Überprüfungsgericht an.

17.8.87 Engholm erklärt seine Bereitschaft zur Koalition mit der Pro-Atom-FDP.

15.1.88 in Lübeck wird der Skandal publik, daß die Stadt klammheimlich und ohne Not entgegen den atomkritischen SPD-Beschlüssen sich vollständig an den Atomenergie-lieferanten Preußen-Elektra vertraglich angebunden hat: bis ins Jahr 2007. Verantwortlich: SPD-Stadträte.

22.1.88 Während in der Stadt der Protest gegen die Atom-müll-Transporte eine ungeahnte Stärke gewinnt, wird der zweite Skandal publik: Wiederum waren es SPD-Stadträte, die entgegen Parteiprogramm und Ratsbeschlüssen Atom-müll-Transport-Verträge langfristig abgeschlossen haben.

26.3.88 Jansen kündigt die Stilllegung aller AKWs in Schleswig-Holstein „gegen alle Widerstände“ bis zum Jahr 1990 an.

21.4.88 Engholm: Kein Ausstieg bis 1990, lediglich Erarbeitung der Stilllegungsverfügungen bis zu diesem Zeitraum. Die AKWs in Schleswig-Holstein seien „nach Recht und Gesetz“ errichtet worden — sie würden unter seiner Regierungsverantwortung auch nur „nach Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt“ werden.

30.5.88 Das 200.000-DM-Gutachten des Darmstädter Öko-Instituts belegt dem Hamburger Senat detailliert, wie unsicher die AKWs Stade, Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf sind.

3.6.88 Jansen begründet das Gutachten und kündigt „konkrete zusätzliche Überprüfungen in jedem der drei Schleswig-Holstein-AKW an“ um „die tatsächlichen Gefahren für das Leben und die Gesundheit im Detail zu untermauern“. Wenn sich die Erkenntnisse des Hamburger Gutachtens durch unsere behördlichen Überprüfungen bestätigen, müssen wir handeln und gegebenenfalls nach Paragraph 17,5 Atomgesetz stilllegen.



Herbstaktionen '88 gegen den Atomstaat

WAA-Baustopp sofort!

Unter dem Motto „sofortiger Baustopp der WAA“ findet am 15. Oktober in Wackersdorf als Höhepunkt der diesjährigen Herbstaktionen eine Großdemonstration zum Baugelände statt. „Wir rufen deshalb alle Atomkraftgegner, gerade die Menschen, welche sich an der Einwendungskampagne mit 880.000 Neinstimmen zur WAA beteiligt haben, auf, ihren Protest praktisch zu zeigen und sich an den Herbstaktionen zu beteiligen“. Während des gemeinsamen Großaktionstages wollen wir geschlossen zeigen, daß die Aufhebung demokratischer Grundrechte

standen sie eher skeptisch gegenüber. Be-schlossen wurde auf den folgenden Treffen die Anmeldung der Demonstration und damit wurde auch der Charakter als Großdemonstration mit breitem Bündnis aber ohne Preisgabe der Inhalte der Anti-AKW-Bewegung festgelegt. Diese Festlegung hatte allerdings zur Folge, daß sich das örtliche autonome Spektrum wie z.B. das Info-Büro Alteneschwand aus der Demovorbereitung zurückzog. Allerdings wird das Info-Büro während der Aktions-tage als Ermittlungsausschuss fungieren. Mitglieder der Münchner LIGA (Linke Initiative gegen Atomanlagen) arbeiten aktiv an der Demovorbereitung mit. Trotzdem konnte sich die LIGA bisher nicht zu offizieller Unterstützung der Demo durchringen.

Herbstaktionen '88 gegen den Atomstaat

WAA-Baustopp sofort!

Unter dem Motto „sofortiger Baustopp der WAA“ findet am 15. Oktober in Wackersdorf als Höhepunkt der diesjährigen Herbstaktionen eine Großdemonstration zum Baugelände statt. „Wir rufen deshalb alle Atomkraftgegner, gerade die Menschen, welche sich an der Einwendungskampagne mit 880.000 Neinstimmen zur WAA beteiligt haben, auf, ihren Protest praktisch zu zeigen und sich an den Herbstaktionen zu beteiligen“. Während des gemeinsamen Großaktionstages wollen wir geschlossen zeigen, daß die Aufhebung demokratischer Grundrechte wie Versammlungs- und Demonstrations-freiheit im Verband mit einem faktischen Ausnahmezustand in der Oberpfalz von uns nicht hingenommen wird.“ (Aus dem Aufruf)

Aufruf ist ein breites Bündnis, das von der M.A.F.I.A. (Münchner Anarchi-sten) über die örtlichen BF's, die Zeitung „Rad-Aktiv“, Landesverband und Bundesverband der Grünen über die BUND-Jugend bis zum SPD-Unterbezirk Schwandorf reicht.

Im Vorfeld hatte es seit dem Frühjahr Auseinandersetzungen um das Demo-konzept gegeben. Autonome wollten lediglich Aktionsstage, bei denen der Schwerpunkt auf Info-Veranstaltungen liegen sollte, mit regionaler Mobilisie-rung.

Der Vorschlag der „Rad-Aktiv“ sah eine Großdemonstration aufbauend auf der Einwendungskampagne vor. In weite-ren Treffen wurde versucht, die unter-schiedlichen Vorschläge zu einem ge-meinsamen Aktionsstagekonzept zu ver-binden.

„Waldspaziergang“ oder angemeldete Demonstration?

Auf dem bayerischen Anti-Atomplenum (Baap) am 11.6. in Nürnberg traten Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Anmeldung auf. Die Gegner einer Anmeldung argumentierten einen ein-stimmigen Beschluß, daß die Polizei eine Demonstration verhindern, eine Waldspazier-gang dagegen, wie in der Vergangenheit, dulden würde. Zum anderen sei eine De-moanmeldung Zeit- und Kräftevergeudung. Dagegen wurde auf dem Demon-strationsrecht bestanden; gegen ein mög-liches Verbot solle mit allen juristischen, politischen und praktischen Mitteln vor-gegangen werden. Der Streit um ein De-moverbot wirkte zusätzlich mobilisie-rend, für eine breite Mobilisierung sei es un-denkbar, eine Demonstration anzumelden.

Die Diskussion machte deutlich, daß hinter der Frage, „Anmeldung ja/nein“ unterschiedliche Vorstellungen über den Charakter der Demo standen. Die „An-melder“ befürworteten eine Großdemon-stration mit möglichst breitem Bündnis. Die „Spaziergänger“ wollten über die Demo „regionale Strukturen“ herausbil-den und stärken. Einem breiten Bündnis

Gemeinsamer Aufruf mit der „Friedensbewegung“

Anders als letztes Jahr gibt es diesmal einen gemeinsamen Aufruf von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Schmerzten hatten die Vertreter aus der Friedensbewegung hauptsächlich mit der Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atom-anlagen, die sie dann doch, nach Streichung des Zusatzes „weltweit“, relativ schnell akzeptierten. Ansonsten war durch die harten und intensiven Auseinandersetzungen im Vorfeld der Herbstaktionen '87, aber auch durch das gemeinsame Durch-ziehen der Demo trotz Verbot eine gute Grundlage und ein Vertrauensverhältnis geschaffen worden, das die Zusammenarbeit dieses Jahr erheblich erleichtert.

Spannend ist, ob ein großer Teil der 880.000 Einwander bereit ist, seinen Pro-test gegen die WAA auch praktisch zu ze-igen und wie groß die Bereitschaft der „Szene“ ist, die Oberpfälzer in ihrem Kampf gegen die WAA auch weiterhin zu unterstützen und ihnen weiter Mut für ihren Widerstand zu geben. Eine gute Mo-bilisierung ist auch unbedingt nötig, denn ein Spaziergang wird der Marsch zum Bauzaun allen bisherigen Erfahrungen nach nicht reichen. Es muß wieder mit einem Verbot gerechnet werden. Der Trä-gerkreis ist entschlossen, die Demon-stration auf jeden Fall politisch, juristisch und praktisch durchzusetzen. „Gründliche Vorbereitung und Umsetzung eines kompakten Gesamtkonzeptes (Kurze Auf-führungskundgebung — nachfolgender ge-schlossener Zug zum Baugelände — ohne Aufenthalt Rückkehr zur Abschlussver-anstaltung mit Kulturfest) sollen Übergriffe von außen, wie im Herbst 1987 verhin-dern“ (aus dem Aufruf). Auf dem Pro-gramm der Kundgebung stehen RednerIn-nen der LIGA Lübeck, Maxhütte-Ber-triebsrat, Friedensbewegung, eventuel Enno Brand, Im Kulturprogramm: Bier-möhl Blas'n, voraussichtlich Dieter Hil-debrandt.

KB Gruppe Nürnberg

Ausländerrecht:

Ein neues Dokument des Rassismus

Während die in diesem Jahr erwarteten rund 200.000 „Aussiedler“ aus Osteuropa und der Sowjetunion „bei uns herzlich willkommen sind“ (Kohl), stellt jeder Flüchtling, vornehmlich aus den Ländern der „3. Welt“, eine schwere „Belastung“ für den gesunden deutschen Volkskörper dar.

Mit dem Kunstgriff, neben einer deutschen „Staatszugehörigkeit“ noch eine „Volkszugehörigkeit“ geschaffen zu haben, brauchen die „Aussiedler“ nur einen Nachweis, daß sie selbst Deutsche sind oder aber ihre Vorfahren „deutsch“ waren. Ein Nachweis über den Vater bei der Reichswehr reicht völlig aus, um als Deutscher unter Deutschen begrüßt zu werden. Welchen, die nicht über ein solches „Privileg“ verfügen und obendrein noch aus sogenannten Kriegs- und Krisengebieten der „3. Welt“ um Asyl ersuchen. Für sie sind die westdeutschen Grenzen dicht, Schlupflöcher werden gestopft und ihnen droht — wenn sie überhaupt in dieses Land gelangen — im Zweifelsfall die Abschiebung.

Die in diesem Jahr erwarteten 100.000 Menschen, die in die BRD flüchten, sind dem Innenministerium Innenministerum zuviel. Daher steht in den Koalitionsvereinbarungen dieser Regierung auch eine Neuregelung des Ausländerrechts auf dem Wege. Und dazu liegt ein erster Referentenentwurf vor. Dieser deutsch so deutsch, daß er von niemandem überdeutet werden kann.

Zwar haben die Sozialausschüsse der CDU, die Liberalen, die SPD und die Grünen mehr oder weniger massiv gegen den Referentenentwurf gestimmt — aber so ungesichert sollte dieser Testballon der CSU nicht abfliegen. Er zeigt an, in welche Richtung hier gedacht und geplant wird.

Westdeutsches Ausländerrecht in der Tradition des Nazismus

Von einem halbwegs liberalen Ausländerrecht konnte noch bis zum Geltungsbeginn der „Preussischen Ausländerpolizeiverordnung“ aus dem Jahre 1932 gesprochen werden, denn da hieß es im § 1 kurz und bündig: „Jeder Ausländer ist zum Aufenthalt im Preussischen Staatsgebiet zugelassen, solange er die in diesem Gebiete geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften befolgt“ (zit. nach Heldmann 1974). Der Ausländer wurde also als Subjekt betrachtet, und eine Ausweisung war nur dann nach juristischem Ermessen möglich, wenn die betreffende Person gegen geltende Gesetze verstoßen hatte.

Erst die „Ausländerpolizeiverordnung“ aus dem Jahre 1938 markierte den Weg für die heutigen Rechtsauffassungen. § 1: „Der Aufenthalt im Reichsgebiet wird Ausländern erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind“ (APVO 1938, zit. nach Heldmann 1974).

Selbst in diesem Gesetz der damaligen nazistischen Machthaber wird noch von einer Subjektbindung ausgegangen, allerdings erhielten die politischen Ausländerbehörden umfassende Ermessensspielräume gegen Ausländer, die durch so schwammige Begriffe wie „nach ihrer Persönlichkeit“, dem Aufenthaltswitz usw. begründet wurden. Die im Faschismus betriebene Weiterentwicklung des Ausländerrechts beinhaltete eine polizeistatistische Verfaßtheit, wonach „den Be-



langen der Allgemeinheit und den Erfordernissen der Staatssicherung andere Rücksichten in jedem Falle unterzuordnen sind“, wie es in einem damaligen authentischen Kommentar zur APVO hieß (Pfunke/Neubert 1938, zit. nach: Heldmann 1974).

Die APVO aus dem Jahre 1938 wurde erst 1965 durch die damalige Verabschiedung des bis heute geltenden Ausländergesetzes ersetzt. Dort heißt es in § 2: „Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt“ (AuslG 1965).

Diese Neufassung liegt zum einen in der Kontinuität nazistischer Rechtsprechung und enthält fast wortgleiche Formulierungen oder Begründungsansatzpunkte („Belange der Allgemeinheit“, „Belange der BRD“); eine weitere Verschärfung ergibt sich jedoch daraus, daß subjektive Kriterien der Ausländer vollkommen den „Belangen“ des Staates geopfert werden. In der damaligen Gesetzesbegründung hieß es dazu: gegen Belange der BRD verstößt ein Ausländer, wenn seine Anwesenheit im Bundesgebiet „mit den Interessen des Staates oder der Allgemeinheit nicht in Einklang steht“ (Bundestagsdrucksache IV/868, S. 12, Bonn 1965).

„Dieses Gesetz enthält Vorschriften über den Aufenthalt im Reichsgebiet zugelassen, solange er die in diesem Gebiete geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften befolgt“ (zit. nach Heldmann 1974).

Ausländer werden demnach nur als Objekte betrachtet, die zunächst mit einem Aufenthaltserlaubnisverbot belegt sind. Erst nach einer „Ermessensprüfung“, bei der „alle einschlägigen Gesichtspunkte, seien sie politischer, wirtschaftlicher, arbeitspolitischer oder sonstiger Natur“ zu berücksichtigen seien, darf die Behörde dem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilen (ebd.). Damit wird die völlige Umkehrung des Ausländerrechts im Vergleich zu 1932 deutlich: Die Aufenthaltserlaubnis von Ausländern verkommt zum reinen Gnadenakt, wenn die „Belange der BRD“ nicht beeinträchtigt werden, oder, wie der Rechtsanwalt Hans Heinz Heldmann im Juristendeutsch treffend formulierte, zur „präventiven Verbotsnorm mit Erlaubnisvorbehalt“ (Heldmann 1974). Im neuen Referentenentwurf für ein neues Ausländergesetz vom 1.2.1988 wird die Kontinuität von 1965 auf die Spitze getrieben. Im § 1 des „Ausländeraufenthaltsgesetzes“ (AAG) heißt es: „Ausländern kann nach Maßgabe dieses Gesetzes das Recht gewährt werden, in das Gebiet der BRD einzureisen und sich darin aufzuhalten“. Wann ein Auslän-

der in die BRD einreisen „kann“, das liegt im Ermessen des Staates „nach Maßgabe ihrer Interessen“ (§ 3/1) und „unter Beachtung des Vorrangs der öffentlichen Interessen“ (§ 4). Das Paragrafenwerk ist zwar länger, der Geist von 1938 aber der gleiche geblieben.

Nationalistisch-rassistische Begründungen

In aller Offenheit legen die Referenten des Innenministeriums ihre Gründe für die Neuformulierung ihres Entwurfs eines Ausländergesetzes dar: „Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang Ausländern der dauernde Aufenthalt im Bundesgebiet ermöglicht werden soll“, sei eine „Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland als eines deutschen Staates“. Eine fortlaufende Zuwanderung von Ausländern bedeutet „den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft“, die „gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur“ verliere ihre „einzigste und prägende Kraft“, daher müsse „im nationalen Interesse“ einer weiteren Zuwanderung schon „im Ansatz begegnet werden“. Es gehe nicht an, die „geschichtlich überkommene Prägung der eigenen Umwelt preiszu-

geben und das eigene Land der Besiedlung durch Ausländer zu öffnen“, denn „die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters ist das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staates“. Darüber hinaus sei „die ungelöste nationale Frage der Deutschen eine geschichtliche Verpflichtung“.

Neben diesen nationalistischen Kampfbegriffen wird die Zuzugbegrenzung von Ausländern auch mit der „Bewahrung des inneren Friedens“ begründet, da eine Liberalisierung des Ausländerrechts „in der deutschen Bevölkerung auf vielfache Ablehnung“ stöße. Diese Anbiederung an rechtspopulistische Stimmungen und rechtsradikale Organisationen hat sozialdemokratische Tradition. In den Kabinettsbeschlüssen der Regierung Helmut Schmidt vom 11.11.1981 und 3.2.1982 heißt es, daß die BRD „kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll“, ein „weiterer Zuzug unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten“ müsse „verhindert“ werden, dies sei „zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens unerlässlich“ (Staatssekretär Wolfenscheidt im Bundestag, 24.6.88, zitiert

nach: Plenarprotokoll 11/88, Bonn).

Der Referentenentwurf vom 1.2.88 besteht im Unterschied zum geltenden Gesetz aus dem Jahre 1965 aus zwei Teilen: dem „Ausländerintegrationsgesetz“ (AIG) und dem „Ausländeraufenthaltsgesetz“ (AAG). Das AIG enthält im wesentlichen Bestimmungen über das Aufenthaltsrecht der bereits in der BRD lebenden Arbeitsimmigranten („Gastarbeiter“) und ihrer Familienangehörigen, während das AAG das allgemeine Ausländerrecht umfaßt.

Das Ausländerintegrationsgesetz (AIG)

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, den weiteren Zuzug von Ausländern zu verhindern und die sogenannte Integration der bereits Zugewanderten zu fördern. Das AIG, auf die Integration zugeschnitten, erfüllt die Aufgabe jedoch nicht.

Dem Anspruch nach soll es vor allem den Arbeitsimmigranten, die vor 1973 massiv angeworben wurden, einen rechtlich gesicherten Daueraufenthalts-Status garantieren. Es zeigt sich aber, daß auch das AIG den durchgängigen ausländerfeindlichen Richtlinien folgt. Bereits im § 1 AIG sind nämlich nur diejenigen „ausländischen Arbeitnehmer“ angesprochen, denen „vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Einreise zur nicht nur vorübergehenden Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit erlaubt worden ist“.

Es betrifft also vor allem diejenigen ausländischen Arbeiter, die größtenteils bereits jetzt im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sind und nach § 2 eine „besondere Arbeitsgenehmigung besitzen“, sich „auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können“ und deren Lebensunterhalt „ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe“ gesichert ist. Weitere Voraussetzung: diese Gruppe muß seit mindestens acht Jahren eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Damit fallen alle diejenigen heraus, die früher als Studenten, Flüchtlinge, Arbeiter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder im Rahmen der „Schattenwirtschaft“ in die BRD einreisten oder angeworben wurden.

Darüber hinaus enthält das AIG zahlreiche sehr detaillierte Regelungen, die die Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis unmöglich machen: im Falle von Obdachlosigkeit etwa oder einer „unzureichenden Wohnung“, „ungenügenden Sprachkenntnissen“, dem Empfang von Sozialhilfe, der Auflösung der „häuslichen Gemeinschaft“ usw. Damit wird selbst dem integrationswilligsten Ausländer vom Staat vorgeschrieben, wie er zu leben hat. In diesem Zusammenhang ist die staatliche Definition von „Integration“ in der Gesetzesbegründung aufschlußreich: Integration setze nämlich Integrationsfähigkeit und Bereitschaft voraus; den „Ausländern obliegt es, sich in die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung der BRD einzufügen, die hiesigen kulturellen und politischen Wertvorstellungen zu respektieren und sich nicht gegen ihre deutsche Umwelt (...) zu verschließen. Auch darf der legitime Wille zur Bewahrung der kulturellen Identität nicht als Vorwand für eine

selbstisolierende, rein negative Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse dienen“.

„Integration“ ist also ganz im Sinne von Assimilation definiert; wer sich nicht „einfügen“ will, der soll gehen.

Das Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG)

Das AAG soll für alle Ausländer, die nicht unter das AIG fallen oder erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes einreisen, gelten. Künftig benötigen auch Kinder unter 16 Jahren eine Aufenthaltsgenehmigung, um den Kindermachzug vollständig zu kontrollieren.

Nachdem der berühmte Grundgesetz-Paragraf 16,2 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) durch die fortlaufende Verschärfung der Ausländergesetzgebung bereits ausgehöhlt wurde, umgeht das AAG auch internationale völkerrechtliche Vereinbarungen, die die BRD unterzeichnet hat bzw. ratifizieren will (Genfer Flüchtlingskonvention, Anti-Folter-Konvention usw.). Das Schlupfloch findet sich im § 2/2 AAG, wonach der Anwendungsbereich dieses Gesetzes über Einreise und Aufenthalt von Ausländern gegenüber anderen zwischenstaatlichen Vereinbarungen „unberührt“ bleibt, aber nur, „soweit (...) in diesem Gesetz die unmittelbare Anwendbarkeit ausdrücklich bestimmt ist“. Mit anderen Worten: völkervertragliche Vereinbarungen finden nur dann Anwendung, wenn diese auch ausdrücklich im Ausländergesetz festgeschrieben sind. Ist dies nicht der Fall, braucht sich die BRD nicht an die internationalen Abkommen zu halten. Von Bedeutung ist dieser Punkt insofern, weil die internationalen Abkommen gegenüber der westdeutschen Asylpraxis eine gewisse Schutzfunktion ausüben; so verbietet die UN-Anti-Folter-Konvention Abschiebungen, bundesdeutsche Gerichte jedoch erkennen Folter als Asylgrund nicht in jedem Fall an.

In den §§ 3 und 4 AAG wird die reine Objekt-Stellung der Ausländer untermauert. Die BRD entscheidet „nach Maßgabe ihrer Interessen“ über ihren Aufenthalt (§ 3), diese „öffentlichen Interessen“ haben „Vorrang“ gegenüber den „schutzwürdigen Belangen“ des Ausländers. Und obendrein bestehe eine „Pflicht zur Ermittlung außerhalb des Bundesgebiets gelegener Sachverhalte nicht“ (§ 4). Damit wird nochmals unterstrichen, daß allein die „deutschen Interessen“ maßgeblich für die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis sind, während westdeutsche Gerichte nicht verpflichtet seien, etwa Fluchtgründe in den Herkunftsländern zu ermitteln.

Das AAG zeichnet sich vor allem durch eine Ausdifferenzierung der sogenannten Aufenthaltstitel aus. Im geltenden Auslän-

den AAG zeichnet sich vor allem durch eine Ausdifferenzierung der sogenannten Aufenthaltstitel aus. Im geltenden Ausländerrecht wird zwischen Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltserlaubnis unterschieden. Unter dem Sammelbegriff „Aufenthaltsgenehmigung“ tauchen nunmehr nach den Kriterien des Aufenthaltsgrundes und -zweckes ganze fünf neue Titel auf: 1. die Aufenthaltserlaubnis, 2. die Aufenthaltserlaubnis, 3. die Aufenthaltserlaubnis, 4. die Aufenthaltserlaubnis und 5. Familienaufenthaltsgenehmigung (FAG).

Die „Erlaubnis“ erhalten diejenigen Ausländer, denen der Aufenthalt „ohne Bindung an einen bestimmten Aufenthaltswitz ermöglicht werden soll“, also vor allem Arbeitsimmigranten, allerdings nicht über eine Geltungsdauer von acht Jahren hinaus. Spätestens dann ist Sense.

Die „Berechtigung“ beinhaltet praktisch ein unbefristetes Aufenthaltsrecht unter der Voraussetzung einer bereits bestehenden fünfjährigen, unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. In der Regel kann dieser Titel dann erworben werden, wenn die Arbeitsimmigranten bereits mindestens zehn Jahre in der BRD „rechtmäßig“ erwerbstätig waren.

Bei der „Bewilligung“ handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigung, die an den Zweck des Aufenthalts gebunden ist. Sie gilt also für ausländische Studenten, Arbeiter mit befristeten Verträgen usw. und ist auf eine maximale Dauer von fünf Jahren begrenzt.

Unter die „Gestattung“ fallen die sogenannten de-facto-Flüchtlinge, die ohne Asylanerkennung aus humanitären oder politischen Gründen in der BRD „geduldet“ werden. Voraussetzung für diesen Titel: zwei Jahre Duldung in der BRD, danach gibt es die „Gestattung“, die wiederum auf ein Jahr befristet ist. Sie kann um ein weiteres Jahr verlängert werden, wobei die betreffenden Flüchtlinge das Bundesland, in dem sie sich aufhalten, nicht verlassen dürfen.

Fortsetzung nächste Seite

Asylbewerber nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Europa	65.807	24.769	15.264	6.549	51.550	18.174	15.164	26.625
darunter:								
Polen	2.090	7.801	6.830	1.949	4.240	6.672	10.981	11.194
Rumänien	777	939	1.209	367	444	887	1.512	1.904
Tschechoslowakei	2.183	2.000	2.170	1.400	1.175	1.111	1.294	1.576
Türkei	57.493	6.898	8.896	1.548	4.180	7.518	8.493	11.426
Ungarn	1.456	1.217	911	587	1.450	718	1.116	1.585
Afrika	9.334	5.970	4.883	3.464	3.688	3.093	6.486	3.588
darunter:								
Äthiopien	3.154	901	1.275	904	3.364	2.425	1.742	806
Ghana	2.748	3.378	4.134	1.811	2.870	3.194	5.749	793
Amerika und Australien	267	160	140	114	86	97	142	204
Asien	21.772	12.215	12.274	8.132	10.645	44.298	16.313	11.951
darunter:								
Afghanistan	5.446	3.608	2.873	1.487	1.198	2.410	3.855	1.584
Iran	6.193	3.230	2.879	1.548	1.643	4.475	6.114	1.073
Libanon	749	811	958	1.186	2.438	3.842	21.320	4.136
Libyen	1.457	2.882	1.788	1.671	1.450	4.374	10.940	4.465
Pakistan	4.104	5.198	3.899	763	1.583	3.340	7.114	1.543
Sri Lanka	2.673	2.750	1.416	2.448	8.043	17.380	1.918	2.291
Staatenlose u. a.	1.455	2.477	1.860	1.399	922	3.170	8.250	1.013
Insgesamt	107.816	49.391	37.423	19.737	31.278	73.833	99.458	57.399

[Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1988, Wiesbaden]

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nach dem § 15/4 AAG können sich Flüchtlinge jedoch freikaufen, wenn „Dritte“ sich dafür verbürgen, den Lebensunterhalt des Ausländers für mindestens zehn Jahre zu sichern. Nicht nur, daß der Staat die Kosten für die Aufnahme oder „Gestattung“ von Flüchtlingen quasi privatisiert; Hauptnutznießer dieser Regelungen sind beispielsweise die am sogenannten Sexourismus und an Bordellen verdienen, oder Leute, die sich eine billige Haushälterin zulegen wollen. Einer — auch noch staatlich legitimierten — Neuförderung von Sklaverei wird Tür und Tor geöffnet.

Nach der Familienaufenthaltsgenehmigung (FAG) enthält eine Aufenthaltserlaubnis mit Ausnahme der ersten Generation, die vor dem Anwerbestopp (1973) in die BRD kam. Ansonsten ist die FAG an die Dauer der Aufenthaltsgenehmigung des in der BRD lebenden Ausländers gekoppelt. Für die zweite Generation ist der Ehegattennachzug (also überwiegend die Frauen) de facto ausgeschlossen, denn der Güter muß sich mindestens acht Jahre „rechtmäßig“ in der BRD aufgehalten haben und seine Einbürgerung „aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen“ abgelehnt worden sein (§ 21/4). Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen ist nicht vorgesehen, sondern an „häusliche Gemeinschaft“, „angemessene Wohnung“ usw. gebunden. Ein Nachzug von Kindern gilt prinzipiell nur bei Vorhandensein beider Elternteile; Kinder bis zu sechs Jahren besitzen einen Rechtsanspruch, im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren wird nach Ermessen entschieden, bei Volljährigkeit kann die FAG unter bestimmten Voraussetzungen verlängert werden.

Nach dem obersten Prinzip der Förderung der Rückkehrerfähigkeit der Ausländer ist unter diesen Umständen eine langfristige Lebensplanung nicht möglich. Der Aufenthalt in der BRD ist demnach reglementiert, an Zweck und Dauer gebunden, an Fristen geknüpft, daß alle Ausländer, die unter das AAG fallen, spätestens nach acht Jahren wieder ausreisen müssen. Diese Reglementierung hat u.a. den Hintergrund, den außereuropäischen Flüchtlingen und Arbeitsimmigranten den Zuzug bzw. die Zuflucht zu versperren, weil im Rahmen der Liberalisierung des EG-Marktes genügend billige Arbeitskräfte aus Irland, Portugal, Spanien, Griechenland usw. zur Verfügung stehen, für die das Ausländerrecht nicht gilt.

Hinsichtlich der Ausreisepflicht von Ausländern (im Falle unerlaubter Einreise, abgelaufener oder fehlender Aufenthaltsgenehmigung) sollen ebenfalls einige Verschärfungen vorgenommen werden. So unterliegt der betreffende Ausländer einer besonderen Anzeigepflicht gegenüber den Behörden, muß sich z.B. melden, wenn er seinen Wohnort für mehr als drei Tage verlassen will usw. Bei Verstoß gegen die Meldepflicht erfolgt sofort Sicherungshaft.

Der § 34/3 bringt den hier lebenden Ausländer in eine Dilemma-Situation gegenüber seinem Heimatland, „wenn der Herkunftstaat des Ausländers Deutschen das Recht auf Einreise, Aufenthalt oder Ausreise verweigert“.

Nach § 36/1 „kann“ eine Ausweisung erfolgen, wenn der Aufenthalt eines Ausländers „die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD beeinträchtigen kann“.

Bereits aufgrund bloßer Vermutung „kann“ ein Ausländer nach diesem Polizeistaatsparagrafen ausgewiesen werden. Nach § 36/3 ist eine individuelle Ausweisung, die „ausschließlich der Generalklausel dienen soll“, möglich. Das dient allein zur Abschreckung und dem Ziel der „Einfügung“ der übrigen Betroffenen.

Bezüglich der Ausweisungsgründe wird zwischen der „Kann- und „Regel-ausweisung“ unterschieden. Unter die „Kann-Ausweisung“ fallen alle, die obdachlos sind oder Sozialhilfe beanspruchen, oder derjenige, der die „BRD oder ein Verfassungsorgan verächtlich macht oder in sonstiger Weise herabwürdigt“ (1). Die „Regel-Ausweisung“ erfolgt, wer die WGO „gefährdet“ oder „die durch Anwendung von Gewalt oder durch gerichtliche Vorbereitungshandlungen auswärtige Interessen der BRD gefährdet.“ (§ 39). Das zielt auf alle Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge, die mit ihren jeweiligen Befreiungsbewegungen sympathisieren oder ihnen angehören. Ein Ausweisungs-Muß besteht im Falle der Verbüßung einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung oder im Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, wobei bereits der Besitz eines Gramms Haschisch ausreicht.

Zum Punkt „Ausweisung“ finden sich in den Gesetzesbegründungen einige bemerkenswerte Hinweise. Demnach sei die Ausweisung (1) die „Grundlage der Integration“ und das „wichtigste Instrument zur rechtlichen Absicherung des Ausländers gegen rechtswidrigen Aufenthalt“. Gesetzliche und polizeistaatliche Droh- und Abschreckungspotentiale bilden also den Hintergrund für die geplante Zwangsintegration und das feinschmeiche Sieb, das

die Grenzen für Menschen aus Nicht-EG-Staaten möglichst ganz dicht machen soll.

Hinsichtlich der Duldung von Flüchtlingen und der Abschiebungen fiel dem Innenministerium nicht mehr ein, da die bestehenden Regelungen bereits scharf genug sind. Im Falle der Duldung von Flüchtlingen ist lediglich die Freizügigkeit auf den Bereich der zuständigen bezirklichen Ausländerbehörde beschränkt worden, was ebenfalls der geltenden Praxis schon weitgehend entspricht.

Gegenüber Flüchtlingen enthält die Gesetzesbegründung folgende bemerkenswerte Interpretation: da die BRD mit dem Problem konfrontiert sei, „nicht mehr verkraftbare Zuwanderungen von Ausländern abwehren zu müssen“, könne Ausländern der Aufenthalt in der BRD dann versagt werden, wenn „ihre Menschenrechte außerhalb des Bundesgebietes nicht in vollem Umfang gewährleistet sind“. Mit dieser Argumentation ließe sich jede Zuflucht und jeder Asylgrund leugnen; ein bißchen Folter dort, ein Bürgerkrieg da — keine ausreichenden Zufluchtsgründe, denn wo sind, einschließlich der BRD, die Menschenrechte „in vollem Umfang“ verwirklicht? Dazu paßt, daß den Flüchtlingen schon jetzt der Zugang in die BRD an der Grenze verweigert wird — u.a. durch die Einführung des Visumzwangs, der Vereinbarung mit der DDR über das Schließen des „Schlupfloches“ Flughafen Schönefeld usw.. In den §§ 56 und 60 AAG erfolgt eine weitere Zugangsbeschränkung, wonach die bundesdeutschen Auslandsvertretungen keinerlei Begründungen bei Verhängung eines Visums abgeben müssen.

Und der § 68 AAG enthält — wie bisher — die gesetzliche Grundlage für die Aufhebung jeglichen Duldungsschutzes gegenüber Ausländern: auf Anforderung der Ausländerbehörde haben andere öffentliche Ämter alle Umstände über die betreffenden Ausländer mitzuteilen, die für die Ausländerbehörde „von Bedeutung sein können“. Das Bundesinnenministerium kann sich außerdem dazu ermächtigen, zu bestimmen, welche Behörden „ohne Aufforderung“ Amtshilfe zu leisten haben.

Ein Testballon

Der mit Rassismus und Nationalismus durchdränkte Referentenentwurf des Innenministeriums trägt zwar einen dem Umstand Rechnung, daß die Arbeitsimmigranten, die vor allem vor 1973 angeworben wurden, einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Hier wird juristisch das nachvollzogen, was faktisch längst Realität ist, um es in der Öffentlichkeit als ausländerfreundliche Integratione lehrbuchhaft zu präsentieren. Das AIG als Zuckerbrot — das AAG als Peitsche: letzteres kann nur als totales Abschreckungs- und Abschiebungsgesetz gegenüber Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen bezeichnet werden, die erst später in die BRD einreisen oder noch einreisen werden. Darüber hinaus ist das AAG in Zusammenhang einer EG-einheitlichen Asyl- und Ausländerpolitik zu sehen, denn im Zuge eines „europäischen Binnenmarktes“ arbeiten die Innenministerien daran, bei Freizügigkeit des Personenverkehrs innerhalb der EG die Grenzen gegenüber außereuropäischen Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen des Personenverkehrs innerhalb der EG die Grenzen gegenüber außereuropäischen Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen dichtzumachen (2).

Der Referentenentwurf stößt nach seinem Bekanntwerden auf erhebliche Kritik nicht nur bei Flüchtlingsgruppen, den Kirchen und den Grünen, sondern auch der FDP und Teilen der Christdemokraten. In der vorliegenden Fassung dürfte dieser Entwurf kaum als Gesetzesvorlage von der Regierungskoalition eingebracht werden. Aber der Entwurf zeigt die Richtung an, setzt die Pfeile ein — der FDP bleibt im parlamentarischen Spiel nur, den Entwurf mit einigen „liberalen“ Korrekturen zu garnieren und sich beim nächsten Koalitionsgezeir zu profilieren.

Ob — wie in der Koalitionsvereinbarung vereinbart — ein neues Ausländergesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, ist derzeit nicht abzusehen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Seine Ergänzung findet dieser Mautkorb-Paragraf in den §§ 26 und 29 AAG über die „politische Betätigung“ von Ausländern, die BRD gegenwärtig zwar eine politische Betätigung, aber nur, wenn sie „den außenpolitischen Interessen“ der BRD nicht widerspricht und wenn sie nicht „die politische Willensbildung (...) von Deutschen und Ausländern“ beeinträchtigt.

(2) Im Rahmen des „Schengener Abkommens“ arbeiten die Innenministerien und die EG-Bürokratie kammernheimlich an einer Vereinheitlichung der Asylpolitik, Maßnahmen zur „inneren Sicherheit“, der gemeinsamen Drogenbekämpfung, dem Datenaustausch, der Terrorismusbekämpfung. In der Schengen-Gruppe arbeiten die BRD, Frankreich, die Benelux-Staaten sowie Italien und das nicht-EG-Land Österreich als Beobachter zusammen, um ein Abkommen über „Grenzfragen“ vorzubereiten, das 1992 dann generell gelten soll.

Literatur:

— Heldmann 1974; Hans Heinz Heldmann, Ausländerrecht — Disziplinarordnung für die Minderheit, Darmstadt 1974

Arbeitsdienst '88

1983, kurz nach der Bonner Wende, waren die Nöte und Ängste, die sich für viele mit Arbeitslosigkeit verbinden, der Bundesregierung noch einige Showeinlagen wert. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangelrekords geisterten als „wirtschaftspolitisches Ziel Nummer eins“ durch Kanzlerklärungen und Wahlkampfsprüche. (1) Von einer Reduzierung auf weit unter zwei Millionen, ja sogar unter die Millionengrenze war die Rede. Viel zu viele fielen auf das Märchen rein, daß mit einer CDU-Regierung und frühlichen Industriekapitalen sich wieder alle Galeriestelken Arbeit finden würde. Tatsächlich stagnierten die Zahlen seit nunmehr fünf Jahren. Zwar ist es endlich wieder ansatzweise soweit, daß Lehrstellen da sind. Aber selbst das liegt nicht an der Lehrstellentilge des Bundeskanzlers Kohl, sondern daran, daß einfach weniger Jugendliche aus den Schulen ausgespuckt werden. Wenn Ehrenworte zu zählen würden im Sumpf der „Großen Politik“, dann müßte Kohl unter einer Badewanne, die in einem Haifischbecken dümpelt, kielgeholt werden.

Aber Freiheit siegt. Blum hat da sicher mit seiner Stellenverlusten in einer Bonner Sparkasse bahnbrechendes geleistet. Wer als Kapitalist richtig hip sein will, der macht mit seinen Lehrstellen Imagepflege für sich. Der Supermarkt „plaza“ wirbt auf seinen Plakatküsten für seine Ausbildung — und damit für sich. Und wer kennt nicht diese idiotische Plakette „Dieser Betrieb bildet aus“, meistens im Schaufenster von kleinen Klischen, wo der Arabi voll mitarbeiten muß und wenig lernt, damit die Gewinnspanne weigt.

„...arbeitsunwillige Jugendliche“

1988, im Juni, CDU-Parteitag. Kohl in Höchstform: „Wir leben auf der Sonnenseite der Geschichte unseres Volkes“ freit sich der Parteivorsitzende und geißelt den „dürftigen Jugendkult“, der verhindert, daß Arbeitslose über die Pensionierungsgrenze hinaus arbeiten. Rund einen Drittel aller Werkstätten dürfte das übrigens einigmaßen schwerfallen, weil sie schon vor Erreichen der Rente in die Kasse springen. Aber wichtig ist, daß heutzutage mehr „Leistung“ aus dem einzelnen Arbeitnehmer herausgepreßt wird und mit Schwund muß man rechnen. Rationalisierung, Profitsteigerung, Gewinnspanne, Weltmarktkonkurrenzfähigkeit, wir müssen besser als die Japaner sein und das ist wichtiger als Arbeit und menschenswürdiges Leben für alle.

Aber trotzdem ist das eben doch eine dauernde Anklage gegen die von allen Rückwärtigen freie unsonstige Marktwirtschaft — diese Arbeitslosenstatistik, die einmal im Monat durch die Tagesschau gestört.

Kritiken haben ja immer etwas kribbeliges, unruhiges. Sie können halt immer wieder in eine der beiden Richtungen ausschlagen, entweder Resignation und Vergeben, verzeihen, der Situation ausweichen, wieder in eine der beiden Richtungen ausschlagen, entweder Resignation und Verzeihen, oder die Wut der Arbeitslosen hält sich und schlägt zurück. Und wenn diejenigen, die in diesem Land mit der Arbeitslosigkeit als Angestricher ihre Arbeitsnehmer kleinsam wollen, mal das kriegen würden, was sie verdienen — dann wäre einiges los. Also muß immer wieder gepöbelt werden gegen die faulen Arbeitslosen, versucht werden, was hier eigentlich abgeht. Und für Jugendliche wird deshalb die Einführung eines Arbeitsdienstes gefordert.

So ein netter Arbeitsdienst kann „erziehenden Charakter“ haben. Arbeiten für wenig Geld, mit der ständigen Angst im Nacken: Wenn da hier nicht kuschelt, streichen sie dir mal eben für zwei Wochen das bißchen Sozi oder Arbeitslosengeld. Da kommt mensch nicht so schnell auf schlaue Gedanken, standessen hast du noch mehr Streß damit, aufzupassen, daß du nicht völlig absäufst.

Auf demselben CDU-Parteitag, auf dem Kohl die „Sonnenseite der Geschichte“ lobpreis, sammelte das CDU-Bundes-

vorstandsmittglied Renate Hellwig noch Unterschriften für einen Antrag, der eine Art Arbeitsdienst für Jugendliche fordert: „Kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr sollte auch nur einen Tag Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden.“

Unterschieden wurde der Antrag vor allem von baden-württembergischen Deliquenten, darunter den beiden Landesministern Schlee und Vetter, sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wissmann (6). Gegenüber der „Jaz“ erklärte Frau Hellwig, die Nähe der Initiative zum Reichsarbeitsdienst störe sie nicht: „Der Arbeitsdienst ist von einer demokratischen Regierung vor der Machtergreifung der Nazis eingeführt worden.“ Der Antrag wird damit begründet, daß „nur so vorbeugend ein Vergammeln Jugendlicher mit allen negativen Folgeerscheinungen (Drogen, Kriminalität, Nichtsehaftigkeit)“ verhindert werden könne (2). Wesen Geistes Kind der Antrag ist, braucht wohl nicht mehr groß erklärt zu werden — Zucht und Ordnung sind allerdings nie speziell faschistisches, da muß ich Frau Hellwig Recht geben. Rebellion ist ja auch nie speziell kommunistisches, aber sie erscheint mir hier echt mehr als gerechtfertigt.

Bereits einen Monat vorher hatte Lothar Späth Zwangsmittel gegen „arbeitsunwillige“ Jugendliche gefordert: Wer nicht einige hundert Kilometer entfernt jede Arbeit annehmen will, sei „arbeitsunwillig“. Ab 20% aufwärts sollen von den Sozialleistungen gestrichen werden, wenn jemand wiederholt Stellen- oder Ausbildungsangebote ausschlägt. Die IG Metall meinte dazu: „Rechtsradikale Propaganda.“ (3)

Und auf einer Demonstration in Stuttgart am 21. Mai riefen dagegen 1.500: „Der Lotar schimpft aufs Gammlertum und setzt selbst nur im Landtag rum. Statt Arbeitsdienst und Bundeswehr — mehr Lehrstellen müssen her!“ (6)

Neue Armut — für viele Jugendliche Realität

Knappt die Hälfte der Jugendlichen unter zwanzig, die im September 83 bei den Arbeitsämtern als Bewerber gemeldet waren, erhielt keinen Erlaubnis von Arbeitsamt. Vor allem ausländische Jugendliche: Mehr als drei Viertel der unter 20-jährigen ausländischen Arbeitslosen waren aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Von den Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren 69% aus dem Leistungsbezug ausgeschieden. Das sind Zahlen aus der Studie „Neue Armut“, die der DGB 84 gemacht hat. Besser ist es sicher seitdem nicht geworden. (4) Vor diesem Hintergrund wirkt die „Arbeitsdienst“-Initiative umso gruseliger und skrupellos. Diese Arbeitsdienst-Propaganda hat dabei einen doppelten Effekt: Einerseits soll die Kontrolle und Ausnutzung arbeitsloser Jugendlicher durch einen Arbeitsdienst und Zwangsmaßnahmen, andererseits durch einen Arbeitsdienst saloffähig gemacht werden, andererseits handelt es sich hierbei um den Versuch, die Öffentlichkeit auf weitere Kürzungen der sozialen Leistungen für Jugendliche einzustimmen. Denn daß mensch als Jugendliche heute leicht und viel Arbeitslosengeld kassieren kann um ein „lockeres Leben“ zu finanzieren, das ist ein Ammenmärchen.

Es gibt bereits mehr als harte und oberegenaue Regelungen für die Ablehnung von Arbeitslosengeld- und Sozialhilfe-Anträgen. Das weiß jeder, der die sich schon mal den Arsch auf den Arsch abgesehen hat. Erst vor zwei Jahren wurde der Arbeitslosengeldanspruch für Azubis, die nach der Lehre auf die Strafe gesetzt werden, zusammengegriffen. Früher bekam mensch in diesem Fall 63% vom zu erwartenden Facharbeiterlohn, das ist seit 86 anders: Als Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld werden nur 50% des erzielbaren Gehaltelohns zugrunde gelegt, mindestens aber die Ausbildungsvergütung. Und davon

dann 63% — das kann um etliches unter dem Sozialhilfesatz liegen. (7) Und die Zahlen der Untersuchung zur „neuen Armut“ sprechen ja wohl auch für sich.

Offensichtlich gibt es hier aber die Grundtendenz, weiterhin Scheibchen für Scheibchen die sozialen Leistungen abzuschneiden. Das ganze kommt diesmal hinterrum: den Jugendlichen, die Arbeitslosengeld bekommen, soll nach der Höhe die Dauer des Arbeitslosengeldbezuges gekürzt werden: Von einem Jahr auf sechs Monate für unter 20-jährige und auf neun Monate für 20-25-jährige. 100 Millionen sollen dadurch der Bundesanstalt für Arbeit jährlich erspart werden.

Das schwebte seit Sommer 87 in der Luft. Mit der damals beschlossenen 8. Novelle des sogenannten „Arbeitsförderungsgesetzes“ wurde der Bundeshaushalt zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit/Bundesarbeitsamt entlastet. „Dann“ wurden die finanziell ohnehin schon gebeutelten Bundesanstalt die Kosten für bis dahin von ihr nur im Auftrag des Bundes abgewickelte Programme übertragen: Sonderprogramme für benachteiligte Jugendliche, Sprachkurse für Aussiedler und asylberechtigte Flüchtlinge und Leistungen nach dem Bundesbeschäftigungsgesetz für arbeitslose Jugendliche mußten jetzt mit Nürnberger Geldern bezahlt werden — getreu dem Motto: wer arbeitet, soll auch zahlen. Die Neubelastung betrug 950 Millionen Mark, der Bund konnte 900 Millionen Mark als gespart vermelden. Da der Bund verpflichtet ist, das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit zu decken, muß die Millionenbelastung jetzt angesichts der roten Zahlen in deren Etat weiterverschoben werden. Als Leistungskürzung für die Arbeitslosenversicherung kommt das Paket jetzt bei der Basis an.“ (9)

Nicht nur jugendlichen Arbeitslosen soll Geld gekürzt werden. Bei beruflichen Fortbildungsausschreibungen für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Umgelehrte will das Arbeitsamt in Zukunft nicht mehr die vollen Kosten tragen. Dafür dürfen dann aber die 63-65-jährigen ArbeitnehmerInnen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bezahlen, obwohl sie kaum in die Lage kommen könnten, Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen (weshalb sie ja bisher auch nicht zahlen mußten).

Bei Jugendlichen wird die Ausbildungsförderung zusammengegriffen, Berufsausbildungsbeihilfe soll künftig nur noch gewährt werden, wenn der/die Auszubildende nicht mehr bei den Eltern wohnt und die Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern aus nicht in angemessener Zeit zu erreichen ist. Was die Auszubildenden Selbstständigkeit kostet spart der Nürnberger Aushalt 140 Millionen Mark.“ (8)

Mit mehreren anderen einpfeifenden Einschnitten in die Arbeitsmarktleistungen (9) solle diese 9. Novelle des APG (Arbeitnehmer-Personalgesetz) bereits in Kraft treten, wenn wir uns von den Sybisterfeiern erholen. Die erste Lesung im Bundestag wird deshalb voraussichtlich noch im September stattfinden.

Im Bundestag wird deshalb voraussichtlich noch im September stattfinden.

Eigentlich ist hier ja ein Punkt erreicht, wo sich das versperrte Stranguliert der DGB-Jugend mal zu einem Protest aufrufen könnte. Schließlich muß sich die Solidarität daran messen, inwieweit sie auch diejenigen unter den Jugendlichen einschließt, die von Staat und Kapital ausgegrenzt werden.

met., kh-Jugend

Quellen:

- (1) Druck & Papirol 13/88
- (2) taz 14.6.88
- (3) Schleswiger Nachrichten 28.4.86
- (4) „Die Neue Armut“, Balsem/Nakelaki u.a., Bundesverlag Köln 1984
- (5) Rebell 4/88
- (6) M. Wissmann war früher Bundesvorsitzender der Jungen Union
- (7) Um diesen Azubi-Abzug zu verhindern, genügt es, wenn mensch unmittelbar im Anschluß an die Ausbildung 60 Tage = 3 Monate beitragspflichtig gearbeitet hat und vor der Arbeitslosmeldung für diese Zwischenbeschäftigung die Lohnabrechnung schon erstellt wurde (§ 112 Abs. 5 Nr. 2 AFG). Näheres im Leitfaden für Arbeitslose, Fachhochschule Frankfurt, Juni 86
- (8) taz 8.9.88
- (9) taz 8.9.88



Meilenweit für einen Arbeitsplatz

Statt arbeitslos zu werden, wurden von je 100 jungen Arbeitnehmern in Kauf genommen:

Langer Arbeitsweg	89
Weiterbildung	87
Befristete Arbeit	84
Schwerere Arbeit	64
Ausbildungs-freie Arbeit	52
Berufsweg	53
Weniger Lohn	41
Umzug	3

Quelle: ILO, 1987

Deutsches Militär für den Frieden?

Zur Debatte um die deutschen Blauhelme

1987 lehnte die BRD eine Beteiligung mit Kriegsschiffen an einer gemeinsamen NATO-Kriegsflotte im Golf unter anderem mit der Begründung ab, dies sei vom Grundgesetz nicht erlaubt. Um Solidarität zu zeigen, schickte die BRD dann sechs Kriegsschiffe ins Mittelmeer. Wie schon damals vermutet wurde, war dies ein entscheidender Schritt zum Aufbau einer ständigen NATO-Mittelmeerflotte unter Beteiligung der BRD. (1) Schon damals, im November 1987, wurde in einer von Wörner geordneten Studie der Standpunkt vertreten, es gebe gar keine grundgesetzlichen Einschränkungen für den Bundeswehreinsatz außerhalb des NATO-Geltungsbereichs. (2) Inzwischen hat die Forderung, die Bundeswehr bei UNO-Einsätzen zu beteiligen, alle Parteien erreicht.

Im Mai dieses Jahres tagten die Außenminister der CDU/CSU und sprachen sich mehrheitlich für den UNO-Einsatz aus. (4)

Richtig in Schwung kam die Sache aber erst Mitte August, nachdem der Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion sich mit 14 gegen 4 Stimmen dafür ausgesprochen, das Recht der Bundeswehr für UNO-Einsätze in den Verfassungsrang zu heben. Die SPD hatte 1987, als die BRD aufgefordert war, Kriegsschiffe in den Golf zu entsenden, ganz offiziell einen Untersuchungsauftrag dazu erteilt. (5) „Die Bundesrepublik sollte sich langsam wie ein normaler Staat mit allen entsprechenden Verpflichtungen als Mitglied der Vereinten Nationen benehmen können“, meinte Egon Bahr, „rechtzeitig“ sollte man dafür eine Grundsatzentscheidung treffen. (3) Die Arbeitsgruppe schlug vor, in das Grundgesetz (in Artikel 24, nach dem Absatz 2) folgenden Absatz einzufügen: „Die Streitkräfte des Bundes dürfen außerhalb der Grenzen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dem der Bund als Mitglied beigetreten ist, nur im Rahmen des Abschnittes VII der Satzung der Vereinten Nationen oder mit Zustimmung des Sicherheitsrates und der Konfliktparteien bei friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen eingesetzt werden.“

In der Begründung wird dies als „Beitrag für eine zusätzliche Stärkung der Bundeswehr“ beschrieben, der „den gesellschaftlichen Konsens über die Rolle der Bundeswehr stärken und zur Identifizierung der Bundesrepublik beitragen“ könne. Die BRD könne so „einen stärkeren Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit, zur Friedenssicherung und zur weltweiten gemeinsamen Verantwortung für das Überleben der Menschheit leisten.“ (6) Neben Bahr gehören die Abgeordneten Gansel, Gerner, Renger, Scheer, Stobbe, Timm und Voigt zu den Unterstützern des Papiers. (b) Auch Willy Brandt sprach sich auf dem SPD-Parteitag dafür aus. (7)

Dafür gab es Beifall aus den anderen Parteien: „Die Unionsparteien würden nicht nein sagen, wenn sich die Sozialdemokraten (...) dem Gedanken einer Bundeswehrebeteiligung an UN-Friedensmissionen öffnen sollten“, erklärte der „abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers; es würde dazu „wahrscheinlich eine große Mehrheit in seiner Fraktion geben.“ (4) Ausdrücklich Lob für den Mut der SPDler und Tadel für die „zögerliche Haltung“ der Bundesregierung erteilte Franz Josef Strauß. Es sei „schade“, daß der Vorschlag von SPD-Abgeordneten stamme, die in ihrer Partei „alles andere als einen Rückhalt haben.“ (8) Es sei aber „falsch“, so Strauß, daß es für eine militärische UNO-Mission einer Grundgesetzänderung bedürfe.

Widersprüchliches gab es aus Regierungskreisen dazu zu hören. Rupert Scholz hält sich die Frage offen. Als erster Verteidigungsminister erklärt er öffentlich, daß das Grundgesetz keineswegs deutschen Blauhelmen im Wege stehe, im Gegenteil, die UNO-Charta enthalte die Verpflichtung, „dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen hin Streitkräfte zur Verfügung zu stellen“, in der Praxis erfolge dieser Einsatz aber auf freiwilliger Basis. Politisch hält Scholz „auf dem Boden unserer historischen Erfahrung“ auch künftig „ein ganz besonderes Maß an Zurückhaltung“ für angebracht. (9) Der Regierungssprecher Schilling hingegen verkündete, daß sich die BRD nicht an UNO-Einsätzen beteiligen werde, es sei der UNO bekannt, „daß Grundgesetz und NATO-Vertrag den Einsatz von Bundeswehr-Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes verbieten.“ Daher habe die UNO die BRD nie aufgefordert, Truppen zu entsenden. (10) Innerhalb hatte zwei Tage vorher der stellvertretende UN-Generalsekretär Guldung eine BRD-Beteiligung für „wünschenswert“ erklärt, eine Entscheidung darüber sei

aber alleine Sache der BRD-Regierung. (11) Kanzlerberater Teltschick ist hingegen gegen „die Absicht“ der BRD. (2) Im Kanzleramt weiß man auch schon wo man hin will, nämlich nach Nicaragua. (12) Das wäre dann die militärische Fortsetzung der Tatsache, daß bei den „Friedensverhandlungen“ zwischen Contras und Regierung in Nicaragua BRD-Vertreter auf beiden Seiten das Wort führen. Im Wehramt hingegen will man nach Namibia: „Nach jahrelangen Bemühungen Bonn um Frieden für Namibia (...) könne die Bundesregierung sich wohl kaum einem wüßigen UNO-Wunsch entziehen, Friedenstruppen ins ehemalige Deutsch-Südwest zu schicken.“ (12) Ansonsten heißt es im Kanzleramt, man „wolle sich daher mit den Sozialdemokraten diskret über eine neue Interpretation des Grundgesetzes verständigen.“ (12)

Nach außen hin geht Außenminister Genscher auf Distanz. „Ein Einsatz der Bundeswehr (sei) politisch nicht zu wünschenswert“, (13) es seien „antideutsche Ressentiments“ zu befürchten. (12) Man liebt aber auch, daß es sich dabei um eine rein taktische Position handle, das Außenministerium sei nämlich grundsätzlich für den Einsatz der Bundeswehr im UNO-Rahmen, aber man werde „sich erst dann öffentlich in diese Richtung äußern (...), wenn die genauen Rahmenbedingungen geklärt und parlamentarische Mehrheiten vorhanden seien.“ (14) Und vor dem FDP-Präsidium erklärte Genscher, daß er keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung in dieser Frage erwarte. (13)



„Die Bedrohungsszenarien hat sich einschneidend verändert. Unser Sicherheitsdenken muß sich aus einer sektoralen und regionalen Verengung lösen und sich den globalen und universalen Dimensionen anpassen, die die Sicherheit inzwischen gewonnen hat.“ (...) Die Pax americana, jene im Rückblick großartig anmutende Schöpfung einer freien blühenden Weltwirtschaft (...) geht zu Ende. Sie mußte zu Ende gehen, weil mit dem Erstarken der Sowjetunion (...) dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und damit auch politischer Machtzentren und dem weltweit wachsenden Druck ungelöster sozialer Probleme, die zur Befriedung dieses globalen Systems erforderlichen Kräfte die inzwischen auch nicht mehr unbegrenzten Möglichkeiten der USA überlegen. So muß denn künftig das Bündnis zwangsläufig dort seinen Aktionsradius erweitern, wo lebenswichtige Bündnisinteressen, die bisher von den USA allein wahrgenommen wurden, auf dem Spiele stehen. (...) Wo immer es seit der Gründung der NATO delicate politische und daher manchmal auch zweifelhafte militärische Aufgaben zu bewältigen galt, ließen die Europäer dem großen Bruder von jenseits des Atlantiks galant den Vortritt. Dieser durfte zum Wohle der NATO und ihrer Freunde — wie z.B. Israels — politisch und militärisch intervenieren. Waffen in Spannungsgebiete liefern, Militärhilfe an unbeliebte Regime und Diktaturen leisten, Verträge mit nichtdemokratischen Staaten schließen, Streitigkeiten zwischen den Bündnispartnern schlichten. (...) Ging die Sache gut, war es gut und wurde schweigend zur Kenntnis genommen; ging es nicht gut, rümpfte man die Nase und ließ durch Subalterne seinen Unmut äußern. Lange Zeit schon haben die USA wissen lassen, daß der Bündnisbeitrag künftig von einer fairen Teilung der Kosten abhängig sein wird. Aller Lasten allerdings, nicht nur der vielfach vordergründig diskutierten finanziellen.“

Manfred Wörner in „Wehrkunde“ 4/76

Im FDP-Präsidium hatte sich angeblich nur Baum der Genscher-Position angeschlossen und Burkhard Hirsch legte eine Expertise vor, wonach ein Einsatz der Bundeswehr eine Grundgesetzänderung verlange und außerdem meinte Hirsch: „Die Deutschen an der Front, das hat uns gerade noch gefehlt, (...) das verändert die traditionellen Grundlagen des Staates.“ (15) Brunner vom FDP-Präsidium hingegen hält den UN-Einsatz für verfassungsmäßig gesichert und es gebe auch keinen Grund, „daß die Bundesrepublik Deutschland sich mehr als vierzig Jahre nach dem Krieg nicht wie ein normaler Staat benimmt.“ Außerdem äußerte er sich verwunden über den öffentlichen Eindruck, daß die FDP nicht mehrheitlich für den UNO-Einsatz eintrete. (13) Unterstützt wurde die Position von Schäfer, Engelhard, Hirsche, Ronneburger und Hoyer. (13/16)

SPD-Parteitag winkt ab

Die große Koalition für deutsche Blauhelme wäre fast perfekt, wenn nicht die SPD-Mehrheit auf dem Parteitag Ende August dem Anliegen eine deftige Abfuhr erteilt hätte. Eine große Zahl der Delegierten unterschrieb vorher einen Initiativvertrag, in dem bekräftigt wird, daß jeglicher „militärischer Einsatz der Bundeswehr“ außerhalb des NATO-Rahmens und sogenannten NATO-Gebietes „verfassungswidrig und unzulässig“ sei

und „auch politisch nicht im Betracht“ komme. „Daher ist von dem Versuch einer Grundgesetzänderung Abstand zu nehmen.“ (17) Da half es den Antragstellern auch nichts, daß sie ihr Anliegen damit begründet hatten, daß ihre Verfassungsinitiative ja gerade (erstmalig) festschreibe, daß „es keinen ‚out of area‘-Einsatz der Bundeswehr geben darf“, bevor das „brüchig“ werde. Frau Wiczorek-Zeul und Ehmke vertraten dagegen: „In der Praxis laufe der Vorschlag darauf hinaus, dem Gedanken eines Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Geltungsbereichs, der von Konservativen propagiert werde, hoffähig zu machen.“ (18) Der Vorschlag sei außenpolitisch „verfehlt“ und innenpolitisch „irreführend“. 40 Jahre nach Kriegsende seien „die Gräueltäter Deutschlands in der Welt noch nicht vergessen“ bzw. „niemand in der Welt wartet auf deutsche Soldaten“. (19) Auf dem Parteitag überschlug sich die Befürworter hingegen förmlich: UN-Truppen seien „die wahren Helden unserer Zeit“, meinte Norbert Gansel, ihm seien Minensucher im Golf lieber als Freigäben im Mittelmeer. „Unser Ziel ist die Achtung des Krieges“, behauptete Scheer, und dafür brauche man, ganz SPD-like, „ein internationales Gewaltmonopol“, und da liegen die „Deutschen“ an vorderster Front diesmal richtig, das sei „eine Konsequenz aus der historischen Verantwortung“. (17) Gansels Bitte auf dem Parteitag, die Entscheidung doch vorerst noch offen zu halten, mochten die Delegierten nicht folgen. „Es ist aber kein Unheil, wenn sich drei, vier, fünf Fraktionsvorsitzende auf ihre künftigen Positionen vorbereiten“, meinte Hans Kuschnick zu der Angelegenheit. (17) Da haben wir sie nun, unsere fünf vorderen „linken“ Verteidigungsminister.

Auch wenn man doch einiges fehlt an der großen Koalition für die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes, es kann einen schon das Gruseln lehren, wieviel Boden in den politischen Parteien heute diese Forderung nach militärischer Interventionspolitik besitzt. Da ist es auch wenig beruhigend, wenn derzeit der Anlauf

noch über den Umweg über die Blauhelme der UNO versucht wird. Und daß diese Einsätze selbstverständlich dem Frieden dienen sollen, das ist nun wirklich nicht sensationell. So „befreiten“ die USA in Grenada nichtvorhandene Geiseln und auch in Vietnam ging es bekanntlich darum, die Freiheit zu retten. Auf den Malvinen konnten im Falkland-Krieg britische Truppen zahllose Schafe für das königliche Empire retten, und nach dem

„Die Europäer müssen aber sehen, daß gleichzeitig ein unerhörter Machtwettkampf zwischen den beiden Weltmächten stattfindet, in Teilen der Welt, vor denen wir in zunehmender Weise die Augen verschließen.“ (...) Nun können wir uns natürlich auf den Standpunkt stellen — das tun die Japaner auch, bislang jedenfalls —, wir wollen uns darum nicht kümmern, laßt das die Großen austragen. (...) Es wird sich dann später herausstellen, daß sich die Europäische Politische Zusammenarbeit natürlich nicht beschränken kann auf solche Gegenstände, die innerhalb des Territoriums der NATO liegen. Libanon liegt zum Beispiel außerhalb, Angola liegt außerhalb, Nicaragua, Salvador, Grenada, die Falkland-Inseln, Afghanistan, Kambodscha, Südjemen, Äthiopien und wie sie alle heißen. Dann wird sich herausstellen, daß es auch „Tschad-Fälle“ gibt, in den man sich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Soldaten engagieren wird — und dann werden die Deutschen sagen: Wir bitte nicht. Da sehe ich dann eigentlich das wirkliche Problem auftauchen, weil dafür im Vorwege keine rechte Lösung ersichtlich ist. Aber das sind Probleme, die dann gelöst werden müssen, wenn sie auftauchen. Man muß nicht alles bereits zehn Jahre vorher gelöst haben.“

Helmut Schmidt in „ZEIT“, 11.5.84

barbarischen Krieg im Golf und gegen Giftgas macht sich die Bundeswehr ganz gut als Friedensengel, solange man vergißt, daß die Giftgasanlagen vorwiegend aus der BRD stammen.

Die SPDler (un allemal) so, als seien sie gegen jede NATO-Interventionspolitik und als sei das ganze ein rechtskonservatives Anliegen, als sei es nun eine verkehrte Front, wenn SPD-Linke dafür eintreten. Alle Parteien und Regierungen jonglieren damit, als würde das Grundgesetz der BRD Interventionspolitik untersagen. Hier lohnt es sich, ein wenig die Sachen geradzurücken.

Im Grundgesetz selbst steht wortwörtlich rein gar nichts darüber, wo die Bundeswehr eingesetzt werden kann und wo nicht, wichtig ist nur, daß die BRD angegriffen ist und es sich folglich um „Verteidigung“ handelt, wie es bekanntlich auch das internationale Kriegsrecht vorschreibt. Nur reicht es nicht für einen Krieg, sagt Rupert Scholz, wenn ein BRD-Schiff im Golf beschossen wird. Formal muß der Bundestag feststellen, die BRD sei angegriffen worden. (9) Im NATO-Fall oder im sogenannten NATO-Gebiet ist nicht einmal das notwendig, denn bekanntlich ist laut NATO-Vertrag schon dann die BRD „berechtigt“, in einen Krieg einzusteigen, wenn sie nicht selbst, sondern einer ihrer Partner „angegriffen“ wird. Nun hat Außenminister Genscher, selbst ein Befürworter von Interventionspolitik, noch 1984 bestätigt, daß bisher alle Bundesregierungen in ihrer „Auslegung“ das Grundgesetz so interpretieren haben, daß es keine Beteiligung an Interventionen außerhalb des NATO-Gebietes zulasse und daß dies „inzwischen zum ideologischen Grundbestand aller politischen Kräfte in diesem Lande“ gehöre und daß eine Beteiligung an einer gemeinsamen Eingreiftruppe „schwierig werden“ wird, wenn sie denn ins Haus sieht. (20) Und Grundlagentheorie dieses Staates heißt, daß man eine Änderung am Besten durch eine wie auch immer geartete Große Koalition herbeiführt, um das bisherige „demokratische Grundverständnis“ in ein neues zu verwandeln. Da mag es vielleicht taktisch einen Sinn machen, wenn bestimmte Kräfte das (alte) Grundgesetz bzw. das Verständnis dagegen hochhalten wollen. Es ist aber keineswegs neu und sensationell, wenn heute ein Gutachten für Wörner feststellt, daß das Grundgesetz den militärischen Einsatz der Bundeswehr weltweit nicht einschränkt und sich der derzeitige Justizminister Engelhard und der Verteidigungsminister Scholz dieser Interpretation zumindest beim UNO-Einsatz der Bundeswehr anschließen. Wie man erfahren konnte, liegt auch von Hans-Jochen Vogel ein entsprechendes amtliches Gutachten vor, das aus seiner Justizministerzeit, aus dem Jahre 1980, stammen soll. (12)

fall, daß man just 1980 auf entsprechende Vorgänge stößt, denn die jetzigen Vorstände knüpfen weniger an konservative Vorstellungen, sondern vielmehr an die Zeit vor Reagan an, Zeiten, an die sich die SPD als heutige „Friedenspartei“ nicht gern erinnern mag. In der Zeit der militäntönen Töne der Reagan-Ära ist speziell bei den Europäern, einschließlich der Konservativen, „vornehme“ Zurückhaltung und Distanz geübt worden, was die Übernahme militärischer „Pflichten“ und Lastenteilungen in der Welt angeht. In den 70er Jahren wurden angesichts zweier Ölkrisen, der Propaganda gegen die zunehmende sowjetische Gefahr bis hin zu ihrer Intervention in Afghanistan, die Rufe nach einer Ausweitung der Aufgaben NATO und der Bundeswehr weltweit immer lauter. Vielleicht war Todenhöfer 1979 noch ein einsamer Rufer, als er die Beteiligung an der „Schnellen Eingreiftruppe“ der USA forderte. (21) Aber schon damals galt: „Helmut Schmidt war als Kanzler ‚prinzipiell‘ dafür, über praktisch dagegen, als 1979 die Frage auftauchte, ob eine UN-Truppe nach Namibia entsandt werden und sich die Bundesrepublik dann beteiligen sollte. Die Regierung Schmidt hat UN-Truppen freilich logistisch geholfen, als 1978 Flugzeuge der Luftwaffe deutsche Ausrüstung für das nepalesische Kontingent der ‚Blauhelme‘ im Nahen Osten nach Israel transportierten.“ (22) Heute beschränkt sich die BRD auf die Zahlung ihres Anteils von 6,8%. (3) Die Bundeswehr war auch schon logistisch dabei, als ein gemischtes NATO-Kontingent 1978 in Zaire einfiel, um Mobutu zu stützen. Und es war SPD-Verteidigungsminister Apel, der damals erklärte: „Afrika ist der Kontinent, mit dem wir am direktesten verbunden sind. (...) Wir haben also moralische, ökonomische und politische Interessen, die wir wahrzunehmen haben (...) und da können auch Aktionen notwendig werden.“ (23) Am Ende der Reagan-Ära ist deutlicher als zuvor, daß die USA allein nicht in der Lage sind, weltweit eine Pax americana oder die Weltherrschaft des freien Westens zu sichern, so praktisch und nützlich das auch für den BRD-Imperialismus und seinen weltweiten ökonomischen und politischen Einfluß gewesen ist.

Der Versuch, die Sache über die UNO-Beteiligung in Gang zu setzen, zeigt ja nur, daß nach einem Weg gesucht wird, solche militärischen Interventionen als Erhalt des Weltfriedens zu verkaufen, und das ist nicht ganz so einfach, denn immerhin waren 70% der Befragten 1979 gegen jede Entsendung von Kriegsschiffen der Bundesmarine in den Golf. (2) Der Weg über die UNO hat dabei auch noch einen anderen Haken, wie Günther

noch einen anderen Haken, wie Günther Gilleßen in der „Frankfurter Allgemeinen“ ausführt. Die UNO-Friedenstruppe sei bisher bzw. nach den 50er Jahren etwas für die Neutralen und nicht für die NATO gewesen. Es habe sich hier eine bewährte Aufgabenteilung eingespielt. „Stille Voraussetzung der Rolle der Neutralen ist freilich, daß andere Mächte nicht aufhören, für Gleichgewicht zu sorgen. Die Bundesrepublik sollte nicht versuchen, mit der Bundeswehr eine Rolle in den Vereinten Nationen zu spielen, wenn damit ihre wichtige Aufgabe im Bündnis verdunkelt würde oder sogar eine Abwehrstellung gegen fällige Anpassungen der Bündnisstrategie an neue Situationen aufgebaut werden sollte. Das hieße, sich aus der schwierigen Aufgabe zur Erhaltung des Friedens in eine kleinere, ungenutzte, nur scheinbar friedlichere davanzustellen.“ (22)

Da kommen also größere „Friedensaufgaben“ auf die Bundeswehr zu. Es mangelt aber nicht an politischen Willen aller Parteien und an der „passenden“ Gelegenheit.

HH

Anmerkungen

- (1) s. AK 288, S. 25, 26
- (2) FAZ, 4.1.88
- (3) taz, 23.6.88
- (4) FR, 18.8.88
- (5) FR, 16.8.88
- (6) Der Wortlaut des Papiers ist der FR, vom 17.8.88 zu entnehmen
- (7) taz, 3.9.88
- (8) FR, 22.8.88
- (9) SZ, 25.8.88
- (10) FR, 15.8.88
- (11) FR, 15.8. und FAZ, 31.8.88
- (12) Spiegel, 22.8.88
- (13) FAZ, 19.8.88
- (14) taz, 19.8.88
- (15) Spiegel, 5.8.88
- (16) FR, 10.8.88
- (17) FR, 26.8.88
- (18) FR, 22.8.88
- (19) FR, 25.8.88
- (20) ZEIT, 11.5.84
- (21) Wams, 5.8.79; s. AK 160, S. 2
- (22) FAZ, 25.8.88
- (23) in „Information für die Truppe“ 9/78; s. AK 140, S. 23 und AK 130 und AK 150

Bonner Friedensappell '88

Deutsche Koordinierungsgruppe für einen

Bonner Friedensappell '88

Initiatoren: Dr. med. Tili Baumann (SPD), Dr. Wolfgang Bismann (Initiative für Frieden / IFIAS), Gerd Graune (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner), Karlheinz Koppe (Pax Christi), Gerd-Wilhelm Gustav Henemann-Initiative

Aktionsbüro: Straßburger Weg 60
53001 Bonn 1, Telefon (02 28) 65 44 42

Jetzt nicht weiter rüsten!
Keine neue Nachrüstung!

Die Chance zur Abrüstung ist größer denn je. Der Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen beweist das. Wer in dieser Lage neue Atomwaffen ausstatten will, gefährdet das multilaterale System. Neue Rüstungsschritte behindern den Weg zur gemeinsamen Sicherheit.
Die Bundesregierung flüchtet die auf Abrüstung drängende Öffentlichkeit über die Pläne für eine atomare Aufrüstung. Erst nach der nächsten Bundestagswahl sollen die Karten auf dem Tisch.
Unter dem Schlagwort der „Modernisierung“ verbirgt sich der Aufbau einer neuen Atomwaffenstrategie. Neue atomare Kurzstreckenwaffen, Nachfolger des „Lauritzen“ und „Crisis Monitor“ auf Flugzeugen (angekündigte Abstrahlungswerte) sollen als Ersatz für jene Atomraketen stationiert werden, die auch dem INF-Vertrag unterworfen sind. So wird die Chance zur weiteren Abrüstung verpasst und das Ergebnis des INF-Vertrages zunichte gemacht.
Wir fordern die Bundesregierung auf:
• die Stationierung neuer Atomraketen abzulehnen und keine neuen Abstrahlungswerte zu beschließen.
• sich zu einer zeitlich unbefristeten, aber atomaren Kurstreckenwaffen zu entscheiden.
• auch einen atomaren Kernschutz, wie auch einen herkömmlichen Kernschutz, nicht länger zu unterstützen.

• darüber hinaus für eine Halbtierhaltung des konventionellen Waffen, der Land- und Luftstreitkräfte einzusetzen und nur begrenzten Abrüstungsschritten zuzugestehen.

Unser Ziel ist:

• die Abrüstung in jenen Ländern, die nicht über die eigenen vollstündigen Abrüstung verfügen, wird als größtes Ziel auf dem Weg zur Weltweit Abrüstung der Menschheit zu gewährleisten. Die Bundesrepublik kann und muß diesen Beitrag leisten.

Wir fordern deshalb vom Deutschen Bundestag:
• die Abrüstung der Atomwaffen zu beschließen.
• und die Fortsetzung der Abrüstung aus der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen.

Wir appellieren an die USA und die UdSSR:
• gleichzeitige Abrüstung der Atomwaffen in Verhandlungen. Keine Atomwaffen mehr zu stationieren, zu modernisieren und zu produzieren.

Über und West fordern die Vereinigten Staaten und die UdSSR, die Abrüstung nicht gegenseitig zu erwarten. Friedensappell '88. Abrüstung und Zusammenarbeit sind der Schlüssel zu politischen Reformen und zur Wahrung der Menschenrechte in West und Ost.
Bonn, den 9. 9. 1988

Am 19.8.88 erschien in der „Süddeutschen Zeitung“ als Anzeige der „Bonner Friedensappell '88“. Unterschrieben war der Aufruf von zahlreichen SPD-Bundestagsabgeordneten mit Dr. Hans-Jochen Vogel an der Spitze bis hin zum neu konvertierten SPD-MdP Thomas Wuppesahl, der umgibt noch Grünenabgeordneter gewesen ist. Unterschrieben wurde dieser SPD-Aufruf ebenfalls von zahlreichen „Friedensprominenten“ und grünen Abgeordneten, von Petra Kelly und Gert Bastian bis hin zu Regula Schmidl Bort von der GAL. Daß die SPD für diesen Aufruf in großer Zahl unterschrieben haben, verwundert wenig, besteht doch der Aufruf bis auf kleine Ausnahmen aus wörtlichen Auszügen von Programmaussagen der SPD oder Papieren von Egon Haas. Man muß schon in die Feinheiten gehen, um Unterschiede zu bekannten SPD Papieren festzustellen: so fordert der Aufruf „eine Dritte-Null-Lösung für alle atomaren Kurzstreckenwaffen“ und nicht nur für die Kurzstreckenraketen, wobei letztere (SPD-) Forderung die atomaren Gefechtsfeldwaffen, die von der Artillerie abgeschossen werden, ausschließt. Diese Änderung wurde aber erst nachträglich eingeführt, wie Kenner des Vorgangs wissen. Immerhin tritt der Aufruf auch für eine Halbtierhaltung der konventionellen Waffen ein, wobei letztere (SPD-) Forderung die atomaren Kurzstreckenwaffen, die von der Artillerie abgeschossen werden, ausschließt. Diese Änderung wurde aber erst nachträglich eingeführt, wie Kenner des Vorgangs wissen. Immerhin tritt der Aufruf auch für eine Halbtierhaltung der konventionellen Waffen ein, wobei letztere (SPD-) Forderung die atomaren Kurzstreckenwaffen, die von der Artillerie abgeschossen werden, ausschließt. Diese Änderung wurde aber erst nachträglich eingeführt, wie Kenner des Vorgangs wissen.

lungsvorschlag an die Sowjetunion gedacht ist. Die Chemiewaffenfreie Zone ist ein Verhandlungsprodukt von SPD und SED, sie verneint aber die Tatsache, daß in der DDR gar keine Chemiewaffen stationiert sind während in der BRD nach US Plänen neue stationiert werden sollten, während der Bundestag behauptet, die alten würden weggeworfen. Man kann auch nicht sagen, daß dieser Aufruf ganz besonders negativ aufzufallen oder abfallen würde, wenn man ihn mit anderen in der Friedensbewegung kursierenden Aufrufen vergleicht. Man muß schon mehr darauf schauen, was nicht in dem Aufruf steht. Wurde z.B. etwa die Forderung nach einem Atomwaffenverzicht der BRD darin aufgenommen, würden die Sozialdemokraten wohl fast ausnahmslos absegnen.
Interessant ist ebenfalls, wie der Aufruf zustande gekommen ist. Über dem Aufruf prangt der Titel einer „Deutschen Koordinierungsgruppe“, was die Vermutung nahelegt, es habe sich um den Aufruf eine neue Friedenskoordination („Deutsche für Bonn“) gebildet, von der sich wir nicht erwarten. Als Initiator wird dem Aufruf die Initiative für Frieden (IFIAS) genannt, eine SPD-Mitgliedergruppe, die nach Gerd Graune, Karlheinz Koppe und Gerd-Wilhelm Gustav Henemann-Initiative benannt ist.

Krach um übergebenen Bonner KA verursacht, zumal dieser Aufruf als großer Unterschriftenappell betrieben wird, für den Unterschriften und Geld gesammelt werden. Am Ende des Jahres, so der Plan, soll das ganze Helmut Kohl in die Hand gedrückt werden. Im sonst eher moderaten KA gab es dann harte Worte: „So-bowjet“, „mittelmäßig skandalös“, „Versuch einer sozialdemokratischen Übernahme der Friedensbewegung“, hoch es von Vertretern der Gruppen Pax Christi, Bundeskoordination unabhängiger Friedensgruppen, der Gewaltfreien Aktionsgruppe, Initiative Kirche von Unten, Grünen und dem Komitee für Demokratie und Grundrechte, die vorsichtshalber erst nach getaner Arbeit die Sache präsentiert bekamen. Auch die Unterzeichnerin Mechthild Jansen erklärte, sie habe einen einmaligen Unterschriftenappell zum Antikriegstag unterschrieben und Initiator Gerd Graune gab sich selbst überheblich, sei ihr jedoch nicht wie gewohnt eine deutsche Koordinierungsgruppe hätte werden können, und was sei wohl nicht die geschickteste Idee gewesen, man müsse überlegen, es nun doch bei einer einmaligen Unterschriftenanfrage zu belassen. Nur der Vertreter des DKP Spektrums, Achim Maske vom KOLAF war rundheraus zufrieden damit.

Grün und gesamtdeutsch in die UN-Truppe

„Ich bin auch für eine deutsche Beteiligung an den UN-Truppen im Iran/Irak, wenn sich Bundeswehr und NVA gemeinsam in gemischten Verbänden daran beteiligen“, meldete sich Alfred Mechterschheimer passend in der „Bild“-Zeitung zu Wort. Mindestens ein prominenter Grüner muß doch immer dabei sein. (1) „Die BRD hat die humanitäre Pflicht, mit ihren nun mal vorhandenen Kapazitäten nicht den militärischen, sondern den politischen Auftrag von UNO-Truppen zu unterstützen“, fügte Mechterschheimer im Interview in der taz hinzu. (2) Ganz modisch („wir helfen auch mit, das antiquierte Machtssystem der beiden Supermächte zu unterlaufen“) und ganz gesamtdeutsch („Nach wie vor ist die UNO die Aufstellung einer gemeinsamen Brigade“) will Mechterschheimer mit deutschen UNO-Truppen selbstverständlich Abrüstung erreichen. „Ich begreife meinen Vorschlag als politisch-psychologische Abrüstung.“ Denn merke, es sind 5.000 Mann Bedrohungskapazität weniger“, so Mechterschheimer, „wenn 5.000 Soldaten in der Sahara und dem Golf eingesetzt werden.“ Denn merke, in der Dritten Welt, als UNO-Truppe und gesamtdeutsch ist Wehrmacht nicht bedrohlich sondern friedensstiftend. Das ist nicht einmal Wehrmacht. „Wenn Bundeswehr Soldaten da für sorgen, daß ein iranisches Dorf nicht mit Giftgas ausgelöscht wird, kann ich mir nicht vorstellen, daß das nun genutzt wird, um die Bundeswehr zu einer Wehrmacht zu machen.“ Wer das nicht glaubt, ist politisch antiquiert und out of time. „Das sind Ängste von Leuten, die im Kopf 68 von 88 nicht unterscheiden können.“ Und zu diesen Altgestrigen gehören wir natürlich auch. Also aufgepaßt! 1988 gibt es nämlich in Westdeutschland die Friedensbewegung, die Grünen, und von vielen Ländern werden wir beneidet um diesen gesellschaftlichen Fortschritt. Das ist für mich wichtiger als Hypotheken der Vergangenheit. Das ist nicht nur wichtig,

ger als die Vergangenheit, sondern laut Mechterschheimer sogar deren Aufarbeitung. Die Geschichte gehört sowieso in die Mitteleuropäische. „Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß bei uns neue faschistische Zeiten bevorstehen. Das Kapitel ist abgeschlossen.“ (3) Ohne diesen Optimismus im politischen Selbstverständnis sollten die Grünen aufhören, Politik zu machen. In der Tat, die Vergangenheit sollte man am besten vergessen, sonst könnte jemand auch noch auf die Idee kommen, daß ein gesamtdeutscher Nationalismus ja besonders gefährlich wäre, aber die „Überwindung der europäischen Teilung“ ist für Mechterschheimer die große „Herausforderung“. „Die Grünen dürfen sich aus der Debatte nicht abmelden, gehemmt und blockiert durch irrationale historische Traumata. 76 Prozent der Bevölkerung sagen Ja zu einer Wiedervereinigung. Man darf die nationale Frage nicht nur den Rechten überlassen.“ (4) Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses zusammengeführte Deutschland keine Flick-Republik werden. Sie wird natürlich grün werden. „Ist das nicht auch eine Hoffnung für die westdeutsche Linke?“ Und können wir deshalb nicht heute schon mal mit Truppen?

Von Mechterschheimers Position rückte die grüne Bundestagsfraktion öffentlich ab. „Der irritierende Vorschlag Alfred Mechterschheimers gibt nicht die Position der Fraktion wieder“, erklärte der grüne Fraktionsvorsitzende. (1) Der Bundesvorsitz warnte sogar, daß Mechterschheimers Ideen, „die berechtigten Ängste der Nachbarn Deutschlands in Ost und West vor einem Wiedererstarken eines gesamtdeutschen Militarismus“ hervorgerufen könnten. (2) Mechterschheimer hält seine Vorschläge sogar für wichtig, die Reaktion des Bundesstaates hingegen für „grün-deutschen Bierernst“. Der Vorstand hätte übersehen, daß sein Vorschlag geradezu „unkonventionell“ ironisch sei,

um „die Absurdität der Rüstung in Mitteleuropa“ deutlich zu machen. In einem sehr verdienstvollen Beitrag setzt sich in der taz Klaus Hartung (jgwoll), Klaus Hartung mit Mechterschheimers zahlreichen nationalistischen „Ironien“ auseinander und fragt, ob Mechterschheimer „ein deutsch-nationaler Grüner oder ein grüner Deutsch-Nationaler“ sei, der sich einer bedenklichen rhetorischen Methode bediene und sich nicht davor zurückschrecke mit einer Warnung dabei, das Wort „Versailles“ wieder in den Mund zu nehmen, wovon sich selbst die rechtsten Unrechtspolitiker hüten würden.

Gegen Klaus Hartung meldete sich dann in der taz Rolf Seitz zu Wort. „Der Faschismus mußte militärisch besiegt werden.“ (1) einige Jahre Besatzung waren unvermeidlich. Aber wer nach 1949 und sogar nach 1988 Besatzungstruppen, von Frankreich, Interventionen, rechte usw. bejaht, der erklärt seinem eigenen Volk den Krieg. Er steht im übrigen im Gegensatz zur gesamten deutschen Linken der Nachkriegszeit. Da scheint doch ein Bindestrich zwischen gesamtdeutsch und deutsch verlorengegangen zu sein. Und wieder diese Mixtur. Die Befreiung von der NATO, pardon, der Besatzung, erlaubt uns den deutschen Nationalismus und das ist nicht zwingend, wirkliche Alternativen, und ein neues Denken und eine neue Politik in der Friedenszeit. Indem die Demokratisierung Blocküberwindung und nationale Selbstbestimmung zu einer historisch wirksamen Einheit verbunden werden.“ (3) Ja, so neu ist der Alt-MIL und das spätere grüne Vorstandsmitglied Rolf Seitz für einen AK Leser jetzt nun wirklich nicht.

Anmerkungen:
(1) zitiert nach taz 17.8.88
(2) a. a. 22.8.88
(3) taz 22.8.88

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Im April fand in Bonn die erste internationale Aktionskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien statt. Rund 2000 Frauen trafen sich, um über die frauenfeindlichen Entwicklungen in diesem Bereich zu diskutieren. Jetzt soll ein weiterer Kongreß neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen die Auswertung von Gegenstrukturen sowie die Verbreiterung des Frauenwiderstands diskutieren.

2. Bundesweiter Kongreß, 28. bis 30. Oktober, Universität Frankfurt
Anmeldung: Fern-Frauentherapiezentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt a. M. 90, Tel. 069 701218 (Di) 13 - 16 Uhr

Linnich-Demo

Nähe der niederrheinischen Stadt Linnich, im Linnich-Glimbach, entsteht das Kriegshauptquartier der NATO-Streitkräfte für die Benelux-Länder und die nördliche Bundesrepublik.
Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat für den 15. Oktober zu einer Großdemonstration am Bauplatz dieses Kriegsführungsbunkers aufgerufen. Geplanter Ablauf: Auftakt 11 Uhr, Demonstration zum Bauplatz um 12 Uhr mit Kultur, Musik und Aktionen, 14-16 Uhr Abschlußkundgebung. Vorbereitet wird die Demonstration mit Aktionen (Blockaden, Veranstaltungen usw.) ab dem 12. Oktober.
Informationen über Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Rumerstr. 88, 53001 Bonn 1

Kein Frieden mit der NATO

Vom 13. bis 18. November findet in Hamburg eine Sitzungswoche der „Nordatlantischen Versammlung“ statt — Anlaß für zahlreiche Protestaktivitäten.
* Zu Beginn der NATO-Parlamentaristik, am 12. und 13. November, findet unter dem Motto „Abrüstung — Alternative n zur Politik der NATO“ ein Gegenkongreß mit internationaler Beteiligung statt.
Kontakt: Kongreßbüro, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040-4302818
* Für den Tag der „feierlichen Eröffnung“ am Donnerstag, den 17. November ruft ein breites Bündnis von Initiativen und politischen Gruppen zu einer großen Demonstration gegen die NATO-Propagandaschau auf. Im Rahmen dieser auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform geplanten Aktion bemühen sich linke Kräfte in Hamburg um die Bildung eines Anti-NATO-Blocks.
Kontakt u.a. über Hamburger Friedenskoordination, Postfach 201413, 2000 Hamburg 20.

Herbstaktionen gegen die WAA

Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA, die bayerische Anti-AKW-Bewegung und die bayerische Friedensbewegung rufen zu dezentralen Aktionen und Veranstaltungen im Oktober sowie zu einem Großaktionstag am 15. Oktober in Wackerndorf auf. Geplanter Ablauf: 11 Uhr Auftaktkundgebung, anschließend geschlossene Demonstration entlang des Isarlaufes, Abschlußkundgebung mit Kulturfest.
Informationen über Koordinationskreis Herbstaktionen 88 gegen die WAA und das Atomprogramm, Klosterstr. 2, 84460 Schwandorf, Tel. 09433 1029

Frei, frech und feministisch...

Unter diesem Motto findet am 22. und 23. Oktober in Köln der „1. Mädchen und junge Frauen — Kongreß grün-rot-sonst-bunt-alternativer Jugendgruppen“ statt. Aus dem GAFIA (s.o.) ist eine Koalition junger Frauen entstanden, die ihren Kongreß vorerst Themen und u.a. „Kritik an Zell für ein Töchtermantra“, „Frauen und Religion“, „Gewalt gegen Frauen-Pornographie“. Bei Anmeldung bis zum 18.10. wird zur Belohnung eine weitere Gruppe zugewinkt. Anmeldung bei: Anja Krüger, Grüne KV Köln, Rudolfplatz 4, 5000 Köln

Beiträge zur marxistischen Theorie

„Die versteinerten Verhältnisse zum Tausen bringen!“ — unter diesem Titel läuft seit April 1987 an der Ruhr-Universität Bochum eine Vortragsreihe mit Beiträgen zur marxistischen Theorie. Im Rahmen dieser Reihe sind von den Veranstaltern, der Marxistischen Arbeitsgemeinschaft Roto Studis Bochum für das Winterhalbjahr 6 Veranstaltungen geplant. Am 12. 10. findet unter dem Motto „Da müssen wir durch.“ die Eröffnungsveranstaltung mit P. Degenhardt statt (20 Uhr, Raum HGC 10, Universität Bochum).
Weitere Informationen und Kontakt: Marxistische Arbeitsgemeinschaft Roto Studis Bochum, c/o Uwe Jakowski, Südstr. 10, 5810 Witten, Tel. 02302-13662

Frauen auf der Flucht

Unter diesem Motto steht das 7. bundesweite Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen am 14. bis 16. Oktober im ZAKK, Düsseldorf, Fichtenstr. 40.
Die bundesweiten Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen entstanden 1985 als Antwort auf die Asylkrise und dienen dem Erfahrungsaustausch, der politischen Diskussion und der Suche nach gemeinsamen Handlungsansätzen. Das angekündigte 7. Treffen konzentriert sich auf die Situation von geflüchteten und hier lebenden Frauen.
Anmeldung bei: ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Worthinger Str. 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211 350261

Seminare zur Flüchtlingsproblematik

Das Bildungs- und Kulturwerk für Umwelt und Kultur e.V. in Bremen, ein „grünaher“ Zusammenschluß autonomer Erwachsener/innen und sozialer Projektarbeit, bietet im November 2 Seminare zur Lage von Flüchtlingen in der BRD an:
* Multikulturelle Gesellschaft, Autonomie 4 bis 6 II, Werkstätte Alstedt.
* Wie flüchten wir in Schwarz? und Schwarze Flüchtlinge im weißen Europa 25. bis 27. Okt. Dröbberitz.
Anmeldung für beide Veranstaltungen: Günter Kahrs, Osterforstweg 88, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 77737

Peter-Weiss-Kongreß

Leben und Werk des deutsch-schwedischen Schriftstellers Peter Weiss werden vom 10. bis 13. November mit einem internationalen Kongreß in Hamburg mit dem Titel „Ästhetik, Revolte und Widerstand im Werk von Peter Weiss“ gewürdigt. Erwartet werden dazu über 80 Referenten aus einer Reihe von Ländern. Im Rahmenprogramm wird es die Aufführung einer Marat-Sade-Inszenierung, szenische Lesungen und Ausstellungen von Materialien zu Inszenierungen Weiss'scher Stücke geben.
Ort: Kampnagel-Fabrik, Jarrestr. 20 — 24
Veranstalter: Gemeinsam Lernen e.V., Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13. Dort gibt es ausführliche Informationen.



Memminger belagert

Demonstration gegen ein bayrisches § 218-Tribunal

(ca. 2000) Frauen und auch etliche Männer folgten dem Aufruf von Frauengruppen, SPD, Grünen, Gewerkschaftsfrauen, Pro Familia und anderen Verbänden zur Demonstration am 10.9. gegen die Memminger § 218-Prozesse.

Mittlerweile hat der Prozess gegen den Arzt begonnen, knapp 200 Frauen sind bereits rechtskräftig verurteilt (Vgl. AK 297).

Der katholische Pfarrer hatte vorsorglich — aus Angst vor den „Chaoten und Anarchisten“ — die Kirchenrufen verarmelt. Dies erwies sich jedoch als überflüssig, denn „Alle Frauen waren wohlgezogen“, so die Schlagzeile der Münchner Abendzeitung über die Demonstration (AZ, 12.9.88).

Es war verwirrt und vor allem neugierig betrachteten die Memminger den bunten Demonstrationzug, der sich mit vielen

Transparenten, Sprechchören und Samba-Rhythmus durch die Innenstadt bewegte. Schließlich war dies die größte Demonstration, die Memminger bisher erlebt hat. Auch die Lebensschützer wirkten — im Vergleich zu ihrem sonstigen Auftreten — eher zurückhaltend und beschränkten sich darauf, am Straßenrand Kinderhüter zu verteilen.

Trotz des friedlichen Charakters der gesamten Protestaktion wurden acht Demonstrationen vorübergehend festgenommen und erkenntnisdienlich behandelt. Sie trugen ein nicht aufgelegtes Plakat mit für den bayerischen Ministerpräsidenten beilegenden dem Inhalt bei sich (Nürnberger Zeitung, 12.9.88). Auf dem Transparent soll gestanden haben: „Häute Frau Strauß abgetrieben war uns viel erspart geblieben.“ Diese Parole ist zwar ein alter Hut, aber in Bayern gilt dies offensichtlich selbst dann noch als Majestätsbeleidigung, wenn es niemand sehen kann.

Vor und nach der Demonstration gab es jeweils eine größere Kundgebung, auf der Rednerinnen von Frauengruppen, SPD, Grünen, Pro Familia und andere die Memminger Prozesse als gezielte Einschüchterung von Frauen verurteilten und in den Zusammenhang mit den Bestrebungen der Bundesregierung und der bayerischen Landesregierung stellten, die Abtreibungsbedingungen auf allen Ebenen zu verschärfen.

Insgesamt gesehen kann diese Demonstration als Erfolg gewertet werden. 2000 Demo-TeilnehmerInnen mag auf den ersten Blick nicht viel erscheinen, doch angesichts der konkreten Bedingungen — extrem kurze Mobilisierungsphase (5 Tage nach Ferienende in Bayern), und in einer bayerischen Kleinstadt — ist dies ein positives Zeichen. Es läßt hoffen, daß gegen den § 218 doch mehr in die Gänge kommt (y/KB Nürnberg).

Göttinger Antifa-Bündnis:

„Alle werden fallen?“

Im Zentrum der vom Göttinger Antifa-Bündnis (DGB, Autonomer Antifa, KB, DdP, Grüne, drei Hochschullisten und weitere Gruppierungen) organisierten Antifa-Woche vom 29.8.-4.9. stand der Protest gegen die im Rosenpark stattfindende Heldengedenkfeier.

Am Soldatenehrenmal Göttinger Rosenpark, einer 1953 eingeweihten Gedenkstätte für die ehemaligen ostpreussischen und niedersächsischen Wehrmachtseinheiten, versammelten sich alljährlich Revanchisten- und Militaristenverbände zu einer der größten Heldengedenkfeiern im norddeutschen Raum. Neben neonazistisch durchsetzten Vertriebenenverbänden sind dort der Ring deutscher Soldatenverbände, der Bansezerus-Heimatliteraturverlag, und weitere Vereinigungen gleicher Gesinnung anzutreffen. Vor einigen Wochen wurde das Denkmal, ein Granitsoldat, von einem „Kommando Hut ab — Kopf ab — Haut ab“ gestürzt und emhauptet.

Die offizielle Weihe erhält das Spektakel durch einen Empfang der Verbände bei der Stadt sowie durch die Anwesenheit städtischer Repräsentanten, Vertreter z.B. des Bundesinnenministeriums oder des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen und Bundeswehr im Festgewand bei der Feier selbst. Eingeführt wurde der städtische Empfang von der CDU. An die Stelle des in den letzten Jahren empfangenden ehemaligen NSDAP-Mitglieds und CDU-Oberbürgermeisters Ruck tritt in diesem Jahre der SPD-Oberbürgermeister Levi.

Dem Göttinger Antifa-Bündnis machte der Umstand, daß sich mit dem Empfang durch einen SPD-Oberbürgermeister die SPD hinter die Vertriebenenverbände stellte und sie damit aufwertete, ziemlich zu schaffen. Hierzu kamen die anhaltenden Attacken der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den DGB-Kreisvorsitzenden Zimball, der den DGB im Antifa-Bündnis vertritt (s. AK 297 S. 29) und die zum Teil massiven Behinderungen der Antifa-Woche selbst.

Die Auftragsplakate zeigten eine Gruppe Maskierter, die das Ehrenmal im Rosenpark stürzen und das Ergebnis ihrer Bemühungen. Obwohl die Plakate in relativ großer Anzahl geklebt worden waren, war fast nirgendwo in der Stadt ein unbeschädigtes bzw. lesbares Exemplar zu finden. Von Rechten und Zivis wurden die Plakate massenhaft abgerissen. Sieben der PlakatierteilnehmerInnen wurden festgenommen, einige von ihnen in Handschellen abgeführt.

Das Motto der Antifa-Woche „Alle werden fallen“, das auf den Plakaten, Aufklebern und Flugblättern zu lesen war, nahm die Staatsanwaltschaft zum Anlaß, wegen des Verdachts der „Aufzuredung zu Straftaten“ zu ermitteln. Der Satz „Alle werden fallen“ könne, so Staatsanwalt Heimgärtner, als Aufforderung zum Sturz aller Soldatendenkmäler interpretiert werden. Die IG Metall, bislang eine der aktivsten Gruppen im Antifa-Bündnis, distanzierte sich umgehend. Sie lehnte das Motiv des Plakats ab. „Niemand darf den guten Namen der IG Metall missbrauchen, um damit zur Gewalt aufzufordern.“ (Göttinger Tageblatt, GT, 30.8.) Die Grünen hingegen erklärten, mit der Inschrift des Ehrenmals „Getreu bis in den Tod“ und der allgemeinen Ehrung der „Helden“ würden die beiden Kriege und die faschistischen Greuelaten verantwortungslos verharmlost. Der Sturz des Ehrenmals erstaune die Grünen nicht (GT, 30.8.).

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nutzte die Plakate zu einer weiteren Zuspritzung der Lage im DGB. Nachdem die GdP den Göttinger DGB-Kreisvorsitzenden Zimball im Juni in einem Brief an alle Einzelgewerkschaften und den DGB-Landesvorstand scharf angegriffen hatte und der DGB-Landesvorsitzende Neumann

die in dem Schreiben aufgeführten Geheimpolizeierkenntnisse zu einer Attacke gegen Zimball nutzte, bezeichnete sie nun in einem weiteren Brief die Plakate als Beleg dafür, daß im Antifa-Bündnis auch Gruppierungen mit einem ungeklärten Verhältnis zur Gewalt Mitglied seien. Der DGB wurde wiederum zum Ausstieg aus dem Antifa-Bündnis aufgefordert. Die Entscheidung des DGB-Kreisvorstandes über die weitere Mitarbeit soll am 21.9. gefällt werden. Nicht zuletzt wegen des Vorgehens der GdP sind die Gewerkschaftler im Bündnis zurückhaltender geworden, so daß es dem Bündnis nicht gelang, wie gewohnt gegen die KdP mit einer Demonstration vorzugehen.

Am 9.9. war im Rahmen der Antifa-Woche ein Open Air Konzert auf dem (städtischen) Jusi-Gelände geplant, das an diesem Tag gleichzeitig den 222. Tag seines Bestehens feiern sollte. Das Konzert wurde von der Stadt im geplanten Veranstaltungsort verboten und eine abseits liegende Wiese als Ersatzort angeboten. Die Begründung für das Verbot — „in erheblichem Maße Gefahren für die öffentliche Sicherheit“, wonit Lärm und Verkehr auf den anliegenden Bürgerstraßen gemeint waren — mochte dem Bündnis nicht einleuchten, war doch wenige Tage zuvor das Göttinger Stadtfest mit 200.000 Besuchern und Schankerlaubnis bis zum frühen Morgen unbeanstandet gelaufen. Es wurde weiter für das Konzert mobilisiert und schließlich kurzfristig auf dem Jusi-Gelände doch noch genehmigt.

Zu den Veranstaltungen der Antifa-Woche kamen ungefähr 2.000 BesucherInnen, über die Hälfte davon zu dem Konzert. Die nach dem Konzert besuchten Veranstaltungen waren der von der IG Metall organisierte Vortrag von Reinhard Kuhl (Autor u.a. von „Faschismustheorien“) und die von Autonomem Antifa und KB getragene Veranstaltung zum Bund der Vertriebenen und zur Rosenparkfeier.

Entscheidend für das Bündnis war die mit 500 Teilnehmern recht kleine Demonstration gegen die Heldengedenkfeier im Rosenpark. Es zeigte sich, daß es dem Bündnis nicht gelungen war, die Öffentlichkeit ausreichend über die Rolle der Vertriebenenverbände im Bild zu setzen. Hierzu kamen deren öffentliche Anerkennung durch die SPD, SPD-Oberbürgermeister Levi bescheinigte der Landsmannschaft Ostpreußen beim Empfang im alten Rathaus, „einen wertvollen Beitrag zur Aussöhnung und zum Abbau von Feindschäften geleistet“ zu haben. (HNA, 30.8.) Die SPD sucht inzwischen den Schlüssel zum DGB in Sachen DGB als Teil des Antifa-Bündnisses. In einem Schreiben an die Gewerkschaftler und SPD-Parteibuch versucht sie ihre Mitte der gegen die linken DGBler zu mobilisieren.

Erforderlich wäre es jetzt, die Diskussion mit der SPD über die Revanchisten zu suchen. Die Möglichkeiten hierfür sind jedoch derzeit kaum gegeben, denn das Bündnis hängt sozusagen am seidenen Faden. Die Autonomen sind verärgert über die übervorsichtigen DGBler und fühlen sich ausgenutzt. Die DGBler sehen sich aufgrund der Angriffe von GdP und DGB-Landesvorstand bedroht. Das Verhalten der SPD schwächt ihre Position noch zusätzlich. Das Bündnis ist derzeit nicht in der Lage, auf die Angriffe von SPD und rechten Gewerkschaften offensiv zu reagieren, auf dem linken und auf dem rechten Rand ist Denkpause angesagt.

Antifa-Kommission, KB Göttingen (redaktionell gekürzt)



Der ungeliebte DGB-Kreisvorsitzende

Wegen linker Bündnisse im Kreuzfeuer der Rechten

Im Dezember 1985 wurde in Göttingen der Kreisvorsitz der des DGB gewählt. Einmalig nicht außerordentlich, wenn dies nicht Michael Zimball gewesen wäre.

Der AK Leserschaft ist durch die Berichterstattung über die Antifa-Arbeit in Göttingen bekannt, insbesondere dadurch, daß die Gewerkschaft der Polizei im DGB versucht, ihn wegen seiner Zusammenarbeit mit „staatsfeindlichen Kräften“ sprich Autonomen abzuschließen (siehe AK 297). Doch nicht erst seit in Göttingen dieses Antifaschistische Bündnis unter Einschluss des DGB existiert, ist Michael Zimball manchem DGBler ein Dorn im Auge.

Die Auseinandersetzungen um seine Person begannen in Göttingen bereits mit seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden. Denn seit Anfang der Achtziger Jahre wurde immer stärker die Amtsführung seines Vorgängers kritisiert, so daß die seiner letzte Wahl 1981 nur mit Mühe in der zweiten Wahlrunde — ohne Gegenkandidaten — erreichte. Die seit dieser Zeit im Raum stehenden Vorwürfe beträchtlicher organisatorischer Mängel innerhalb des DGB Göttingen wurden auch im Vorfeld der Wahl 1985 besonders aus Reihen der ÖTV, der HBV und der IG Metall erhoben. So war es nur logisch, daß diese auch einen weiteren Kandidaten zur Wahl vorschlugen: Michael Zimball.

Der ehemalige Betriebsrat von Peine/Salzgüter hatte sich den Ruf eines konsequenten Interessenvertreters erworben. So war ihm seine gewerkschaftliche Aktivität 1984 zum Verhängnis geworden. Gegen bevorstehende Entlassungen am Stahlwerk hatte die IG Metall zu Protestdemonstrationen aufgerufen, über die Michael Zimball die KollegInnen informiert wollte, als Vertreter der Werksleitung hinzukam, entspann sich eine längere Diskussion in deren Verlauf die Produktion still stand. Dies war der Anlaß für die Werksleitung, Zimball wegen absichtlicher Störung des Betriebsfriedens zu kündigen und sie fand obenbenannt ein Landesarbeitsgericht, das sich dieser Meinung anschloß.

Wer nun gedacht hatte, daß mit diesem Kandidaten problemloser Führungswechsel im Göttinger DGB zu erwarten sei, hat die seine Rechnung ohne den niedersächsischen Landes-DGB gemacht. Dieser verweigerte nämlich kurzerhand die Bestätigung der Wahl der Göttinger Kreisdelegiertenversammlung. Reason formal ist dazu der Landesvorstand des DGB berechtigt, wenn ein gewerkschaftspolitischer oder ein in der Person liegender Grund es erfordert“ (DGB-Satzung).

Eine tragfähige Begründung lieferte

der Landesvorstand für sein Verhalten nicht. Statt dessen gab es Presserklärungen, die nicht verkörpert als Kassen zu bringen. „Zimballs Auftreten“, so etwa DGB-Pressesprecher Voigt gegenüber dem Göttinger Tageblatt, habe „bei einigen Vorstandsmitgliedern Zweifel daran aufkommen lassen, ob er für die exponierte Position eines Kreisvorsitzenden der richtige Mann sei“. DGB-Landesvorsitzender Karl Neumann wurde später mit der Bemerkung zitiert, „Zimballs gewerkschaftspolitisches Spektrum sei begrenzt“ und „er biete nicht die Gewähr der unterschiedlichen Interessen der Einzelgewerkschaften zur Deckung zu bringen.“ (vgl. „Göttinger Betriebspress“, Nr. 94, 19.2.1986).

Tatsache ist wohl eher, daß der geschäftliche Betriebsrat von Peine/Salzgüter einem gewissen Spektrum im Landesvorstand nicht paßte, ebenso ist es ein offenes Geheimnis, daß die Widerstände gegen M. Zimball aus den Kreisen des DGB stammen, die in der damaligen Auseinandersetzung um den § 116 AFG einen anderen Kurs bevorzugten als die IG Metall.

Eines jedoch gelang dem Landesvorstand durch seine Reaktion. Selbst die Delegierten, die auf der Wahlversammlung gegen Zimball votiert hatten, solidarisierten sich jetzt mit ihm, so daß der gesamte Göttinger DGB geschlossen gegen den Landesvorstand antrat. Eine nicht unbedingt erlebte Hilfe leistete auch das konservative Göttinger Tageblatt, das dem DGB vorwarf, „Gewerkschaftspolitik nach Gutsherrenart“ zu betreiben. Vor diesem Hintergrund wurde Michael Zimball auch erneuter Aufforderung des Kreisvorstandes Anfang Februar 1986 durch den Landesvorstand bestätigt.

Innerhalb kurzer Zeit gelang es M. Zimball den Göttinger DGB aus einer gewissen politischen Erstarrung zu lösen. Er suchte Kontakt sowohl zu den linken Hochschulgruppen, der ungeliebten Gewerkschaftslinken wie etwa dem „Göttinger Betriebspress“ als auch dem bekannten Göttinger antifaschistischen Bündnis, ein Verhalten, das unter seinem Vorgänger undenkbar gewesen wäre, was aber eindeutig zur Verbesserung des politischen Klimas und der Aktionsfähigkeit der Linken in der Stadt beigetragen hat.

Darüberhinaus gelang es dem DGB unter seiner Führung die SPD zu verpflichten, nach eventuell gewonnenen Kommunalwahl, etwas gegen die miserable Ausbildungssituation in Göttingen zu unternehmen. Geschehen sollte dies durch die Errichtung einer kommunalen Lehrwerkstatt.

Zwar gewann die SPD die Kommunal-

wahl 1986, doch die Realisierung der Lehrwerkstatt rückte in weite Ferne. Die SPD konnte sich nämlich nicht dazu entschließen, ein dauerhaftes Bündnis mit der GAL Göttingen einzugehen, dies aber wäre die Voraussetzung gewesen, die DGB-Forderung zu realisieren, da alle anderen Ratsfraktionen dem Projekt feindlich gegenüber standen. Neben diesem Punkt gab es noch mehrere andere Unstimmigkeiten innerhalb der SPD während der Verhandlungen mit der GAL. So wollte der SPD-Kreisverband die Koalition mit dieser, die SPD-Ratsfraktion aber nicht und sie ließ die Verhandlungen platzen. Daraufhin legte der Göttinger Kreisvorsitzende der SPD, Gerd Nier, sein Amt nieder. Michael Zimball trat aus Verärgerung wegen der versenkten Möglichkeit einer Lehrwerkstatt zu errichten aus der SPD aus.

Dieser Entschluß wurde insbesondere vom DGB-Landesverband in Hannover als überzogen und als erneuter Beweis dafür gesehen, daß Zimball nur bedingt als Kompromißperson im Amt eines DGB-Kreisvorsitzenden tauglich ist. Andererseits zeigt sich, daß Zimball nur bedingt dazu bereit, in gewerkschaftlich gewohnter Kompromißbereitschaft jeden Schwank der SPD ohne Murren mitzutragen.

Diese Entscheidungen und Aktivitäten machten ihn mehr denn je dem Landesvorstand des DGB suspekt. Die gewerkschaftsinterne Kritik der Gewerkschaft der Polizei Göttingen an ihrem Kreisvorsitzenden und die Reaktion des Landesvorstandes hierauf, lassen darauf schließen, daß man sich in Hannover darauf vorbereitet, den ungewissen und politisch nicht genehmigten Kreisvorsitzenden loszuwerden. Wie sonst ist es zu erklären, daß auf Grund des Entschlusses der GdP (siehe AK 297) der Landesvorsitzende Karl Neumann Zimball aufforderte, über die Vorwürfe bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Rechenschaft abzulegen, da diese den Verdacht nahelegten, der DGB Göttingen würde teilweise Satzung und Beschlüsse des DGB ignorieren. Innerhalb des Göttinger DGB werden von Seiten der rechten Einzelgewerkschaften Überlegungen laut, sich von diesem Vorsitzenden zu trennen.

Am 12.09.1988 war eine Vorstandssitzung des DGB KV Göttingen, auf der diese Sachen zur Sprache kommen sollten und es stand zu befürchten, daß eine Abwahl Zimballs vorbereitet wurde, das Thema wurde verschoben.

Doch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

as

Am 21.8. tötete eine IRA-Bombe in der nordirischen Grafschaft Tyrone 8 britische Soldaten und verletzte 28 weitere Soldaten teilweise schwer. Die britische Regierung und Armeeführung zeigte sich geschockt. Thatcher brach ihren Urlaub ab und ließ noch am Abend des gleichen Tages das Kriegskabinett tagen.

Der Anschlag war der vorläufige Höhepunkt einer neuerlichen IRA-Offensive, die offenkundig werden läßt, daß die militärische Politik Londons in Nordirland 20 Jahre nach dem Ende des Truppen vor einem Desaster steht. In diesem Zeitraum mag die britische Regierung 20 Mal einen bevorstehenden Sieg über die IRA angekündigt haben. Resigniert konstatierte der Kommentator der "Sunday Times", "Wir den letzten Erfolg der IRA lautete die Behauptung, daß die Sicherheitskräfte im Begriff seien, die Oberhand zu gewinnen und daß die IRA in den Seilen liege. Wir haben dies weder und weder gehört, aber auch dieses Mal war die Behauptung falsch. Die IRA liegt nicht in den Seilen, wie auch immer die Rückschläge sie tangieren haben mögen" ("Sunday Times", 21.8.1988).

Wissenschaftlich scheint die IRA logistisch und technisch so stark zu sein, wie seit den frühen 70er Jahren nicht mehr.

Der Militärführung bereitet nun die Frage Kopfzerbrechen, wie es der IRA einmal mehr möglich war, eine geheime Planung aufzudecken. Der Bus, der die Soldaten transportierte, war als ziviles Fahrzeug getarnt, das sich zudem zwischen zwei anderen Bussen bewegte. Da die Soldatentransporte ständig Route und Zeitpunkt wechseln, ist zudem ungeklärt, wie die IRA von ihm erfahren konnte. Schnell kursierte das Gerücht, in der britischen Militärführung sitze ein "Maulwurf" der republikanischen Guerilla. So konstatierte I. muß der Hintergrund des spektakulären Anschlags indessen nicht sein. Der britische Geheimdienst hat vor dem Anschlag eine E. nachnutzung gemacht. Bis zu 20000 Bürger die IRA regelmäßig mit nur wenigen Informationen jedweder Art versorgen würden. Die britische "Sunday Times" schreibt diesbezüglich: "Die IRA ist ein Staat in einem

Eine neue Phase im irischen Krieg

Britische Regierung droht mit Internierung

sche/nationalistische Bevölkerungsgruppe verzeichnen können. „Keine Kooperation, keine Informationen, nicht einen iota.“ Jeder Katholik Nationalist im Raum Fermanagh (wo Enniskillen liegt) sei ein taktischer Unterstützer der IRA.

Die "Sunday Times" ergänzte zwei Wochen später resigniert: "Wir haben zu akzeptieren, daß die IRA versehentlich drei oder vier Schulen und Krankenhäuser in die Luft sprengen und einen Bus mit Nonnen beschließen könnte, aber nachdem sie ihre üblichen Entschuldigungen vorgebracht hätte, würde sie ihre alte Autorität zurückerlangen und bei vielen ihr hohes Ansehen behalten. (...) Die Minderheit gegen uns sind die nordirischen Katholiken. (...) Die IRA ist ein Staat in einem Staat, der sich selbst als Staat anseht, teils passiv, fühlt sich der Autorität der IRA mehr verpflichtet, als der Regierung" ("Sunday Times" v. 28.8.1988).

Tatsächlich ist die IRA im Begriff, Thatcher nach dem Hungerstreik von 1981 die zweite bittere Niederlage ihrer Laufbahn als Premierministerin beizubringen. Ein voll gescheitertes britisches militärisches Offensiv in Nordirland. Wenn Gewalt und Repression in Nordirland nun eskalieren, dann ist dies nicht der IRA anzulasten, sondern einem britischen Establishment, das partout nicht wahrhaben will, daß es den Krieg in der Provinz nicht gewinnen kann und es auf der irischen Nachbarschaftswache keine Frieden geben wird, wenn britischen Truppen nicht zurückgezogen und somit die Voraussetzungen für die Wahrnehmung des irischen Selbstbestimmungsrechts geschaffen werden. 19 Jahre britische Truppen in Nordirland bedeuten nahezu 2 700 Tote, davon 480 Mäglie

und mit nur einem Richter tagen) sei mit der IRA-Herausforderung hoffnungslos überfordert, der Staat befände sich in einer Notstandssituation (in Nordirland sind die Notstandsgesetze seit 1921, d.h. dem Datum der Gründung des Staates — in Anwendung), die selbst extremere Abweichungen von den Regeln des demokratischen Rechtsstaates legitimieren würde.

Tatsächlich konnten in den letzten fünf Jahren nur 8 bis 10% der IRA-Operationen strafrechtlich verfolgt werden, womit das Risiko, das IRA-Mitglieder eingekerkert, relativ gering war. 1987 konnte „lediglich“ gegen 243 Bürger Anklage wegen „terroristischer Vergehen“ erhoben werden, was weniger als 30% der Angeklagten des Jahres 1986 entsprach. Diese war aber bereits die niedrigste seit der Abschaffung der Internierung (1975) und der Einführung der „diplock courts“ (s.u.).

Zudem brach das „supergrass“-System zusammen, das einer Einführung der Internierung durch die Hintertür zueilte. Bestochene und einer Geheimwache unterzogene ehemalige IRA- und INLA-Mitglieder beschuldigten Hunderte ihrer ehemaligen Kampfgefährten. Wen unter die „Sicherheitskräfte“ eingesperrt sehen wollten, die manipulierten Kronzeugen denunzierten ihn auf Zuruf. Das „supergrass“-System scheiterte am internationalen Protest wie dem altruistisch manipulierten Charakter der Kronzeugen.

Es waren somit faktische, keineswegs moralische Erwägungen, die die britische Regierung zerrissen dazu veranlaßten, die Internierung zu beenden. Die Internierungspraxis isolierte London international in der Nordirlandfrage, brachte der IRA einen anerkannten Kombattantensta

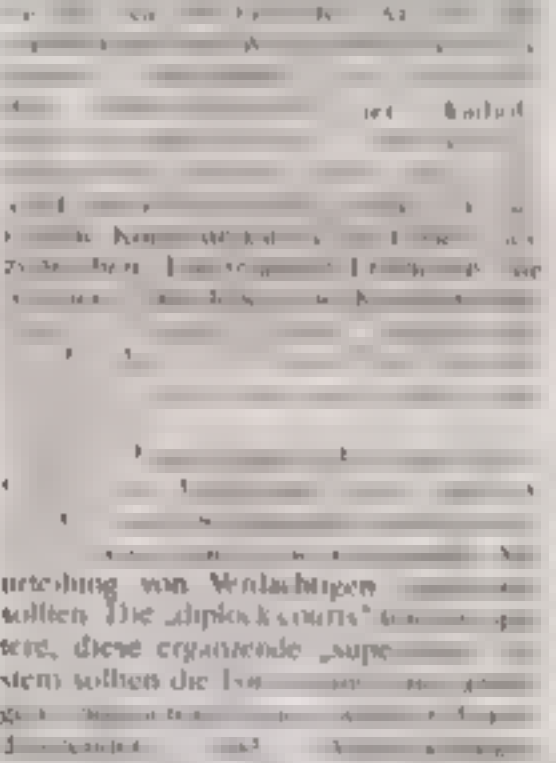
SAS-Präsenz, einer Sonderereinheit der britischen Armee bzw. eine weitere Intensivierung der „schmutzigen Kriegsführung“, wozu insbesondere die gezielte Taktik von IRA-Verdächtigen zählt (auch „shoot to kill“ Politik genannt). Die „shoot to kill“-Politik kommt der Verurteilung der Todesstrafe auf der Straße und ohne richterlichen Urteil gleich. Sie gilt der Abschreckung wie der systematischen Ausschaltung von führenden IRA-Mitgliedern für deren Verurteilung und Inhaftierung die Indizien nicht ausreichen.

Am 30.8. erschoss das SAS in Tyrone, nicht weit vom Ort des spektakulären IRA-Anschlags, drei IRA-Mitglieder. Ganz offensichtlich handelte es sich dabei um eine Vergeltungsaktion, die — ähnlich wie die Exekution der drei IRA-Mitglieder im März in Gibraltar — vom Kabinettstisch aus angeordnet worden ist. Dafür sprechen sowohl der Ort wie der Zeitpunkt der Tat. Nach der Sitzung des Kriegskabinetts hatte Nordirlandminister King nebulös von beschlossenen Maßnahmen gesprochen, die schon „sehr heftig“ angewendet wurden, die er jedoch — aufgrund ihres Charakters — nicht näher erläutern könne. Kennen des Konfliktmilieus interpretierten dies als Ankündigung einer militärischen Vergeltungsaktion und Wiedereinführung der „shoot to kill“-Politik. „Es wird Exekutionen geben“, lautete die Vermutung weithin. Aufgrund der starken Proteste, die diese in der Vergangenheit auslösten, paßte die britische Armee jedoch heute hierfür einen Moment ab, in dem sich die anvisierten Opfer in einem bewaffneten Zustand befinden. Ihre Erschickung erfolgt allerdings aus dem Hinterhalt. So paßt es auch im Falle der drei IRA-Toten in Tyrone bislang nicht den geringsten Hinweis darauf, daß hier auch nur einer halb physisch sehr gut das

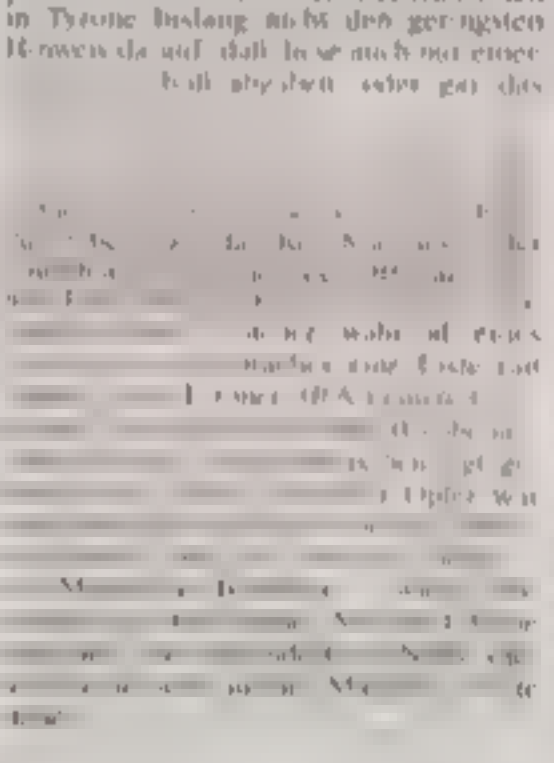
ferung von in den Süden geflüchteten IRA-Mitgliedern im Zusammenhang mit dem Abkommen liberalisierte Dublin seine Auslieferungsbestimmungen, die zuvor die Aushandlung von politisch motivierten „Strafakten“ an die nordirische Justiz untersagten. Dublin hatte sich auch lange geweigert, die Anti-Terror Konvention der EG zu unterzeichnen, mit Verweis auf die besondere Situation und die Nichtexistenz einer rechtsstaatlichen Justiz in Nordirland. Ende August wurde Robert Russell, einem populären IRA-Mitglied, der 1983, gemeinsam mit über 30 Gesinnungsgenossen aus dem Bonfaster Mauer-Gefängnis geflohen war, zum dritten Mal ein Republikaner nach Nordirland ausgeschickt. Die Reaktion hierauf aus. Binnen 16 Stunden registrierten die nordirischen „Sicherheitskräfte“ über 200 Anschläge.

Allein in Belfast und Derry errichteten sich 23 Schießereien und 17 Bombenanschläge. Einmal mehr demonstrierte die IRA ihre Fähigkeit zur Eskalation wie zur Bestimmung der Intensität der Auseinandersetzung. Die „Sicherheitskräfte“ zeigten sich an diesem Tag als hoffnungslos überfordert.

Es steht allerdings kaum in Aussicht, daß all diese Maßnahmen die Probleme der Regierung in Nordirland lösen werden. In politischer Hinsicht hat sie mit dem anglo-irischen Abkommen ihre vorerst letzte Karte ausgespielt. Ein politi-



Verteilung von Verdächtigen sollen die „diplock courts“ (s.u.) sein. Diese organisierte „supergrass“-System sollten die IRA-Mitglieder



erregenden Eifer versehen. Die Internierungspraxis garantieren. Diese Politik muß als weitgehend gescheitert betrachtet werden (s.o.), was — neben der einmal mehr offensichtlich gewordenen Unfähigkeit, der IRA-Kampagne Einhalt zu gebieten — die britische Regierung dazu anreizt, über die Rückkehr zur offiziellen Internierung nachzudenken.

Bei dieser Gelegenheit tauchen die technischen und propagandistischen Vorbereitungen der Internierung auf Hochtönen „Liberalere“ und zugehörige Kreise versuchen die britische Regierung mit dem Adressat „selektiv“ zu ködern. Eine „selektive“ Internierungspraxis würde sich deutlich vom Vorgehen von 1971 unterscheiden, der Alptraum von damals sei zu vermeiden, beschworen die Internierungsbefürworter die irische, britische und internationale Öffentlichkeit. Das Gegenteil von „selektiv“ ist „wahllos“. Auch 1971 sollte die Internierung keineswegs wahllos erfolgen, wenngleich dies trotzdem der Fall war, was zu einer massenhaften geheimdienstlichen Verleumdung geschuldet war. Heute mag der Sicherheitsapparat über exaktere Erkenntnisse verfügen. Andererseits ist von nicht weniger als 300 bis 400 republikanischen Aktivisten die Rede, die es zu verhaften gelte.

Trotzdem entspricht dies der Zahl der Menschen, die am Morgen des 9.8.1971 von der britischen Armee in das Lager verschleppt wurden (insgesamt wurden im Zeitraum 1971-75 2 158 Internierungsanordnungen unterzeichnet).

„Die Terroristen terrorisieren“

Bevor es zur Internierung kommt, wird die britische Regierung noch zu anderen Mitteln greifen. Im Zentrum desbezüglicher Überlegungen steht ein Ausbau der



Anschlag in Belfast: Britische „Sicherheitskräfte“

Desweiteren erwägt die Regierung den Abbau auch der letzten rechtsstaatlichen Elemente im Strafverfolgungswesen. So ist mit der Abschaffung des Rechtes auf Aussageverweigerung und einer weiteren Stärkung der „diplock courts“ zu rechnen. Die Aussageverweigerung soll künftig gleichbedeutend mit einem Schuldeingeständnis sein.

Der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der Republik Irland, die mit dem anglo-irischen Abkommen formalisiert wurde, wird London in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit widmen. Hierzu zählt u.a. die problemlose Auslie-



der der britischen Armee und ca. 420 Mitglieder der Polizei und der nordirischen Einheit der britischen Armee, über 300 000 Hausdurchsuchungen, über 2 000 Internierte, tausende von politischen Gefangenen, 51 000 Verhaftungen zwecks oftmals mehrtägiger Verhöre, Folter, einen weiteren Abbau demokratischer Rechte und eine weitere Verschlechterung der sozialen Situation. Das alles in einem Land, dessen Bevölkerung nicht mehr als 1,5 Millionen beträgt. „It's time to go“, wie es die Labour-Abgeordnete Claire Short kürzlich treffend formuliert.

der der britischen Armee und ca. 420 Mit-

glieder der Polizei und der nordirischen Einheit der britischen Armee, über 300 000 Hausdurchsuchungen, über 2 000 Internierte, tausende von politischen Gefangenen, 51 000 Verhaftungen zwecks oftmals mehrtägiger Verhöre, Folter, einen weiteren Abbau demokratischer Rechte und eine weitere Verschlechterung der sozialen Situation. Das alles in einem Land, dessen Bevölkerung nicht mehr als 1,5 Millionen beträgt. „It's time to go“, wie es die Labour-Abgeordnete Claire Short kürzlich treffend formuliert.

Internierung

Doch stattdessen geht die Thatcher Administration weiter die Straße der Repression und Gewalt hinunter. Die Wiedereröffnung der Internierung — d.h. die Möglichkeit, Verdächtige auf unbestimmte Zeit hin und ohne Gerichtsverurteilung in Haft zu halten — ist eine akute Gefahr. Sie würde das Kriegrecht in Nordirland komplizieren. Nach der Tagung des Kriegskabinetts gab Thatcher zu verstehen, daß die Rückkehr zur offiziellen Internierungspraxis ernsthaft erwogen würde. Daß sie nicht konkreter angekündigt wird, versteht sich von selbst, da ansonsten das notwendige Überraschungsmoment verloren gehen würde. Wie 1971, als zuletzt die Internierung angewandt wurde, wird auch jetzt behauptet, die IRA-Führung wie die Mitglieder ihrer einzelnen Einheiten, ja gar wer für welche Taten verantwortlich zeichne, das alles sei der Armee und der Polizei bekannt. Doch mangelte es an Beweisen, um die Täter vor Gericht zu überführen und mit einem rechtsstaatlich korrekten Urteil hinter Schloß und Riegel zu verweisen. Die „normale“ Justiz im Wahrheit existieren in Nordirland Sondergerichte, die ohne Geschworene

erregenden Eifer versehen. Die Internierungspraxis garantieren. Diese Politik muß als weitgehend gescheitert betrachtet werden (s.o.), was — neben der einmal mehr offensichtlich gewordenen Unfähigkeit, der IRA-Kampagne Einhalt zu gebieten — die britische Regierung dazu anreizt, über die Rückkehr zur offiziellen Internierung nachzudenken.

Bei dieser Gelegenheit tauchen die technischen und propagandistischen Vorbereitungen der Internierung auf Hochtönen „Liberalere“ und zugehörige Kreise versuchen die britische Regierung mit dem Adressat „selektiv“ zu ködern. Eine „selektive“ Internierungspraxis würde sich deutlich vom Vorgehen von 1971 unterscheiden, der Alptraum von damals sei zu vermeiden, beschworen die Internierungsbefürworter die irische, britische und internationale Öffentlichkeit. Das Gegenteil von „selektiv“ ist „wahllos“. Auch 1971 sollte die Internierung keineswegs wahllos erfolgen, wenngleich dies trotzdem der Fall war, was zu einer massenhaften geheimdienstlichen Verleumdung geschuldet war. Heute mag der Sicherheitsapparat über exaktere Erkenntnisse verfügen. Andererseits ist von nicht weniger als 300 bis 400 republikanischen Aktivisten die Rede, die es zu verhaften gelte.

Trotzdem entspricht dies der Zahl der Menschen, die am Morgen des 9.8.1971 von der britischen Armee in das Lager verschleppt wurden (insgesamt wurden im Zeitraum 1971-75 2 158 Internierungsanordnungen unterzeichnet).

„Die Terroristen terrorisieren“

Bevor es zur Internierung kommt, wird die britische Regierung noch zu anderen Mitteln greifen. Im Zentrum desbezüglicher Überlegungen steht ein Ausbau der

Am 14.8. d.h. eine Woche vor dem Anschlag in Tyrone, zitierte die „Sunday Tribune“, eine führende süd-irische Sonntagszeitung, einen hohen Offizier der süd-irischen Polizei mit der Auffassung, die IRA sei auf dem Wege, den Krieg in Nordirland zu gewinnen. Selbst die Einführung der Internierung (s.u.) würde daran nichts ändern, da sie die IRA-Gewalt vielmehr für Wochen, nicht jedoch auf Monate hinaus beenden könne. Die IRA sei dazu in der Lage, jeden Tag in Nordirland 20 Mitglieder der „Sicherheitskräfte“ zu töten. Daß sie dies nicht tue, sei allein ihrer politischen und militärischen Strategie geschuldet, die dies nicht vorsehe. Die nordirische Polizei habe auch nach Enniskillen, als die IRA unbeabsichtigt elf protestantische Zivilisten tötete, nicht die geringsten Einbrüche in die katholi-

Staat, und ihre Spione und Informanten sind überall“ („Sunday Times“ v. 28.8.1988). Nordirland ist für die „schwarze Armee“ „Feindesland“ weshalb man nicht unbegründet einen Informanten anfordern Sie bedarf, um Erkenntnisse über die Planungen der Gegenseite zu erlangen.

Die Bombe von Tyrone hat der Armeeführung einmal mehr demonstriert, daß es keine Sicherheit für die britischen Soldaten in Nordirland gibt. Im sogenannten „Bunditenland“ von South Armagh erfolgt Truppentransporte bereits seit Jahren ausschließlich per Helikopter (wobei die IRA erstmals einen Armeehubschrauber vom Himmel holte). Aus technischen Gründen erscheint es jedoch als kaum möglich, diese Praxis auf andere Gebiete der Provinz auszuweiten. Ganz abgesehen von dem verheerenden politischen Eindruck, der damit verbunden wäre.

„Die IRA gewinnt den Krieg“

Am 14.8. d.h. eine Woche vor dem Anschlag in Tyrone, zitierte die „Sunday Tribune“, eine führende süd-irische Sonntagszeitung, einen hohen Offizier der süd-irischen Polizei mit der Auffassung, die IRA sei auf dem Wege, den Krieg in Nordirland zu gewinnen. Selbst die Einführung der Internierung (s.u.) würde daran nichts ändern, da sie die IRA-Gewalt vielmehr für Wochen, nicht jedoch auf Monate hinaus beenden könne. Die IRA sei dazu in der Lage, jeden Tag in Nordirland 20 Mitglieder der „Sicherheitskräfte“ zu töten. Daß sie dies nicht tue, sei allein ihrer politischen und militärischen Strategie geschuldet, die dies nicht vorsehe. Die nordirische Polizei habe auch nach Enniskillen, als die IRA unbeabsichtigt elf protestantische Zivilisten tötete, nicht die geringsten Einbrüche in die katholi-

Plebiszit — Plebiszirkus

Die chilenische Militärdiktatur gaukelt Demokratie vor, die Bürgerlichen spielen mit

„Wir ‚pobladores‘ (Bewohner der Slendviertel) glauben nicht an das Plebiszit und wir machen auch nicht mit, weil es ein Betrug ist. Wir in den ‚poblaciones‘ sprechen von ‚plebis-circo‘, Plebiszirkus.“

Kurz vor dem 5. Oktober, an dem das mittlerweile weit überhüllte Plebiszit in Chile stattfinden wird, hört man solche Einschätzungen kaum mehr. Auf der breiten Bühne von inzwischen 16 Oppositionsparteien, die sich zur Nein-Kampagne zusammengeschlossen haben, verstärkt von der Kommunistischen Partei (PC) und dem MIR (Renovación), die ebenfalls zum Nein aufrufen, macht sich allmählich Optimismus breit. Noch nie in der 15jährigen Geschichte der chilenischen Opposition gegen die Militärdiktatur ist es zu einem derart breiten Bündnis gekommen.

Entsprechend unisono klingen die Stimmen der Unterstützer im Ausland, die schon die Koffer packen, um zur Beobachtung des Plebiszits zu eilen, wie es das Bündnis der 16 wünscht. „Die CDU bekundet daher ihre Solidarität mit der Kampagne der Oppositionsparteien unter Führung der chilenischen Christdemokraten mit dem Ziel einer Ablehnung des Kandidaten Pinochet“, läßt Heiner Geißler verlauten (Pressemitteilung vom 30.8.88). „Die SPD unterstützt die Initiativen aller demokratischen Kräfte in Chile, bei dem geplanten ‚Volksentscheid‘... mit ‚Nein‘ zu stimmen“, heißt es bei der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion (Pressemitteilung vom 9.9.1988). Und die FDP schließt sich an: „Demokraten in aller Welt solidarisieren sich in diesen Tagen mit dem chilenischen Volk. Ja zur Demokratie! Nein zu Pinochet!“ (Pressemitteilung der FDP-Bundestagsfraktion vom 11.9.1988).

Wenden wir den Blick von der hell erleuchteten Bühne, auf der Pinochet eine Niederlage bereitet worden soll, tauchen Fragen auf.

Wie stabil ist die Harmonie, wie lange wird das Bündnis zum Nein in Chile halten?

Ist die zweifelslos realistische Einschätzung von Heiner Geißler, daß die Kampagne für das Nein unter der Führung der chilenischen Christdemokraten (PDC) steht, eine bittere Pille, die geschluckt werden muß auf dem Weg zur endgültigen Niederlage der Diktatur oder wird damit die Zukunft des chilenischen Prozesses programmiert?

Ist es nur rechthaberisch, sektiererisch, wenn z. B. die GRUNEN sich nicht amtschleppend in den Tritt des Plebiszit Beobachter einordnen, sollten wir nicht der Einheit der 16 entsprechen mit einer Front von Unterstützern, jenseits der ideologischen Grenzen? Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Chile-Linke.

Die brennende Frage, wie geht es nach dem Plebiszit weiter, wird mensch sicherlich nicht beantworten können mit dem freudigen Hinweis auf das einmalige breite Bündnis der antidiktatorischen Opposition. Erst wenn wir die Vorgeschichte des Plebiszits und den Charakter der Kampagne für das Nein genau betrachten, können wir absehen, wie es danach weiter gehen wird.

Unter Führung der christdemokratischen Internationale

Die Frage nach dem Zustandekommen des breiten Nein-Bündnisses ist sicher präziser gestellt, wenn sie lautet: wie kam es zur „Unterordnung der Linken unter die bürgerliche Opposition“? (Bulletin der CODEPU, August 1988). Ohne die ganze Entwicklung der Opposition seit dem Militärputsch am 11. September 1973, das wechselnde Verhältnis zwischen bürgerlicher und linker Opposition nachzeichnen zu wollen, steht fest mit dem Generalstreik am 2. und 3. Juli 1986 erreichte der Aufschwung der Massenbewegung, die 1983 aus der tiefen Krise des ultramonetaristischen Wirtschaftsmodells entstand und sich von Protesttag zur Protesttag steigerte, seinen Höhepunkt. Möglich geworden war er durch ein Bündnis aller oppositionellen Kräfte nicht am Schreibtisch, sondern an der sozialen Basis und auf den Straßen. Diese Aktions-einheit wiederum kam zustande, weil der christdemokratische „Arbeitsnehmerflü-

gel“, wie mensch hierzuande sagt, sprich die christdemokratische beherrschten Gewerkschaften (jener Sektor der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, der vor dem Sturz der Allende-Regierung von der Christdemokratie gegen die Unidad Popular mobilisiert worden war) mitmachte und weil innerhalb der PDC der Flügel dominierte, der auf Massenmobilisierungen (statt Verhandlungsangeboten an daran uninteressierte Militärs) setzte als Weg zum Sturz der Diktatur.

Die Aktions-einheit fand ein Ende, als die PDC-Führung den Kurs wechselte. Heftig angeregt wurde ihr das just unmittelbar nach dem Generalstreik von einer Reihe von Besuchern aus den Vereinigten Staaten, General Galvin, damals noch Oberkommandierender des Südkommandos der US Streitkräfte in der Panamakanalzone und die Herren Robert Gerhard, Elliot Abrams, Nestor Sanchez, Staatssekretäre für interamerikanische Angelegenheiten im Außen-, Finanz- bzw. Verteidigungsministerium gaben sich die Hände in der Hand. Ihre Message, sicherlich inspiriert von den Ereignissen auf den Philippinen und auf Haiti, keine weiteren Bündnisse mit der Linken, insbesondere nicht mit der marxistischen, Herstellung eines Bündnisses zwischen gemäßigten Militärs (man meint wie in den Personen von Menno, Matus und Stange, bzw. von Pinochet, Pinochet und Pinochet) und freiem Unternehmertum und dessen politischem Arm, den Parteien der Rechten und des Zentrums. Ziel: über Verhandlungen mit den Streitkräften ein faktischer Übergang, der das Wirtschaftsmodell intakt läßt.

Im selben Monat, im Juli 1986, reiste auch Heiner Geißler an und stieß in dasselbe Horn. Unter seiner Führung hatte die CDU bereits 1984 anlässlich seines ersten Chile-Besuches die Wende in der Chile-Politik der CDU eingeleitet. Verurteilung der Diktatur, volle Unterstützung für die PDC und den von ihr geführten Oppositionsblock „Acuerdo Nacional“ (Nationale Übereinkunft), denn neben den Christdemokraten der rechte Flügel der Radikalen Partei unter Silva Cimma (die sozialdemokratische Flügel der Sozialistischen Partei unter Ricardo Nunez die Republikanische Partei und der gemäßigte Flügel der Nationalpartei angehören. Die Wende in der CDU-Chile Politik ist der getreue Nachvollzug jener in der US-Außenpolitik — sie ist aber mehr die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in Chile ist Vorwand zur Verurteilung jener (oft angeblichen) in Nicaragua und erlaubt die Behauptung, die CDU steht für die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Damit ist das Menschenrechtsthema besetzt und eine Waffe geschmiedet gegen den inneren Feind, die Sozialdemokratie, die in Sachen Menschenrechte bekanntlich auf dem linken Auge blind ist.

Durchbruch für das Nein-Bündnis

Aber zurück zu Chile. In die Zeit des Kurswechsels der PDC fällt auch das gescheiterte Attentat auf Pinochet (September 1986). Die Folgen waren nicht nur Repression und verschärfte Ausnahmezustand, sondern Verwirrung und Resignation in den Reihen der Linken. Die Massenbewegung, orientierungslos denn je, sackte ab, während sich in der PDC die rechten Positionen durchsetzten und fester Kurs genommen wurde auf Verhandlungen mit den Militärs.

In dieser Situation tauchte ab Mitte 1987 die Frage auf, wie sich die Opposition zu dem von Pinochet verordneten Plebiszit verhalten soll.

Auch im bürgerlichen Lager war und ist man der Meinung, die Verfassung von 1980, die sich Pinochet unter anderem von dem CSU Verfassungsrechtler Prof. Blumenwitz, Würzburg, auf den Leib schneiden ließ und in deren Rahmen das Plebiszit nicht mehr und nicht weniger sein soll, als ein Meilenstein auf dem Weg der Institutionalisierung der Diktatur, sei ungeeignet für den Übergang zur Demokratie. Da ist die PDC selbst unter Führung des rechten Patricio Aylwin noch fähiger als der Parteifreund Heiner Geißler, der meint, der „Übergang zur Demokratie (sei) in der chilenischen Verfassung bereits vorgesehen.“ (Pressemitteilung vom 30.8.88).

Folgerichtig versuchte es die PDC mit einer Kampagne für freie Wahlen wobei

sie zunächst die Antwort auf die Frage schuldig blieb, wie diese erzwungen oder erreicht werden sollen, wo man doch keine Massenmobilisierung zusammen mit der Linken wollte, die Diktatur aber auch keinerlei Anzeichen von Verhandlungsbereitschaft gab. Vorsorglich ließ man daher verlauten, daß, sei das Plebiszit nicht zu verhindern, man zum Nein aufrufen werde. Der Diskussionsstand der Linken war derweil: strikte Ablehnung der Verfassung von 1980. Boykott des Plebiszits. Juan Pablo Cárdenas, Herausgeber der Oppositionszeitung „Análisis“ schrieb dazu später: „Es gibt keinen Zweifel daran, daß der kürzeste, einfachste und klarste Weg, um Pinochet und seinen Alptraum von Regierung zu stürzen, die massive, friedliche und gewaltfreie Enthaltung des Volkes bei diesen Wahlen sowie seine Weigerung sein mußte, sich in die Wahlregister einzuschreiben und den politischen Spielregeln zu folgen.“ (Análisis, Nr. 223/1988).

Sehr bald aber degab sich die PDC auf den Kampfplatz der Diktatur, forderte ihre Mitglieder auf, sich in die Wahlregister für das Plebiszit einzutragen, propagierte das Nein und machte sich daran, ihre Partei zu legalisieren. Juan Pablo Cárdenas: „Jedoch steht fest, daß einige Sektoren der Opposition sich sehr früh am Wahlbetrug beteiligt haben...“ (Análisis, a.o.). Angesichts dieses Vorgehens der Christdemokraten abgerief die Linke. Dann brach der Almeida-Flügel der Sozialistischen Partei das Eis und schloß sich der Aufforderung zur Eintragung in die Wahlregister und der Nein-Kampagne an. Dieser „Aufbruch“ war zugleich ein Bruch mit dem neu geschaffenen Linksbündnis „Juventud Unida“ (Vereinigte Linke), das eigentlich nur nicht breiter als die bislang bestehende „Movimiento Democrático Popular“ (Vereinigte Linke), das eigentlich nur nicht breiter als die bislang bestehende „Movimiento Democrático Popular“ (Demokratische Volksbewegung), sondern auch schlagkräftiger werden sollte.

Die anderen Linksparteien zogen nach. beteiligten sich schließlich am 2. Februar 1988 an der „Konzentrierung der politischen Parteien für das Nein“ (ausdrückt 13, inzwischen 16 Oppositionsparteien — mit Ausnahme der PC und des MIR (Renovación), die außen vor blieben aber inzwischen auch zum Nein aufgerufen haben. Das Schwanken der Kommunistischen Partei ist exemplarisch für das Zustandekommen des Nein-Bündnisses. Das eben korrektweise als Unterwerfung der Linken unter die bürgerliche Opposition beschrieben werden muß. Mitglieder, die voraussetzend zur Eintragung in die Wahlregister aufriefen, wurden ausgeschlossen, nur um kurz darauf eben dies zur Parteilinie zu machen. Als die Partei dann schließlich im Juni 1988 zum Nein aufrief, war niemand überrascht, es war voraussehbar. In einer Art konzentrierter Aktion schloß sich die PC allerdings der Nein-Plattform nicht an — konzentriert insoweit, als die Christdemokratie absolut dagegen ist und die PC ihrerseits nicht auf einer Plattform mitarbeiten will, die einen „schnellen und geordneten Übergang zur Demokratie“ sucht und zu diesem Zweck die Respektierung des geheiligten Privateigentums beteuert.

Kontrollierter Übergang zur bürgerlichen Demokratie

Ricardo Nunez, Führer des sozialdemokratischen Flügels der Sozialistischen Partei, sagt es ganz klar in einem Interview mit „El País“ am 27.6.1988: „Wir stimmen jedoch mit einigen Punkten ihres Dokuments (in dem die PC zum Nein aufruft, A.d.V.) nicht überein. Sie schlagen vor, daß der Sieg des Nein auf den Straßen durch eine Bewegung verteidigt werden müsse, die in eine nationale Erhebung mündet mit dem Ziel eines Regimewechsels ohne Verhandlungen, was wir ablehnen.“

Damit wären wir bei den Inhalten der Nein-Kampagne, von denen bei uns vor lauter Euphorie über ihre Breite kaum die Rede ist. In der Erklärung zur „Konzentrierung“ vom 2.2.1988 heißt es schlicht und ergreifend: „Sind die Zwecke dieser Konzentrierung erfüllt und ist folgerichtig der hier gemachte Vorschlag anerkannt, wenn das Volk im Plebiszit Nein stimmen wird, wird es an den demokratischen politischen Parteien sein, mit den Streitkräften übereinzukommen über die Neuordnung eines schnellen und geordneten Übergangs zur Demokratie im Rahmen dieses

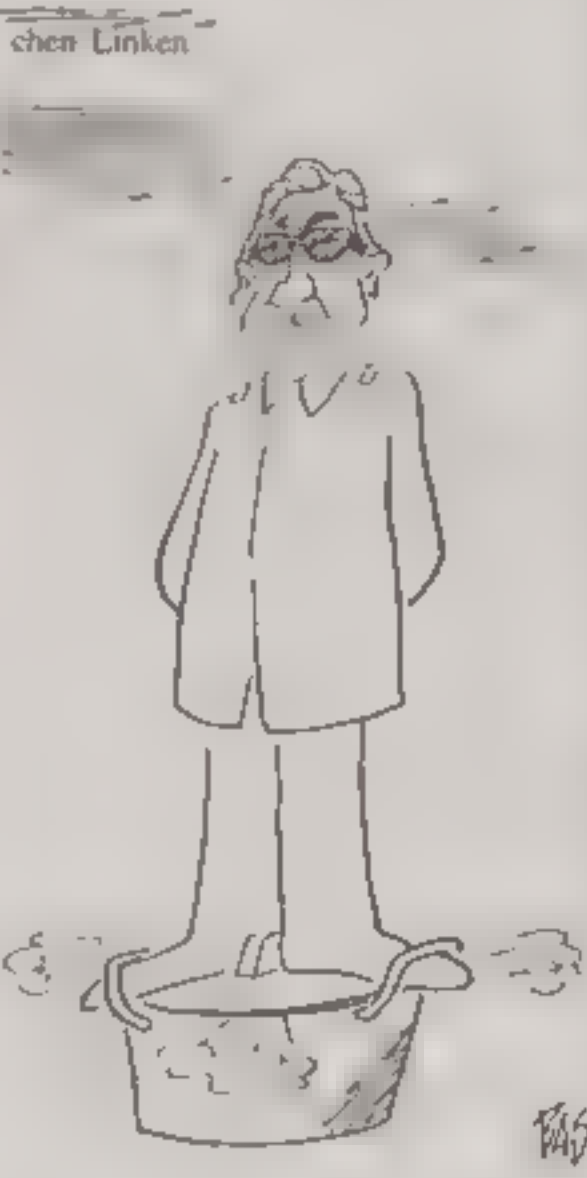
Vorschlages.

Und in der „Wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtung der Kampagne für das Nein“ ist unter Punkt 19 „Unterstützung der Unternehmerinitiative“ zu lesen:

„Wir verpflichten uns, jegliche unternehmerische Aktivität oder Initiative zu unterstützen, die zur Erhöhung der Investitionen, der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Unternehmen, der Exporte und der Substituierung von Importen ohne unangemessenen Protektionismus führt und garantieren deshalb das Privateigentum und die Privatinitiative.“

Damit ist der Koder ausgeworfen für das Unternehmertum und den US-Imperialismus, ihren bewaffneten Arm endlich an den Verhandlungstisch zu bringen für eine konzentrierte Aktion der Kosmetik.

Die Hegemonie der bürgerlichen Kräfte innerhalb des Nein-Bündnisses offenbart sich nicht nur in derlei Programmatik, sondern auch in der organisatorischen Struktur der Kampagne: im Exekutivkomitee des „Kommandos für das Nein“ sitzen die Christdemokraten Patricio Aylwin (Sprecher) und Andrés Bello (Präsident der Humanistischen Partei, José Tomas Saenz, der Führer des rechten Flügels der Radikalen, Enrique Silva Cimma, der dem Nunez Flügel der Sozialistischen Partei angehörende Führer der zum Plebiszit gegründeten „Partes für die Demokratie“ (PPD), Ricardo Lagos und mehr oder weniger als Feigenblatt der Linken (Almeyda-PS, MAPU, MAPU Obrero Campesino, Christliche Linke, linker Flügel der Radikalen), jedenfalls in der absoluten Mehrheit Luis Maira von der Christlichen Linke.



Linke in der Defensive

Weil dem so ist und weil die ausländische Unterstützung für die Nein-Kampagne (vor allem vom CIA-nahen „National Endowment for Democracy“, USA, und von den Internationalen der Christ- und Sozialdemokratie) von der PDC und ihren Anhängern kontrolliert wird, sah sich die Linke genötigt, noch ein eigenes Kommando einzurichten, das „Comando Socialista por el NO“ (COSONO). Dessen knappes Manifest enthält Punkte, die de facto einem Bruch des Gesamtbündnisses gleichkommen, zumindest aber deutlich machen, daß Linke und Bürgerliche die Nein-Kampagne mit unterschiedlichen Zielen betreiben.

Da heißt es insbesondere: „Wir werden nur zu Demokratie gelangen, indem wir den Bruch mit dem institutionellen Prozeß, den die Verfassung von 1980 vorsieht einleiten. Das Nein des Volkes hat einen Volkscharakter, indem es der Vielzahl der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen und jenen nach dem Schutz der Menschenrechte unseres Volkes eine politische Bedeutung gibt. Die politische Freiheit läßt sich nicht abgetrennt verstehen von der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung von allen Formen der Ausbeutung und der autoritären Unterdrückung.“

Während also das bürgerliche Lager mit der Nein-Kampagne die Garantien für das Unternehmertum verbindet, daß es keine Enteignungen geben und die Rol-

le des Staates nicht übersteigen sein wird, die gegenwärtigen Modalitäten eines pervertierten Kapitalismus nicht in Frage stellt und den Streitkräften signalisiert, daß man über das Thema der Menschenrechte wird sprechen können, sucht die Linke in der Nein-Kampagne eine politische Mobilisierung, die den Bruch mit der Diktatur einleitet — einen Bruch, der über den Sturz des Diktators Pinochet hinaus den Weg zu grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen eröffnet. Die Linke spricht deshalb von einem „rupturista“, einem Nein, das bricht, während die bürgerliche Opposition das Nein als Vehikel versteht, um zu den langersehnten Verhandlungen mit den Streitkräften zu kommen.

Konkret wird es im Falle des Nein eine einjährige Übergangsregierung unter Pinochet geben, an deren Ende Wahlen des Präsidenten und eines Nationalkongresses stehen werden, die die CDU schon heute zu freien Wahlen erklärt. Pinochet wird Oberkommandierender des Heeres bleiben und als solcher Mitglied in dem allmächtigen Nationalen Sicherheitsrat und wird gleichzeitig zum Senator auf Lebenszeit ernannt werden. Im Falle des Ja wird Pinochet acht weitere Jahre Präsident sein, aber nach einem Jahr wird es auch dann Wahlen zum Nationalkongress geben. Der Rahmen wird die Verfassung von 1980 sein, die ein Parlament ohne wirkliche legislative Befugnisse vorsieht und Verfassungsänderungen so gut wie unmöglich macht.

Widersprüche

Spitestens bei den Wahlen zur Nationalversammlung und gegebenenfalls eines Präsidenten wird das Nein Bündnis auseinanderbrechen. Die unterschiedlichen Ziele der Linken und der bürgerlichen Kräfte werden in aller Deutlichkeit wieder erscheinen und vor allem in folgenden Fragen aufeinanderprallen:

— Während die Menschenrechtsorganisationen schon jetzt eine Kampagne „Nein zur Straffreiheit“ angehen haben, also auf Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gerechtigkeit betonen, werden die Linksparteien

in der Kampagne für das Nein auf die „Schlichtung“ des Gesetzes nach argentinischer Art setzen. Das Thema wird wichtiger Gegenstand eventueller Verhandlungen mit dem Militär sein und die chilenischen Generäle werden sich anders als in getrennten argentinischen brasilianischen und uruguayischen Waffenbrüder eine Generalamnestie für sich fordern, bevor sie das Spiel der zivilen Politiker überhaupt mitzulassen werden. Im Vorausicht dieser Entwicklung hat sich die chilenische Christdemokratie schon jetzt gewarnt, eine Erklärung der Oppositionsparteien gegen die Strafflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen zu unterzeichnen.

— Während die bürgerlichen Parteien ihre Garantien gegenüber dem Privatunternehmertum und dem internationalen Kapital einlösen werden, ist sich die Linke klar darüber, daß soziale und wirtschaftliche Veränderungen, eine Beendigung des nationalen Ausverkaufs und des damit verbundenen Raubbaus an den natürlichen Reichtümern des Landes (v.a. Wälder und Meer) nicht möglich sein werden, solange jährlich zwei Milliarden US-Dollar als Schuldentilgung und Gewinntransfers in die Taschen der Transnationalen wandern. Der Klassenkampf endet nicht mit dem Ende der Militärdiktatur.

Wenn wir dergestalt aus der Entwicklung seit 1986 heraus und in den Inhalten und der Struktur der Nein-Kampagne die Hegemonie des bürgerlichen Lagers begreifen und die daraus sich ergebende Konstellation der künftigen Auseinandersetzungen in Chile, gibt es keinen Anlaß, in den Chor der Plebiszit-Beobachter mit dem christdemokratischen Vorgesänger einzustimmen. Die bundesrepublikanische Linke, die den Kampf des chilenischen Volkes 15 Jahre unterstützt hat, hat nichts am Hut mit einem faktierten Übergang des Ausplünderungsmodells von einer militärdiktatorischen zu einer schein-demokratischen Form. Sie unterstützt die Linke in ihrer schwachen Position innerhalb der Nein-Kampagne, die linksrevolutionären Kräfte, die nicht zu einem Nein aufgerufen haben, die Mobilisierung, die sich jetzt entfaltet und steht für einen Bruch mit der Diktatur, ihrer Institutionalisierung des ultramonetaristischen Wirtschaftsmodells und der imperialistischen Unterstützung für die Scheindemokratisierung.

ub, Köln

Die türkische Gewerkschaftsbewegung organisiert sich neu

Fortsetzung nächste Seite

Verbote und staatliche Repressionen werden mit anderen Kampfmethoden als de

JoTerket AG

West Bank Data Project

Eine Studie über die Folgen der israelischen Besetzung

Was soll — nach zwei Jahrzehnten israelischer Herrschaft — mit den besetzten Gebieten geschehen? Zwar wird immer wieder von Verhandlungen gesprochen und diverse Pläne wurden von israelischer, arabischer, palastinensischer und amerikanischer Seite vorgelegt. Keinem dieser Pläne jedoch wurde bisher von Israelis und Palastinensern zugestimmt. Verhandlungen werden aufgrund politischer oder ideologischer Widersprüche der einen oder anderen Seite immer wieder vertagt. Auf der diplomatischen Ebene gibt es offenbar keinen Weg, zu einer friedlichen Lösung in Palästina zu kommen. Es sind jedoch nicht nur politische Widersprüche, die eine friedliche Lösung als kaum möglich erscheinen lassen.

Siebzehn Jahre nach dem Sechstagekrieg gibt Meron Benvenisti, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem, den ersten Teil einer Reihe von Untersuchungen heraus über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Westbank und Gazastreifen. Die Reihe erscheint unter dem Namen „The West Bank Data Project“. An dieser ersten Studie haben 14 israelische Wissenschaftler mitgearbeitet. Die erste dieser Untersuchungen läuft über zwei Jahre und wird u.a. von US-Stiftung „Brookings Institution“ finanziert.

Weitere Studien folgen in der Reihe „The West Bank Data Base Project“ und behandeln Themen wie „Wie teuer sind westbankische Siedlungen?“, „westbankische Preise in der Westbank — Die politische Dimension“, „Industrialisierung in Westbank und Gaza“ und „Jüdisches Kibbutz Arava versus arabisches Hebron“.

Die Untersuchungsergebnisse der israelischen Wissenschaftler zeigen, wie sehr Westbank und Gazastreifen von Israel abhängig sind und daß Israel davon profitiert.

Benvenisti, fällt die Untersuchungen gehen wie in der These zusammen: Die Verflechtung Israels mit den besetzten Gebieten hat ein Stadium erreicht, das es unmöglich erscheinen läßt, den Prozeß umzukehren. Diese These veranlaßt Benvenisti allerdings nicht, für ein bestimmtes politisches Konzept zu plädieren. Er schlägt den Politikern nicht vor, einem der vielen Friedenspläne zu folgen. Benvenisti stellt die Fakten dar, so wie er sie sieht.

Im vierten Teil des Projekts zu folgen. Benvenisti stellt die Fakten dar, so wie er sie sieht.

Im Sechstagekrieg 1967 erweitert Israel sein Staatsgebiet und besetzt die syrischen Golanhöhen, Ostjerusalem, das zum Königreich Jordanien gehörende Westufer, den von Ägypten verwalteten Gazastreifen, und die Sinaihalbinsel. Durch diesen Krieg gewinnt Israel eine Fläche von 70.000 qkm und beansprucht sie als Staatsgebiet zusätzlich zum Kernstaat Israel in den Grenzen von 1948. Dies Gebiet wird unter israelische Militärverwaltung gestellt.

Im Gazastreifen leben zur Zeit des Krieges rund 390.000 Menschen auf 362 qkm, auf der Westbank knapp 600.000 Menschen auf 5.700 qkm.

Bereits im Juli 1967 wird Ostjerusalem annektiert, im Dezember 1981 die syrischen Golanhöhen. Unter Schirmherrschaft der USA verhandeln im September 1978 Ägypten und Israel und beschließen 1979 das Camp David Abkommen. Der erste Teil des Abkommens — Rückzug jüdischer Siedler und des Militärs von der Sinaihalbinsel — wird bis 1982 erfüllt. Der zweite Teil, der vorsieht, Rahmenbedingungen für einen Autonomieplan für Westbank und Gazastreifen festzulegen, ist bis heute nicht erfüllt worden.

Im folgenden werde ich aus der 1984 herausgegebenen Studie „Das Westbank Data Project — Ein Überblick über Israels Politik“ (1) drei Abschnitte vorstellen: Boden, Siedlungen und Wirtschaft.

WESTBANK DATA PROJECT

Durch den Krieg 1967 wird Boden besetzt. Auf diesem hinzugewonnenen Boden errichtet die israelische Regierung



Bauarbeiter in den besetzten Gebieten

Wehrdörfer und jüdische Siedlungen, die der Sicherung des Bodens und der erweiterten Grenzen dienen sollen.

Durch Bebauungspläne werden nicht allein Tatsachen geschaffen, auch im Bewußtsein der — palastinensischen wie jüdischen — israelischen Bevölkerung werden dadurch die besetzten Gebiete in das Staatsgebiet Israels integriert. Die Besatzer bauen schließlich mit Westbank und Gazastreifen Wirtschaftsbeziehungen auf, die die besetzten Gebiete zum zweitwichtigsten Absatzmarkt für israelische Produkte machen. Existierende palastinensische Wirtschaftsstrukturen werden durch protektionistische Maßnahmen zu Gunsten israelischer Waren weitgehend zerstört.

„Boden — Der Kampf um jeden Dunam“

Für beide Völker Juden und Palastinenser, hat der Boden symbolische Bedeutung. Für die frühen Konzepte zionistischer Siedlungspolitik war die „Befreiung des Bodens“ eine der Motivationen nach Palästina zu gehen; die Palastinenser, die dem Landbesitz ähnlichen Wert beimessen, setzen sich gegen die Landnahme der Israelis zur Wehr. Der Sechstagekrieg verändert erneut die Landbesitzverhältnisse in Westbank und Gazastreifen.

Das Gebiet der Westbank umfaßt rund 5.700 qkm. (Das Saarland hat eine Fläche von 2.568 qkm.) 1983 befinden sich bereits 2.150 qkm in israelischem Besitz bzw. unter israelischer Verwaltung. Die übrigen 3.210 qkm werden von Palastinensern genutzt. Von israelischem Besitz sind 53,5% als „Sperrgebiet“ deklariert, 12,1% sind Weiden, werden landwirtschaftlich oder industriell genutzt. Natur schutzgebiete inklusive einem nicht näher erläuterten Posten „Reserve“ machen 15,8% aus, auf 6,6% des Bodens wurden jüdische Siedlungen gebaut. Auf diesen 6,6% des Bodens leben gut 44.000 Israelis (nach Zahlen von 1985).

„Siedlungen: Vom Wehrdorf zur Vorstadt“

Bis September 1983 entstehen 98 jüdische Siedlungen in der Westbank, acht in Gazastreifen. Die Untersuchung definiert verschiedene Siedlungsformen. Zu den städtischen Siedlungen in der Westbank werden solche gerechnet, die mehr als 10.000 Familien haben und 7-15 qkm groß sind. In Kleinstädten leben drei- bis fünftausend Familien auf 2,5 bis 5 qkm. Die Vorstädte dienen als Schlafstadt für Pendler und sind 0,5 bis 2 qkm groß mit 500-2.000 Familien.

Eine zweite Kategorie sind ländlich-halburbane Siedlungen, die kooperativ organisierte Siedlung ohne Landwirtschaft wird einer Siedlergruppe von 200 bis 400 Familien zur Verfügung gestellt auf einer Fläche von 4-8 qkm. Landwirtschaftliche Kooperativen mit unterschiedlichen Formen von Kollektivwirtschaft und einer Mischung von Landwirtschaft und Industrie umfassen 80-100 Familien und haben eine Größe von 3-5 qkm.

Im September 1982 gibt es 18 städtische

Siedlungen befinden sich im Einzugsgebiet der Metropolen. Hier leben knapp 3.000 Familien. Im Zentralmassiv („Gebiet mittlerer Nachfrage“) leben rund 1.400 Familien, im Jordantal und Südjuda nur knapp 1.000 Familien.

Die erste Phase direkt nach dem Sechstagekrieg ist durch den Allonplan bestimmt. Offiziell wurde dieser Plan nicht in die Regierungspolitik übernommen, die Arbeitsparteiregierung organisiert ihre Siedlungspolitik jedoch im Rahmen dieses Plans bis zum Regierungswechsel 1977. (Erst 1977 werden dann die Prinzipien des Allonplans in die Plattform der Arbeitspartei als „territorialer Kompromiß“ aufgenommen.) Er geht von einer territorialen Sicherung der durch den Krieg neu entstandenen Grenzen aus und plant israelische Siedlungen entlang der jordanischen Grenze in einer Breite von 10-15 km und nördlich und südlich Jerusalem zur Sicherung gegen die mehrheitlich palastinensischen Gebiete. Bis 1975 entstehen zwei Siedlungsketten, die sich der Siedler steigt trotz großzügiger finanzieller Unterstützung durch die Regie-



Westbank: die Sieger sitzen oben

Siedlungen mit rund 3.000 Familien und 65 ländlich-halburbane Siedlungen mit etwa 2.100 Familien. Dazu kommen Wehrdörfer (Nahal) und Militärposten.

Hinweise auf die Weiterentwicklung der Siedlungspolitik und Prognosen für die Zukunft sollen mit Hilfe eines anderen Kriteriums ermöglicht werden. Das Gebiet der Westbank wird in Zonen eingeteilt, die an der Nachfrage durch die jüdische Bevölkerung Israels orientiert sind. Die „Zone großer Nachfrage“ befindet sich im Einzugsbereich der städtischen Zentren im Kernstaat mit 20 Minuten Fahrtzeit nach Jerusalem bzw. 30 Minuten nach Tel Aviv. Die „Zone mittlerer Nachfrage“ liegt 50 Minuten von Tel Aviv und 35 Minuten von Jerusalem entfernt. Nur geringe Nachfrage besteht nach Gebieten östlich und südlich der mittleren Zone am Jordan und am Toten Meer. Dieses Land liegt innerhalb des Gebietes, das nach dem Allon-Plan als Sicherheitsgürtel vorgesehen war (siehe unten).

Zwei Drittel der israelischen Wohn-

ung nicht wie geplant. Gründe dafür sind: Der Boden muß mühsam kultiviert werden, die Kooperativen können sich nicht selbst tragen. Bis 1983 waren erst 40% der im Allonplan vorgesehenen Anzahl von Familien in diese Region gezogen.

Nach dem Oktoberkrieg 1973 wird Gush Emunim gegründet, eine militante Fraktion der Nationalreligiösen Partei, die von der Arbeitsparteiregierung fordert, in allen Teilen von Freiz Israel, siedeln zu dürfen. Gush Emunim baut im zentralen Bergmassiv illegal Siedlungen auf, die anfangs militärisch aufgelöst werden. Nach dem Wahlsieg des Likudblocks 1977 allerdings existieren fünf Gush Emunim-Siedlungen im Zentralmassiv, die offiziell von Militär und Verteidigungsministerium unterstützt werden. Sie sind nach der Konzeption des Dohlesplan aufgebaut worden, der an strategisch wichtigen Punkten um mehr-

Fortsetzung nächste Seite

Fortssetzung von vorheriger Seite

heißlich palästinensisch besiedelte Gebiete herum mehrere kleine jüdische Siedlungen aufbauen will, um die palästinensischen Gebiete zu zersiedeln und die Chancen für die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank so zu verringern. Langfristig ist geplant, die Siedlungen zusammenzuwachsen zu lassen und neue Stadtzentren zu bilden.

Wären die Siedler 1967/77, die den A-Plan verfolgten, einem Arbeiterzionsismus verpflichtet und gründeten landwirtschaftliche Kooperativen, so setzen sich Gush Emanim-Siedler vor allem aus dem Mitte Stand zusammen, sind mehr-

Palästinenser eingestiegen. Die Unterschiede des zur Verfügung stehenden Einkommens zwischen Palästinensern und Israelis haben sich in der Zeit seit 1967 halbiert. Lag nach dem Sechstagekrieg das Durchschnittseinkommen in der Westbank unter dem der Palästinenser in Jordanien, so ist es 1980 etwa gleich hoch. Nur 15% palästinensischer Haushalte sind 1972 elektrifiziert, zu Beginn der 80er Jahre sind es 80%. Die Motorisierung verdreifachte sich, die Alphabetisiertheit von 48% 1970 auf 29% im Jahr 1980.

Israel erhält bisher erfolgreich den Anschein aufrecht, daß die besetzten Gebiete eine eigene Wirtschaftseinheit seien. So werden beispielsweise die wirtschaftlichen Aktivitäten der israelischen Sied-

— gibt es nicht, weil an die Westbank keine israelischen Kredite vergeben werden, und das Entwicklungsbudget für die Westbank ist minimal. Steilt man die Gesamtausgaben der israelischen Regierung für die besetzten Gebiete (einschließlich der Sozialversicherung der Arbeiter) den Gesamteinnahmen (einschließlich der Einkommenssteuer und der Zölle) gegenüber, so sind möglicherweise die besetzten Gebiete für den israelischen Staatshaushalt eine Einnahmequelle. (Genauere Zahlen werden leider nicht geliefert.)

Israel hält an seiner Politik weiterhin fest, ohne daß politische oder soziale Verpflichtungen der palästinensischen Bevölkerung erfüllt werden müssen. Je nach Nutzen für die israelische Wirtschaft werden kurzfristige Maßnahmen beschlossen zur Verbindung oder Trennung der beiden Ökonomien. Für die Bevölkerung wirkt sich diese Haltung als Belohnungs- und Bestrafungsmodell aus. Kolaborateure werden Vorteile verschafft, z.B. durch Subventionen, Kredite und Integration, während Dissidenten durch die Versagung von Subventionen und Krediten sowie einschränkende Verwaltungsvorschriften in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden.

Meron Benvenisti hatte aus den von ihm und seinen MitarbeiterInnen erarbeiteten Untersuchungen die These abgeleitet, der „point of no return“ sei bereits erreicht, die Verflechtung der besetzten Gebiete mit Israel sei soweit fortgeschritten, daß der Prozeß nicht mehr umzukehren sei.

Grau indes ist alle Theorie... Benvenistis These ist von der Infada gründlich widerlegt. Hiermit werden jedoch die Studien selbst nicht wertlos, machen sie doch deutlich, welche ungeheuren Anstrengungen vor dem palästinensischen Volk noch liegen, sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit zu befreien.

re Hamburg

Quellen und Anmerkungen

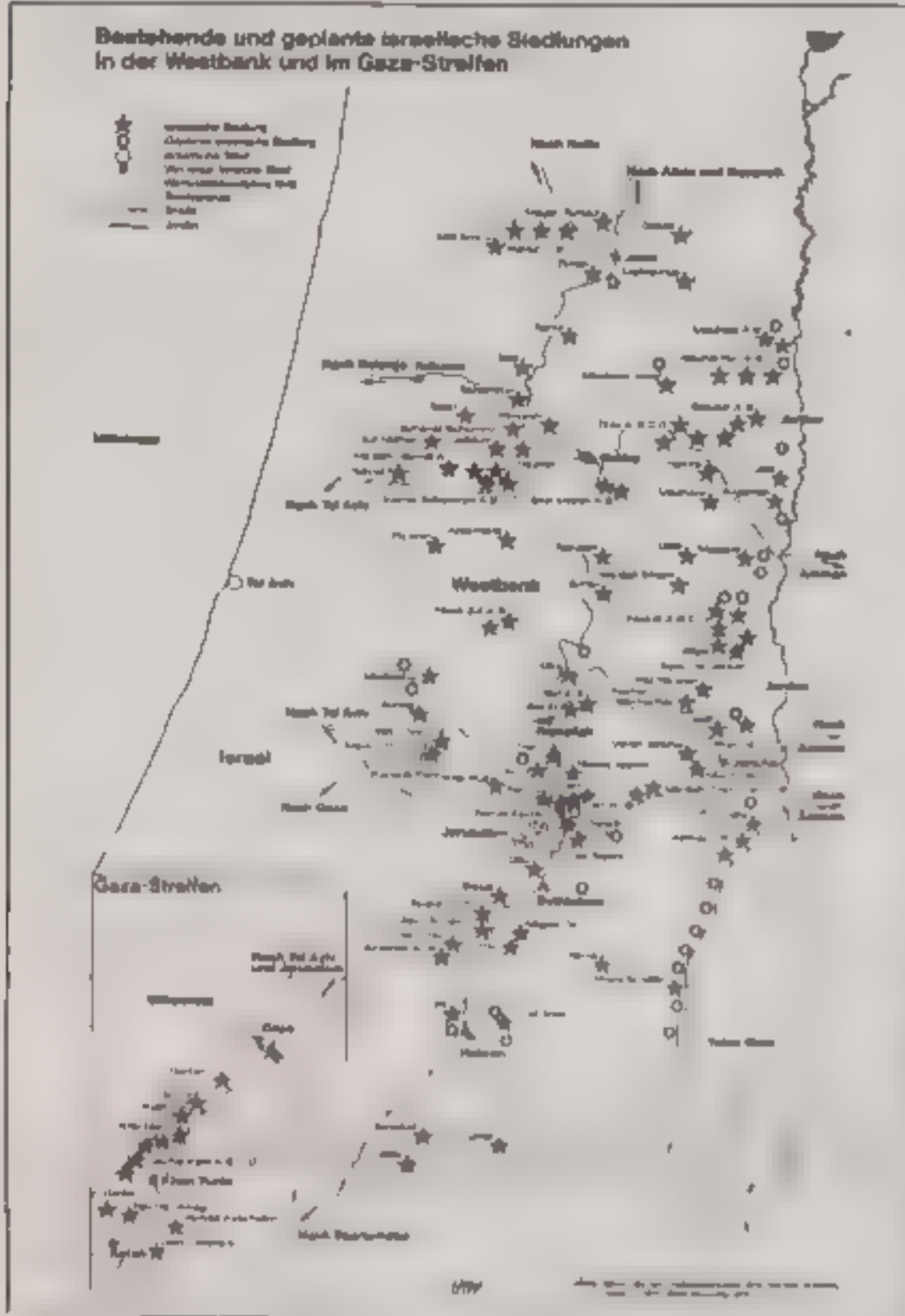
1. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 1-100). 2. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 101-200). 3. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 201-300). 4. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 301-400). 5. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 401-500). 6. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 501-600). 7. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 601-700). 8. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 701-800). 9. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 801-900). 10. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 901-1000).

Als „Basis“ Abwesenheit, weil Land, das nicht das Palästina von 1948 ist, sondern ein Land, das 1948 von Israel besetzt wurde. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 1-100). 2. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 101-200). 3. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 201-300). 4. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 301-400). 5. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 401-500). 6. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 501-600). 7. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 601-700). 8. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 701-800). 9. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 801-900). 10. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 901-1000).

Unter dem Titel „Auf dem Weg zur Annexion: Die Zukunft von Westbank und Gazastreifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung“ erschienen in der Schriftreihe „Der Deutsche Arbeitskreis für Frieden in Nahen Osten“ umfangreiche Auszüge aus dem West Bank Data Project, in dem die Lage der Siedler in der Westbank und der Gazastreifen dargestellt wird. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 1-100). 2. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 101-200). 3. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 201-300). 4. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 301-400). 5. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 401-500). 6. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 501-600). 7. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 601-700). 8. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 701-800). 9. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 801-900). 10. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 901-1000).

Begebenen sind den Auszügen aus der Studie von 1984 die „Schuldungen“ aus dem Jahresbericht 1986 des West Bank Data Project sowie eine Anzahl von Artikeln aus der israelischen Presse, die sich kritisch mit der Studie befassen. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 1-100). 2. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 101-200). 3. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 201-300). 4. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 301-400). 5. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 401-500). 6. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 501-600). 7. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 601-700). 8. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 701-800). 9. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 801-900). 10. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 901-1000).

Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gazastreifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung. Hrsg. von Meron Benvenisti. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 1-100). 2. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 101-200). 3. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 201-300). 4. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 301-400). 5. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 401-500). 6. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 501-600). 7. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 601-700). 8. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 701-800). 9. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 801-900). 10. Die Westbank und der Gazastreifen, die Palästinenser unter israelischer Besatzung. (Hrsg. von Meron Benvenisti, 1980, S. 901-1000).



heißlich im Dienstleistungssektor tätig (in Westbank und Gazastreifen die Pro-

heißlich im Dienstleistungssektor tätig und pendelt zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Allerdings scheitert auch die Siedlungsplanung nach dem Droblesplan. Nach Schätzungen der zionistischen Weltorganisation wurde erst Ende der 90er Jahre das Planungsziel erreicht. Auch hier wird der Grund davon vermutet, daß es zu wenig ideologisch motivierte Siedler gibt, die bereit sind, in kleinen Siedlungen isoliert zu leben.

Die dritte Phase der Besiedlung legt den bisherigen Erfahrungen zufolge einen anderen Schwerpunkt. Die zionistische Weltorganisation und die Siedlungsplaner nutzen mit dem Wunsch nach ruhigen Verhältnissen eine Entwicklung aus, die seit den 70er Jahren verstärkt unter den Bewohnern der Zentren Tel Aviv und Jerusalem zu beobachten ist. Der Arbeitsplan der zionistischen Weltorganisation ist, die Grenzen der Siedlungspläne zu erweitern und die Siedlungspläne für die besetzten Gebiete zu beobachten. Der Arbeitsplan der zionistischen Weltorganisation ist, die Grenzen der Siedlungspläne zu erweitern und die Siedlungspläne für die besetzten Gebiete zu beobachten. Der Arbeitsplan der zionistischen Weltorganisation ist, die Grenzen der Siedlungspläne zu erweitern und die Siedlungspläne für die besetzten Gebiete zu beobachten.

Wirtschaft

Die Ökonomen von Westbank und Gazastreifen sind mit der israelischen Wirtschaft eng verflochten. Es gibt israelische Firmen in der Westbank, Zehntausende von palästinensischen Arbeitern pendeln täglich aus den besetzten Gebieten nach Israel.

Infolge dieses Austauschs über die Grenzen hinweg hat sich in den Gebieten relativ individueller Wohlstand bei den

er in Westbank und Gazastreifen, die Produktion ihrer Industrieunternehmen und ihr Konsum in der nationalen Wirtschaftsstatistik Israels aufgeführt.

Die palästinensischen Daten dagegen erscheinen gesondert in einer „Gesamtdatistik für Judäa, Samaria und Gaza“. Die Palästinenser fühlen also aus der nationalen Statistik Israels heraus, obwohl gerade die jeden Tag aus den besetzten Gebieten nach Israel pendelnden palästinensischen ArbeiterInnen es sind, die ein Drittel der Kaufkraft der besetzten Gebiete ausmachen. Würden die besetzten Gebiete formell in die israelische Ökonomie integriert, hätte dies politische und ökonomisch unerwünschte Konsequenzen für Israel. Die Integration der Palästinenser in das Sozialsystem des israelischen Staates wäre erforderlich, und daran hat die israelische Regierung kein Interesse.

Der Likud sieht die Palästinenser als billige Arbeitskräfte für arbeitsintensive und schlecht bezahlte Bereiche: Arbeiter bei städtischen Reinigungsarbeiten, im Bausektor, in untergeordneten Arbeitsbereichen in Krankenhäusern und Hotelbetrieben. Auf der anderen Seite sind die besetzten Gebiete wichtige Absatzmärkte für israelische Produkte — die in den besetzten Gebieten unter israelischer Lizenz hergestellten Industriegüter werden in die Gebiete „exportiert“. Importe aus den besetzten Gebieten nach Israel (vor allem agrarische Produkte) unterliegen hohen Importzöllen, während der Absatz israelischer Produkte zu hohen Preisen auch bei geringer Qualität über diese Importpolitik sichergestellt wird. Sieben Jahre nach der Besetzung werden 16% des Gesamtexports in die besetzten Gebiete geliefert. Im Jahr 1980 geht der Anteil des Gesamtexports Israels für die besetzten Gebiete zwar auf 10,4% zurück, macht aber dennoch 60% des Exportvolumens aus, das in die USA geht. (Benvenisti nennt hier keine absoluten Zahlen und schließt die verschiedenen Produktionsbedingungen nicht weiter auf.)

Die faktisch, aber nicht offiziell vollzogene Annexion der Gebiete auf territorialer Ebene, die von Israel abgekoppelte Wirtschaft der besetzten Gebiete, die jedoch gleichzeitig von Israel kontrolliert wird, bietet große ökonomische Vorteile für Israel. Monetäre Belastungen für Israel — ausgenommen der Militärhaushalt



Amnestie für Otelo und seine Genossen!

Die Jahre vergehen. Europa und die Welt verändern sich rasch. Aber Otelo und seine Genossen sind immer noch im Gefängnis, seit sie 1974 in Portugal gefangen wurden. Wie sie so weitgespannt ihrem Schicksal überlassen werden, ist ein Rätsel. Hier wird in der Tat mit zweifelsfrei Maf und Gewalt gemessen. Was soll es sein, daß wir die Justiz noch weiter erwarten? Gewiß werden wir für gerechtigkeit kämpfen. Aber wir werden nicht aufhören, die Justiz zu fordern.

Der April 1974 hat in Portugal eine Epoche eingeleitet, in der sich das gesellschaftliche Bewußtsein tiefgreifend verändert hat. Die Auflehnung gegen die Unterdrückung eröffnete derart weitreichende Perspektiven, wie die menschenwürdige Stellung jedes Einzelnen und die Suche nach neuen Formen der kollektiven Organisation unter der Beteiligung aller Individuen.

Nichts blieb, wie es gewesen war. Aber dennoch machte zugleich auch der wirtschaftliche und gesellschaftliche Alptraum der Zerstörung und Willkür seinen Weg. Im Juni 1984 wurden Otelo und seine Genossen gefangen gesetzt. In den seitdem vergangenen vier Jahren wurden sie illegalen Verhaftungen, Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung ausgesetzt. Das Gewicht, das das Rachemotiv bei diesem Unterfangen besessen hat, wird schließlich spätestens im Moment auf skandalöse Weise deutlich, wo wir vor derart schweren Strafen stehen, wie sie verhängt und jüngst vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden sind. Das gilt auch für die 16 Jahre, die über Otelo Sariva de Carvalho verhängt wurden.

Der Rachegedanke geht dabei so weit, daß in der Antwort des Appellationsgerichts auf die Berufung der Gefangenen ausdrücklich auch historische Tatsachen wie der Königsmord als nicht politische Verbrechen gewertet werden.

Während gleichzeitig im gesamten Zeitraum der letzten 14 Jahre das Agieren der Rechten strafrechtlich unbeach-

tet blieb, trotz aller Verbrechen, die die Justiz begangen hat — Raub, Sachbeschädigungen, Überfälle — ihre Anführer gelten als hochangesehene Persönlichkeiten.

Hier wird in der Tat mit zweifelsfrei Maf und Gewalt gemessen. Was soll es sein, daß wir die Justiz noch weiter erwarten? Gewiß werden wir für gerechtigkeit kämpfen. Aber wir werden nicht aufhören, die Justiz zu fordern.

Die Jahre vergehen. Europa und die Welt verändern sich rasch. Aber Otelo und seine Genossen sind immer noch im Gefängnis, seit sie 1974 in Portugal gefangen wurden. Wie sie so weitgespannt ihrem Schicksal überlassen werden, ist ein Rätsel. Hier wird in der Tat mit zweifelsfrei Maf und Gewalt gemessen. Was soll es sein, daß wir die Justiz noch weiter erwarten? Gewiß werden wir für gerechtigkeit kämpfen. Aber wir werden nicht aufhören, die Justiz zu fordern.

Eine Amnestie ist keine Begnadigung — und die Gefangenen bitten weder um eine Begnadigung, noch würden sie sie akzeptieren. Eine Begnadigung ist ein Gnadenakt und darum geht es nicht.

Dagegen ist die Amnestie ein politischer Akt, durch den die vergangenen Taten getilgt werden.

In jüngster Zeit gibt es in der Welt eine neue Krisen- und neue Hoffnungen. Alles wird in Frage gestellt. Die Arroganz der Macht wird nicht länger hingenommen, es gibt Hoffnung auf Frieden, es werden neue Wege gesucht. Soll da der Weg Otelos und seiner Genossen, die ihren Blick auf eine Utopie gerichtet halten und ganz fest an die portugiesische Revolution glauben, in der Politik der Gefangenen liegen?

Das darf nicht sein! Aus diesem Grunde möchten wir Persönlichkeiten aus dem breiten Spektrum politischer Überzeugungen aus Europa und aus der ganzen Welt zusammenbringen. Sie sollen am 5., 6. und 7. November 1988 in Lissabon zusammenkommen, um die Forderungen einer totalen Amnestie für diese politischen Gefangenen zu diskutieren und schließlich zu formulieren.

Und vielleicht geht ja dann auch von dieser unserer Stadt ein Impuls dafür aus, daß auch in anderen Ländern Europas neu über die dramatische Lage nachgedacht wird, in der einige Männer und Frauen, die viel leicht zu den hochherzigen und klügsten gehören, sich immer noch befinden.

Dieser konkrete Aufruf geht an Euch alle: Portugiesen, Europäer, Weltbürger — kommt nach Lissabon am 5., 6. und 7. November, mit Eurem Beitrag, um der Amnestie für Otelo und seine Genossen und — der Diskussion über die Freiheit in Europa Nachdruck und Kraft zu geben.

Das Komitee für die Amnestie für Otelo und seine Genossen, Rua S. Pedro de Alcântara, No. 63-10-D, 1200 Lisboa, Portugal. Das Treffen in Lissabon findet unter der Schirmherrschaft der Regenbogenfraktion (GRAEL) im Europaparlament der EG statt.

(Aus dem Portugiesischen, 9/8/1988) Nähere Informationen bei: Frieder Otto Wolf und Wilfried Ilkämper, p. Adr. Die Grünen im EP z.H. Uta Schulze-Lessel, Bundeshaus HT, 5300 Bonn

Eine Übersicht

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus
der vom Deutsch-bulgarischen Arbeitskreis für
Frieden und guten Willen herausgegebenen Zei-
schrift "Israel & Palästina" Heft 2 1986

Diskriminierung, Rassismus, Ausweisung und Folter

Vortrag der jüdisch-israelischen Rechtsanwältin Lea Tsemel bei der Westberliner „Dialog“-Tagung

Nachdem der israelische Oberste Gerichtshof verkündet hatte, daß die Deportationen von Palästinensern legal seien, beriefen einige Rechtsanwälte, die Palästinenser vertrauen, die von Deportation bedroht sind, sogleich eine Pressekonferenz.

Zu Beginn dieser Pressekonferenz, die vor drei Monaten in Jerusalem stattfand, mußten wir uns eines quasi rassistischen Wortes bedienen, um die Situation zu verdeutlichen. Dieser Wort ist wie folgt:

Ein Journalist besuchte ein israelisches Land und fragte den Präsidenten dieses Landes: „Gibt es hier noch Kanibalismus?“ Der Präsident antwortete: „Oh, nein!“ Der Journalist fragte: „Wie können Sie sich dessen so sicher sein?“ Der Präsident sagte: „Was meinen Sie damit, ob ich mir sicher bin? Ich weiß es. Wir haben die Leizten gegessen.“

Dann bezogen wir uns auf das, was Schamir eine Woche zuvor gesagt hatte, daß er nach echten palästinensischen Führern suche, um mit ihnen zu sprechen und diese nicht finden könne. Und wir sagten: „Natürlich können Sie sie nicht finden. Herr Schamir, Sie müssen das doch wissen. Sie deportierten sie.“

Ich denke, ein jeder hier empfindet eine moralische Ablehnung gegenüber Deportationen — das ist nicht die Frage. Die Frage ist die nach dem Dialog und hier ist eine Verbindung zu ziehen zu denen, die deportiert wurden. Viele von ihnen wurden nur deshalb deportiert, weil sie Zugang fanden zu den Herzen der Juden. Dies ist ein deutliches und bedeutendes Phänomen, betrachtet man jeden einzelnen Individuum in der Familie. Alle hatten etwas gemeinsam. Sie waren nicht, weil es durch persönlichen Charakter oder Kontakte, von Juden akzeptiert zu sein, obwohl sie eigene politische Überzeugungen hatten, die oftmals mit denen der Juden übereinstimmten. Sie wurden in einem anderen Wort ausgedrückt von einem israelischen Journalisten, der sagte: „Wir haben sie nicht gefunden.“

Journalist: Die israelische Regierung hat zu einem gewissen Grad beauftragt, das ist der Dialog oder der Austausch der israelischen Liberalen oder der linken Zionisten. Dieser ist wichtig, ich will sagen, Sie sind nicht bereit, sich mit den Palästinensern zu befassen. Die israelische Regierung hat zu einem gewissen Grad beauftragt, das ist der Dialog oder der Austausch der israelischen Liberalen oder der linken Zionisten. Dieser ist wichtig, ich will sagen, Sie sind nicht bereit, sich mit den Palästinensern zu befassen.

Ich kann sagen, daß ich erfreut bin über die Dinge, die in der israelischen Gesellschaft geschehen, aber meine Freude ist sehr begrenzt. Das Problem ist und diese Problem taucht jetzt auch auf der Tagesordnung auf —, daß die Israelis nicht deshalb den Dialog suchen, weil sie die Notwendigkeit erkennen, mit dem „Feind“ zu sprechen. Sie müßten dazu kommen zu sagen: Wir wollen den Dialog, da wir als Partner in einem gemeinsamen Kampf stehen. Sie sollten sich selbst und die Palästinenser als Menschen betrachten, die mit denselben Problemen behaftet sind und nicht denken, die haben ihre Probleme, wir die unsrigen. Die Israelis müssen erkennen, daß es darum geht, den Kampf gemeinsam mit den Palästinensern zu führen und nicht so sehr nur um ein Gespräch mit dem „Feind“.

Wir haben den Fall „Derech Hamizrah“. Israelische Journalisten sind verhaftet und erwarten ihr Gerichtsverfahren. Der Fall begann als ein Fall um die Meinungsäußerung. Diese Journalisten stehen unter Anklage, aufgrund des bisher unbewiesenen Verdachts auf Mitgliedschaft in der „Demokratischen Front“. Nein, nein, wir an, dies sei der Fall. Nehmen wir an, daß es möglich ist, daß Israelis Mitglied in der „Demokratischen Front“ sein können, wenn sie einen gemeinsamen Kampf wollen, die Notwendigkeit erkennen, keine Unterscheidungen aus nationalen Gründen zu machen.

Die Frage ist, wie wir darauf reagieren. Diese Frage wird als nächste auf die Tagesordnung rücken, auf die Tagesordnung des Dialogs, wenn man es so nennen will. Es wird eine bedeutende Frage, vor allem für die Liberalen sein, die auftreten, um die freie Meinungsäußerung zu verteidigen und die jetzt, so fürchte ich, nicht auf die Straßen gehen werden, um für das Recht der israelischen Juden ein-

zutreten, das zu tun, was laut Gesetz einen Angriff bedeutet. Eben ein Mitglied in einer, wie es in Israel heißt, „illegalen Organisation“ zu sein. Nach 21 Jahren Besatzung, nach 21 Jahren, in denen die PLO in Israel als illegal galt, sollte man die Frage stellen, ob überhaupt ein legal oder illegal ist, sondern ob es illegitim ist. Ich würde gerne die Antwort von liberalen Zionisten auf diese Frage hören.

Ich befürchte, daß viele von ihnen widerwillig reagieren und keinen Kontakt mit dieser Gruppe von Journalisten haben wollen, trotz der Tatsache, daß das einzige was ihnen vorgeworfen wird, die Publikation einer legalen und informativen Zeitung ist. Nicht mehr als dies! Ich denke, daß diese Debatte in Israel nicht eröffnet wird. Es ist grundsätzlich eine moralische Frage und ich würde gerne, wie die moralische Antwort darauf lautet, werden.

Es ist eine Tatsache, daß einige Juden verhaftet wurden, jedoch sind wesentlich mehr Palästinenser verhaftet worden. Als der palästinensische Anwalt Mohammad Abu Shaban an die Universität von Tel Aviv ging, um einen Dialog mit Palästinensern aus Gaza zu führen und er dort über seinen Wunsch nach Frieden sprach, wurde er auf seinem Rückweg in administrative Haft genommen. Damit teilt er das Schicksal von 2500 Palästinensern, die sich heute in administrativer Haft befinden.



Palästinerische Familie vor ihrem von israelischen Militär zerstörten Haus

Was bedeutet administrative Haft? Es ist ein Monster! Einem Anwalt, einem Journalisten wird ermöglicht, aber seine Unterschrift einen Palästinenser, mindestens sechs Monate in Haft zu halten. Ein Journalist, ein Anwalt, ein Gewerkschaftler oder ein Journalist, — sie alle befinden sich in diesem Lager, das ca. 85 km südlich von Beer Scheva mitten in der Wüste Negew liegt und aus Zellen besteht. Ihnen werden jegliche Rechte verweigert während ihrer Vorbeugehaftzeit, die zu meist nach sechs Monaten weiter verlängert wird.

Es war einmal der Traum von Ben Gurion, den Negew zu besiedeln. Jetzt tun die Palästinenser das, was bei den Israelis „die Dickschädel machen“ heißt. Sie können mir glauben. Ich bin in diesem Lager jede Woche. Die Palästinenser bevölkern die Wüste. Das Lager wird ständig vergrößert, neue Zelte werden aufgeschlagen für mehr und mehr Gefangene. Etwa 100 Gefangene werden täglich dort hin verschleppt.

Ich möchte, daß Sie sich diesen Namen, Anwar III, merken. Ich bin mir sicher, daß wir an diesem Ort, den die Sonne verbrennt, Dinge geschehen werden, von denen wir hören und die wir sehen werden. Ich kann schlecht schätzen, wie viele Gefangene sich momentan in dem Lager befinden. Jeden Abend, bevor ich das Lager verlasse, stehen dort drei Busse mit neuen Gefangenen. Ich schätze, es waren 2500 Menschen vor drei Tagen. Wieviele es heute sind, weiß ich nicht. Den Gefangenen werden Familienbesuche verweigert. Nicht etwa, weil die Israelis ihnen Buses antun wollen, oder vielmehr der israelische Staat. Man würde ihnen hier in der Botschaft erklären, daß jede Familie natürlich das Recht hat ihre Angehörigen im Lager zu besuchen. Aber wenn sie einen Besuch machen wollen — und das würde man ihnen hier in der Botschaft nicht erlauben —, dann muß sie beweisen, daß sie Einkommenssteuer und alle anderen Steuern bezahlt und zusätzlich 100 Scheckel zahlen. Dann erst wird eine Besuchs-erlaubnis erteilt. Diese Auflage gilt auch für Rechtsanwälte aus den besetzten Gebieten. Nicht für die israelischen Anwälte, denn wir besitzen immer noch Privilegien. Die Anwälte aus den besetzten Gebieten können nicht nach Anwar III fahren, denn das Lager liegt in einer Militärzone. Sie brauchen eine Erlaubnis von der Verwaltung.

Wir müssen — und dies ist der richtige Ort dafür — von Rassismus sprechen und diese Palästinenser als rassistisch benennen. Wir müssen auch über Diskriminierung sprechen. Dinge hier sprachen bereits verhaftet, verhört und auf Kaution vorübergehend freilassen. Zwei, drei Monate später wird er vorgeladen zum Gericht in Jerusalem oder Natanya oder sonstwo in Israel.

Ein Palästinenser, der zur gleichen Zeit, am gleichen Ort dieselbe Tat verübt hat, wird verhaftet, vom Geheimdienst verhört, ins Gefängnis geworfen für mindestens 18 Wochen ohne Rechtsvertreter und ohne das Recht, seine Familie zu sehen. Später wird er zu einem Mithänge richt in den besetzten Gebieten geschickt, dessen Anklage, einen Armeeingehöriger zu töten, wie auch der Richter. Er wird nicht auf Kaution vorübergehend freigelassen, denn diese Möglichkeit besteht nicht für Palästinenser. Er wird zu mindestens drei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, plus einer enormen Geldstrafe. Die Israelis denken, daß die Palästinenser durch hohe Geldstrafen am besten zu knebeln sind. Diese Idee rührt noch aus der britischen Mandatszeit her, als die Briten dachten, so die jüdischen Widerstandskämpfer klein zu kriegen. Dieser offene Rassismus will nicht sich Tag für Tag.

Siedler, die Tag für Tag Palästinenser erschießen, werden, wenn überhaupt unter Anklage gestellt, verhört und wenn verurteilt, manchmal verurteilt und wenn verurteilt, dann aufgrund des Deliktes Totschlags und niemals wegen Mord.

Obwohl ich immer wieder versuche es zu erreichen, daß meine Mandanten auf Kaution freigelassen werden, bleibe ich erfolglos. Dabei ist ihre Tat unerheblich, ob sie nun an einer Demonstration teilgenommen haben oder Sie nie waren und egal wie jung sie sind. Der Siedler aber, in dessen Händen noch das Blut eines Palästinensers klebt, wird vorläufig freigelassen. Dies passiert jeden Tag — es geschieht erst vorgestern wieder so im Gericht von Jerusalem.

Auf eine Art denke ich, hatten die Palästinenser zu Beginn der Besatzung ein Gefühl der Achtung, verbunden zwar mit Haß und Angst, aber sie hegten ein Gefühl der Achtung gegenüber den Israelis. Das und die, die einen Staat haben und wir haben keinen. Die haben eine Demokratie. Es hat 20 Jahre gedauert, zu realisieren, daß wenn es so eine Torte gibt, Demokratie, daß vielleicht dann die israelischen Palästinenser ein paar Schritte davon abkommen können.

Ich frage mich, ob es möglich ist, daß wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können.

Ich frage mich, ob es möglich ist, daß wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können.

Der beste Ort dieses zu erkennen sind die besetzten Gebiete. Sowie es die Siedler gern darstellen, leben in den besetzten Gebieten Juden und Palästinenser gleichberechtigt in guter Nachbarschaft zusammen. Es gibt in der Westbank 72.000 Siedler, die mit massiver Unterstützung durch die Armee, der Jewish Agency etc. Siedler leben, inmitten von Palästinensern bevölkerten Gegenden, aufgebaut haben. Es ist eindeutig, daß jeder Jude — und ich sage bewußt Jude, nicht Israeli — der in die besetzten Gebiete zieht, nicht allein mit der Pistole in der Tasche bewaffnet ist sondern auch mit dem Gesetz, das ihn verteidigt. Sobald er die grüne Linie überschreitet und in die besetzten Gebiete geht, macht das für ihn keinen legalen Unterschied. Das israelische Gesetz gilt für jeden israelischen Staatsbürger und für jeden Juden, der nach dem Gesetz der Rückkehr israelischer Staatsbürger werden könnte, wenn er wollte. Z.B. ein amerikanischer Tourist, der zufällig Jude ist und der in die besetzten Gebiete geht als Siedler und dort einen Angriff verübt, hat das Privileg, nach israelischem Gesetz angeklagt zu werden.

Nehmen wir einen Vergleich. Ein Siedler wirft, z.B. in Hebron aus politischen Gründen einen Stein auf Soldaten. Die Polizei wird ihn, wenn überhaupt, aber gehen wir mal davon aus —

verhaftet, verhört und auf Kaution vorübergehend freilassen. Zwei, drei Monate später wird er vorgeladen zum Gericht in Jerusalem oder Natanya oder sonstwo in Israel.

Ein Palästinenser, der zur gleichen Zeit, am gleichen Ort dieselbe Tat verübt hat, wird verhaftet, vom Geheimdienst verhört, ins Gefängnis geworfen für mindestens 18 Wochen ohne Rechtsvertreter und ohne das Recht, seine Familie zu sehen. Später wird er zu einem Mithänge richt in den besetzten Gebieten geschickt, dessen Anklage, einen Armeeingehöriger zu töten, wie auch der Richter. Er wird nicht auf Kaution vorübergehend freigelassen, denn diese Möglichkeit besteht nicht für Palästinenser. Er wird zu mindestens drei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, plus einer enormen Geldstrafe. Die Israelis denken, daß die Palästinenser durch hohe Geldstrafen am besten zu knebeln sind. Diese Idee rührt noch aus der britischen Mandatszeit her, als die Briten dachten, so die jüdischen Widerstandskämpfer klein zu kriegen. Dieser offene Rassismus will nicht sich Tag für Tag.

Siedler, die Tag für Tag Palästinenser erschießen, werden, wenn überhaupt unter Anklage gestellt, verhört und wenn verurteilt, manchmal verurteilt und wenn verurteilt, dann aufgrund des Deliktes Totschlags und niemals wegen Mord.

Obwohl ich immer wieder versuche es zu erreichen, daß meine Mandanten auf Kaution freigelassen werden, bleibe ich erfolglos. Dabei ist ihre Tat unerheblich, ob sie nun an einer Demonstration teilgenommen haben oder Sie nie waren und egal wie jung sie sind. Der Siedler aber, in dessen Händen noch das Blut eines Palästinensers klebt, wird vorläufig freigelassen. Dies passiert jeden Tag — es geschieht erst vorgestern wieder so im Gericht von Jerusalem.

Auf eine Art denke ich, hatten die Palästinenser zu Beginn der Besatzung ein Gefühl der Achtung, verbunden zwar mit Haß und Angst, aber sie hegten ein Gefühl der Achtung gegenüber den Israelis. Das und die, die einen Staat haben und wir haben keinen. Die haben eine Demokratie. Es hat 20 Jahre gedauert, zu realisieren, daß wenn es so eine Torte gibt, Demokratie, daß vielleicht dann die israelischen Palästinenser ein paar Schritte davon abkommen können.

Ich frage mich, ob es möglich ist, daß wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können.

Ich frage mich, ob es möglich ist, daß wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können, an dem wir die israelische Gesellschaft zu einem Punkt bringen können.

Sie ist es nicht. Du wuerdest nicht dafür umgebracht. Wuerdest Du einen palästinensischen Journalisten verhaften, der in Gefahr steht, verhaftet zu werden? Keiner stand auf und sagte: „Ja, sicher im Gegenteil. Jeder dachte über die Frage nach mit einem schlechten Gewissen, nicht in der Lage zu sein, einfach „Ja“ zu sagen.“

Diese Frage rückt auf die Tagesordnung und wir stellen sie hier und dort. Im Falle von Transfers. Würde es einen israelischen Soldaten geben, der einen Soldaten erschießen würde, um ihn davon abzuhalten, Palästinenser auf Lastwagen zu laden? Dies ist eine relevante Frage, meine ichen Freunde.

Die Medien stürzen sich so sehr auf die „Seele“ der Israelis.

Was bedeutet die Volkserhebung für den sechsten Zustand der Israelis? Journalisten sehen eine Szene, in der ein palästinensisches Kind fast zu Tode geprügelt wird und gehen zum nächsten Soldaten mit dem Mikrophon in der Hand und fragen: „Was bewirkt dieses Geschehen für Dich?“ Ich befürchte, daß es die israelische „Seele“ nur wenig berührt. Dies mußte sich erstmals während der Volkserhebung realisieren. Ein israelischer Soldat, der heute in den besetzten Gebieten seinen Dienst tut, nimmt von sich selbst an, ein Held zu sein, wenn er nicht an diesem Festival des Schlagens von Kindern teilnimmt. Während seine Kameraden vor seinen Augen Kinder verprügeln, fühlt er daß es gut ist, nichts mitzutun. Ich habe desofteren von Soldaten gehört, die sich in Busse flüchteten, um die schrecklichen Szenen nicht mehr sehen zu müssen. Ich habe aber nicht einmal davon gehört, daß ein Soldat die schrecklichen Geschehen durch sein Eingreifen verhindern wollte, auch wenn dies für ihn Konsequenzen davontrüge.

Mit Eingreifen meine ich nicht Hingehen und sagen: „He, was ihr da tut ist nicht schön!“, aber es aktiv und physisch zu verhindern. Wir sprechen von Soldaten, die erst nachdem sie ihren Reservendienst in den besetzten Gebieten abgeleistet haben, auftreten mit der Anklage, sie fühlten sich schlecht aufgrund dessen, was passiert.

Wir sprechen über eine Situation in Israel, dem einzigen Land in der westlichen Welt, das die Folter legalisiert hat. Es gab ein Untersuchungskomitee, das die Aufgabe hatte, den Geheimdienst zu unterstützen, seine Vernehmungsmethoden und die Art seiner Gerichtsverfahren. Dieses Komitee kam zu dem Schluß, daß Folter und Mißhandlungen an Palästinensern als Vernehmungsmethode angewandt wurden. Sie kamen zu dem Schluß, daß der Geheimdienst die Gerichte bewußt belogen und belogen hatte, als er zeugte. Folter anzuwenden. Und dann erklärte der Ausschuß, daß kein Sicherheitsbeamter die Gerichte belügen durfte. Zweigentlich physischer Druck während der Vernehmungen unumgänglich sei. Es gibt nun eine Liste von dem, was an körperlichen Eingriffen während der Vernehmungen erlaubt ist. Ich habe diese Liste nie zu Gesicht bekommen, aber ich kann aufgrund dessen, was meine Mandanten mir klagen, behaupten, was sie beinhaltet.

Dies ist die Situation heute und ich wünsche, ich könnte Uri Avnery Optimismus sein. Ich bin von Natur aus ein sehr optimistischer Mensch. Zu diesem Zeitpunkt ruht meine einzige Hoffnung, aus der palästinensischen Widerbewegung her.

Der Vortrag von Lea Tsemel ist ein wichtiger Beitrag zur Tagung „Israelisch-palästinensischer Dialog — Perspektiven für die Zukunft“ (Westberlin, 4. Juni 1988). Die Dokumentation mit allen Vorträgen der Tagung ist für DM 10,- (einschließlich Versand) zu beziehen über: Filmingswerk für Demokratie und Umweltarbeit e.V., Zeughauser, 20, 1000 Westberlin 96.

Anzeige

VIDEOFILM

Schahila

Auf dem Weg nach Palastina

VERLEIH VERTRIEB

Medien

Spendskonto:

1400 Stadtparkasse Film-der Postgasse Köln

6999-500 Köln

Nordkorea

Halbierte Wahrheiten,
museale Realitäten

Reinhold Wempe, Korea-Informationsstelle

Eine Gruppe von Kindern amüsiert sich am Rand einer Seouler Hauptstraße. Sie umspringen einen Spielautomaten, humpeln mit einem Gummihammer auf Pfützen, die aus dem Boden zu wachsen scheinen. Bei jedem Treffer spóht es im Apparat auf, und der Pfütz versinkt wieder im Boden. Trotz der Betonhitze hier, zieht er laß nicht Pfütze, sondern hüßlich ganze Maulwürfe ihren Kopf hochstecken, und sie sind durch einen roten Stern auf der Stirn als kommunistische Wahlagenten gekennzeichnet, die durch gezielte Hammer schläge auf den Kopf von den johlenden Kindern in ihre Löhler zurückgetrieben werden.

Nordkoreanischer Spion, stellt dich! Du hast keine Chance!" so lautet das Transparent, das seit Jahren über die kleine Vorstadtstraße gespannt ist. Überall, in den U-Bahnen, im Bus, in den Kneipen in alten Bunkern begegnet der Blick dem kleinen Hinweischild mit der Aufforderung, verdächtige Personen zu melden. Tschefunnummern sind aufgeführt, und riesige Geldsummen sind angegeben, die dem Gift-Kocher winken, der wirklich einen Spion zu enttarnen muß.

Jeder Schützer zwischen zehn und zwölf bekommt in den nordkoreanischen Schulen den Film mit dem Titel: Ich hasse die kommunistische Partei zu sehen. In dem Film geht es um einen Angriff eines nordkoreanischen Überflukommunisten auf ein abgelegenes Bergdorf. Die Soldaten schützen sich im Schutz der Dunkelheit in einzelne Häuser ein und nehmen die Bewohner gefangen. In einem der Häuser beginnen sie ein Gespräch. Sie schildern das Leben im Norden und seine Vorzüge. Ein etwa zwölfjähriger Junge wirft das alles nicht hören und ruft immer wieder: Ratsch! Mä! Lüge! Auch als sie ihm androhen, seine Zunge abzusägen, den bucht er nicht still. Sie machen ihre Drohung wahr, schneiden seine Zunge ab und zerschmettern schließlich seinen Kopf mit einem großen Felsbrocken. Als seine kleine Schwester daraufhin hysterisch zu schreien beginnt, wird sie an die Wand geworfen — schließlich ist die ganze Familie tot. Diese letzten Szenen werden deutlich gezeigt. Auch wenn der sonstige Inhalt des Films im Gedächtnis zu verblasen beginnt, diese Szenen bleiben

haften und mit ihnen die Assoziation: Kommunisten schrecken auch nicht vor Kindermord zurück.

Schon den Kleinsten wird in nationalstischen Comics klargemacht, daß im Norden rote Teufel herrschen, die unablässig Böses ersinnen und die deshalb mit alten Mäulern in Schach gehalten werden müssen. Alle männlichen Jugendlichen werden 30 Monate lang im Militär antikommunistisch indoziert, um innerhalb der Gefreutenringe befördert zu werden, müssen die jungen Soldaten Aufsätze abliefern, in denen sie entweder die Befreiungstheologie oder die Dependenztheorie widerlegen. Tugendlich wird die Gefahr aus dem Norden beschworen. Wenn die Nordkoreaner am Hun Fluß der nach Süden weiterfließt einen Staudamm für ein Wasserkraftwerk bauen, dann wird das im Süden sofort als tödliche Bedrohung interpretiert. Wenn im nördlichen Juchon die Staudamm errichtet und das Wasser aufgefangen sein sollte, dann könnten die Nordkoreaner die selbige baute Mauer sprengen und so die Millionenstadt im Süden, Seoul, in den Wasserfluten versinken lassen. Es wird also allen Ernstes der Bau einer riesigen Abwehr-Staumauer beschlossen und das Geld dafür zusammengetrieben. Jeder Grundschüler hat etwa zwei Mark, jeder Mittelschüler drei Mark und jeder Oberschüler fünf Mark zu geben, ganz freiwillig natürlich, die großen Firmen spenden Millionenbeträge, freiwillig, versteht sich.

Aphoristisches

So beschreibt Dr. Wolfgang Kröger, ein feinfühler Beobachter des südlichen Teils der koreanischen Halbinsel und langjähriger Lehrbeauftragter an Seouls renommierten Hanjin-Universität, ein phantastisches Sicks erlebten Alltags. Als schlechten Bühnenstreich könnte man es abtun, wären es lediglich "johlende Kinder", die sich daran ergötzen, "häßlich-graue Maulwürfe in ihre Löcher zurückzutreiben", kindliche Unschuld ist bekanntlich verzeihbar. Mehr noch für Erwachsene ist Nordkorea geblieben, was es seit seiner Staatsgründung als De-

mokratische Volksrepublik Korea (DVRK, am 9. September 1948 war — eine „Ausgeburt des Diabolischen“. Das meint nicht nur terra incognita Unbekanntem, sofern ideell erwünscht oder materiell profitabel, ließe sich immerhin nähern. Da hat man es gar Jahre nach der Staatsgründung der DVRK verstanden, den Eingeborenen Neuguineas den Geschmack an Menschenfleisch zu vergällen und ihnen anstelle von Stiermastricke Hauptmessen in die Hand zu drücken, von der Ent-Kanibalisierung und demestisierenden Wirkung der ihnen ebenfalls schmackhaft gemachten (Papier-)Geldwirtschaft ganz zu schweigen. Ein Versuch, sich Unbekanntem zu nähern, wies in einem zweiten Schritt vieles als idiosynkratisch aus und trüge möglicherweise — zur Revision vorgetaufter Ansichten bei. Schließlich stünde es gut um die Chance, das entsprechende Thema diskussionswürdig und es sich damit zumindest teilweise zu eigen zu machen.

Für alle diese Unterlassungen ist die DVRK ein Musterbeispiel geblieben. „Rote Dynastie“, „staatsterroristisches Regime an der Macht“, „der letzte Gung“, „Hort internationaler Verschwörung“ — dies sind nur wenige und bereits abgeschwächte Varianten gängiger Vor-Verurteilungen, wenn von „Staat des roten Tyrannen Kim Il Sung“ am äußersten Südpol der Rede ist. Die dunkle asiatische Seele, die „orientalische Despotie“ — ist sie nicht dort eigentlich verwurzelt und heimisch?

Was die DVRK in den internationalen Medien, so sie sich ihrer überhaupt annehmen, zum besonderen Ansehen macht, ist die Zähigkeit, mit der sie sich nun schon vier Jahrzehnte in scheinbar monolithischer Geschlossenheit behauptet und ethische Regime im südlichen Teilstaat der Republik Korea überdauerte. Für die Medien ist die DVRK sozusagen ein Dauerbrenner — im Gegensatz zu B zu den Episoden der Kulturrevolution in der Volksrepublik China (Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre) und der Herrschaft des „Steinzeitkommunisten Pol Pot“ im Kampuchea der ausklingenden 70er Jahre. Das China Deng Xiaopings ist nach dem Tode Mao Zedongs „kalkulierbar“ geworden. Und die Regierung des provietnamesischen Heng Samrin in Phnom Penh signalisierte ihren Über-

gangsscharakter spätestens durch die seit dem 25. Juli 1988 im indonesischen Bogor aufgenommenen direkten Kontakte zur widerständlerischen Dreierkoalition aus Ruwahisten, Nationalisten und den Roten Khmer.

Ge- und verschlossen präsentiert sich demgegenüber noch immer die DVRK. Öffentlichlich kultivierte sudkoreanisches und westliches Wunschdenken Ende 1986 in der „Ente“, Nordkoreas Staats- und Parteichef Kim Il Sung sei gestorben bzw. einem Komplott zum Opfer gefallen. Das Botschaft des Sakrileks: „Jede Nachricht über meinen Tod ist nutzlos übertrieben“ — dürfte seither in Pröngang neuerlich Gefallen gefunden keineswegs aber politisch als medisches Aperçu gegolten haben.

Geschichtliches

Inn Kräftefeld der Regionalpolitik des letzten Jahrhunderts geniet Korea buchstäblich unter die Räder. Mit einem Wechselspiel aus diplomatischer Avance, politischer Erpressung und militärischen Interventionen versuchten China, Rußland und Japan, sich des Einsiedler-Königreichs, wie Korea lange genannt wurde, zu bemächtigen. In diesem kolonialistischen erwies sich Japan als lachender Dritter. 1905 kam Korea unter die „Schutzherrschaft“ des Tennos, um fünf Jahre später bis 1945 als direkte Kolonie unter dem Firmament der „aufgehenden Sonne“ zu verbleiben. Derart brutal und durchgreifend war diese Kolonialisierung, daß sie in die feinsten kapillaren Verästelungen der „koreanischen Seele“ eindrang und sie sich gefügig machte. Koreanisch zu sprechen wurde verboten, Zuwiderhandlungen mit Schwerstrafe geahndet. Verständlich, daß der Fall des japanischen Imperiums zuvörderst in Korea Begeisterung und Neuworbungseuphorien auslöste. Die un-entpönte Freiheit wurde indes von einer Befriedung unterlaufen, an der die beiden großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, wiewohl in unterschiedlichem Maße, beteiligt waren.

Zwischen 1943 und 1945 hatte der amerikanische Präsident Roosevelt auf mehreren Konferenzen der Alliierten die Forderung erhoben, Korea nach dem Sieg

über Japan für einige Zeit („vielleicht 40 Jahre“) unter internationale Treuhandherrschaft zu stellen. Auf diese Weise könnten die Koreaner, so Roosevelt, „allmählich an die Unabhängigkeit“ herangeführt werden — „überschend“, daß sie sich 1300 Jahre als Königreich selbst regiert hatten! Trotz von Stalin und Churchill formulierter Einwände bekräftigte die Potsdamer Konferenz am 26. Juli 1945, daß Korea erst „im Laufe der Zeit Freiheit und Unabhängigkeit“ erhalten sollte.

Mit der Kapitulation Japans konnten erstmalig die im Lande operierenden Volkskomitees offen auftreten und sich als genuine Träger eines demokratischen Neubeginns erweisen. Gestützt wurden die Volkskomitees von Personen, Verbänden und politischen Parteien unterschiedlicher Couleur. Nationalen sozialdemokratisch orientierte Strömungen und Anhänger religiöser Gruppen waren in ihnen ebenso aktiv wie Kommunisten. Als einendes Band diente das Bestreben, die Unabhängigkeit Koreas wiederherzustellen und die unter dem japanischen Kolonialjoch geschlagenen Wunden zu heilen. Das hieß u. a. auch, die Macht der während der Yi-Dynastie (1392-1910) dem König und später dem Tenna zu Diensten bereit einheimische, sich aus der landbesitzenden Gentry rekrutierende Beamtenklasse, der Yangban, zu brechen. Für letztere erwies sich die Anordnung einer koreanischen Truppenkontingente in den frühen Septembertagen des Jahres 1945 als Segen.

Gemäß den amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen zur Gestaltung des nachkolonialen Korea sollte die UdSSR im nördlichen und die USA im südlichen Landesteil die Demobilisierung der japanischen Kriegsmaschinerie überwachen. Der 38. Breitengrad galt damals lediglich als eine Art künstliche Trennlinie zwischen den Siegermächten. Endziel sich die Sowjetunion bis auf die Stützung der Partisanenfraktion um Kim Il Sung weitgehend der unmittelbaren Einmischung in die Politik der Volkskomitees, so wurden diese von den amerikanischen Truppen faktisch als „outlaws“ behandelt. Begleitet war das Verbot dieser Komitees im Süden von einem imperialen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Martialisches

Schachzug; nach langjährigem Aufenthalt in den USA wurde Dr. Syngman Rhee nach Korea ausgeflogen und, obgleich mit dem „American Way of Life“ vertraut, vertraut als mit den koreanischen Nachkriegsrealitäten, zum politischen Bezugspunkt hochstilisiert. Daß Rhee die Interessen der mit den Japanern kollaborieren-

Die Bauern waren die Hauptleidtragenden der japanischen Kolonialherrschaft gewesen, was sich u.a. in der extrem ungleichen Bodenverteilung widerspiegelte. Während des Zweiten Weltkrieges (1943) kontrollierten allein im Norden knapp vier Prozent der Bevölkerung ca. 60 Prozent der Anbaufläche. Nicht we-

gleich zu ähnlich drastischen Einschneitten in anderen Ländern handelte es sich dabei um eine äußerst populäre und ohne große Erklärungen verlaufende Maßnahme. Die japanischen Grundbesitzer exproprierten zunächst mehr und mehr die Großgrundbesitzer. Die Elite setzte sich in den für sichereren Süden ab, sofern sie nicht schon dort als japanische Landbesitzer lebte.

Im Süden hingegen blieb eine vergleichbare Reform nicht nur aus. Sie blieb dafür gelten als „Störung der öffentlichen Ordnung“, wenn nicht als „subversiv“. Mit der wirtschaftlichen Konsolidierung der von den Japanern dem Land aufgetragene postisch-administrativ-militärische Komplex entstand und wurde fortan in die amerikanische Herrschaftsstruktur einbezogen. Daß eine Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe so die allgemeine Betätigung der Nationisten auch eine Dynamik zur politischen Abgrenzung festsetzen war, bewährte sich rasch rasch als viel mehr erwarteter. Trotz menschlicher, gesamtgesellschaftlicher Versäumnissen, zu denen sämtliche gesellschaftlich relevanten Kräfte ihre Repräsentanten entsandt hatten, praktizierten sie eine letztlich in ihrem Sinne durchschlagende Doppelseite: mit teils Wut und harten, neokolonialer Repression, z.B. Verbot der Gewerkschaftsbewegung, Niedertrampeln von Syngman Rhee und Protesten, die in der 1948 im Süden geschaffenen, nach dem Verfall der amerikanischen Seile der im Juli 1950 begonnene und drei Jahre auf beiden Seiten erbittert geführte Korea-Krieg mündete.

Zwar haben die Sowjetunion und die USA ihre eigenen 1948-1949-Korea-Krieg abgegrenzt, doch durch eine besondere Art Interessenschnittstelle, diese als und jenseits des 38. Breitengrades aufgeführt. Mit dem wachsenden Begriff der Nord-Süd-Konfrontation, Begriff, der Syngman Rhee, der Präsident von Washingtons Gnade, als „Märtyrer der Freiheit“, so sah sich sein „allerdings in

Süden“ wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen, nunmehr ideologische Trümmer zurücklassend.

Griechen haben potos ist die „östliche Interpretation“ des Korea-Krieges als „US-Imperialistischer Aggression“. An westliche Führungs- und seither politisierte Militärmacht wäre die USA in Korea bereits zwischen 1945 und 1950 eine imperiale Macht wohl kaum eine dermaßen dilettantische Kriegsplanung unterlaufen, die der gegnerischen Seite ein müheloses Vorrücken bis nahe der südlichen Hafenstadt Pusan gestattete. Selbst ohne die wahrgenommene Drohung des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte, Douglas MacArthur, die an Nordkorea grenzenden chinesischen Städte durch den Einsatz von Atombomben zu „pulversieren“, hinterließ der Krieg ein grausames Trümmerfeld. Nicht mehr als drei Gebäude sollen allein in Pjöngjang halbwegs unversehrt geblieben sein — von der zwischen Nord und Süd aufgesessenen Kluft, Entfremdung und erbitterten Verleumdung ganz zu schweigen!

Abschottung als Besinnung auf Traditionelles?

Ungleich intensiver als der Süden, der sein Nachkriegs-„Heil“ in der engen Bindung an den Westen suchte und fand, verstärkte dieser Krieg die latenten Xenophoben der nordkoreanischen Führung. Höchstwahrscheinlich dürfen die historischen Erfahrungen, die Korea während des letzten Jahrhunderts als Spielball von Großmachtinteressen zu durchlaufen genötigt wurde, ausschlaggebend gewesen sein, sich — dazu mit einer relativ guten Ressourcenausstattung versehen — wesentlich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Was mochte näher liegen haben, als im Sinne eines so verstandenen und politisch (über)lebensfähigen Neubeginns in das traditionelle Erbe (vor allem und gerade den Neo-Konfuzianismus als gesellschaftliches Ordnungsprinzip) und im langjährigen Partisanenkrieg entwickel-

ten sozialphilosophischen Visionen von einer egalitären Gesellschaft einzuwerfen? Das vermöchte zumindest eine Erklärung dafür zu liefern, daß mit der Machtkonsolidierung Herrschaftsstabilisierung der Führung außenpolitisch selbst eine Aquidistanz zu den großen Brüdern (sprich die Sowjetunion und die VR China) und innenpolitisch weitreichende Sozialreformen inklusive wirtschaftlicher Verbesserungen einhergingen. Vielleicht auch entscheidende sich aus dieser Perspektive das quasi-rituelle „Dischutsche“-Konstrukt — „das selbständige Verwalten eines eigenen Hauses“.

Das mit Herrschaftssicherung viel mit Markismus wenig und dem idealisierten Sozialismus anderer Sachverständigen individuellen Wohlbefindens einiges zu tun hat.

Ein solches Konstrukt präsentiert sich als real geschaffen, liegt allgegenwärtig seine Monumentalität ein und erreicht fortwährendes Konservieren und Dokumentieren. Dies ist meine — zweifelhaft getarnte — Wahrnehmung der Volksrepublik, eine epische Landschaft, gutgekleidet und — genährte Menschen, durchdrungen mit dem berechtigten Stolz sozial Beachtliches und architektonisch gigantomanisches geschaffen zu haben, und (pembel) aufgeräumte (mitunter nach vorbildlich ökologischen Gesichtspunkten arrangierte) Städte, die sich — fürs Auge sichtbar — gleich zweierlei „Luxus“ bieten: zurückgewandene Verkehrspolitiken auf nahezu auto- und fahrradlosen Straßen und nicht vorhandenes (oder außerhalb Sichtweite verfrachtetes?) Elend. Schließlich die auffällig postierten Büsten und Statuen Kim Il Sungs, die Trumpfbögen und die schier unzähligen Museen. So sehr die gesellschaftliche Realität mit ihren Fixsternen Kim Il Sung und dessen Sohn, Kim Jong Il, spiegeln, so sehr zeugt sich die soziale Wirklichkeit gegenüber dem (westlichen) Außenstehenden als museal! Ob aus dieser Spannung eine Dynamik zur Anpassung an gewandelte interne Verhältnisse und außenpolitische Neukonstellationen erwacht, wird sich wohl erst noch zeigen müssen.

Apologetisches

Es gibt SchriftstellerInnen, PublizistInnen und JournalistInnen, die schreiben sie einmal über ein ihnen fremdes Land, dem Leser mehr über sich selbst als über „das Objekt“ ihrer Neugierde bzw. Recherche mitteilen. Das kann mitunter glanzvoll enden. Nicht selten aber hinterläßt es feingesponnene oder grobmächtige Urteile, Vorurteile und/oder Verdammungen.

Letztere sind gerade über Nordkorea so üppig gesät — dazu noch präkanterweise von Leuten vorgetragen, die niemals einen Fuß in die Volksrepublik setzten —, daß man umso gespannter jenen Stimmen zu lauschen gewillt ist, die da auffällig gegen den Strom blühen.

Eine dieser Stimmen ist die — geschätzte — Schriftstellerin Louise Rinsler, deren „Nordkoreanisches Reisebuch“ (Frankfurt/M.) bei uns mehrere Auflagen erlebte und mittlerweile auch in Südkorea geradezu verschlungen wird. Ihre Message ist frapierend: die Volksrepublik ist portraitiert als Inbegriff etatischer Tugend, als eine von unkonventionellem Gedankengut besetzte Großfamilie, die nicht nur das sauberste Wasser trinkt und die klarste Luft atmet, sondern — man staune — keine bzw. so gut wie keine (politischen) Gefängnisse kennt. In Anwendungen politischer Politisierung oder politischer Pleinismus scheint in ihrem Buch ein Nordkorea-Bild auf, das den heutigen Leser als bemitleidenswertes Opfer eines immensen Sündenfalls des jeweiligen Staates, in dem er lebt, wahr-

zu befolgen; nein, er erzählt von einem Gespräch mit Haeun, die ihm erklärt, daß man nichts falsch mache, wenn man das befolge, was die Partei sagt. Was das Bild zeigt, steht im Text enthalten das Phänomen der Führer, die im Süden zeugt ihm in seinen selbstverfaßten Büchern“ (S. 79/80).

Pfäfigans Erkenntnisse relativieren sich, berücksichtigt man das „Malheur“, in dem sie keimten. Er war geladen als offizieller Gast, als verhängnisvoller Delegierter. Und solcher Spezies widerfährt meistens ein heimtückisches (Miß)Geschick; sie werden auf Baldachinen getragen, abgeschottet und an Erdbühnen gehindert. Zwei Reaktionsmöglichkeiten bleiben dem so Hohler offen: entweder genießt er, und sei es nur auf Zeit, das Außergewöhnliche seiner Normalität, oder aber er fühlt sich genötigt, auszusammeln und innerlich mentalisiert. Pfäfigans Buch steht Produkt seiner Abrechnung mit den Gastgebern und ihrer Mission, ein westeuropäisches Ich in der koreanischen Atmosphäre einzufügen. Es ist im Korea-Reiseführer von Les Writen topischer Bedeutung, aber eben — er hat in entlockt das unserem Wiener Philosophen eine delikaterliche Sentenz: „Wenn der Tourismus die Fortsetzung des Kolonialismus ist, dann ist der Delegationsismus seine Umkehr“ — die adäquate Reaktion ehemals unterdrückter Völker im Delegationsismus ist der Fremde Objekt im vielschichtigen Spiel der einheimischen politischen Macht“ (S. 19).

Eben. Unser Autor hatte es wissen können — wissen müssen. Da er um die Gründe seiner Ignoranz bei aller

„Auf, daß hier ein Imperium zurück schlägt. Das geschieht denn auch mit himmlischen Kräfteerschlägen. Der in und gemäß der philosophischen Kategorien des Westens geschulte Autor zeichnert die Überlegenheit des Lebens gegenüber sinnlichen Anlehnungen des Objekts bzw. von Objektivierung. Die westliche Wissenschaftlichkeit“ angeblich auszeichnende Objektivität mit all ihren aufgeschüttelten Dämmen und Deichen der Zurückhaltung und Anstandswahrung werden eingestrichen. Es wird mächtig „abgeladen“; die Gastgeber werden dem Leser durch Pfäfigans Feder als dilettantische Philosophen und/oder als kindliche Nachbeter des „Texts“ vorgeführt. Wodurch es dem Außenstehenden ersichtbar wird, zu untersuchen, wo die (sich selbst aufbauende) psychische Realität des Autors aufhört und die (gleichmaßen passioniert niedergemachte) soziale Wirklichkeit des Gastlandes beginnt.

„Ein Paradoxon“, so heißt es aus dem Munde eines Zen-Meisters, „ist etwas, das kopfschüttelt, um unsere Neugier, möglicherweise gar Begeisterung zu wecken.“ Berührend, daß es da im Jahre 1988 noch nicht „abgegrast“ Länder und mit Nordkorea ein Paradoxon gibt!

Zum Weiterlesen empfohlen:

Louise Rinsler, „Nordkoreanisches Reisebuch“, Frankfurt/M. 1984 (2. Aufl.), Fischer Verlag.

Alfred Pfäfig, „Schlaflos in Pjöngjang“, Wien/München 1986, Verlag Chr. Brandstätter.

Rainer Werning (Hrsg.), „Nordkorea — Annäherungen an einen Außenseiter. Berichte und Analysen“, Frankfurt/M. 1988, isp-Verlag.

„Hypothese“ (Wien/München) und den noch mehr auftrichtenden Unterseite „Nun geschwehener Versuch, einen skeptischen Europäer zu einem Mitglied der Großen Ruten Familie zu machen“ veröffentlichte Der Autor, Osterreicher und damit, lebt in dessen Metropol Wien genötigt das (reinspektiv) wurde er hinzusetzen, zweifelhaft, Privileg im Rahmen eines mehrwöchigen Nordkorea-Besuchs am „Dischutsche-Institut“ — worunter, ganz unpräzise, eine fünfstellige ideologische Kaderschmiede zu verstehen ist — in die koreanische Variante des Marxismus-Leninismus eingeweiht zu werden. Die traumatischen Erlebnisse dieser weiten Reise um den Globus und die archaische Akribie, mit der er seine eigenen Wahrnehmungen sowie diejenigen seiner Gastgeber freischäufelt, entsprechen streckenweise einem Stück philosophischer Kriminalistik.

Anders dagegen der mit Karl Kraus und Max Frisch — übernahmen vermittelte Philologe und Sozialphilosoph Alfred Pfäfig, der 1986 ein Opus mit

„Wachstum“ (Wien/München) und den noch mehr auftrichtenden Unterseite „Nun geschwehener Versuch, einen skeptischen Europäer zu einem Mitglied der Großen Ruten Familie zu machen“ veröffentlichte Der Autor, Osterreicher und damit, lebt in dessen Metropol Wien genötigt das (reinspektiv) wurde er hinzusetzen, zweifelhaft, Privileg im Rahmen eines mehrwöchigen Nordkorea-Besuchs am „Dischutsche-Institut“ — worunter, ganz unpräzise, eine fünfstellige ideologische Kaderschmiede zu verstehen ist — in die koreanische Variante des Marxismus-Leninismus eingeweiht zu werden. Die traumatischen Erlebnisse dieser weiten Reise um den Globus und die archaische Akribie, mit der er seine eigenen Wahrnehmungen sowie diejenigen seiner Gastgeber freischäufelt, entsprechen streckenweise einem Stück philosophischer Kriminalistik.

Als wesentlich erscheint dem Wiener die Auseinandersetzung mit der Omnipotenz dessen, was er „Text“ nennt. „Macht ist die Volksrepublik (nur) ein Text, der den sozialen Umstrukturierungsprozess seit 1945 begleitet, kommentiert und — sichtbarster Leistung staatlicher Macht — seine Organisationsprinzipien festlegt. „Indem der Text“ eine geschlossene Welt schafft“, so Pfäfig, „in der sich alles aufeinander bezieht, erfüllt er den wichtigsten Anspruch, den er sich selbst stellt: hat er ist einheitlich. Texte und Bilder versichern ständig, daß es nur sie gebe, damit dementieren sie ihren Charakter als Abbildungen und erlernen sich zur Realität. (...) Der Text legitimiert sich ähnlich wie der Führer: er behauptet von sich, ein Repräsentant zu sein, ein Ausdrucksmittel des Volkswillens. So fordert Kim Il Sung seine Zuhörer keineswegs auf, die Richtlinien der Partei

den Kräfte der Vergangenheit vertritt, was schwer genug. Daß er seitens der Amerikanischen Militärregierung in Korea (USAMGIK) zusätzlich die politische Alternative verkörpern sollte, mußte unter dem Großteil der Koreaner zu Recht als Affront gelten. Freilich zu einem späteren Zeitpunkt, mochten denn auch selbst ernannte USAMGIK-Mitglieder ihre Kritik an dieser Praxis nicht verhehlen. In ihrer politischen Tragweite bedeutete sie so viel, als hätte man Leute vom Schlage eines Vidkun Quisling, wenn gleich nicht direkt, so doch über den Umweg eines Strohmannes zu Macht und Pfänden verholfen.

sentlich anders sah es im Süden. Der eigentlichen Revolution des Landes aus Positionen und Kernpunkt einer wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung, fernab einer Leninsform, warb die „neue“ Bewegung, die in der Weite der Bewegung nach einer geistigen Erneuerung des Landes in den Leninsgemeinschaften. Als deren Träger kamen einzig die Volkskomitees in Frage, auf deren Initiative im Frühjahr 1944 die Provisorische Regierung Nordkoreas die entschädigungslose Enteignung allen Bodenbesitzes über 5 Chongbo (ca. 5 ha) und dessen gleichzeitige privatrechtliche Übertragung an Kleinbauern, arme Arbeiter und Pächter durchsetzte. Im Ver-

strengung Gnade, als „Märtyrer der Freiheit“ so sah sich sein „allerdings in

„unvollständiger“ (Kriegsspiel) Kim Il Sung als Führer des „revolutionären Nordkoreas“ fort und seine Regierung reklamierte Kim das exklusive Recht, „das ganze Vaterland zu befreien“.

Mit der Eskalation des Kalten Krieges im Weltmaßstab und der am 1. Oktober 1949 erfolgten Unabhängigkeit Chinas und der Proklamation der Volksrepublik China (1. Oktober 1949) sah sich Kim Il Sung

seines Landes für das strategische Bestreben Washingtons, seinen damals im Entstehen begriffenen antikommunistischen Einkreisungsgürtel (gegen die Sowjetunion und VR China gerichtet) an der „Ostflanke“ zu schließen. Mit gleichem gutem Grunde konnte Rhee daraus schließen, daß er „in und an irgendeiner Linie von der USA politischen und militärischen Beistand zu erhalten. Was auch immer und nach Seoul Besuchen mehrerer hochrangiger US-Politiker wird verständlich, warum Rhee vor dem Juni 1950 öffentlich (u.a. auch im amerikanischen Fernsehen) mit dem „Marsch gen Norden“ prahlte: eine Drohung, der militärische Aktionen entlang des 38. Breitengrades ebenso folgten wie nadelstichartige Grenzprovokationen seitens des Südens.

Der Korea-Krieg (25. Juni 1950 — 27. Juli 1953), der erste „heiße“ Krieg in der Phase des Kalten Krieges, war der von beiden Seiten gewaltsam unternommene Versuch, die von außen oktroyierte Teilung jeweils in ihrem Sinne zu revidieren (u.a. als wiederhergestellt, was selbst in der finsternen Kolonialära außer Frage gestellt hat und unaufgeklärt geblieben war). Die oben des „alles in diesem Sinne begann der Konflikt als ein Bürgerkrieg, der, je länger er sich hinzog, durch die Beteiligung von US- und UN-Truppen zu einer internationalen Auseinandersetzung wurde und das Eingreifen chinesischer „Freiwilligenverbände“ an der Seite Nordkoreas nicht rationalisiert wurde. Mit verheerenden bis heute nachwirkenden Folgen.

Nordkorea habe diesen Krieg als „große patriotische Revolution“ bezeichnet, „die die seit dem Kriegsende und im Kontext einer verfallenden Ost-West-Blokkonfrontation zählebige „westliche“ Zweikbeziehung in einer „neuen“ (Pöngjang) und über spießweise in der Bundesrepublik Deutschland eine soziale und unabhängige Wiederaufbauung leg. In der Außenwelt untersteht eine solche Zweikbeziehung die Möglichkeit einer „Auto-Invasion“, wonach ein (dazu widerrechtlich besetztes) Land sich angeblich selbst eroberte. In der Frühphase des Vietnam-Krieges wurde ähnlich argumentiert. Dort allerdings fiel spätestens mit der Niederlage der USA (1975) die Legende von der „Invasion des Nordens in den

Altes Gepäck — vorolympisch geschnürt
Durchbruch bei den Nord-Süd-Gesprächen?

Rainer Werning (Korea-Informationsstelle)

35 Jahre sind's her, daß mit dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom der dreijährige Korea-Krieg ein Ende fand. Mehr als zwei Millionen Tote hatte dieser erste „heiße Krieg“ in der Phase des Kalten Krieges zurückgelassen. Mehr noch: Er vertiefte die Kluft zwischen den sich seitdem aufs bitterste bekämpfenden Brüdern — der Republik Korea (Südkorea) und der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea). Unterzeichnet wurde das Abkommen zwischen der DVRK und den Vereinigten Staaten. Das damalige südkoreanische Regime unter Syngman Rhee verweigerte seine Unterschrift unter dieses Dokument, es spekulierte darauf, daß noch den „Marsch gen Norden“ zu einem späteren Zeitpunkt anzutreten. Daraus wurde nichts. Was blieb, was es bis heute währendes labiles Gleichgewicht mit hermetisch abgegrenzten Grenzen entlang des 38. Breitengrades.

Nun signalisiert Seoul, Ausrichter der XXIV Olympischen Sommerspiele (17. September bis 2. Oktober), sein Interesse an von Pjöngjang seit langem vorgeschlagenen Nord-Süd-Parlamentartreffen. Kommt nun auch die koreanische Variante von Perestrojka zum Zuge? Gelingt im Jahre 40 der maßgeblich von den USA erzwungenen Teilung des Landes — sozusagen als vorolympische Goodwill Demonstration — eine Annäherung der verfeindeten Brüder? Oder handelt es sich um eine auf kurzfristige diplomatische Effekthascherei bedachte Geste, mit der man der jeweils anderen Seite ein Rückkäse ins Nest zu legen gedenkt?

Seit dem Korea-Krieg ist eine konstante südkoreanische Regierungspolitik ein bizarres Antikommunismus — mit der Konsequenz, daß die in der Bevölkerung verstummte, populäre Forderung nach Wiedervereinigung bereits als „staatsfeindlich“ und „vom kommunistischen Norden gesteuert“ galte. Dementsprechend hart geäußert wurde. Seit 1980 schwebte stets eine Festbehauptung des Status quo vor, es sei und auch in Zukunft sein. „den wir nicht“ unter der Zementierung des 38. Breitengrades als Staatsgrenze zwischen der Republik Korea und der DVRK. Beiratung wurde des noch wenige Tage vor Seoul's Einweihung in gemeinsame Parlamentartreffen gegenüber Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher der Südkorea Anfang Juli ein Kurzhinweis abstattete: „Eine wesentliche Konstante der nordkore-

anischen Regierungspolitik ist indes das Engagement für ein wieder vereinigtes Korea, wiewohl unter Anerkennung der verschiedenen Systeme und Ideologien (Kooperationskonzept). Pjöngjang hält ein „deutsches Vorbild“ für abwegig. Korea, so seine Argumentation, wurde geteilt infolge ausländischer Intervention, nachdem die Kolonialmacht Japan (1910-45) abdanken mußte. Kurz: Es sieht sich als Opfer (post)kolonialer Schächter und nicht als Täter. Kein Wunder, daß die DVRK in der Frage der Wiedervereinigung wesentlich initiativ wurde und die meisten wie realistischen Vorschläge präsentierte — immerhin sein Syngman Rhee's Sturz im Jahre 1960.

Wieso also ging Seoul im „olympischen Sommer 88“ auf diese langjährigen Offerten Pjöngjangs ein? Durch Präsidenschafts- und Parlamentswahl im Dezember 1987 bzw. April 1988 sah sich — freilich nicht ganz zu Unrecht — das südkoreanische Regime des Ex-Generals Roh Tae Woo international aufgewertet. Die desolat agierende, zersplitterte parlamentarische Opposition um die beiden Galionsfiguren Kim Dae Jung und Kim Young Sam erleichterte es ihm, die politische Initiative zu ergreifen. Wichtiger noch: Von dieser zunächst einmal folgenlosen Konzeption erhoffte sich Roh Tae Woo ein (und sei es nur befristetes) Paralytisches des breitgelächerten außerparlamentarischen Widerstands. Der nämlich hat im Sinne seines dreiteiligen Programms — „Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung“ — gerade letztere in den vergangenen Monaten mit Vehemenz auf die Tagesordnung gesetzt.

Schon dreimal — 1960/61, 1972/73 und 1979/80 — zeigte Seoul in ähnlicher Form Bereitschaft zur Entlassung. Doch kurz darauf obsiegt stets ein scharfer innenpolitischer Repressionskurs. Ob diese unruhliche Tradition nunmehr abbricht, wird sich wohl erst ab dem 2. Oktober 1988 zeigen. Dann ist Olympia passé und fernab einer kurz aufgefackelten internationalen Publizität möglicherweise wieder „business as usual“ angesagt.

Rainer Werning

Literaturhinweis:

Rainer Werning (Hrsg.), „Nordkorea — Annäherungen an einen Außenseiter. Berichte“, isp-Verlag, Ffm. (Sept.) 1988, ca. 160 Seiten, ca. 17,80 DM.

Begegnungen besonderer Art in Seoul '88

Rainer Werning

Hainer Werning



Gentech:

Herbstvorlese

Es kommt Bewegung ins Thema Gentechnik. Und dies nicht nur theoretisch, sondern zunehmend praktisch. Bewegung bei den Befürwortern. Bewegung bei den Gegnern. Hier eine Übersicht über die wichtigsten laufenden Vorgänge.

f.

Beginnen wir mit einigen Daten zu Aktivitäten der Betreiberseite

Freisetzung

Anfang April trafen sich ca. 500 Wissenschaftler, Unternehmens- und Verwaltungsexperten aus aller Welt in Cardiff zur „Ersten internationalen Konferenz über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt“ (RECHM). Hauptanliegen der US-Mitglieder: Monsanto und andere Gentech-Firmen, die nahezu alle durch Wissenschaftler oder Wissenschaftler vertreten waren.

Ziel von RECHM war offensichtlich eine Art „Ankündigung“ zu schaffen (siehe „ak“ 297) und mit dem gleichen internationalen wissenschaftlichen Gewicht und mit ähnlicher Öffentlichkeitswirksamkeit wie jene Konferenz damals vor den Folgen der Gentechnologie warnte die Wissenschaftler. Die Konferenz sollte zu den Akteuren der Gentechnik werden, die die wissenschaftliche Industrie der Gentechnik-Gemeinde nur sehr wenig über die Übertragung von Genen auf andere Organismen unter Freisetzung bedingungen weiß, sagt über Monsanto: „Die Konferenz ist ein Versuch, die „Hoten Welt“ zu betreten und sich vorüberwinden zu lassen.“ Die Konferenz sollte eine Funktion von Beratung, experimenten, aus „flüchtigen“ Kritik der Gentechnologie. „Aber es ist ein „extrem reaktionärer Standpunkt“, meint ein „extreme Linke“ auf der anderen Seite entspreche.

Noch bevor ein inzwischen vorliegender EG-Richtlinienentwurf zu Freisetzung freigegeben ist, hat die belgische Firma Plant Genetic Systems N.V., PGS, inzwischen mit zwölf Feldversuchen in fünf EG-Ländern und den USA die bisher größten Freisetzungsexperimente angeleitet, und zwar mit Raps, Kartoffeln, Luzerne, Tabak, Tomaten und Pappeln, die gegen Insekten und Pflanzengifte resistent sein sollen. Das BRD-Umweltministerium hat auf massiven Druck der Industrie, namentlich der Hoechst AG, den Entwurf einer neuen Abwässerungsvorschrift mehrfach verzögert. Die Freisetzung gentechnisch veränderter Nukleinsäuren wird in Kauf genommen. Im Juli wurde der erste Freisetzungsantrag auch in der BRD gestellt. Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln fordert die Genehmigung einer gentechnisch veränderten Petunie, und zwar sollen Petunien blauen in die ein Ma gegen Eingebaut wurde. Für die BRD hat dieser Fall „Schrittmarkencharakter“. Es gibt reichlich Einspruch. Die Ministerien lassen sich bitten, derweil amtlich bereits über die Berechtigung einer Sicherheitsabsperrung des Geländes gestritten wird. Der Katalog mit Fragen, die die Freisetzung dem Gesundheit

sternum beantworten müssen liegt noch nicht vor. Achtung: Erste Zäune nach AKW-Muster sind in Sicht.

Eile in den Laboren

Vierzehn Stunden bevor die neue Durchführungsverordnung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz in Kraft trat, wurde einer der größten gentechnischen Produktionsanlagen genehmigt. Die Hoechst GmbH-Tochter des US-Multis Monsanto, hatte es eilig. Am 27. Mai beantragte sie bei der hessischen Gewerbeaufsichtsbehörde im Medical Park zu genehmigen. Acht Tage zuvor hatte das Bundeskabinett die Rechtsverordnung verabschiedet, nach der die Öffentlichkeit bei der Genehmigung solcher Anlagen beteiligt werden muß. Die Verordnung ist allerdings erst am 1. September in Kraft getreten. Pünktlich am 31. August um 10 Uhr lieferte die Stadt, was in einem Bericht. Die Firma will in Hannover Forschungslabore aufbauen und Zellkulturen produzieren mit einer Kapazität von 2,3 Millionen Litern pro Jahr. Die GRÜNE fordern eine Aufhebung der überstürzten Genehmigung. Der niedersächsische Umweltminister Remmers (CDU) ließ verlauten, in den Medien sei schon genug diskutiert worden. „Es ist ein öffentliches Verbot.“

Der mit langem durch Hauptantrag durch blockierte Region der gentechnischen Inzucht-Produktion der Hoechst AG soll jetzt möglich werden. Im Juli wurde der Sofortvollzug für die Genehmigung der Inzucht-Anlage vom Regierungspräsidenten in Bonn-Stadt genehmigt. Die Gruppe „Hoechst-Schulffter und Maugucker“ will aber nicht aufgeben. Sie klagt gegen den Sofortvollzug bei Hoechst und eine das Genehmigungsverfahren des Behörungs. In einem Gemeinschaftsunternehmen der Stadt Weserhagen und der Schering AG, dem neuen Institut für Genbiologische Forschung Berlin GmbH (IGF), arbeiten seit Juni zehn Forschergruppen an molekular- und zellbiologischer Grundlagenforschung, die unter anderem auf gentechnische Veränderung von Getreide und Hülsenfrüchten zielt. Schering hat eine Option auf die kommerzielle Verwertung aller Forschungsergebnisse. Das im Februar gegründete „Schering Aktions Netzwerk“, (SchAN), will die gentechnischen Absichten des Konzerns unter die Lupe nehmen. Ob die Technik angewendet werden dürfte oder nicht, müsse offen bleiben.

Gegen den Freisetzungsdruck der Gentechnik-Lobby haben sich einzelne Initiativen angestiegen vom „Gen-ethischen Netzwerk“ inzwischen zu einer Kampagne gegen die Freisetzung zusammengefasst. Auf dem Kongress „GenAlltag Biologie“ kamen sie am 3.7.88 zum 4. Treffen der „AG Freisetzung“ zusammen. Hauptaktivitäten werden z. Zt. in Öffentlichkeitsarbeit gesteckt. Unter

schriftensammlung, Erarbeitung von Informationsmaterialien, Versendung eines Fragenkatalogs zu den EG-Freisetzung-Richtlinien. 3000 Personen haben bisher einen „Appell zur Vernunft beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen“ unterzeichnet. Für den 17.18. November ist eine Konferenz zur Freisetzung in Brüssel geplant. Die Kampagne beginnt erst

Wachstumshormon

Schauen wir weiter, was im Lande passiert.

Das gentechnisch erzeugte Rinderwachstumshormon Bovine Somatotropin (BST) steht vor seiner Zulassung. Die in dem Verband Fedesa zusammengeschlossene internationale Pharma-Lobby, die das Mittel zur Steigerung der Milch- und Fleischproduktion einsetzen will, hat sich schon angesichts von Milch- und Fleischsteigerungen des 14. Monats im Winter dieses Jahres, das heißt: in der Produktionsperiode einer Phase, in der kein Kalb geboren wird, durchgesetzt. Die weitere Verabreichung des Hormons ist aber noch nicht genehmigt.

Im Juli lehnte das EG-Patentamt entgegen der einstimmigen (?) Empfehlung seines Technologieausschusses ein Verbot mit knapper Mehrheit ab. Verschieden wurde stattdessen ein kritischer Bericht mit der Grundannahme, BST solle nur zur Verabreichung zu therapeutischen Zwecken verwendet werden und es solle weiterhin über die Auswirkungen von BST auf Mensch, Tier und Umwelt geforscht werden. Als nächstes wird die EG-Kommission über BST entscheiden. Im Bericht ist Ende des Jahres zu erwarten. Die Bundesregierung hält sich mit Hinweis auf den laufenden Entscheidungsprozess in der EG bedeckt. Die Verbraucherinitiative, als Koordinationsstelle der Kampagne, plant ggf. zu einem Boykott aufzurufen. Für den 15.10.88 ruft sie unter dem Motto „Bauern und Verbraucher für ein Verbot von BST“ zu einem Boykott auf. Für den 15.10.88 ruft sie unter dem Motto „Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik“ zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Mitaufruf sind neben einer langen Reihe unterstützender Gruppen der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND), der „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (BLKO) und die „Arbeitsgemeinschaft Bauern und Landwirte“.

Patentierung

Am 12. April 1988 entschied das US-Patentamt, eine gentechnisch veränderte Maus zur Patentierung zuzulassen. Die neuen gentechnisch gezüchteten Harvard-Mäuse bekommen schneller Krebs als ihre Artverwandten. Für die Krebsforschung soll das tödlich sein. Das erste Patent gilt für das sog. c-Ha-Gen, welches als krebsauslösende Sequenz in jedes Tier einzuschleusen ist. Es war das erste Patent auf ein gentechnisch verändertes Tier. Das Europäische Patentamt lehnte die Patentierung von Tieren per Beschluß an ihre US-Kollegen noch im

selben Monat als ethisch bedenklich ab. In Bezug auf Pflanzen soll dieser Beschluß nicht gelten. Im Juli 88 erhielt die US-Firma Agrigenetics Patentschutz für eine gentechnische Veränderung, die den Eiweißgehalt von Futterpflanzen steigern soll. Das Patent wird Ende 88 Anfang 89 gültig. Eine entsprechende generelle Änderung des EG-Patentrechts ist in Arbeit. Die EG hat einen Richtlinienentwurf erarbeitet. Alle Mitgliedsstaaten müssen dementsprechend ihre nationalen Gesetze bis Ende 1989 geändert haben. Die Begründung zur Patentierung von Lebewesen lautet: „Eine Erfindung soll nicht als unpatentierbar angesehen werden, nur weil sie auf lebender Materie beruht.“ Auch die „AG Patentierung von Lebewesen“ traf sich auf dem Kongress am 3.7. in Köln. Sie will ihre Kampagne auf Europa-Ebene führen. Die Kampagne beginnt erst. Genauere Informationen gibt es beim „Gen-ethischen Netzwerk“.

Embryonenforschung

Nachdem die Spitzenorganisation der westdeutschen Wissenschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), zu nächst Sturm gelaufen waren gegen ein verabschiedetes Verbot der Forschung an Embryonen, haben sie sich inzwischen

zurückgezogen. Die Max-Planck-Gesellschaft, wie es scheint, jetzt Bereitschaft zum Einlenken. In einem Brief an den Bundesgesundheitsminister erklärte der Präsident der Gesellschaft, „daß die Forschung an frühen menschlichen Embryonen betriebl haben sich Ärzte und Naturforscher bereits Rückfragen zur Vermeidung von Fehlentscheidungen gegeben. Darüber hinaus werden wir uns für solche Forschungen, die nicht auf der Verabreichung von Embryonen beruhen, nicht auflegen.“ Solange der Rahmen des ethisch und rechtlich geregelten unter Berücksichtigung der Aufgaben, welche von der Allgemeinheit an Wissenschaft und Forschung gestellt werden nicht geklärt ist. Dies bedeutet, daß wir uns auch bisher, entwicklungsfähige Embryonen für Forschung in unserem Bereich nicht benutzen und auch nicht gezielt herstellen werden.“

Das klingt tatsächlich nach moderater Kompromißbereitschaft, aber was sind Kompromisse: Embryonen? Und

Das klingt tatsächlich nach moderater Kompromißbereitschaft, aber was sind entwicklungsfähige Embryonen? Und was ist die zum Verbot vorgeschlagene „fremdnützige“ und „verführerische“ Forschung? Scheindefinitionen! Geklärt ist nichts!

„Der Gesetzgeber“, schreibt Gisela Kretschmer im „Gen-ethischen Informationsdienst“, Nr. 36, „wird sich entscheiden müssen. Entweder er verbietet grundsätzlich jede Art von Experimenten an menschlichen Embryonen und überträgt damit die Deklaration von Helsinki (Verbot medizinischer Experimente am Menschen) ohne Abstriche auf menschliches Leben, oder er muß sich die Frage stellen, welche Forschungsziele so „hochrangig“ sein könnten, daß sie eine Ausnahmeregelung rechtfertigen.“ Aus dem Bundesgesundheitsministerium ist z. Zt. zu entnehmen, daß man sich solche Ausnahmeregelungen bei Forschung im Dienste von „Lebensschutz“, etwa in der AIDS- oder Krebsforschung, denken könne. Solche Forschungsziele seien bisher aber nicht zu erkennen. Solange neige man zu einem generellen Verbot in dem zu verankernden Embryonenschutzgesetz — eine ethische Vorgabe aus Bonn, wie Frau Kretschmer zu glauben scheint? Oder ein

Wink mit dem Zaunpfahl, die Forschungsziele akzeptanzfähiger zu formulieren? Auch diese Debatte hat erst begonnen!

Das Wolkige am Horizont

200 Millionen Dollar jährlich zusätzlich zum laufenden biotechnischen Etat, drei Millionen in 15 Jahren soll die US-Regierung ab sofort für ein „human genome project“, die Erforschung und Protokollierung des gesamten menschlichen Erbguts aufwenden. Das empfiehlt der „Ausschuß für die Kartierung der Sequenzierung des menschlichen Genoms“ in seinem im April veröffentlichten Bericht. Der Ausschuß wurde durch den „National Research Council“ (NRC) berufen, ein von Wissenschaftlerinnen gegründetes Gremium, das den Kongress berät. Begründung u.a. Gründliche Erforschung der 3000 bekannten angeblich genetisch bedingten Krankheiten. Als Beispiele werden u.a. Schizophrenie und die Vererbung der geistigen Entwicklung genannt. Bessere Krebsdiagnose und Therapie und vorgeburtlicher Diagnostik 100.000 Gene und drei Milliarden Nukleotide waren zu identifizieren und zu entschlüsseln. Parallel dazu soll ein einfacher Organismus gentechnisch kartiert werden, um mit ihnen vergleichende Untersuchungen und Experimente durchführen zu können. Vorrat sollen keine großen Forschungszentren eingerichtet werden, sondern kleine Forschungsgruppen parallel arbeiten. Finanziert werden soll je nach Erfolg. Allerdings, eine zentrale Datenverarbeitung ist geplant. Ein

„genome atlas“ soll in ein Labor in den USA, ein „genome atlas“ in Europa, ein „genome atlas“ in Japan, ein „genome atlas“ in der Sowjetunion, ein „genome atlas“ in Indien, ein „genome atlas“ in China, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru, ein „genome atlas“ in Ecuador, ein „genome atlas“ in Kuba, ein „genome atlas“ in Bolivien, ein „genome atlas“ in Paraguay, ein „genome atlas“ in Uruguay, ein „genome atlas“ in Chile, ein „genome atlas“ in Argentinien, ein „genome atlas“ in Brasilien, ein „genome atlas“ in Mexiko, ein „genome atlas“ in Kolumbien, ein „genome atlas“ in Venezuela, ein „genome atlas“ in Peru,



Vergewaltigungsoffer sollen genetischen Fingerabdruck rechtfertigen

Alec Jeffreys zeigte 1985, wie es möglich ist, mit Hilfe der Erbsubstanz DNA individuelle Streifenmuster zu erzeugen. Er taufte das Verfahren „genetischer Fingerabdruck“. Das entscheidende Werkzeug in dem riesigen Erb-Bestand des Menschen hatte Jeffreys ein winziges Stückchen DNA gefunden, das nicht, — wie die DNA sonst — von Mensch zu Mensch recht gleich aussieht, sondern im Gegenteil: verschieden. Aus diesem Witzling baute er eine radioaktive Such-Sonde. Sie lagert sich an die DNA aus dem Blut eines Menschen an, die zuvor auf einem Nylonfilter ausgebreitet wurde. Jeffreys' Suchsonde fand unterschiedliche Gelegenheiten zur Anlagerung vor. An Stellen, die ihr ähnlich sind, heftete sie sich fest und sandte später, als ein Röntgenfilm über den Nylonfilter gelegt wurde, ihre radioaktiven Signale schwärmend in den Film — mit unterschiedlichem, individuellen Muster. Damit hatte Jeffreys ein Verfahren, das mit hoher Sicherheit Blut-, Samen-, Haarwurzel- oder Hautproben einem einzigen und fast keinem anderen Menschen zuordnen kann. Die Irrtumswahrscheinlichkeit wird zur Zeit noch unterschiedlich bewertet, doch sie ist wahrscheinlich sehr gering. Die Westberliner Polizei mußte bei ihrem ersten Fingerabdruck das Gutachten bei der Firma Cellmark

Rechtliche Voraussetzungen sind ungeklärt

Eine neue Methode in einem biochemischen Labor kostet Nerven, Zeit und vor allem Geld. Hans-Joachim R., der Mann, dessen Verhaftung so medienfreundlich von der Westberliner Polizei präsentiert wurde, ist der Test auf der Suche nach biologischen Spuren. Er mußte an 7 Stellen 10 bis 20 Tropfen Blut abgeben, um es gegenwärtig überhaupt möglich ist, daß das Beweismittel Genomanalyse vor einem deutschen Gericht anerkannt wird. Bisher sind die rechtlichen Verhältnisse mehr als ungeklärt. Der körperliche Eingriff, der an einem potentiellen Täter vorgenommen werden muß, ist zunächst unproblematisch, eine medizinische und polizeiliche Routinemethode, die Blutabnahme. Bedenklich wird es erst, wenn das Erbmaterial DNA aus dem Blutkörperchen isoliert ist und die molekular-biologische Analyse folgt.

Lassen sich solche Untersuchungen mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf informationelle Selbstbestimmung und auf Nichtwissen gegenüber eventuell zutage geförderter Anfertigung für genetisch bedingte Krankheiten vereinigen? Wie lange werden die genetischen Daten gespeichert? Darf an Tatoren gefundenes organisches Material — Blut, Samen, Haarwurzel- und Hautreste — grundsätzlich der DNA-Analyse unterzogen werden? Was geschieht mit nebenbei ermittelten Daten „Opfer“? Kann der Schutz vor Weitergabe genetischer Analysen an andere Behörden oder an Dritte (Arbeitgeber, Versicherungen) ausreichend gewährleistet werden?

Jurist Dr. Detlev Sternberg-Lieben aus Westberlin, dem BKA-Anstellungsleiter Dr. Wolfgang Steinke das Verdict zu sprach, diese Problematik in die juristische

Dr. Wolfgang Steinke das Verdict zu sprach, diese Problematik in die juristische Literatur eingeführt zu haben, gibt in allen diesen Fragen schon im Vorfeld Erwarnung: „Die Gentechnologie wird in die medizinische Kriminalistik Eingang finden, da durch Vergleich bestimmter DNA-Sequenzen eine sichere Identifizierung ermöglicht wird“, stellt er lapidar in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ fest. Der genetische Fingerabdruck berge keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Seine Argumentation. Bei der Genomanalyse würden ohnehin nur solche DNA-Abschnitte untersucht, die keine besonderen Informationen trügen. Die nichtkodierten Sequenzen liegen zwischen den Genen und sind selbst „leer“. Diese Abschnitte im Erbmaterial werden in der Tat nicht in Eiweißstoffe übersetzt und können somit nicht zu Aussagen über die genetische Verfassung, hinsichtlich Krankheit oder Gesundheit führen. Insofern, so Sternberg-Lieben, unterscheiden sich Genomanalysen und Fingerabdrucke kaum voneinander — gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe nicht.

Es wäre zu schön. Tatsächlich hat man sich aber jetzt schon in die kodierten Sequenzen vorgewagt, um individuelle Erbgutmuster festzustellen. So verteidigt Christian Rittner, Professor am Mainzer Institut für Rechtsmedizin, seine Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet mit dem Argument, die Sicherheit bei der Zuordnung von DNA-Mustern steige mit dem veränderten Verfahren enorm. Es ist richtig. Die nicht-kodierenden Abschnitte unterliegen keinen Anstrengungen der Natur auf Konservierung, wie die Gene. So ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich bei der DNA-Muster-Vererbung von der Mutter auf die Tochter grobe und verfallende Veränderungen zufällig einschleichen, tausendmal geringer als bei den Zwischen-Gen-Sequenzen. Dies wird dann bedeutsam, wenn sich die Kriminalisten nicht mehr mit Mord- und Vergewaltigungsfällen, sondern mit der Aufklärung von Verwandtschaftsverhältnissen befassen wollen. In England werden heute schon Einreiseerlaubnisse der Angehörigen von Ausländerinnen rechnerisch mit dem Verfahren geprüft.

Die Forschungsanstrengungen des Herrn Rittner haben wohl auch noch einen viel profaner Grund: Die erste Methode wurde von ihrem Erfinder Alec Jeffreys umgehend patentgeschützt und ist nur gegen gute Bezahlung an die britische Firma Cellmark Diagnostics zugänglich. Ein verbessertes, eigenes Verfahren wirkt verlockend — auch wenn es nun tatsächlich an die (erb-)Substanz des Menschen geht. Kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf?

Am Machtgefälle zwischen Männern und Frauen ändert sich nichts

Kritisch schätzen die Frauen des Gen-Archivs Essen die neue Lage ein. „Es wird nicht gehen, daß wir sagen, hier wollen wir die Technik aber dort wollen wir sie nicht. Das wird sich später nicht mehr trennen lassen“, gibt eine Mitarbeiterin des Archivs zu bedenken. Im Endeffekt werde die Technik helfen, das genetische Screening (Durchtesten) von Arbeitern und Arbeiterinnen möglich zu machen. Eine Westberliner Rechtsanwältin, die häufig Vergewaltigungsoffer vor Gericht vertritt, vermag kein gravierendes kriminalistisches Problem zu erkennen. „Nur wenn folgende Umstände zusammenstreffen: Die Frau kann den Täter nicht eindeutig wiedererkennen, es gibt keine Indizien, die mögliche Täter ausschließen und den Angeklagten einschließen, erst dann werden Blutuntersuchungen angeordnet. Solche Fälle sind jedoch sehr selten.“ Trotzdem ist sie in der Beurteilung gespalten. „Jede Technik, die zur Identifizierung und Verurteilung von Vergewaltigungsfällen führt, ist erstmalig richtig. Es sollte da nicht auf Geld geachtet werden. Allerdings müssen wir uns fragen, ob diese Technik aus, den Frauen, nicht am Ende größeren Schaden bringt als Nutzen. Das sollte man vorher sehr genau prüfen.“

Auch die Frauen vom Berliner Notruf für vergewaltigte Frauen sind mürrisch geworden: „Wir haben uns sehr gewundert, welche Anstrengungen die Polizei auf einmal unternimmt, um Vergewaltigungsfälle dingfest zu machen. Bisher hat die sich doch nicht so engagiert, warum auf einmal dieser Aufbruch?“ In 70% aller Fälle sei der Täter ein Bekannter, der oft sogar nicht bestreite, daß er sexuelle

begehe. „bestreite, daß er sexuelle Kontakte mit der Frau hat.“ Das große Problem sei die Unterdrückung der Frauen nach dem Motto, die Frau habe es ja gewollt. „Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sollten lieber die alten Methoden gut betreiben. Das Geld für die Genomanalysen sollte sie in ihre Weiterbildung im Umgang mit den Opfern investieren.“ Noch immer werden Frauen bei der Protokollaufnahme herablassend, demütigend und süffisant behandelt. Dies alles kennen auch die Frauen im Essener Gen-Archiv zur Genüge, letztlich sei die Vergewaltigung von Frauen ein Problem, das sich aus dem Machtgefälle zwischen Männern und Frauen ergibt. Durch die Einführung der Technik ändert sich daran überhaupt nichts. Ihre Einschätzung: „Wissenschaft und Polizei versuchen im Moment, diese Technik akzeptabel erscheinen zu lassen.“

Kalte Bänke — heiße Suppen?

Über solche Bedenken läßt die Westberliner Polizei nicht mit sich reden. Bewegung kam in den barsch abwehrenden Presseamt Geleit erst durch die kleine Drohung, das Fernschreiben solle gern filmen, wie unfrei seine Behörde den Informationswillen der Redaktion ablehne. Er versprach, sich zu kümmern, kehrte mit Kreide in der Stimme zurück, doch das blieb. „Unsere Wissenschaftler sind leider noch nicht so weit“, beteuerte er. Ähnlich war der Sprecher des Bundeskriminalamtes instruiert worden: „Wir wollen zur Zeit mit diesem Thema noch nicht öffentlich auftreten.“ Die Westberliner Pressekonferenz bleibt also ein kleines Blüthen in der ansonsten schwarz-dunklen Informationspolitik der Polizei. Ebenfalls leise geschwärzt war ein Röntgenfilm, den Frau Dr. Hermann, wissenschaftliche Leiterin des Westberliner Gen-Tech-Labors, den Journalisten entgegenbrachte. „Diese Analysen werden verschwiegen, weil sie neue Methoden“ erläuterte sie stolz. Wenig später ließ sie vernehmen: „Unter Laborbedingungen haben wir schon die Arbeit mit den aktiven Stoffen gestartet, die Red. wird erst im Oktober fertig.“ Hier fragt sich: Wie schwarz Frau Dr. Hermann ihre Autoradiogramme ohne Isotop? Wer wird denn da jetzt schon mit der heißen Suppe auf der kalten Laborbank herumpanaschen?

Susan Cheap, Nachdruck aus Genfischer Informationsdienst Nr. 36, September 1988

Buchbesprechung »Discriminate Deterrence« ein Kriegsführungskonzept

Christof Parnreiter (Hrsg.) Neue Fronten. Neue Kriege. Differenzierte Abschreckung — ein Kriegsführungskonzept. Eine Analyse der neuen US-Außenpolitik mit einer Übersetzung des Originaldokuments „Discriminate Deterrence“, Grün-Alternativ Verlag, Wien 1988

Am 12. Januar 1988 präsentierte die „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“ in Washington nach 15-monatiger Arbeit ihr Ergebnis „Discriminate Deterrence“ (Differenzierte Abschreckung) lautet der Titel des 69-Seiten-Dokuments. Eingesetzt vom damaligen Verteidigungsminister Weinberger und seinem Sicherheitsberater Pinckney erarbeitete die hochkarätig besetzte Kommission „Vorschläge für Veränderungen in der Militärstrategie der Vereinigten Staaten in Hinblick auf die sich in den kommenden Jahrzehnten wandelnde Sicherheitslage“.

Seine Bedeutung erlangt der Strategieentwurf nicht in erster Linie wegen neuer Gedanken zur Sicherheitspolitik der USA, sondern weil er die gesamte Strategiepalette des letzten Jahrzehnts in dem USA widerspiegelt und diese zu einem Umdenken zwingt. Der Strategieentwurf, in den sich schon in der Umsetzung begriffene Doktrinen wie Airland Battle wie auch aktuell geplante Rüstungsmaßnahmen wie die Modernisierung der Kurzstreckentraktoren nahtlos einpassen. Die Strategieplaner legen ihren Ausführungen eine Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse zugrunde, die sie für die nächsten 20 Jahre erwarten. Sie gehen von einem sinkenden amerikanischen Interesse für Europa einerseits und zukünftig stärkeren Bedrohungen in anderen Teilen der Welt andererseits aus. China und Japan könnten im nächsten Jahrhundert in asiatische Supermächte werden, die Zahl der atomwaffenfähigen

Staaten wachse auf 40, man sei insgesamt mit einer wesentlich komplizierteren Weltlage konfrontiert.

Die Konsequenzen daraus sind: Die gültige Strategie muß in Einklang mit den neuen Realitäten gebracht werden, da sie bisher nur geringen Nutzen beim Umgang mit feindlichen Ländern, die nicht dem sowjetischen Block angehören, bietet. Auch die Drohung mit Atomwaffen ist „zunehmend weniger glaubhaft“ geworden. Die USA brauchen flexible Truppen, um sowjetischen Herausforderungen an verschiedenen Orten ihrer Peripherie entgegenwirken zu können, und sie brauchen ein Potential, um einer großen Bandbreite eventueller Konflikte in der „3. Welt“ zu begegnen. Um Europa unbesorgt „allein zu lassen“, muß die NATO-Strategie geändert werden und die Europäer, insbesondere die BRD, müssen stärkere Eigenleistungen erbringen.

Gerade der letztgenannte Punkt hat die Diskussion um dieses Papier kräftig angeheizt. Bundesdeutsche Gegner fürchten den Entzug des atomaren Schutzschirms der USA. Dies würde die Härte eines Krieges in Europa einschließen, die begrenzten Atomwaffenreserven erhöhen (dazu ausführlich AK 292, S. 24).

Eine deutsche Übersetzung des vollständigen Papiers ist jetzt in der Reihe MUZ Dokument im Wiener Grün-Alternativ-Verlag erschienen. Der Band enthält außerdem einen Aufsatz des Herausgebers Christof Parnreiter, der das Papier im Zusammenhang der NATO-Strategiedebatte der letzten Jahre analysiert. Wenn die Kritik an Aufstellung und Krieg sich nicht immer nur an einzelnen Phänomenen entzündet, soll dann ist eine grundsätzliche Kenntnis der langfristigen strategischen Konzepte nötig, heißt es im Vorwort. Die vorliegende Veröffentlichung liefert dazu sicherlich

werden die Zahl der atomwaffenfähigen Staaten

Zehn Tage auf Spanisch

Daß es Folter gibt, glauben viele — sie halten es in fernem, weniger entwickelten Ländern“ des Trikonts für möglich, aber das solche Dinge in eigenen Haus passieren, wird entschieden abgelehnt.

Folter ist etwas Abstraktes, etwas, was wir aus Bildern und Berichten von Amnesty International oder vom Fernsehen kennen. Dabei hat Folter System. Nicht irgendwo, sondern hier — in der Schweiz, in der BRD, Italien — oder in Spanien. Über letztere hat Eva Forest ein Buch geschrieben. Wer sich zu Beginn der 70er Jahre gegen die in den letzten Tagen liegende Franco-Diktatur engagierte, dem mag ihr Name noch bekannt sein. Denn vor allem der internationalen Solidarität war es 1975 zu verdanken, daß gegen sie kein Todesurteil gefällt und sie nicht wie fünf andere noch hingerichtet wurde. Hauptanklagepunkt war Beteiligung an dem ETA-Auflauf auf den designierten Franco-Nachfolger Carrero Blanco.

Alice ist eine Frau, die eine ganze Zeit lang aus einer kleinen baskischen Dorf, die eines Tages vor der Schule in ein Auto gezeitert und entführt wird. Eine gewöhnliche Festnahme nach dem spanischen Anti-Terror-Gesetz. Alice erlebt zehn Tage in der sogenannten „comunicación“ Haft, von der Außenwelt isoliert in totaler Kontaktsperre der französischen Guardia Civil ausgeliefert. Alice wird in diesen zehn Tagen mehrmals von einem Kerker in den anderen verlegt, öfters wird ihr mit Vergewaltigung und Erschießung gedroht bis sie schließlich in einem naßkalten Kellerverlies in Madrid landet. Nach mehreren Verhören (in Madrid mit einem stummen Pflichtverteidiger mit dem sie nicht sprechen darf) kommt Alice beim ersten Haftprüfungstermin nach zehn Tagen frei. Es liegt nichts gegen sie vor wie bei den meisten der 12.000 in den letzten zehn Jahren verhafteten Baskinnen.

In einer streckenweise beinahe zu harmonischen Einfachheit werden die Erlebnisse und Gedanken von Alice erzählt. „Alice ist sicher, daß sie mit ihr kurzen Prozess machen werden. Die werden mich vergewaltigen wie Mari Jose Bravo, mich verstümmeln wie die drei von Almeria, mir einen Stock in die Vagina rammen, wie sie es mit Merche machten, und dann in irgendeinen Sumpf werfen. Alle Foltermethoden, über die sie in den letzten Jahren etwas in der Zeitung gelesen hat, gehen ihr jetzt durch den Kopf.“ Alice ist allerdings nicht nur ein Buch über Folter,

sondern auch über Widerstand und Solidarität. Parabel zu den Erlebnissen von Alice erzählt die Geschichte, wie sich im Dorf von Alice ein reges Treiben entwickelt, wie sich Angehörige, Freunde und Bekannte von Alice zusammenschließen, um erstens herauszufinden, wohin Alice entführt worden ist und zweitens mit ihr in Kontakt zu treten. „Die Spekulative Razzia in der Nacht zuvor und die zahllosen Einzelheiten, die im Laufe des Tages bekannt wurden, haben die Bewohner in Unruhe versetzt.“ An diesem Abend kommen dreimal soviel Menschen wie sonst zu der Versammlung. In den Arkadengängen des Rathauses finden sie keinen Platz mehr und so stehen viele auf der Freitreppe um den Musikpavillon.

Die Erzählung, ursprünglich als Artikelserie für die baskische Wochenzeitschrift „Punto y Hora“ geschrieben, stützt sich zu großen Teilen auf in den sogenannten „Folterprotokollen“ festgehaltenen Erlebnisse und Augenzeugenberichten. Eva Forest: „Als ich dann begann, alles niederzuschreiben, griff ich zu einer literarischen Form, die mehr als ein Artikel oder eine normale Anklage geschäft die Möglichkeit bietet, Aussagen einzelner so wiederzugeben, daß sie Allgemeingültigkeit bekommen.“ Eva Forest bedient sich sehr bewußt dieser, in diesem Fall sehr einfach gehaltenen, Erzählform, „ohne Pathos, um nicht zu dramatisieren, was an sich schon eine Tragödie ist“, und um „dem Leser das Außergewöhnliche vertraut und zugänglich zu machen. Könnte ich zeichnen, hätte ich die Geschichte als Comic gestaltet“. Wenn die baskische Wirklichkeit 1988 von Repression und Verfolgung eines Volkes fremd ist, derdem müssen die Erlebnisse von Alice wie ein modernes schwarzes Märchen aus einem fremden Erdteil vorkommen. Wäre da nicht die geschickte parallele Erzählung des solidarisches Dorfes aus dem Alice kommt. „Und Solidarität, das betone ich ausdrücklich, ist ein Lebenszweck — nicht nur für die Gefangenen. Wer Solidarität praktiziert stumpft nicht ab, verfallt nicht in Gleichgültigkeit, diese besondere Form eines langsamen Todes“ (Eva Forest).

ps.

Eva Forest: Alice — Eine Erzählung über Repression und Verfolgungen im Baskenland, Karin Kramer Verlag, Berlin 1988

SPD und Gewerkschaften:

Oskar spritzt mit Fett

Schnupplitz Münster, August 1988: Auf dem SPD-Parteitag trägt Oskar Lafontaine seine neuen Thesen zur Tarifpolitik vor, die den Lohnabhängigen ins Gesicht schlagen. Zurück schlagen erstmalig die Gewerkschaftsführer Rappé, Siemkühler und Wulf Mathias. Auch die „SPD-Linken“ aus dem „Frankfurter Kreis“ geben sich verärgert, FDP- und CDU-Politiker und Kapitalisten zeigen sich angehen von Lafontaines „pragmatischer Phantasie“.

Eine Woche später, Schauplatz Karlsruhe: Auf dem 13. Gewerkschaftstag der IG Chemie tritt der Vorsitzende Rappe für Sozialpartnerschaft und Gespräche mit Regierung und Kapitalisten ein, um gemeinsam den „Industriestand der Bundesrepublik“ zu erhalten. Die „FAZ“ lobend: „Ein ewiger Verfechter eines realistischen, von linker Ideologie und Klassenkampf freien Gewerkschaftskurses“.

Szenenwechsel, Oktober 1987: In der sogenannten Stuhlrunde erklärt die KdM Metall sich gegenüber Bundesregierung und Kapitalisten einverstanden mit dem Abbau weiterer 35.000 Arbeitsplätze im Stahlsektor. Die Unterstützung der Gewerkschaft für die bald darauf in den Kampf tretenden Stahlarbeiter von Rheinfelden ist bis zum Schluss mager.

Auf ein reines Probenispiel) sollte mensch die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen „Enkeln“ dennoch nicht reduzieren. Die jeweiligen Beteiligungsfelder Betrieb und Parlament stellen an die beiden bündnisförmigen Apparate SPD und Gewerkschaften auch unterschiedliche taktische Anforderungen.

[illegible]

dem ganzen Reservoir verfügbarer Vorräte über die Begeglichkeiten des Arbeitslebens im öffentlichen Dienst

— Für die weitere Entkoppelung von Arbeits- und Maschinenlaufzeiten einschließlich stärkerer Verfügbarkeit des Wägenendes als Arbeitszeit forderte er „pragmatische Phantasie“

— Er wiederholte die falsche, unter dem Begriff der Wohlstandsgesellschaft während der letzten 20 Jahren gängige Aushauptung, es gelte einer Mehrheit () relativ immer besser und einer zunehmenden Minderheit relativ immer schlechter*. Daraus leitet er seinen Vorschlag vom Lohnverzicht für mutiere Gehaltsempfänger bei Arbeitszeitverkürzung ab.

— Wider die in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ und im wirtschaftspolitischen Leitratrags an den Parteitag formulierten Forderung, die Gewinne der Kapitalisten seien seit Jahren überdurchschnittlich gewachsen, hielt er an der These fest, allein die Höhe des Produktivitätsfortschritts bestimme den Verteilungsspielraum für Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen. Deshalb unterstützte er die Überlegung des Leitratrags, auch die Lohnsenkung zu Gunsten an Unternehmen zu zahlen, die Arbeitszeitverkürzung über den Produktivitätsfortschritt hinaus vornehmen und Mehrbeschäftigung schaffen würden (es ist hier anzumerken, daß dieser Vorschlag vom Parteitag gestrichen wurde).

sicherte Form der Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht betraucht, sehen auch die dort wieder Kappe (für Lohnsumme nimmt einfach nicht an Kenntnis, daß wir längst solche von dem geforderten Tarifverträge zur Teilzeit abschließen“.

Worüber Rappe sich beklagt, ist der vorübergehende politische Erfolg¹ Lafontaines, der lediglich darauf beruht, daß er die Gewerkschaften als einen monolithischen Block von Betonköpfen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen, vorzuführen versucht.² Bewußt und konservativ³. Aber klar doch: Den Maßstäben von Modernität und Zeigeist wird Hermann Rappe nicht gerecht. Frauenquoten und Arminausweis-Spiele sind seine Sache nicht. Aber die Zeichen der Zeit, die er in seinem Buche versucht, zu erhalten: der Arbeitsplatz und des „Industriestandortes Bundesrepublik“ über 1992 hinaus und ökologische Modernisierung nur bei Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Selbst dieses verweigert, absolut systematisches Verständnis von Gewerkschaftspolitik kann nur dann umgesetzt werden, wenn die Gewerkschaft bei der Beschäftigten eine Basis hat. Rappe's Ärger ist verständlich, denn Lafontaine hat schädel eben nicht allein den „linken“ Gewerkschaften Metall und Drupa, sondern den Gewerkschaften allgemein, da er auf die Verringerung ihres Einflusses zielt.

Grundicherung der Bedürfnisse der Beschäftigten vor. Das erfordert das alltägliche Konfliktfeld Betrieb, in dem Kapital- und Beschäftigteninteressen unentzweitbar nahe beieinander liegen. Auf diesem Boden Eingeholm oder Lafontaine, die „Vollspanner“ müsse „auch ihr Kapital als Unternehmer zu operieren und auf Argumente aus diesem Bereich zu greifen“, könnten die Gewerkschaften nur unter Preis der Aufgabe der „Stützpartnerrolle“ als „unverzichtbar“ annehmen. Denn die Sozialpartnerschaft funktioniert nicht einseitig zugunsten der Kapitalisten, die dem Tarifpartner Gewerkschaften bestimmte Zugeständnisse machen müssen. Das würde sich schlagartig ändern, wenn die Gewerkschaften in der überwiegenden Zahl der Konfliktpunkte unmittelbare Unternehmensendpunkte einnehmen würden, da es für die Kapitalisten dann überflüssig wäre, Abstriche an ihren Positionen zu machen. Zu einer solchen weitreichenden Entfallung der Gewerkschaften trägt Lafontaine gegenwärtig kräftig bei und allein dafür wird er von den Kapitalisten und ihrer Journalistik gelobt.

schaftsseite ablehnend aufgenommene Ergänzung ist die Erhöhung von Energiesteuern, die auf einen Vorschlag der Hauff-Kommission zur Vorbereitung des sogenannten Atomausstiegs im zehn-jährigen Frist zurückgeht.

Es ist nicht nur die Enderichtigkeit, mit der das wirtschaftspolitische Papier beschlossen wurde, die Lafontaine's Verwurzelung in der Partei unterstreicht. Vogel, der sich im „Spiegel“-Gespräch (12.9.88) von der Sonntagsarbeit absetzte, betonte vor der SPD-Fraktion im März: „Besonders interessant — und das ist von Lafontaine angelehnt — ist der zwischen Ernst Breit und Herrn Murmann in Gang gekommene Dialog darüber, daß reale Lohnkürzungen dann in Betracht gezogen werden könnten, wenn sich die Unternehmerseite in nachprüfbarer Weise verpfändet, in voller Höhe des dadurch an gesparten Betrages auf Dauer neue Arbeitsplätze zu schaffen“ (Hrvy, 4. A — 60.).

Lafontaine — In der SPD allein?

Den Eindruck, Lafontaine habe sich von der Partei entfernt, konnte mensch aufgrund seines schlechten Wahlergebnisses bei den Vorstandswahlen gewinnen. Das wäre ein Trugschluss. Der Beschluß der großen Parteisitzungen zehren zur Wirtschaftspolitik, Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung" enthält einige „Lafontainesmerkmale" die Begrenzung von „Sozialismus" durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Einführung einer neuen

1. „Eine allgemeine Forderung des internationalen und nationalen Arbeiters ist die Einkommensumwandlung, wobei die Höhe aus der Arbeitszeit auch differenziert geregelt werden kann.“
2. „Innerhalb häufiger wählender Arbeitsnehmer ihre Arbeitszeit freier wählen bzw. Zeitrechnung leisten. Wird diesem Wunsch mehr entgegen kommen, kann eine zusätzliche freiwillige Arbeitszeitverknüpfung erreicht werden.“

Aus der sozialökonomischen Wirtschaftswissenschaften ist die mathematische Modellierung in der Wirtschaft (in Nürnberg 1986) geleistete Erziehungsaufgabe für Hezietter höherer Einkommen, eine wichtige von Handwerk

Unter der Überschrift „Die Enkel sind für den freien Sonntag“ zierte der „Vorwärts“ sozialdemokratische Sternchen in den 40ern mit Disziplinierungen, die keine sind. Schröder (Hiedershausen): „Ich teile die Einschätzung, daß die ökonomische Entwicklung zu mehr Flexibilität zwingt. Auch muß es Politik der SPD sein, wo immer es geht, den freien Sonntag ... zu verteidigen.“ Und Schurping (Rheinland-Pfalz) erklärte auch „gegen eine künstliche 7½ Erweiterung der Arbeit am Sonntag“. Der Zwang der Verhältnisse wird es weiser den Gewerkschaften noch den „Lohnkämpfern“ erlauben, wesentliche Abstriche von ihren Positionen zu machen. Während die einen der weiteren Deregulierung der Arbeitsstandards entgegenstehen müssen, können die anderen nur dann Regierungslösung werden, wenn sie ein alternatives Konzept für die wirtschaftliche Wertschöpfung aufweisen können. Während die bismarckianische Theorie Flexibilität und Flexibilität gegen Unternehmern gemischt werden muß und auf Arbeitslose und Sozialteilnehmer wenig Rücksichten zu nehmen braucht, bedarf es zur Regierungsfähigkeit der SPD mehr Angebote an deklassierte Sammelwerk (Grundrente), an die grüne Wahlhelfer (ständig freierverfügbar) und an die „Frauenquote“ und nach dem 1970er Jahren einen Bund als „Kern der SPD“ und die Brauch der „Zustimmung ihrer bismarckianischen Finanzier“.

to

Das Ende einer grünen Karriere

Bremerhavener GRÜNEN-Sprecher zurückgetreten

Der Streit um grüne Asylpolitik in Bremerhaven ausgelöst durch den massenhaften Zuzug jugoslawischer Roma (siehe AK 297 S. 27), hat inzwischen interne Konsequenzen gezeigt: Der grüne Vorstandsprecher Bernd Vogel (dem standigen AK Leser als Beteiligter an der „äußerst komplizierten Aktion“ Grüner in Partei und Medien gegen den KB 1978/79 kein Unbekannter) hat im Zuge dieser Debatte sein erst vor 5 Monaten angetretenes Sprecheramt zurückgegeben und ist aus den Grünen ausgetreten. Vogel, der den Bremerhavener Magistrat für seine Asylpolitik gegen die Roma – Ehepaare statt Bargeid, die BRD sei kein Einwanderungsland – ausdrücklich gelobt hat, versucht jetzt Spuren zu verwischen, wenn er „unermüdlische Ideologisierung“ in den Grünen zum Hauptaustrittsgrund erklärt.

Letzter Anstoß für seinen einmaligen überraschenden Schritt dürfte eine nochmalige Erörterung der öffentlichen Schelte, die die Grünen ab ihrer Flucht in der Asylfrage zu hören bekamen, in einer grünen Mitgliederversammlung Ende August gewesen sein. Kein Anwesender — außer Bernd Vogel — mochte der in einem Offenen Brief formulierten Kritik seitens Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) öffentlich entgegenzutreten und die vorher durchaus nicht unanzweifelte Zustimmung zur restriktiven Asylpolitik des Bremerhavener Magistrats aufrechterhalten. Die BIFA hatte das Mischswimmen der Grünen auf

der „scheinbar populären Welle der Hetze gegen Wirtschaftswissenschaften“ schnell angegriffen.

Kern seiner Abrechnung mit grüner Politik in Brennerhaven ist — neben allerlei Betroffener — Schicksalsschack — die Feststellung, daß „Realpolitik mit fundamentalistischer Programmatik“ nicht zu machen sei. Mit Positionen wie NATO-Austritt und freier Flüchtlingsströme wurde nur „der Bußzettel der Anzweifler“, die Umsetzungsverschiebungen grüner Positionen jedoch wurden vernachlässigt. Belege dafür, daß die von ihm favorisierte Politik der „verantwortungsvollen Opposition“ mit ihrer bedingungslosen Anbiederung bei den staatsräuberischen Parteien irgendwelche politischen Erfolge bringe, muß Vogel jedoch schuldig bleiben.

Fünf Jahre hatte es unermüdet gedauert, bis Bernd Vogel im Bremerhavener Kreisverband zu Amt und Würden gelangte. Das ist deswegen erwähnenswert, weil seine politische Laufbahn bis zu seiner Übersiedlung von Bremen nach Bremerhaven durchaus von einer gewissen Wendigkeit und Durchsetzungsfähigkeit gekennzeichnet war. So hatte er sich aus dem Dunkkreis der alten KPD-AD kommend – zunächst 1978 beim Aufbau der „Alternativen Liste“ engagiert und mit zur deutlichen Abgrenzung der Liste gegen die BGL Olaf Dinnus beigetragen. Dies hinderte ihn aber nicht, in dem Augenblick, als die Eigenkandidatur der

Bald und Jeroen unterstützten durch politische Lüge Links für einen feststehenden Sachverhalt: die Altpolitikern Rechte für die Wahlabsichten. Bald erklärte, dass die Rechte für die Wahlabsichten die Rechte für die Wahlabsichten die Rechte für die Wahlabsichten.

Mit dem Austritt Vogels ist die grüne Partei nun auch einen Exponenten ihres rechten Flügels (wenn man diese Einteilung angesichts der unübersichtlichen Situation bei den Grünen überhaupt verwenden will) losgeworden, nachdem in den Wochen zuvor mehrere fortschrittliche Grüne entweder aus Anlaß der Wahl Vogels zum Vorstandsmittglied oder wegen der damit erfolgten Politikausrichtung ausgeschieden waren. Die Personaldecke der Bremerhavener Grünen ist aufgrund dieser Entwicklung zwischen ausgesprochen dünn, glaubwürdige und kompetente Kandidaten für Vorstandsämter kaum in Sicht und eine politische Linie gar erst recht nicht erkennbar. Die Bemühungen des Landesvorstands, per Umstrukturierung die Arbeit des Kreisverbands zu konsolidieren, werden daran nichts wesentliches ändern.

Da hat möglicherweise Bernd Vogel die Zeichen wieder einmal richtig gedeutet und die ihm angemessene Konsequenz gezogen.

a. Bremerhaven

„Genug ist genug“

Persönliche Erklärung zum Austritt aus den GRÜNEN

Mein pragmatischer Schritt im März 1987 gemeinsam mit einem Teil der linksliberalen des Alternativen Liste Aachenerburg (AL), in die Grünen einzutreten, hat die Grünen nicht in Richtung Abkehrvermutungen der AL verschoben, sondern das Gegenteil: 14 eingetretene, die damals von uns vehement kritisierte Politik. Hauptgegner Parlament und Parteiführung bei gleichzeitiger Verankerung der Kampagnenfähigkeit und des außerparlamentarischen Standbeins in heute ganzer Praxis der Grünen/AL geworden.

Hundesheim hat dies Paradoxien. Die Grünen haben sich zu einer systemumarmenden Reformpartei veresucht. Die Mitte-Höger- und die Realos bestärken die politische Linie der Grünen. Die (K) Sozialisation von Ebermann, bei Reents und die (K) Fundamentalisieren um Julia Dürfuth haben keine Chance mehr diese Entwicklung zu ändern. Der Kampf um die Erbal von fundamental opposit oneller Ausrichtung der Partei ist im Sinne reformistischer Politik entschieden. Ich betrachte dies als eine Entwicklungsphase der Grünen, die ihren Abschlul gefunden hat.

Politik auf dieser Ebene zu machen, widerspricht meinem Grundverständnis aus dem ich als Demokrat und Sozialist fuhr, den die zu Sozialparteiliche Arten eine Grundvoraussetzung für die Arbeit im Parlament zu sein, welche damit die Konsequenzen

Meine Widersprüche zur Grünen/GAL. Ausschaltungen spitzen sich unter anderem an der Einschätzung und Bewertung des OB-Wahl 88, der Volkskammer 87 und der fehlenden außerparlamentarischen Praxis zu. Ihre kommunalpolitische Praxis im Stadtrat zeitigt nervenaufreibende Auseinandersetzungen mit der Beken-Fraktion OB und seinen Hauptstützen CDU/SPD – hat in mir als „Letzter der alten Art“, ein übriges zu diesem Schritt beigetragen.

Die Frage ist berechtigt, warum ich nicht schon früher, zumindest in Anlehn, meine Kritik in die Öffentlichkeit getragen habe. Wie much bei den Grünen auf Bundesebene, so gibt es auch in Aschaffenburg gegensätzliche Politikvorstellungen. Perspektivische Diskussionen fanden aber kaum statt. Sie wurden eher als lästig empfunden – wie mei-
ne Kritik am Rechenschaftsbericht des GAL-Vorstandes auf der Jahreshauptversammlung im Frühjahr 1998.

Kommuniquenweise kann ich nach meinem Parteiaustritt nicht mehr Gefühlsfigur der Grünen im Stadtrat sein. Deshalb lege ich mein Stadtratsmandat nieder. Hier muß eine Lösung gefunden werden, um gegen den zu erwartenden Widerstand von Oberbürgermeister und Stadtratsmehrheit meine Ratsion und das Nachreichen des nächsten Grünen-Kandidaten zu realisieren.

Abschließend noch einige Klarstellungen:
1. Die Grünen/GAL sind nach wie vor für mich eine fortschrittliche Organisation, ich sehe sie als Bündnispartner gegen antidemokratische, antihologische und unsinnige Politik der regierenden Parteien und Herrschenden in Bund, Ländern und Kommunen und als solche werde ich mein Verhältnis zu ihnen gestalten

2 Wie schon in der Vergangenheit, wo ich in Initiativen wie z.B. gegen die Volkszählung 87 tätig war, werde ich in der Zukunft meine Kraft in die Entwicklung des außerparlamentarischen Widerstands stecken.

3. Auch wenn heute bestimmte linke Politikansätze kommunal und bundesweit gescheitert sind, so heißt das nicht von vornherein, daß sie zum Scheitern verurteilt waren. Die Diskussion darüber ist notwendig und hat schon begonnen.

Johannes Böttner
Aschaffenburg, 4. 9. 88

Das Symbol Palästina

Warum die Hafenstraße eine Parole braucht

Yaron Matras

„Boykottiert Israel“ wurde an eine Wand in der Hafenstraße gemalt. Genug, um selbst Sympathisanten zu erschrecken und die Aufmerksamkeit vieler auf die Hamburger Zentrale des anti-imperialistischen Kampfes zu lenken. Als „geschmacklos“ und „antisemitisch“ wurde die Parole in der Öffentlichkeit bezeichnet und Hamburgs erster Bürgermeister Vosscherau erklärte das Gemälde zur „Stadtangelegenheit“ und forderte die Hafen-Bewohner ultimativ auf, es bis Mitte August zu entfernen, sonst...

Widerstandslos wurde darin ant deadline fernum die Wand übermalt, jedoch nicht unbemerkt: *keine Stimme wird die Stimme des aufständigen überhören — es gibt noch viele Wände* plakatierten die Besiegten der Kampagne triumphierend und zogen durch St. Pauli, aus Protest gegen den Senatsbeschluss, ihre ungeschwänkte Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand verkündend.

Die Diskussion innerhalb der Linken um die falsche oder richtige Palästina-Solidarität, die auf ihre Weise den Aufstand der letzten Monate aus der Ferne begleitete, bekam diesmal durch die Intervention von „Außen“ eine andere Dimension. Die jüdische Gemeinde protestierte, Arie Goral, in Hamburgs antirassistischen Kreisen bekannt, schrieb „welches den Anklagen“ und ein prominentes G.A.L. Mitglied drohte mit Austritt, falls seine Partei sich von der Parole nicht distanzieren.

So konnte sich auch die G.A.L., Bündnispartner zu Krisenzeiten, die Verwirrung nicht ersparen. Eine scharfe Auseinandersetzung brach noch vor den Sommerferien aus, in den Reihen des Landesvorstandes konnte man sich jedoch auf keine Handlungsrichtung einigen. Für die Einen war jede Debatte überflüssig, schließlich wurde man sich für die politische Autonomie der Hafenstraße einsetzten was auch eine Haltung der Nicht-Einmischung zu bedeuten habe.

Mehrheit fanden es sinnvoll, gerade über den Antisemitismus Vorwurf zu diskutieren, um die Hafenstraße vor „erneuten Kriminalisierungen“ zu schützen. Aber wo liegen ihre Reaktion darauf auf die Position der G.A.L. zu Palästina? Können die Israel kritisiert, aber doch anerkennen, die Nicht-Anerkennung Israels...

...kann man aber auch anerkennen. Die Nicht-Anerkennung („Israel“ wurde am Hafen in Anführungszeichen gesetzt) könne nicht die durch den Zionismus verursachte Ungerechtigkeit beilegen. Der Aufruf zum Boykott würde wieder in die Zeiten von „kauft nicht bei Juden!“ erinnern. Die G.A.L. wurde dazu aufgefordert, solche Parolen als Mittel der Auseinandersetzung abzulehnen.

Doch der Landesvorstand blieb stumm. Die vorgelegten Anträge beinhalten so verschiedene Standpunkte wie eine Unterstützung der Auffassung der Nahost-Expertise, Nicht-Befassung, Verurteilung der Hafen-Parole und bis hin zu einem Bekenntnis zum anti-faschistischen Kampf. Aber was das eigentliche Thema war, blieb unklar.

Verwirrt scheinen aber nicht nur die Bündnispartner zu sein. Vorwurf wird jeder, der sich das Solidaritätsspektakel anschaut und versucht herauszufinden, um was es eigentlich geht. Denn, ging es nur um die Parole als Ausdruck eines politischen Programms zur Frage „Palästina“ so wäre es relativ einfach. Man würde dann erworbene Kenntnisse einsetzen um die Geschichte und die gegenwärtige Lage im Nahen Osten zu besprechen. Man würde darüber diskutieren können, was die Perspektiven einer Lösung des Konfliktes oder eines Ausganges des aktuellen Aufstands sind. Man würde fragen, ob man von hier aus den Aufstand durch Boykott israelischer Waren, durch Hilfe für die Volkskomitees oder für oppositionelle Gruppen sinnvoll unterstützen kann.

Doch all diese Fragen haben eine völlig andere Bedeutung, wenn sie in erster Linie aus dem hiesigen Kontext abgeleitet werden. Um über Palästina reden zu können, muß man nicht nur die Unkenntnis überwinden, man muß sich mit Bedarf haben und Fronten auseinandersetzen, die mit dem Konflikt im sonnigen Morgenland wirklich wenig zu tun haben.

Man führt hier einen politischen Kampf gegen den Staat und seine Ordnung, man ist von der Qualität des schichtenübergreifenden Massenauflands in Palästina beeindruckt und möchte dort von hier aus mitmachen. Doch der Konflikt in Nahost, der Streit zwischen zwei Völkern um das Selbstbestimmungsrecht in einem Land, der Widerstand gegen eine kolonialisierende Politik und gegen das Vorenthalten nationaler Rechte — all diese ge-

hören zu einer Ebene, die den Zuständen, den Denkmätern und den Analysen in Europa oft fremd sind.

Für Linke in Deutschland ist natürlich Palästina bei weitem keine existentielle Frage, weswegen ständig nach dem „eigenen Bezug“ gesucht wird, um daraus die ersichtliche „Betroffenheit“ abzuleiten. „Eine Front gegen Faschisten, Rassisten und Zionisten in Palästina, Azania und hier“ verlangt ein Transparent in der Hafenstraße, „hier“ nach einiger Verzögerung ist die Herstellung der sogenannten globalen Zusammenhänge, die dem anti-imperialistischen Spektrum den subjektiven Status einer hiesigen Entscheidung der palästinensischen Befreiungsbewegung verleiht.

So war auf einem Plakatentwurf vor einigen Monaten eine Zeichnung zu sehen, die die Gemeinsamkeiten im Kampf zu thematisieren versuchte. Auf der einen Seite ein palästinensischer Jugendlicher, mit einer „Kufiya“ — einem sogenannten „Pala Tuch“ — verumhüllt, der vor dem Hintergrund einer Bulldozer — stellvertretend für die israelische Siedlungspolitik — steht. Ein Stein in der Hand. Auf der anderen Seite, parallel und in gleicher Größe, ein verumhüllter „Autonome“, Stein in der Hand vor einem mitteleuropäischen Kernkraftwerk. Das ganze trägt die Überschrift: „Steine können auch Argumente sein“.

„Wir kämpfen um unsere Befreiung international“ verkündet ein Palästina-Plakat in St. Pauli. Palästina wird zum Symbol eines Widerstandes. Das, was für die hiesige Vietnam war, versuchen heute andere nachzumachen. Aus den Kämpfen in Palästina den Stoff für die Bildung der eigenen politischen Identität hier herauszuholen. So erschien im Hafen ein vierspeitiges Flugblatt, das als Titelblatt eine große Abbildung der inzwischen verschwundenen Parole trägt. Im inneren Teil geht es dann um die Häuser, um die Front gegen Bullen und Faschos, um die Anschuldigungen bezüglich der Parole schließlich um das kommende Fußballspiel des FC St. Pauli und die Bedrohung durch Hooligans — die Summe der aktuellen Probleme des Hafenviertels.

„Komm, bringst Helme, Knüttel und gute Ideen mit! Kein Fußbreit den Faschisten! Solidarität mit dem Volksaufstand in PALÄSTINA“ Dieser abschließende Satz harte sich bis heute in der Hafenstraße...

PALÄSTINA. Diese abschließende Satz harte sich bis heute in der Hafenstraße. Dort, wo sich die Hafenstrahler Brigaden nach Palästina schickten. In keinem anderen Land begründet man den Selbstverteidigungskampf — hier gegen Neonazis, gegen Raubmord — durch Parolen aus dem Widerstand einer fremden, entfernten Gesellschaft. Hier fungiert aber Palästina nicht nur als Palästina, sondern stellvertretend für einen Kampf, den man hier vielleicht gerne führen würde. Und das macht es so schwierig, über Palästina zu reden.

Aber warum gerade Palästina? Worn besteht der Reiz, sich einen entfernten Kampf — so gerecht er ist — mit solchem Eifer anzueignen? Dem bundesdeutschen Staat galt und gilt Israel als Alibi. Es ermöglichte eine vermeintliche Versöhnung zwischen einer deutschen und einer jüdischen Regierung. So sehr der bundesdeutsche Staat, die Springer-Presse und die westdeutschen Medien sich schuldig hinter Israel stellten, um bloß die Debatte über den deutschen Antisemitismus zu beenden, umso mehr bemüht man sich in linken Kreisen das Alibi-Tabu zu durchbrechen.

Vor diesem Hintergrund muß das Bedürfnis verstanden werden, die israelische Politik mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichzusetzen. Es ist die Rede von der „ideologischen Verwandtschaft zwischen dem NS-Faschismus und dem Zionismus“ (1), von den Kontakten der Zionisten zu der „jüdischen Abteilung der SS“, vom Aufruf der Zionisten „zur Zusammenarbeit mit dem NS-Regime“ (2), eine Vergewaltigung geschichtlicher Fakten, die das Bild Israels als Gegenhese zum deutschen Faschismus um jeden Preis überschlagen soll. Der Ausgleich führt zur Entlastung, Juden und Nazis sind endlich in einem Boot.

Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus und seiner (Nicht-)Aufarbeitung in dieser Gesellschaft sowie die Infragestellung des bundesdeutschen Staates führen die Linke zu Palästina, nicht die eigentliche Lage in Nahost. Die Debatte, die man hier scheitern um Palästina führt, ist eine Debatte um deutsche Vergangenheit und bundesdeutsche Gegenwart, der Aufstand in Palästina liefert dazu — wie 1982 die israelische Invasion in den Libanon — lediglich den Anlaß.

Es ist zweifellos ein Akt des Zynismus, wenn der Hamburger Senat die Parole „boykottiert Israel“ als antisemitisch bezeichnet um dadurch ihre Entfernung zu rechtfertigen. Dem Senat der Alt- und Neonazis dichtet, der von seinen Beamten immer noch einen „Nachweis der deutschen Abstammung“ verlangt, geht es nur darum, Muskeln zu zeigen und seine Souveränität im Bereich der Häuser nachzuweisen. Doch wie die Hafen-Bewohner richtig schreiben, „sich einen antisemitischen Orden anzueignen“.

Gleichwohl kommt man nicht um eine Auseinandersetzung mit dem als Antizionismus verpackten Antisemitismus her. Wenn Kreise wie die „Autonome Nahostgruppe“ die „notwendige Assimilation“ der Juden verlangen (3), oder wenn von Mischgeschäften der Vertreter israelischer Konzerne (Flugblatt der Hafenstraße) die Rede ist, so muß man sich erst mit der Übernahme traditioneller eurozentristischer Feindbilder und Vorurteile beschäftigen, ehe man sich an die Bewertung der Verhältnisse wagt.

Solange man nicht den Beweis dafür geliefert hat, daß man mit der Vergangenheit im eigenen Land verantwortlich umgehen kann, ohne sie auf andere Konflikte zu projizieren, und daß man Antisemitismus auch in den eigenen Reihen erkennen und selbstbewußt thematisieren kann, solange werden auch potentielle Unterstützer und Sympathisanten den verkündeten Solidaritätsabsichten gegenüber skeptisch und mißtrauisch bleiben.

Nun ist St. Pauli voll mit anti-israelischen und pro-palästinensischen Parolen, die — man kann inhaltlich dazu stehen wie man will — die kompromißlose Verpflichtung der Hafen-Bewohner zum antirassistischen Kampf bezeugen. Man vermißt aber einige Sprüche, die gerade in diesem Stadtteil mit seinem hohen Anteil an Einwanderern, die die Schikanen der „Bullen“ und die Provokationen der „Faschos“ tagtäglich erleben müssen — gerade hier fehlen Transparente wie „Mippt alle Abschiebungen“ oder viel-

leicht „Gleichstellung der Flüchtlinge aus der „Dritten Welt“ mit den deutschstämmigen Spätaussiedlern“.

Wie auch immer sich die Debatte zu Palästina in der Hafenstraße entwickelt, bleiben die Bewohner der Häuser eine Erklärung darüber schuldig, warum ihr antirassistischer Einsatz — zumindest in der nach Außen übertragene Symbolik — sich schwerpunktmäßig mit den Aufständen in Palästina oder Südafrika befaßt, der antirassistische Kampf der ethnisch kulturellen Minderheiten in der Bundesrepublik dagegen ausgeklammert wird. Sollte der Grund wirklich der sein, daß „in Palästina der Aufstand in vollem Gange ist, hier jedoch der Bereich ziemlich schwach“ sei, so steht die Glaubwürdigkeit nicht nur der radikalen Bekenntnisse zur internationalen Solidarität in Frage.

Vielleicht zerfällt der ganze Anspruch, als mobilisierende Bewegung selbst zu agieren, nicht nur aufmunternden Kampfrufen hinterherzuerennen, sondern auf Ereignisse, die vor der eigenen Haustür stattfinden, Einfluß zu nehmen. Angesichts der vielen Veranstaltungen und Gespräche mit Genossen aus dem Ausland sowie der Tatsache, daß die Hafen-Bewohner nicht gerade konfliktlos sind, wird niemand überzeugend erklären können, warum es ihnen bisher nicht gelungen ist, unter den etwa sechzigtausend Einwanderern und Flüchtlingen in ihrer Stadt Bündnispartner zu finden, um gegen die Abschiebepolitik des Senats und für die Gleichstellung der ImmigrantInnenbevölkerung mobil zu machen.

Ist es mit dem Antisemitismus ernst gemeint, so wird man weiterhin konkrete Taten in dieser Richtung erwarten, ansonsten kann man nur von einem Ersatz-Internationalismus, von einer Verlagerung der Konflikte reden, nach dem Motto: je weiter der Ort — umso größer die Solidarität!

1. Stellungnahme der Nahostgruppe... 2. ... 3. AK 291, Februar 1988

Ein unvermeidlicher Streit
Deutsche Linke
zwischen Israel und Palästina



Nachdem sich die jüdische Linke so eingemischt hat, ist die Situation in der Hafenstraße... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

Der Hort des Antisemitismus

„Es geht also. Man muß nur beharrlich...“ (Text continues in German)

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

der Parolen gefordert. Und schon Anfang Mai hatte Dohnanyi auf einen Asienbrief des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski souverän mitgeteilt: „Ich teile uneingeschränkt Ihre Auffassung, daß die Parolen alsbald beseitigt werden müssen. Ich habe das Erforderliche veranlaßt.“

Nein, „unerträglich“ war dem Bürgermeister und seinem Senat die Fassadengestaltung Hafenstraße 106 ganz offensichtlich nicht. Wohl aber schien sie Stoff für eine monatelange Hetzkampagne im Sinne der Konfrontationsstrategie — Endziel Räumung unter optimalen Bedingungen — zu bieten. „Immer wieder“, so steht es in Vosscheraus Presseerklärung vom 30. August, waren die „Schmierereien“ Thema von Senatsitzungen und schließlich wurden sie gar, Höhepunkt des absurden Sommertheaters, von Vosscherau offiziell in den Rang einer „wichtigen Stadtangelegenheit“ erhoben. Da wirkt sogar das bekannte Bild von der Kanne, mit der auf Spatzen geschossen wird, vergleichsweise mild.

Jedemfalls, wenn sich wieder eine aufgeregte Stimme zu Wort meldete, um in schärfster Tonart die „antisemitischen Schmierereien“ anzuprangern, habe ich mich gefragt, ob wirklich immer noch von den gleichen Parolen die Rede war und wirklich, sie hatten sich nicht geändert. Sie lauteten, ohne Auslassung und Hinzufügung: „Boykottiert Israel! Waren, Kibbuzim + Sitrände. Palästina — Das Volk wird durch befreite Revolution bis zum Sieg.“ Politisch läßt sich dazu eine Menge sagen, aber Antisemitisches mag vielleicht ein scharfsinniger Betrachter in den Gedanken und Motiven der Parolenmaler aufspüren, doch in den geschriebenen Worten ist es nicht zu finden.

Es scheint mir bezeichnend, daß manche Leute sogar eine nachdrückliche

Denkliste benötigten, um in die richtige empörte Stimmung zu geraten. Am 20. April hatte das „Hamburger Abendblatt“ die Geschichte der Deutschen Israelischen Gesellschaft, Lore U. d. d., mit der sehr maßvollen und besonnenen Aussage zitiert: „Wir heißen die Parole zwar nicht gut, sehen sie aber mit einer gewissen Toleranz im Rahmen der Meinungsfreiheit.“ Anfang Juli aber war Frau U. d. d. soweit, die Parolen für „beschämend“ und „unakzeptabel“ zu halten, es sei „empörend“, daß sie nicht beseitigt würden („Abendblatt“, 29.7.) Inzwischen hatte der DIG-Vorsitzende Erik Blumenfeld, der sich ebenfalls für die Parolen ausgesprochen,...

Das Antisemitismus-Geschrei, aber die zwei Monate lang nicht realisierte, aber doch ständig präsente Drohung mit der Staatsgewalt haben eine Auseinandersetzung mit den konkreten Parolen der Hafenstraße sehr erschwert. Es läßt sich nicht gut mit jemandem diskutieren, dessen Recht auf Meinungsfreiheit gerade in dem umstrittenen Punkt aktuell bedroht ist und der zusätzlich einer konzentrierten Hetzkampagne in fast allen Medien ausgesetzt ist.

... (Text continues in German)

... (Text continues in German)

Fortssetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Amnestie-Debatte im „Pflasterstrand“

NS-Mann leimt KBW-Redakteur

„Palästina Das Volk wird dich befreien“ spricht zwar nicht aus, welches Volk, meint aber offensichtlich nur das palästinensische, läßt die jüdischen Israelis als Subjekt nicht einmal vorkommen. Die reale Politik der PLO, die sich mehr und mehr gerade an dieses Subjekt wendet, kann demgegenüber nur als Verrat wahrgenommen werden. Wer soll dann der palästinensische Partner einer so interpretierten Solidarität sein? Abu Nidal? Die muslimischen Fundamentalisten?

Auch die Boykott-Parole haben wir damals abgelehnt. Seither ist bei Autonomen, aber nicht nur dort, die Version im Umlauf, der KB habe die Parole als antisemitisch bezeichnet und sie mit dem „Kauf nicht bei Juden“ der Nazis gleichgesetzt. Das ist ärgerlich, weil es auf die Unfähigkeit schließen läßt, anderen zuzuhören. Wenn diese Fähigkeit oder Bereitschaft nicht vorhanden ist, bleibt selbstverständlich jede Debatte zwecklos.

Wörtlich haben wir damals geschrieben: „Wir hatten diese Parole erstens in dem bekannten historischen Kontext (Kauf nicht bei Juden) in der BRD für unangemessen, und wir sehen zweitens, daß sie wegen der auf der Hand liegenden Mißverständlichkeiten der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf mehr schaden als nutzen wird.“ — Über den zweiten Teil der Aussage sollte sich eigentlich nicht mehr streiten lassen. Oder wo liegt für die Palästinenser der Nutzen eines in Hamburg geführten Streiks, bei dem es überhaupt nicht mehr um die konkrete Besatzungspolitik Israels geht, sondern nur noch um das Abwehren unversöhnlicher und dümmlicher, aber darum doch nicht wohl wirkungsloser Vergleiche mit dem NS Antisemitismus?

Der dritte Satzteil ist zu beachten, daß bewußt der Hinweis nicht war „auf seine Richtigkeit“. Die Rede ist wie oben auch sonst an keiner Stelle unserer Kritik. Daß die Boykott-Parole „unangemessen“ sei, wird nicht auf die Forderung als solche bezogen, sondern nur auf den speziellen Kontext dieses Landes abgeleitet. Der in der Kammer gesetzte Hinweis auf die Nazi-Parole bezweckt keine Diffamierung der heutigen Boykott-Forderung, sondern soll lediglich den historischen Kontext verdeutlichen, ohne den Vergleich nach der Sache in dieses Land und auch heute nicht diskutiert werden darf, als politisch-ethnische Grundsatzentscheidung zweckmäßig.

Das heißt aber auch, die Frage kann sich in einem anderen Land viel leicht anders stellen. Erich Fried, der uns damals wohl nicht verstanden hatte, schickte uns einen von linken Israelis formulierten Boykott-Aufruf verbunden mit der Vorwarnung, ob wir die Unterzeichner etwa für Antisemiten halten würden. Aber nicht Janusz ging es, sondern um den Kontext einer Boykott-Kampagne gegen Israel in diesem Land, das insofern nicht irgendein beliebiges Land ist.

Außerhalb dieses Kontextes wäre eine Boykott-Kampagne politisch nicht wesentlich anders zu diskutieren als gegenüber Südafrika oder Chile.

In der „Hamburger Rundschau“ vom 15. September haben Michael Herrmann, Hans-Joachim Lenger und Jan Philipp Reemtsma Stellung zum Parolenstreit genommen. Als Autoren eines wohlwollenden Buches über die Haltenstraße fühlen sie sich offensichtlich legitimiert, die Dinge auf genau den Begriff zu bringen, auf den Senal, CDU, rechte SPD, Springer- und andere von Anfang an haben wollen. Die Parolen waren tatsächlich antisemitisch. Die Parolen „leihen für eine weitere, vielleicht für die entscheidende Niederlage der Linken in der Bundesrepublik Deutschland.“

Schlußfolgerung: Die Freunde der Haltenstraße „müssen die Tatsache begründen, daß die Wand noch steht, aber die Parole nicht mehr auf ihr.“ Wer als Linker so denkt, sollte logischerweise auch Anhänger der Prügelstrafe werden, wenn ihm die Mittel so zweifelhaft sind, mit denen eine gewünschte Verhaltensänderung bewirkt wird. Daß die Parole nicht mehr auf der Wand steht, ist ausschließlich der Drohung mit Gewalt, nämlich einem Ultimatum und begleitenden Räumungsgerichten zuzuschreiben. Die Wirkung dieser Gewaltandrohung ist nicht denkbar ohne die vorausgegangene vielmalige Praktizierung von Gewalt. Wer sich über die Beseitigung der Parole freut, sagt indirekt ja zu der Gewalt, die die Weißung der Wand erst ermöglicht hat. Das ist ganz und gar nicht gemeint, aber das ist die implizite Logik.

Daß in Wirklichkeit substantiell gar nichts erreicht wurde, ergibt sich aus der Tatsache, daß die gleichen oder ähnliche Parolen nun in größerer Zahl an anderen Wänden auftauchen. Nur die Entfernung der Parolen an der Haltenstraße aus eigener Überzeugung durch die Bewohner selbst wäre ein Gewinn gewesen. Diese Variante ist nicht mehr möglich. Ein Grund zum Zuspätkommen ist das gerade nicht.

Kt., Hamburg

Nachdem die „Frankfurter Rundschau“ im März dieses Jahres unwissentlich den gerade aus der Haft entlassenen Neonazi Erwin Schönborn als „Multitalent“ und „guten Papa“ im Stadtteil portraitiert hatte, aholten Kenner der lokalen Szene schon Schlimmeres: den auf billige Provokation abonnierten „Pflasterstrand“ würde das nicht lange ruhen lassen. Vier Monate später war es soweit. „Manfred Roeder — Ex-Neonazi über Dutschke, Terrorismus und Amnestie“ kündigte das ehemalige Alternativblatt und jetzige Metropolenmagazin auf dem Titelblatt der Nr. 293 an. Jetzt stellt sich die Frage, wer die publizistischen Vorgaben aus dem Rhein-Main-Gebiet noch übertreffen kann. Vielleicht spricht „Tempo“ mit Thies Christophersen in Dänemark (von wo er angeblich nicht ausgeliefert werden kann), damit auch dieser Mann rehabilitiert wird, passenderweise als verkunnter Okobauer. Dann wäre die ganze Dreiergalerie rehabilitiert, die als Propagandisten der „Auschwitz-Lüge“ und Zehnwörter des Rechtsterrorismus für Aufsehen und Entsetzen sorgte. Ach so, Karl Heinz Hoffmann nicht vergessen: ein Essay über Mussolini-Ästhetik wäre bestimmt im „Wiener“ unterzubringen.

Roeder — in den siebziger Jahren Gründer einer „Deutschen Bürgerinitiative“ — Verfasser des Vorworts zu Christophersens „Auschwitz-Lüge“ (Auflage 100.000), schließlich als Kopf der „Deutschen Aktionsgruppen“ untergeordnet und ins Ausland geflohen, 1982 wegen Rädelsführerschaft und Anstiftung zu Bombenanschlägen auf Ausländerunterkünfte (zwei Tote) zu 13 Jahren verurteilt — war schon im Januar 1987 im „Pflasterstrand“ (Nr. 254) gedruckt worden. In einem von ihm als „sehr dringend“ eingestuften Brief an den Bundespräsident, den sich Roeder gegen die Kronzeugenregelung gewandt, Stattdessen solle das Parlament denjenigen RAF-Mitgliedern, die auf den bewaffneten Kampf verzichtet und sich stellen, Straßenzugewiesen werden.

denjenigen RAF-Mitgliedern, die auf den bewaffneten Kampf verzichtet und sich stellen, Straßenzugewiesen werden. Der auch von seiner Frau, der Nazi-Gesinnung zu diesem Zeitpunkt, habe in seiner Rede, die die Ermordung der Juden gegeben hat, auch die AK 293, zu Schönborns Lobpreisung in der „FR“ siehe AK 294).

Inzwischen hat der Terrorismus-Experte in einem anderen als dem gebrauchlichen Sinn des Wortes — ein Experte des Terrorismus im unverfälschten Sinn — dem PS Publikum neue Erkenntnisse mitzuteilen, etwa daß „niemand als Terrorist geboren“ werde. Nicht aus Bosheit, sondern aus „Tugend“ würden junge Leute eine solche Laufbahn einschlagen, aus „überempfindlichem Rechtsgefühl“ wie wir und Michael Kohlhaas. Auf dem Niveau des gesunden Menschenverstandes — „Volksempfinden“ ist in diesem Forum nicht so angesagt — folgen tiefend moralisierende Plattheiten. Wenn die alte deutsche Jugend rebelliert, sei mit dem Staat etwas nicht in Ordnung, gute Menschen seien es allemal, die sich „mit der geschändeten und gequälten Kreatur“ solidarisierten und den „Mord“ an „unseren Brüdern und Schwestern in den Flüssen und Meeren“ anklagten und „In einem von der Liebe des Volkes getragenen Staatwesen gibt es keinen Terrorismus.“ Roeder macht auf biederer Demokratie und Spreier-Durchschnitt, um sich als gesellschafts- und damit entlassungsfähig zu präsentieren. Nach dem guten Papa von nebenan, Schönborn, aus der netten Onkel im Knast.

Ein läppischer Verweis Roeders auf Rudi Dutschke weckte das Interesse des bearbeitenden PS-Redakteurs, Gerd Koenen. Brieflich bat er Roeder um Zugabe. Die Antwort kam prompt: „...was mich als nationalen Deutschen besonders festsetzt, war sein Bekenntnis zur Nation und daß er den Linken vorhielt, sie hätten über Vietnam und Che Guevara die nationale Frage vergessen.“ Im Gegensatz zum „Pflasterstrand“ wollen wir nicht versäumen, Dutschke, der den KB wirklich nicht liebte, gegen diese stumpfe Vereinnahmung in Schutz zu nehmen, bei allen Ost-West-Spannungserregungen war Dutschke kein Wiederverweigerer, sondern kämpfte für die Anerkennung der DDR. Koenen jedoch, früher Redakteur der „Kommunistischen Volkszeitung“ (KVZ), wird vermutlich gar kein Bedürfnis nach einer solchen Abgrenzung empfunden haben. Berührungspunkte findet der EX-KBWler vielleicht auch bei Roeders Kritik „unserer Politiker“ als „wilde fährige Lakaien der Supermächte“ eine unvergessene China-Rhetorik. Der „Pflasterstrand“ hätte es gern gesehen, wenn Roeder sich mit deutlicheren Worten von seiner NS-Vergangenheit und seiner Leugnung der Judenvernichtung abgesetzt hätte. Das wäre eine bessere Legitimation für den Abdruck solcher Texte gewesen. Aber Roeder begnügte sich mit der dürftigen Aussage, „daß es mir dabei gar nicht um die Behauptung oder Widerlegung von Tatsachen ging, sondern um

das Phänomen des Schuldkomplexes.“ Er bot ein Gespräch darüber an, das Koenen wahrnehmen will.

Anders als in früheren Zeiten, wo es praktisch nur Linksradikale (und darunter nur zu oft der KB) waren, die sich er folglos über solche Entgegnungen be schwerten, gab es diesmal eine prompte Reaktion von Mitglie dern der linken fränkischen Gruppe in Frankfurt, die vom Pflasterstrand nicht so einfach abgetan werden konnten. Cilly Kugelmann, Mithras, die Zeitschrift „Babylon“, Beiräte zur jüdischen Gegenwart“ und Michael Kohlhaas gemeinsam mit PS-Herausgeber Cohn-Bendit kanndat der Grünen für die nächste Frankfurter Kommunalwahl protestierten bei „Nazis im Pflasterstrand“ wurde höflich, „Grenzen

Frankfurter Kommunität“ und „Nazis im Pflasterstrand“ wieder höflich, „Grenzen



Ein biederer älterer Herr

des Zumutbaren erreicht.“ konturlos pseudo-liberalität“, „nicht seriös“ (PS Nr. 294). Beide erklärten ihren Austritt aus einer von der Zeitschrift gegründeten Initiative zum 9. November 1987, Jahres tag der als „Kristallnacht“ bezeichneten Nazi-Pogrome und waren erst wieder zur Mitarbeit bereit, als die Initiative ihre Unabhängigkeit vom PS erklärte.

Cohn-Bendit sah sich veranlaßt, Partei für seinen angegriffenen Redakteur zu nehmen (Koenen kam zum PS, als die Fuldaer Verlagsanstalt sich an dem Magazin beteiligte. Zuletzt hatte er ein Buch über sozialistischen Personenkult „von Gorki bis Brecht — von Aragon bis Neruda“ beim Eichborn-Verlag herausgebracht, der demselben Druckunternehmen gehört, das zentralisierte Zugeständnis vorweggeschickt, „wir hatten uns direkt mit Roeder streiten und ihn mit seinen früheren Aussagen konfrontieren müssen“ wehrt sich Cohn-Bendit dagegen, „unter der Gürtellinie mit dem Zaunpfahl der Exkommunikation aus der Gemeinde der guten Menschen zu drohen.“ Die Metaphern finden zwar ebenso wenig zueinander wie Kugelmann/Brumlik eine Abgrenzung des PS beabsichtigten, aber der Herausgeber läßt sich zu weiteren Sprücheln hinreißen: an einer „Olympiade der mündelnden Selbstgenügsamkeit“ wie sie u.a. in „Babylon“ stattfindet, werde sich der PS nicht beteiligen. Entscheidend ist für Cohn-Bendit, daß Roeder an gefangen habe, „lange seiner schmutzigen Positionen zu revidieren“ (PS, Nr. 294),

wobei es immer so eine Sache ist, wo der Anfang anfängt. Aber diese Problematik ist dem Realo-Grünen ja vom „Einstieg in den Ausstieg“ bekannt. Auch Gerd Koenen weist die Kritiken (in PS 296) zurück. Sie untersteht, „wir hatten einen neonazistischen Text veröffentlicht. Das ist aber nicht wahr. Der Text von Manfred Roeder verhielt sich gerade dadurch, daß er jede Bezugnahme auf neonazistische Positionen sorgsam vermied. Dafür strich er geradezu von Bezügen auf linke Positionen und Personen.“ Koenen hat auch das Bedürfnis, ein bißchen Verantwortung wegzuschieben. Der Brief, behauptet er, sei „im Übrigen“ an Dany Cohn-Bendit persönlich „erichtet“ gewesen. Der EX-KBWler gibt Erstaunliches über sich selbst preis. Die „linken Bezüge“ Roeders — die nationale Frage bei Dutschke und Martin Walser, die deutschen Burschenschaftler zu Beginn des 19. Jahrhunderts oder Kohlhaas — sind bestenfalls solche, von denen die „K.V.Z.“ in unseligen Zeiten manchmal „stolzte“ und nicht einmal die hatte das so unstandes als linke Positionen verkauft wie Koenen heute.

Die wortreiche Verteidigung der „Pflasterstrand“ Macht kann nicht darüber hinwegwischen, daß sie sich um den zentralen, von ihnen selbst gesetzten Punkt herumdrücken. Der PS hatte Roeder ausdrücklich als ehemaligen Nazi vorgestellt, als „Aussteiger“, der auch seine Leugnung der Judenvernichtung in den Konzentrationslagern aufgegeben hatte. Diese Behauptung war und ist durch und durch falsch. Vor allem, daß sie falsch ist,

Frankfurter Kommunität“ und „Nazis im Pflasterstrand“ wieder höflich, „Grenzen



Ein biederer älterer Herr

war und ist evident. Bei minimalem Kritikvermögen ist Roeders Heuchelei leicht zu durchschauen. Michael Kohlhaas wird der „Pflasterstrand“ etwa durch einen Artikel in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ (AJW, 2988) widerlegt. „Der Rechtsextremist Roeder agitiert aus dem Gefängnis weiter.“ Seine Briefe und Schriften werden von seiner Frau, die ihn in der „Deutschen Bürgerinitiative“ vertritt, veröffentlicht und an die einschlägigen Kreise im In- und Ausland verteilt. Bekannte Töne: Roeder feiert Hitler und verfaßt Elogien auf Heß, windigt die „Leistungen“ des „wissenschaftlichen Antisemitismus“, entwirft „Grundsätze einer nationalen Jugendbewegung“ und propagiert die Gründung einer konservativen Okkupartei.

Die „AJW“ findet auch heraus: „Das berühmteste Machwerk, „Die Auschwitz-Lüge“, von dem er sich vor Gericht finanziert hatte und damit die Existenz des Verfassers wegen seines Vorworts erreichte, lobte er als „ein Baustein zur Verteidigung von Deutschlands Ehre.“ Der kleine Skandal in dem Frankfurter Magazin, das vielleicht aufgeschwemmter, sicher aber nicht kosmopolitischer geworden ist, lenkt von dem großen Skandal ab, daß Roeder keinerlei Probleme hat, seine menschenverachtenden Schriften weiter an die NS-Szene zu bringen, daß er in der Haft alle möglichen Privilegien genießt, Besuche empfangen kann und Urlaub erhält, wenn seine Anwesenheit bei rechtsradikalen Sonnenwendfeiern auf dem

„Reichshof“ im nordhessischen Schwarzenborn dringend erwünscht ist.

Selbst wenn man unterse II der Pflasterstrand sei schon mit ganz einfachen Recherchen journalistisch überfordert, halten die Roeder-Briefe auch für sich genommen genug Anlaß geboten. Die „Wandlungsfähigkeit“ als Fähigkeit zur Wandlung zu erkennen. Es ist nicht nur eine Beleidigung der Gefangenen der RAF, wenn sich Roeder zu ihrem Fürsprecher aufschwingt. Sondern es sagt vor allem viel über den Verfasser selbst aus. Dieser hat allen Anlaß, sich mit der eigenen Biographie auseinanderzusetzen, eine Idole Motte, Metheuen und Ziegeilenzuziehen, von seiner eigenen ganz speziellen Theorie und Praxis zu berichten. Daß er's konsequent verweigert, zeigt, wieviel Zeit er dafür noch braucht und, realpolitisch gesehen, daß die Haft erleichterungen die ihm gewährt wurden, ihren Zweck verfehlt haben.

Be-nähe schon unglaublich ist es, daß die Pflasterstrandler an keiner Stelle Roeders Worte in die eigene Person zu verorten gebracht haben, um den eigentlichen Sinn seiner Satze herauszufinden. War es seine Meinung nach „Tugend“, die den Nazi das Vorwort zur „Auschwitz-Lüge“ schreiben ließ? Wurden die Bomben auf Ausländerunterkünfte aus „überempfindlichem Rechtsgefühl“ geworfen? War es Nationalismus, der ihn zu diesem Argumente trieb, oder das Verlangen, „getragen“ wurde und was „nicht“ ein hochsensibler Michael Kohlhaas? Das und die Untertöne, die Roeder transportieren will, und dabei läuft es einem kalt über den Rücken. Es kann keine Rede du

Frankfurter Kommunität“ und „Nazis im Pflasterstrand“ wieder höflich, „Grenzen

Frankfurter Kommunität“ und „Nazis im Pflasterstrand“ wieder höflich, „Grenzen

Diese Sache hat in der Bundesrepublik, freilich aus anderen Gründen, Tradition. Traditionell prüft man auch den Grad der Läuterung nicht so genau. Und traditionell gibt man sich mit den aller dürflichsten, rein laichischen Statements von Nazis zu Auschwitz zufrieden. Wenn sie nur einen Satz der Art über die Lippen bringen, daß Juden in großer Zahl getötet wurden, wird ihnen das als Abkehr angerechnet. So war leider auch Erich Fried schon früh gewesen, als ihm Michael Kohlhaas im Gespräch ein solches Zugeständnis machte. Zu dieser Methode, die auch Roeder vor Gericht erfolgreich anwandte, sagte Brumlik dem Pflasterstrand: „Seine angebliche Distanzierung von der „Auschwitz-Lüge“ ist eine Unverschämtheit. Jetzt weiß er plötzlich, daß Juden nur weil sie Juden waren, umgebracht wurden — 40 Jahre danach.“

Es ist kindisch, zu glauben, daß Leute die sich als „Führer-Nachfolger“ begreifen, nicht wüßten, welches Programm damit verbunden ist. Sie und gerade sie haben es in Taten bewährt. Sie wissen nicht nur von den Gaskammern, sie billigen sie. Sie halten die „Endlösung“ für richtig und „notwendig“ — „als Liebe zu Deutschland.“ Das ist der Punkt nichts anderes. Diese Personen, die auf dem Marktplatz bestreiten, daß ihre Vorbilder sechs Millionen Juden umbrachten, schreiben nach dem Agitprop-Einsatz an die Wände der U-Bahn-Situationen, die Türken hätten noch vor sich, was die Juden hinter sich haben. Was denn? Das, was es niemals gegeben hat?

Zwei Frankfurter Genossen

In der Antiquariats-Ecke mancher linker Buchläden noch erhältlich: „NSDAP-Propagandisten unter der Lupe, Antifaschistische RUSSELL-Reihe 3, J. Reents-Verlag, Hamburg 1978. Das Buch behandelt auf 200 Seiten die Rolle des Tinos Schönborn. Roder Christophersen Es wurde zur Vorbereitung des internationalen Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD herausgebracht.

Und immer noch kein Staatsfreund

Interview mit Johannes Agnoli, FU Westberlin

Über die Notwendigkeit der destruktiven Kritik des Bestehenden und die Ermüdungserscheinungen der Linken (Professoren)

Johannes, ein erstes Wort von Waffenbrüder zu Waffenbrüder (f). seit dem Versanden der Protestbewegung der 60er Jahre und seit der Marxismus in der BRD nicht die Massen ergriffen, sondern die Lehrstühle erobert hat, — dies oft von den Preis seiner Entsubstantiierung — bist Du einer geblieben, der mit seiner Theoriebildung nach wie vor einen emanzipatorischen Anspruch verfolgt, der es also nicht als seine Aufgabe ansieht, den heutigen Lehrbetrieb „produktiv“ von den „marxistischen Ansätzen“ zu „bereichern“, sondern der — im neudeutschen Jargon gesprochen — ein „kontraproduktives“ Element geblieben ist und sich auf seinem theoretischen Gebiet, der „Kritik der Politik“ als ein entschiedener Staatsfeind zu erkennen gibt. Habe ich das richtig geschuldet?

Ich ziehe die Definition von Sternberger vor. Er meinte, ich sei „kein Freund des Staates“, und zwar ziehe ich das vor aus — sagen wir mal — politischrechtlichen Gründen, denn Staatsfeinde werden bekanntlich verfolgt und dürfen auf keinen Fall Professoren sein. Ich wollte nur ganz kurz etwas über die — sagen wir — wissenschaftstheoretische Position sagen, wie ich vertritt. Ich habe das einmal im Kontext einer Diskussion mit 2 über den Zweck der politischen Wissenschaft geschrieben. Ich meinte, die einzige richtige Aufgabe politikwissenschaftlicher Forschung heute: subversive Wissenschaft zu betreiben. Viel mehr, als die Politik „produktiv“ zu gestalten, ist politisch der Blick ins Innere der Akademie. Wenn man sich das in der Politikwissenschaft vorstellt, dann ist es eine subversive Wissenschaft. Wie ist das? Zum Beispiel: Alex Krippendorff ist zwar kein Marxist, aber er hat von seiner „Kritik der Politik“ aus eine Reihe von „Kontraproduktiven“ angestoßen. Die Frage ist, ob andere Linke Professoren — ich will nicht sagen, daß sie nicht rechts gegangen seien — von der objektiven Lage her gezwungen sind kleine Bröckchen zu hacken. Andererseits würde ich mir wünschen, daß sie doch etwas mehr — ich will nicht sagen „Mut“ — kritische Entschlossenheit zeigen. Es geht darum, daß man — ob Marxist oder nicht — die Grundlagen der politischen Form der Kritik unterzieht, während in zwischen durch die sogenannte Krise des Marxismus, die in Wirklichkeit eine Krise

Hoher meint Du, daß gerade bei den linken Professoren diese Erscheinung herkommt

Ist es eine Erscheinung der Professoren oder, wenn wir gesamteuropäisch denken — mit oder ohne Einfluß der Perestrojka —, ist es nicht so, daß der geschichtliche Ablauf wieder einmal zeigt, daß es durch Sprünge charakterisiert ist. Man kann sagen, daß in ganz Westeuropa zur Zeit nicht nur die linken Professoren, sondern die Linken überhaupt sich in einem Totalrückzug befinden. Nun kommt es darauf an, wie man reagiert. Die einen reagieren derart, daß sie voll in die Institutionen hineingehen — ich meine hier nicht die wissenschaftlichen — sondern die politischen Institutionen — und meinen, in diese Institutionen ein linkes Element hineinzubringen zu können. Andere resignieren einfach. Wenn ich an Kollegen denke, die nach wie vor links stehen, rational gesehen, so finde ich, daß hier eine allgemeine Müdigkeit eingetreten ist, eine Kampfmüdigkeit. Und dann gibt es die andere Möglichkeit, die natürlich sehr mühsam ist und die zuweilen auch nicht verstanden wird, das ist — mittlerweile ja hinlänglich bekannt, auch durch das „stein“-Interview — die Möglichkeit, Maulwurfsarbeit zu betreiben. Das ist natürlich ein mühsames Geschäft, als einfach — in normalen Wissenschaftsbereichen — zu betreiben. Andererseits kann sie durchaus eine Rechtfertigung, indem sie sagen, daß die Studenten studien- und prüfungsrelevante Stoffe brauchen. Und in der Tat muß ich selbstkritisch sagen: natürlich freue ich mich auch darüber, daß das, was ich mache, ist nicht so prüfungsrelevant, denn es ist unmöglich, daß etwa bei einem Staatsexamen der Student auf eine Frage hin eine von mir vorgeschlagene Antwort gibt — dann wäre er schon bei den anderen Anker. Und ich sehe, diese Kollegen in Schutz zu nehmen. Freilich sind sie alle jünger als ich und wozu? In gewissem Alter erreicht man ein gewisses charakteristisches Wertesystem, das nicht mehr laßt. Und zweifellos nicht jeder hat diese Tendenz, einfach destruktiv zu wirken, das ist auch bei mir etwas, was durchaus negativ einzustufen wäre. Man kann sagen, ich bin eines konstruktiven Denkens nicht fähig.

Was könnte denn „konstruktives Denken“ Deiner Ansicht nach heißen?

Ich würde sagen, es ist die Fähigkeit, die Kritik in der Kritik zu sehen. „Alex Zernakow“ und mit Karl Marx. Wenn du die die Schriften von Karl Marx liest, dann siehst du, daß er die Kritik in der Kritik sieht. Das ist die Fähigkeit, die Kritik in der Kritik zu sehen.

entwerfen. Einige Elemente können schon heute ausgearbeitet werden und zwar in Vertiefungsschritten. In Prozeß der Bewegung. Das ist etwas, das ich für ausgemacht habe. Das gilt etwa auf der operativen Ebene einer politischen Bewegung. Darin liegt ja auch meine auch sicher bekannte und auch sicher nicht ganz getrennte Kritik am Leninismus. Die Organisationsform einer emanzipatorischen Bewegung soll die Emanzipation vorwegnehmen. Eine revolutionäre Organisationsform, die stamm hierarchisch ist, wird eine stamm hierarchische Gesellschaft hervorbringen. Die Geschichte zeigt es und daran läßt sich auch theoretisch nichts ändern — lassen wir die geschichtliche Erfahrung weg, denn die Geschichte hat nicht immer recht. Von der theoretischen Perspektive gibt es eine zu enge Ziel-Mittel-Verbindung, als daß man es sagen könnte, es wird die Revolution gemacht, das Ziel erreicht. Und dann bauen wir — was bauen wir? — eine Gesellschaft mit den Kategorien, die man im Kopf hat und diese Kategorien sind Kommando, Verfügung, Hierarchie, Unterordnung, Disziplin usw.

... über die Diskrepanz von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität und die „Kritik der Politik“ als Negation der „Notwendigkeit“ von Herrschaft

Auf die Organisationsfrage kommen wir später nochmal zurück, worum wollen wir aber noch ein wenig bei der Theorie bleiben. Du hast sinngemäß gesagt: marxistische Theorie habe sich negativ, kritisch und destruktiv zu verhalten, während sie sich unmittelbar positiv die „richtige“ Gesellschaft auszumalen so würde sie sich — in der Konsequenz des Gedankens — selber als historisches Subjekt unterstellen, weil bei allem der um Emanzipation kämpfenden Menschen sind und die werden im Prozeß der Bewegung herausgefunden. Wie diese Gesellschaft dann aussehen soll — wenn völlig d'accord. Kritik ist aber auch Kritik. Du selbst hast schon darauf hingewiesen, daß die jene Form der Kritik nicht teilt, die sich immer an den Mitleiden und Mitleiden den in der Politik festmacht. Ich denke hier vor allem an die „neuen Argumente“ die ja von der SPD über die Grünen Alternativen bis zur FDP gegolpert wird und die den guten Verfassungswort und der sich ableitenden Verfassungswirklichkeit am Thema hat. Was hat Du von dieser Form der Kritik und was vertritt Du unter „Kritik der Politik“? Du meinst theoretisch

was, was von oben herab die Wirklichkeit formt, sondern sie ist gewissermaßen von der Wirklichkeit heraufgekommen. Nehmen wir zum Beispiel Artikel 20 des Grundgesetzes mit dem rein repräsentativen Charakter der Demokratie, der Republik, des parlamentarischen Systems, das ist doch keine an sich „schöne“ Norm, die leider von den gewählten Vertretern nicht eingehalten wird, sondern permanent gebrochen würde. Der theoretische Fehler liegt nicht darin, daß die Volkvertreter das Volk nicht vertreten, sondern daß das Prinzip der Vertretung nicht in Frage gestellt wird: das Prinzip des „freien Mandats“, das Prinzip der absoluten Trennung also zwischen der politischen Klasse und dem Rest der Bevölkerung. Daß es allerdings auch theoretische Phantasie entwickelt werden, um zu sehen, wie dieses Problem zu lösen ist. Ich bin nicht der Ansicht, daß man das Problem mit Schlagworten wie „Basisdemokratie“ oder „plebiszitare Demokratie“ löst, die von den Grünen immer wieder plakatiert werden. Basisdemokratie im Sinne der totalen Dezentralisierung und plebiszitare Demokratie heißen sich, denn in der plebiszitären Demokratie ist das ganze Volk zur Entscheidung aufgerufen, basisdemokratisch hingegen herrscht das Prinzip der lokalen Einheiten. Das ist also ein Problem, das theoretisch auszudiskutieren ist, wie da eine Lösung gefunden werden kann. Aber wie gesagt: das bloße Siehebleiben bei der „kritischen Politologie“ scheint mir nicht richtig zu sein, wenn die „kritische Politologie“ immer noch nach der besten Form der Herrschaft sucht und nach der Normierung der besten Form von Herrschaft. „Kritik der Politik“ will vielmehr mit Macht und Herrschaft aufräumen. Das mag eine Utopie sein, aber ich bin mir vergewissert, wie eine Utopie auf dem Perspektivkonzept funktioniert hat, das unser alltägliches gesellschaftliches Handeln eine ganz andere Qualität entwickelt, wenn wir uns an dieser Utopie orientieren, als wenn wir von anderen in sagen, daß die Trennung von Regierenden und Regierten notwendig ist in der Natur des Menschen begründet sei. Herrschaft als eine Art unabweichlichen Schicksals. „Kritik der Politik“ ist die Negation dieses sogenannten historischen Gesetzes, das angeblich unabänderlich ist und das manchmal in sehr eigenwilliger Weise verengt wird. Man sagt selbst die Engel hatten eine hierarchische Ordnung selbst im Himmelsreich, geht es die Himmelsordnung, aber wir sind in der gleichen Lage, wo die Engel nach Hölle zu sein. Der Unterschied zwischen Engeln und Himmeln auf der einen und Menschen auf der anderen Seite ist, daß der Mensch über Verstand und Vernunft verfügt. Die Engel haben nur den heiligen Geist und die Hölle hat die bloße Macht der Natur auf ihrer Seite. Das wäre übrigens wieder ein haben nur den heiligen Geist und die Hölle hat nur die bloße Macht der Natur auf ihrer Seite. Das wäre übrigens wieder ein Zeichen, daß der Mensch zwar ein Naturwesen ist, aber nicht in der Natur auf geht, denn wenn die Natur die hierarchische Ordnung vorschreibt, so ist es Aufbruch des Menschen, gegen die Natur Stellung zu beziehen. Mensch-Sein ist eben eine andere Natur als die Natur der Pferde, Hühner und Schweine.

über die Entwicklung der BRD-Linken von Kämpfern für die allgemeine menschliche Emanzipation zu Freunden der Natur und Humanismus und Vernunft als zentrale Kategorien des Marxismus

Versuchen wir doch gleich mal an der Frage der Natur weiterzudenken im Hinblick auf die Entwicklung der Linken in der BRD und Westberlin. Die ja in verdrängter Naturnähe gerade sind nach dem Ende der Protestbewegung und mit dem Aufkommen der „neuen sozialen Bewegungen“ der Mensch als Teil der Natur in der Ökologiebewegung der „Bedrohung der Gartung Mensch“ in der „Friedensbewegung“ auf der Tagesordnung standen. Die Linken haben diese keineswegs originär marxistischen Themen aufgegriffen, haben in diesen Bewegungen mitgemacht und bezeichnen dies zum Teil immer noch als einen notwendigen und wichtigen Bereich linker Politik. Wie schätzt Du diese Orientierung der Linken nach der Protestbewegung hin auf die Ein-Punkt-Bewegungen ein?

Die Ökologiebewegung kann nicht als ein Produkt der Studentenbewegung betrachtet werden. Udo Knapp sagt zwar, die Grünen sind die legitimen Erben der 60er Jahre; das stimmt nur insofern, als Udo Knapp in den 60er Jahren mitgemacht hat und nun bei den Grünen gelandet ist. Die Ökologiebewegung kommt ursprünglich aus einer ganz anderen Ecke: man hat vergessen, daß ein CDU-Mann, Grottel, an

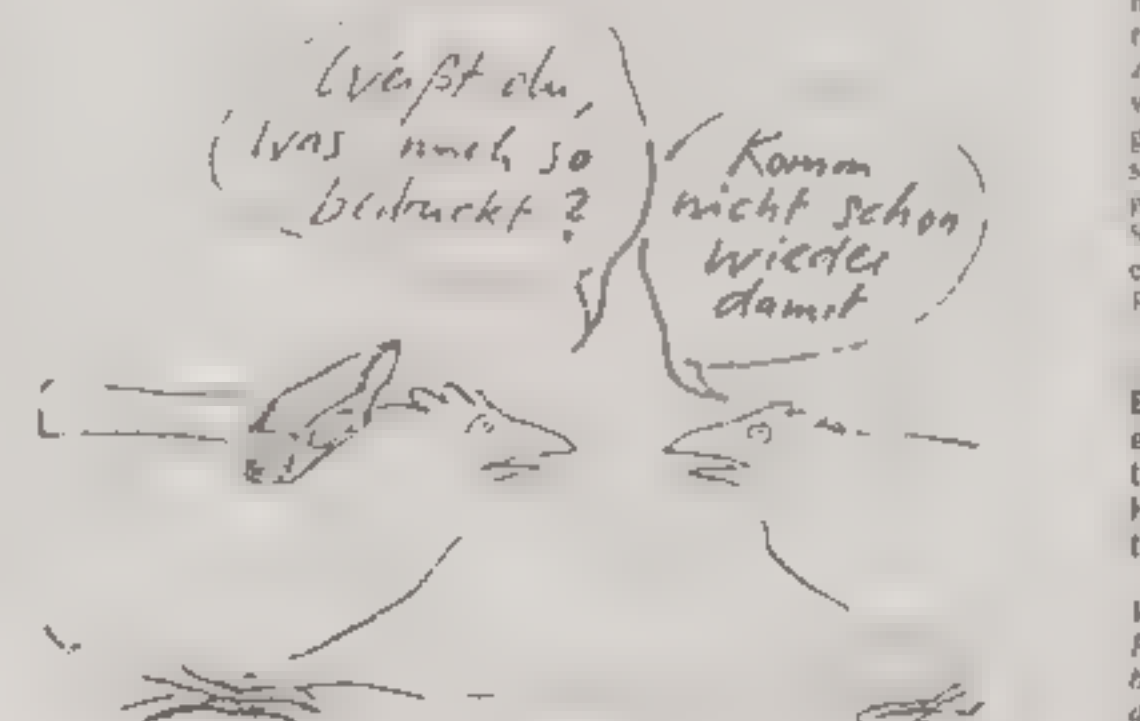
den Anfängen stand. Von Bahro kann man auch nicht sagen, daß er etwas zu tun hätte mit der 68er Revolte, wenn man bedenkt, daß Bahros Texte — ich habe einmal mit ihm gesprochen — keineswegs die Schriften von Marx, aber auch nicht von Hegel oder Kant oder der Frankfurter Schule sind, sein „Context“, wie er einmal sagte, ist das „Stundenbuch“ von Rilke, und da ich das Stundenbuch von Rilke kenne, könnte man sagen: Bahro und die Seinen, die kreisen um Gott, den uralten Turm und sie kreisen jahrausjahrelang und sie wissen noch immer nicht, was sie sind: ein Falke, ein Sturm oder ein großer Gesang. Das „neue Verhängnis zur Natur“ ist kein Produkt der 68er Bewegung oder, um auf die Frage zurückzukommen und einmal professoral zu sein: der Marxismus ist der Intention, der Ursache und der geschichtlichen Entwicklung nach ein Humanismus, und für den Humanismus macht es keinen Sinn zu sagen: „Die Natur ist ein Wert an sich“ oder gar, wie der neue schleswig-holsteinische Umweltminister neulich auf einer Tüftung in Norddeutschland sagte: „Die Natur ist schön, auch wenn kein Mensch darin wohnt.“ Vielmehr Mittelpunkt. Maß aller Dinge, mit Protogoras gesprochen, ist der Mensch. Was das bedeutet, mache ich im negativen Sinne mit einem Wort von Hegel fest: Hegel sagt irgendwo: Der Verbrecher steht höher als die Ursache der Pflanzen oder die ewige Ordnung der Gestirne, denn das was im Verbrecher sich irrt ist immer noch Geist. Das heißt also: Mittelpunkt ist der Mensch. Außerdem: die Schönheit einer Landschaft ist eine

ästhetische Kategorie. „Ästhetik“ kommt von „aisthanomai“ und das heißt „anschauen“, das heißt, es muß jemand da sein, der anschaut, damit die Natur schön ist — sonst ist die Natur überhaupt nichts. Das heißt — immer gefallt ich bin der Ansicht, daß die Krisenbewegung im Marxismus zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß viele Marxisten, fast alle von dieser neuen Art der Naturorientierung, den eigentlich humanistischen Standpunkt verlassen haben. Und in der marxistischen Fassung ist es nun einmal so, daß — und dies ist schon der materialistische Hintergrund — der Mensch dadurch gekennzeichnet ist, daß er ein Naturwesen ist, das zugleich sich der Natur gegenüber konstituiert, während Tiere und Pflanzen Wesen sind, die sich in der Natur konstituieren. Dies ist ein Bruchstück der Ausgangspunkt, um dann das Ganze zu behandeln. Neuere ist ja die Rede von der „Würde des Tieres“ — ein dummes Gerede, das ich nicht von dem Tiergelehrten und den Ratten ein instrumentelles Denken in Grunde: denn das Tier, das du geliebt hast, ist das selbe Tier, das in Form nicht aber das Tier ist. Das ist die

Kritik, was ich hier sagen will. In der Natur ist das Tier ein Naturwesen, das hat Kant wieder etwas sehr Richtiges gesagt. Er hat gesagt, daß der Mensch verpflichtet sei, die Tiere gut zu behandeln, aber nicht in Ansehung der „Würde des Tieres“, sondern in Ansehung der Würde des Menschen. Der Mensch ist seiner Würde gegenüber verpflichtet, die Natur gut zu behandeln, nicht der „Würde der Natur“ wegen — das scheint mir ein Punkt zu sein, der in Wirklichkeit voll in den Marxismus hineingeht. Der Marxismus ist anthropozentrisch, weil wir den anthropozentrischen aufgeben, so geraten wir in Schwierigkeiten. In diesen Breiten der Seele, in dem alles Politische, alles Gesellschaftliche seine präzisen Konturen verliert und aus dem dann wirklich im Trüben gefischt werden kann. Es gibt in letzter Zeit bei den Grünen — nicht nur dort — viele Äußerungen, die darauf hindeuten, daß man wieder dabei ist, die Vernunft zu zerstören. Wir wissen, daß die Zerstörung der Vernunft, auch die ganz antwärtlichen Affekte, die da aufkommen, bedeutet, daß das Irrationale voll durchbricht. Was das politisch heißt, das wissen wir, das haben wir in der Geschichte zu Genüge gesehen. Dieser Appell an die Emotionalität vergibt, daß alle Emanzipation immer an die Vernunft appelliert hat und nie an das Gefühl — es ist immer die Restauration und die Reaktion, die auf das Gefühl rekurriert.

über die Linken in den Grün-Alternativen

Jetzt würde ich trotzdem noch einmal auf die Neue Linke abstellen. Wenn Du sagst, daß sie die Ökologiebewegung nicht geschaffen hat, so ist das klar. Aber sie hat sie doch wesentlich mitbestimmt, indem dort nicht nur einige seltsame Gestalten wie z.B. Semler irgendwann aufgelaucht sind, sondern, daß beginnend mit der Anti-AKW-Bewegung und später mit der



Auf der anderen Seite muß man ja sehen, daß seit den 70er Jahren zahlenmäßig ziemlich viele links sich nennende Leute in den Uni-Betrieb reingegangen sind. Nun sind aber die meisten von ihnen auf einer recht allgemeinen Sorte der Kritik stehengeblieben, haben zum Beispiel „Staatskritik“ betrieben, haben zwar einen linken Anspruch, zeigen aber, wenn sie jenseits der Seminare in Erscheinung treten, eine liberale

tion als sein Geschäft betrachtet und das mache ich auch. Natürlich kommt dann der berühmte Einwand: was hast du denn Besseres anzubieten? Und da zieht mich auf eine historische Analogie zurück. Wenn man sich überlegt, wie die bürgerliche Revolution vor sich ging, die vorbereitete bürgerliche Revolution hatte Ideen anzubieten — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — hatte auch bestimmte institutionelle Formen anzubieten, z.B., daß die Vertretung des Volkes die Entscheidungsmacht haben soll — aber mehr nicht! Alles andere war Philosophie. Sie haben doch keinen fertigen Staatsapparat vorgeschlagen, wie er sein sollte nach der Revolution. Und das ist bei allen Revolutionen so: die Idee, die allgemeine Perspektive ist da — zusammengefaßt in der berühmten Assoziation der Freien und Gleichen — aber es wäre wirklich schlechte Lüge in der Art der frühen Utopisten (die in ihrer geschichtlichen Situation gute Utopisten waren), eine vollendete Gesellschaftsform und -organisation zu

Ja, das ist der Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit. Diese Argumentation hat in der BRD eine Zeit lang eine sehr wichtige Rolle gespielt, auch im Hinblick auf die Kritik des Bestehenden. Das kommt im wesentlichen von Abendroth und spielt auch heute noch eine Rolle, es ist nicht gesagt, daß wir das nicht brauchen. Aber das scheint mir zu wenig zu sein. Vor allem: das ist eine im Grunde zwar kritisch gehaltene, aber nach wie vor affirmative Wissenschaft. Warum? Weil diese Perspektive zwar sagt, daß die Herrschenden in Bonn also die politische Klasse in der BRD, permanent die Norm verletzen. In dieser Aussage ist aber enthalten, daß die Norm — in diesem Fall der Staat des Grundgesetzes — etwas Gutes sei, während nach meiner Auffassung gerade die Norm schon zu kritisieren ist, weil die nicht etwas Schönes, Ideales ist, das gewissermaßen der Verteidigung wert sei. Denn die Norm ist eine in bestimmte Formen, Regelungen gegossene Wirklichkeit. Die Norm ist nicht et-

Form der Kritik unterzieht, während in zwischen durch die sogenannte Krise des Marxismus, die in Wirklichkeit eine Krise vieler Marxisten ist und kommt gar nichts, viele Genossen, Professoren, die ich nach wie vor als Genossen betrachte, dazu übergegangen sind, Mißstände zu kritisieren und Mißbräuche zu denunzieren, während es meines Erachtens gerade darauf ankommt, Zustände zu kritisieren und den normalen Gebrauch der Politik zu denormalisieren. Mißstände und Mißbräuche sind sozusagen Begleiterscheinungen eines jeden Systems und sind nicht so wichtig, wichtig ist, daß der Zustand ein falscher ist, und der Gebrauch der Politik ein richtiger in dem Sinne, daß die Politik als Methode der Ausübung von Macht angenommen und effektiv gehandhabt wird. Daß Politik Eroberung und Ausübung von Macht ist — das sollte kritisiert werden in der politischen Wissenschaft.

Auf der anderen Seite muß man ja sehen, daß seit den 70er Jahren zahlenmäßig ziemlich viele links sich nennende Leute in den Uni-Betrieb reingegangen sind. Nun sind aber die meisten von ihnen auf einer recht allgemeinen Sorte der Kritik stehengeblieben, haben zum Beispiel „Staatskritik“ betrieben, haben zwar einen linken Anspruch, zeigen aber, wenn sie jenseits der Seminare in Erscheinung treten, eine liberale

iberale Protesthaltung. Das deutsche Volk ist kein Volk von Revolutionären, sondern ein Volk von Resolutionären geworden, das linke Volk, das linke Professoren. Das ist der Grund, warum ich mich so gerne manchmal im BRD man es ja in irgendwelche Protestresolutionen zu unterschreiben. Resolutionen haben genau die umgekehrte Wirkung, die sie haben sollen: sie dienen als Ausdruck des Protests, d.h. als Nachweis, daß wir in einem anständigen Staat leben, wo jeder protestieren kann, solange und soweit er will.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konstituierung der Grün-Alternativen sehr, sehr große Teile — wirklich in Tausenden zu zählen —, auch mit der fähigsten Leute der Neuen Linken seit Mitte der 70er Jahre in diese „neuen sozialen Bewegungen“ also letztlich auch in die Grün-Alternativen hineingestrichelt sind. Wie schätzst Du das ein — jetzt im Nachhinein, im Jahr '88 kann man ja einen Rückblick wagen — ist das „Projekt“ völlig vor die Hunde gegangen oder siehst Du in dieser Umorientierung Weg vom universell emanzipatorischen Anspruch, der die Protestbewegung der 60er Jahre nach bestimmt hat, hin auf Ein-Punkt-Bewegungen, auf bestimmte aufgeführte Bevölkerungspotentiale auch etwas Positives?

Man kann durchaus etwas Positives darin sehen und zwar deshalb, weil erst dieser Wechsel der Neuen Linken zu den Grünen das antikapitalistische Element in die Ökologie eingebracht hat. Denn diese Grün-Vorstellung der Ökologie, die Ökonomie ist so eigenwillig, daß zwischen beiden Grünen die Rede von einem „ökologischen Kapitalismus“ ist. Und das hat die Linke — ich denke an Herbert Marcuse z.B. — wirklich die ganz präzise Aufgabe, diese gespenstische Perspektive eines „ökologischen Kapitalismus“ einfach beiseite zu schieben. Ein Kapitalismus mit „menschlichem Gesicht“! Wie kann man auf der einen Seite als Programm und Ziel haben, die Zerstörung der Natur blockieren zu wollen, und auf der anderen Seite eine Produktionsweise akzeptieren, die von der Zerstörung der Natur überhaupt lebt? Insofern hätte die Linke hier durchaus eine Bedeutung. Die Frage an die linken Grünen ist, ob sie ihre linke Position in die Grünen einbringen oder sie aufgeben. Das ist ein Problem, das zum Teil zusammenhängt mit dem Prozeß der Institutionalisierung. Wenn es sich um eine Bewegung handelt, würde eine Bewegung, in die das linke Element eingebracht wird, dann wäre es in Ordnung. Aber es handelt sich hier nicht um eine Bewegung, es handelt sich hier nicht um eine Bewegung, es handelt sich um ein Verfassungsorgan in der Bundesrepublik. Das ist eine Sache anders aus. Da kommt die ganzen Rücksichten auf die Spielregeln der Demokratie. Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür, also muß man da entsprechend opportunistisch, „kompromittierbar“ sein. Das magische Wort heißt „Kompromittierbarkeitschiff“ — es gibt aber Punkte, in denen die Linke nicht kompromittierbar sein darf. Die Linke kann sich nicht links nennen, wenn sie z.B. die Marktwirtschaft akzeptiert. Das ist jetzt das Problem in Italien. Die italienischen Sozialisten gelten inzwischen für die Linke in Italien nicht mehr als linke Partei, weil sie für die Marktwirtschaft sind und für die Humanisierung des Kapitalismus. Die Humanisierung des Arbeitsplatzes zum Beispiel. Der Arbeitsplatz bleibt aber ein Knochenhüßchen, da kannst du soviel humanisieren, wie du willst. Nicht daß ich sage, die Linken sollen die Grünen verlassen, aber die Linken sollen zusehen, in welche widersprüchlichen Situationen sie sich hineingeben.

Vor allem dürfen sie nicht vergessen, daß einer der großen Vorzüge bürgerlicher Institutionen in ihrer Kriegerlichkeit liegt. Wenn man hineingeraten ist, dann wird man einfach aufgesogen, in die Klebmasse eingebaut. Wenn ich sage „bürgerliche Institutionen“, so meine ich nicht alle Institutionen. Die Schule z.B. ist keine bürgerliche Institution in diesem Sinne, denn Schulen gibt es in allen Gesellschaftssystemen. Ich meine aber die Staatsinstitution. Um ein Beispiel zu bringen: in den 60er Jahren haben einige Studenten meine Thesen über die „Transformation der Demokratie“, meine Kritik am Parlamentarismus dahin gewendet, daß sie aufgerufen haben, die ASIA-Wahlen zu boykottieren. Das ist natürlich Unsinn, denn das sind nicht die Institutionen, die ich meine. Das sind ganz verschiedene Ebenen, denn ASIA-Wahlen — das ist etwas, was sich auf der gesellschaftlichen Ebene vollzieht und nicht auf der staatlichen Ebene. Und was sind eben Unterschiede, die die Linken bei den Grünen beachten müssen. Freilich gibt es auch die Faszination der bürgerlichen Einrichtungen, sie bringen wirklich viele Vorteile mit sich ...

Geld und Sicherheit

nicht nur Geld und Sicherheit

nicht nur materielle Sicherheit, meine ich

eben, es gibt bestimmte Rechtsansprüche und die sind doch wirklich nicht so einfach beiseite zu schieben. Ich will das Recht abschaffen, ich will den Staat abschaffen. Aber das Recht, das ich abschaffen will, konkretisiert sich nicht in den Menschenrechten, denn die Menschenrechte haben mit dem Rechtssystem überhaupt nichts zu tun. Sie sind Ansprüche des Menschen an die Gesellschaft oder an sich selber, während das Rechtssystem ein normiertes Ordnungssystem ist, ein normiertes „Rechtssystem“, ein Zwangssystem, das ist etwas anderes. Die Schwierigkeit liegt darin, daß alles unter dem Wort „Recht“ läuft. Es wird „Recht“ gesprochen, das bürgerliche Gesetzbuch ist ein „Rechtssystem“, ich habe das „Recht“ frei zu sein und ich habe das Recht gegen das „Recht“ vorzugehen.

Über die Verstaatung der Parteien im transformierten Verfassungsstaat und die Möglichkeit der Linken, sich zu organisieren

Gehen wir ruhig einmal über die Grün-Alternativen hinaus zum Thema Parteien als Wahlvereine. Da hast ja immer darauf hingewiesen — und du siehst Du innerhalb der linken Professorenschaft auf alle Fälle ziemlich einsam da —, daß die Partei als Quasi-Verfassungsorgan der BRD zum Bewerk des Staates geworden ist, daß sie jedenfalls so viele staatliche Aufgaben zu erfüllen hat, daß sich ihre Funktion gewandelt hat. Es fragt sich also, inwieweit für die Linke grundsätzlich — von den Grün-Alternativen jetzt mal völlig abgesehen — ein Parteiprojekt im Sinne von Multipartei interessant ist. Ist es möglich, oder glaubst Du, daß es von vornherein und zwangsläufig dort enden wird, worauf es bei den Grün-Alternativen höchstwahrscheinlich hinauslaufen wird?

Ja, das halte ich für einen unvermeidlichen Prozeß, weil die Konstituierung als Partei mit den Parteien zugehörigen Vorzügen, die die Verfassung garantiert, zur Folge hat, daß man sich voll in's System einbringt. Die Beteiligung an Wahlen, das ist eine sehr zwiespältige Sache. Also zunächst über die Partei. Um es ganz kurz zu fassen: ich bin der Ansicht, daß die Partei in der klassischen Form nicht mehr in der Lage ist, Instrument der Emanzipation zu sein. Da muß man sich etwas anderes einfallen lassen. Denn die Partei, so wie sie konstruiert ist, und erst recht, wenn sie sich in den Wahlkampf be-

ein normiertes Ordnungssystem ist, ein normiertes „Rechtssystem“, ein Zwangssystem, das ist etwas anderes. Die Schwierigkeit liegt darin, daß alles unter dem Wort „Recht“ läuft. Es wird „Recht“ gesprochen, das bürgerliche Gesetzbuch ist ein „Rechtssystem“, ich habe das „Recht“ frei zu sein und ich habe das Recht gegen das „Recht“ vorzugehen.

Johannes, Danke für das Gespräch!

Das Interview führten cl. und jw./Westberlin

Anmerkungen
1) Agnoli pflegt in seinen Seminaren und Vorlesungen die Studenten und Studenten mit der deutschen Übersetzung von „Kommunisten“ anzupfeifen „Waffenbrüder“ bzw. „Schwestern“
2) OSI (Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaften der FU Westberlin)

Auswahlbibliographie der Schriften von Johannes Agnoli

Ich erspare mir an dieser Stelle eine zusammenfassende Nachrechnung des Inhalts von Agnolis Schriften, welche seine Gedanken nur verkürzt und verwässern würde. Ich möchte nur erwähnen, daß die Schriften selbst zu lesen, aber auch die Gedanken zu lesen, die er in seinen Schriften macht. Agnoli's Fähigkeit, die Gedanken die er gemacht hat, geschrieben und mit zuweilen beiführender Ironie zu artikulieren, die Lektüre seiner Texte auch zu einem intellektuellen Vergnügen — im Gegensatz zu den oft pedantisch-urigen Erörterungen anderer marxistischer Theoretiker, durch die sich hindurchzuarbeiten bisweilen eine organisatorische Schinderei darstellt. Hinzuverleihen wird man bei dieser Lektüre sicherlich etwas, nicht zuletzt aus dem Grund, weil die entscheidende Qualität seiner Theoriebildung nicht darin liegt, in der Art vieler Seminararbeiten selbstzweckhaft die Analysemethoden zu verfeinern und durch die Erfindung neuer Imperienbegriffe sich im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb einen Namen zu machen. Vielmehr sind es die Veränderungen in der gesellschaftlichen Realität, die Agnoli veranlaßt haben und veranlassen, die Messer der Kritik neu zu wetzen. Anzunehmen wäre noch, daß von den im folgenden aufgeführten Schriften von Agnoli die „Transformation der Demokratie“, die „Überlegungen zum bürgerlichen Staat“ sowie der kleine re. Aufsatz „Die bürgerliche Gesellschaft und der Staat“ nur mehr antiquarisch zu erhalten sind.

Einige sehr lesenswerte Aufsätze sind bislang noch gar nicht in deutscher Sprache erschienen. Dem wird hoffentlich bald abgeholfen. Die Freiburger „Initiative Sozialistisches Forum“ (ISF) plant eine auf 6 Bände veranschlagte Gesamtausgabe von Agnolis Schriften, worin auch diese Aufsätze enthalten sein sollen.

- Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument Nr. 41, Westberlin 1966
- Die Transformation der Demokratie (zus. mit Peter Bruckner), 2. Auflage, EVA, Frankfurt 1968
- Zur Faschismuskritik (1968) in: R. Kühn, Faschismuskritik I, Rowohlt, Reinbek 1974
- Wahlkampf und sozialer Konflikt (1973) in: W. D. Narr, Auf dem Weg zu den Einparteiensystemen, West-Verlag, Bielefeld 1973
- Überlegungen zum bürgerlichen Staat, Wagenbach, Westberlin 1975
- 20 Jahre danach. Kommunisten als Handlung z.T. Transformation der Demokratie, in: PRO-KLA Nr. 6, Westberlin 1986

Linke deutscher Herkunft

Wer schon die antifaschistischen Kräfte in Deutschland vor wiederholten Pölichkeiten? Endlich ist etwas gut gemeint, endlich wird eine Stellungnahme lang und vorsichtig konzipiert und durchdacht, endlich gibt es einen Ausdruck echter Sensibilität und ehrlicher Verpflichtung, und auch dann klappt es einfach nicht vollständig.

IM AK 297 wurde eine „Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht“ veröffentlicht. Unterstützt von Gelehrten, Prominenten und Betroffenen ruft sie zum Gedenken auf, zur Erinnerung an die Opfer, zu einer Front gegenüber den Tätern, zur Mahnung an die potentiellen Mitläufer von heute. Mit verdientem Stolz trägt die VVN die Verantwortung für den Aufruf, er vereint ein breites Spektrum, das sogenannte „liberal-bürgerliche“ Lager, von Verfolgten und Kommunisten über Gewerkschafter und Schriftsteller bis hin zu Professoren und Richtern.

Der Aufruf ist ernst, er stellt sich nicht nur einem als abstrakt aufgefaßten Nationalsozialismus — einer Art „Naturkatastrophe“ — entgegen, sondern er scheut sich auch nicht vor einer Auseinandersetzung mit der natürlichen Umgebung, die diesen Beheimateten. „Wie könnte es so weit kommen, daß unser Volk ein solches Ausmaß staatlicher Willkür und sanktionierten Verbrechens schweigend hinnahm?“

„Unser Volk“ — die Verantwortung als Mitglieder einer Täter-Gesellschaft weisen die AutorInnen nicht zurück. Zweifellos ein Verdienst, eine Seltenheit selbst in der alternativ-liberalen Szene des Nach-

des ein Versteht eine seitens des selbst in der alternativen liberalen Szene des Nachkriegs, die allzu oft so tief in ihren anti-imperialistischen Geist versinkt, „wir sind ja Linke von heute, und keine Deutschen von damals“, um die Gnade ihrer späten Geburt wiederzufinden und sich der Belastung der Opfer zu entledigen. Ein Aufruf also, der einem Mut und Hoffnung in diesem sonst so trostlos erscheinenden Land geben könnte, wenn es nicht auf eine kleine Pointe beruhte.

Der Öffnungssatz lautet folgendermaßen: „Vor 50 Jahren ist der Nacht vom 9 zum 10. November 1938, fand im ganzen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Deutschen, die Juden oder jüdischer Herkunft waren.“ (meine Hervorhebung, Y.M.) Man liest und stutzt. Im Hauptsatz „Deutsche“, im Nebensatz „Juden oder jüdischer Herkunft“, als wäre gerade dies der zufällige, sekundäre Umstand, die Zugehörigkeit der Opfer zur deutschen Nation dagegen der Knackpunkt, der die Aktion erst zu einer öffentlichen Lagerereignis macht.

Nicht die Tatsache, daß die vielen „Ostjuden“, die weder deutsche Staatsbürger noch „deutschstämmige Spätaussiedler“ waren, vom Pogrom auch nicht verschont blieben, ist hier der Grund zum Staunen. Auch nicht die Stellung der Reichspogromnacht als Höhepunkt und gleichzeitig als Auftakt einer antisemitischen Hetz- und schließlich Vernichtungspolitik, die sich gegen die Juden als Juden richtete, und nicht gegen die Deutschen als Steuerhinterzieher, Fahrradfahrer, oder eben — Juden.

Interessant ist vielmehr die Art und Weise, wie deutsche Linke das nationale Problem der Juden zu lösen versuchen. Sie machen sie zu Deutschen und als solche dürfen sie nicht mehr verfolgt werden, denn sie sind nun deutsch, wie wir auch. Statt der einfachen Solidarität mit verfolgten Menschen, die aufgrund ihrer Andersartigkeit vernichtet werden, statt die Forderung zu stellen diese in ihrer Andersartigkeit zu akzeptieren, gerät man sie den eigenen Wunschvorstellungen an, um zu sagen: „Laßt doch unseren in Ruhe!“

Die Linken wollen nicht einen emanzipierten, gleichberechtigten Juden sehen, sie wollen einen angepaßten. Linken Deutschen. So gemein diese traurige Behauptung sich auch anhören mag, ist der Assimilationsmus im linken Gedankengut so tief verwurzelt. Man erinnere sich nochmal an Marx, der seinen Aufsatz „Zur Judenfrage“ mit den Worten abschließt: „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum“.

Dabei erscheint auch die reinste Verurteilung des belastenden Erbes als ein eher sprunghafter Spaziergang durch die Geschichte. Mal stellt man die Judenvernichtung in den Vordergrund aber nicht als die Streichung der jüdischen Existenz in Europa, sondern als einen gemeinen Versuch, das deutsche Volk zu spalten. Mal nivelliert man wiederum den Faschismus um die gezielte Ausrottung eines

Volkes auszuklammern, was ihn wieder zu einem internen deutschen Ereignis macht, einer geschlossenen Gesellschaft als wären deutsche Täter und deutsche Verfolgte unter sich gewesen.

So hat einer der Unterzeichner des Aufrufs, Prof. Dr. Reinhard Kühnl ein Buch mit dem Titel „Faschismustheorien“ verfaßt, das in vielen Kreisen als häufig zitierte und zuverlässige Quelle gilt. (1) Man findet in seinen dreihundertundsechzig Seiten fast alles, was einem zum Faschismus und seinen Hintergründen nur einfallen kann: „Faschismus als Produkt des Führers“, „Faschismus als Totalitarismus“, „Faschismus als Modernisierung“, „Faschismus — phänomenologisch“, „Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals“. Dreihundertsechzig Seiten, und dann findet man einen „Exkurs“, „Antisemitismus und Judenvernichtung“, der sich als einen Exkurs, vier Seiten lang, anreihen läßt.

Und in dem Exkurs belehrt uns der Professor, daß „der Mord an den europäischen Juden nicht als etwas ganz singuläres betrachtet werden (darf)“, schließlich war er nicht nur auf Juden beschränkt, sondern er umfaßte Belgier, Holländer und Polen ebenso. Völlig richtig, der Antisemitismus der Nazis ein Mittel zur Spaltung und zur Zerschlagung der Arbeiterklasse gewesen und konnte deshalb nur im Gesamtzusammenhang der NS-Politik betrachtet werden.

Und hier beginnen die Probleme eines Forschers, die Judenvernichtung zu erklären. Er kann nämlich nicht überzeugend beweisen, daß die Ermordung von sechs

Millionen Juden „direkt ökonomischen Profitinteressen entsprang“, muß also ausweichen um zu sagen, nicht jedes Ereignis müsse direkt aus den Produktionsverhältnissen oder „gar aus den Profitinteressen der Herrschenden abgeleitet werden“, damit die Analyse stimmt.

„Es besteht also gar kein Anlaß“, schreibt Kühnl, „einen Erklärungsatz der sich in einer verhistorisierten Form als die Behauptung darstellt, daß der Faschismus ein permanent bedrohtes und im Falle des Faschismus „anrückendes“ und daher gar eine kapitalistische Wirtschaftlichkeit Erkenntnis vor dem Imperialismus zu erblicken.“ In anderen Worten: Kühnl biß in's Murmel, auch wenn er den Holocaust der Juden mit Hilfe seiner bürgerlichen Denkschemen nicht erklären kann und dies ist alles, was er uns im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus über die Judenvernichtung zu sagen hat.

Ein linker deutscher Wissenschaftler will die Geschichte als eine deutsche Geschichte erklären, jenseits von Dünenschieden nationaler Konflikte. Dafür ist er ausgebildet, darin ist er geübt. Endlich die Geschichte einen jüdischen „Hintergrund“, so muß dieser an die deutsche Dimension angepaßt werden — „Deutsche jüdischer Herkunft“ —, sonst ist er nicht mehr als ein Anhang wert.

„Wir verwahren uns gegen jede Geschichtsklitterung“, schreiben die AutorInnen der Erklärung, „vor allem gegen die Behauptung, Pogrom und Holocaust seien Verbrechen, wie sie anderswo auch vorgekommen seien.“ Ich glaube, diese Aussage ist ernst gemeint, und die Absicht, die ihr zugrunde liegen, werden auch nicht durch den anfänglichen „Verprecher“ diskreditiert. Trotzdem, man wagt einen riesigen Schritt vorwärts, um dann heftig auf den Hintern zu fallen.

Yaron Matras

Anmerkung:
(1) Reinhard Kühnl, Faschismustheorien Verlag, 1980, Hamburg 1979

Wieder Berichtigung

Mein Artikel „Zeit der Besinnung“ im AK 296 enthielt im originalen Manuskript den folgenden Satz: „Unterzeichnet sich etwa der nukleare Holocaust vom rassistischen Holocaust?“ fragt ein Dritter auf der gleichen Leserbriefseite. „Dieser „Dritte“ hat jedoch Satz und Druck nicht überlebt. Auf der dritten Spalte heißt es fälschlicherweise: „... fragt ein Deutscher auf der gleichen Leserbriefseite.“

Zwar war dieser Dritte — so nehme ich zumindest an — ein Deutscher, was vielleicht auch für das Zitat nicht irrelevant sei, gerade deswegen sollte man aber korrekt lesen und abschreiben, ohne eigenen Assoziationen nachzugehen. Manche würden mich noch wegen einer Schimperei des Antijudaismus bezichtigen.

Yaron Matras

Fortsetzung von Seite 1

Revisionismuskritik VI:

Linienstreit in der DKP

Während das Reformprogramm „BRD 2000“ als einheitlicher Entwurf seit einigen Wochen in der Debatte ist, gab es in der 20köpfigen Parteireformkommission des Parteivorstands unter Leitung von Gerd Deumlich keine Einigung auf einen gemeinsamen Entwurf. Sechs Mitglieder der Kommission — vier aus dem Parteivorstand (Dieter Gautier, DKP-Bereichsvorsitzender Bremen, Steffen Lehnhorff, DKP-Kreisvorsitzender Köln, Linke Schrüfer, DKP-Kreisvorsitzender Essen sowie als „juristischer Unterstützer“ Thomas Riecke, die Vertreter von MSB (Thomas Riecke, Bundesvorsitzender) und SLAJ (Hans-Georg Eberhard) — haben einen Gegenentwurf vorgelegt (siehe nebenstehend). Zustimmung erhielten sie vom Hamburger LK-Bereichsvorsitzenden Wolfgang Gehrecke, und dem früheren SLAJ-Vorsitzenden Werner Sturm (beide Mitglieder des Parteipräsidiums) sowie Vera Achenbach vom Sekretariat beim Parteivorstand.

Mies kontra Revisionisten

Neu an dem schon lange schwelenden Konflikt in der DKP ist, daß die Mehrheit im Parteivorstand erstmals standhaft blieb, obwohl ihr Jupp Angenfort in der Debatte vorwarf, daß die Forderung nach Meinungsppluralismus in der Partei, die Präsentation von zwei Papieren, „die Herabsetzung der Gehirne einer dauernden Meinungszerissenheit und die durch bedingte Handlungsunfähigkeit unserer Partei“ bedeute, zudem, wie Jupp Schrüfer erklärte, „die Forderung einer Zuspitzung auf eine Konfrontation mit sich bringe“. Demgegenüber beharrte die Mehrheit darauf, daß „was heute noch ungewöhnlich ist, nur ganz normal sein wird, die Gegenüberstellung unterschiedlicher Meinungen“. Und auch Jürgen St. P. (SLAJ) erklärte: „Mit gutem Grund haben wir die DKP von der Partei der Perestrojka — dem Parteivald unterworfen und sich der Vorstandsarbeit (Hamburger) Parteidelegierten M. Gerdens (BRD) angeschlossen, der die Partei im Mai 1988 — bei der 1. Parteikonferenz — grundsätzliche Kritik an der DKP-Wirklichkeit geübt hat.“

„Mugos“ (Hamburg) gründete eine „Linke“ (Hamburg) „grundsätzliche Kritik an Aspekten der DKP-Politik“ geübt wurde. Verbunden mit dieser Kritik an „Mugo“ war eine „Selbstkritik“ des Hamburger Landesverbandes, daß er seine Parteipflichten vernachlässigt habe (siehe AK 272). Auch im Herbst 1987 erhielten die Hamburger einen Dämpfer, als sie von einem „Krisenstadium“ der Partei sprachen. Das, wie auch das aus angekündigte Schlußfolgerungen, sei „Vordenkerium“, wurde ihnen bedeutet. Maximal dürfe man von einem „vorkrisenhaften Zustand“ sprechen, „Krisenhaft“ sei dagegen die Führungsarbeit des Hamburger Bezirkssekretariats (vergleiche AK 28a und 287). Wiederum übt der Hamburger Bezirksvorsitz „Selbstkritik“ Gehrecke distanzierte sich zudem scharf von Mugo, der dem voraussetzte, was die Mehrheit im Parteivorstand heute fördert: „Die DKP muß eine öffentliche Partei werden“, die sich ihrer Auseinandersetzung nicht zu schämen brauche. Mugo hatte der „Luz“ — einem „antikommunistischen Organ“ — ein Interview gegeben, in dem er sich kritisch zur Situation in seiner Partei geäußert hatte.

Nun, Vordenkerium und Vorläufer sind vorbei, parteiunlich anerkannt darf ein Jahr später von der Krise gesprochen und es darf nachgedacht werden. Im September 1988 bestätigte Gehrecke gegenüber einem nicht-kommunistischen Organ öffentlich, natürlich gebe es „zwei verschiedene Linien“ in der Partei („Hamburger Rundschau“, 15.9.88), was aber nicht Spaltung bedeuten müsse (Lwe Knickreim ebenda).

Offiziell eröffnet habe den Kampf zweier Linien allerdings Herbert Mies auf der 13. Parteivorstandssitzung. Offiziell kündigte er nach 1986 und 1987 die dritte gelbe Karte (was unseres Wissens im Fußball schon längst eine Sperre bedeutet hatte).

Nunmehr wolle er „ohne weiteres Zögern und ohne Schminke aussprechen, was mich sehr bewegt und zu welcher Meinung ich gekommen bin. In einer Reihe von Diskussionen im Präsidium und Sekretariat, und solchen Bezirkssekretariaten wie in Hamburg und in Bremen, in Kreissekretariaten wie in Köln und auch in anderen Orten, in allen möglichen in der Partei kursierenden Papieren wurde von Genossinnen und Genossen eine andere Richtung eingeschlagen, eine andere Linie entwickelt oder begonnen, sie zu entwickeln.“ Bei dieser Richtung oder Li-



Globales Denken

nicht zeichnet sich zwar nicht die generelle Infragestellung der Partei ab, aber doch die Forderung nach einer „Reinigung und so weiter“. Die Mehrheit der Kommission des Parteivorstands und der Sekretariat der Arbeiterpartei. Es zeichnet sich der Bruch mit wesentlichen Grundsätzen des demokratischen Zentralismus und seiner Anwendung durch die Partei ab, die durch die Mehrheit der Partei abgelehnt werden. Es zeichnet sich ab, daß die Mehrheit der Partei die Meinungsppluralismus bei der Arbeit der Partei nicht nur in der Partei, sondern auch in der Verwaltung der DKP in eine pluralistische Partei zu verwandeln will, die auf nationale Veränderung der

der Vermittlung der Partei. Es zeichnet sich ab, daß die Mehrheit der Partei, ihres Parteiprogramms, ihre Partei und ihre Partei, und dies unter der Führung der Erneuerung und mit Berufung auf Konsequenzen aus den revolutionären Umgestaltungsprozessen in der Sowjetunion und in der KPdSU (und an anderer Stelle: „Sinn ist sicher mit zwei Linien im Nebeneinander kann auf die Dauer keine kommunistische Partei leben, weil man nicht leben.“ Herbert Mies fordert dazu auf, daß jetzt die Partei zu entscheiden habe, ob der „Parteivorstand sein Präsidium und Sekretariat die Partei zusammen- oder auseinander-“ führe.

Rundemeuerung der DKP

Das ist heavy und neu für die DKP. In früheren Zeiten wären die so Angegriffenen die längste Zeit in der Partei gewesen. Derzeit spricht Mies die Differenzen zwar in aller Schärfe an, doch ist auch seit dem Bemühen der Mehrheit im Parteivorstand unverkennbar, den vollen Bruch zu vermeiden, was sicherer Indikator dafür sein dürfte, daß die Neuerer sich auf eine verbreitete Strömung — mehr noch Stimmung — in der Partei stützen können.

Der Kurs der Neuerer setzt im wesentlichen auf zwei Elemente bei der Rundemeuerung der Partei. 1. Die vorkrisenhafte Solidarität mit und Übernahme der sowjetischen Perestrojka und des Neuen Denkens in der Welt, daraus abgeleitet nicht nur ein neues Reformprogramm, sondern eine strategische Neubestimmung von Reformen in Bezug auf das Ziel des Sozialismus. Unter Berufung auf die „historische Verantwortung“ für die Welterexistenz der Menschheit sehen sie durch den „Kampf ums Überleben das Verhältnis von Reform und Revolution verändert. Der Kampf um die Lösung der globalen Probleme darf den Kampf um den Sozialismus nicht als bloßes Mittel zum Zweck untergeordnet werden“ (siehe nebenstehendes Papier). Bedingung der „friedlichen Wettbewerb von Kapitalismus und Sozialismus“ gegenüber der „Hamburger Rundschau“ gab Wolfgang Gehrecke zu, daß es bislang mehr Hoffnung und Glaube sei, „daß der

Imperialismus friedensfähig zu machen ist und daß die ökonomischen Probleme zu lösen sind.“ Von ihrem Ansatz her ist die

„Reinigung“ der Mehrheit der Partei, die in der „historischen Verantwortung“ steht, so wie eine „Schubladung in eine kommunistische“ 2. wollen sie eine grundlegende struk-

turelle Erneuerung der DKP und dogmatischen ideologischen Radikal abwerfen. Die Modernisierung der Partei soll sie gleichzeitig der Teil der Partei, die

Mehrheit
Bewahren und ErneuernMehrheit
„Bewahren und Erneuern“

Demgegenüber propagiert die Partei-Mehrheit in ihrem Entwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ einen vorsichtigen programmatischen und personellen Erneuerungsprozess. Die Partei müsse, so Herbert Mies, für ihre Weiterentwicklung genau definieren, „was wir unter notwendigem Bewahren und notwendigem Erneuern verstehen“. „Bewahren und Erneuern“ nicht gegen die Rundemeuerung der Mehrheit, die mit Erneuern nicht nur den Bruch mit vielen Alten, sondern auch das Aufwerfen neuer Fragen für die Partei meint. Die Partei-Mehrheit zählt in ihrem Entwurf dabei zu nächst die Erfolge der Partei auf („Zur Lage der Partei gehören ihre Erfolge“). Im Abschnitt zur Beseitigung der „Hemmnisse“ wird im wesentlichen der gesunkene Einfluß in der Arbeiterklasse, in demokratischen Bündnissen, bei der Jugend und den werktätigen Frauen registriert, sowie die abnehmende „geistige Ausstrahlung der Partei“, die seit 1986 stark rückläufige Mitgliederentwicklung und Schwierigkeiten bei der Vertretung in kommunalen Parlamenten. Die Aufzählung hebt Vernachlässigungen und „subjektivistische Fehler“ hervor.

Mit der Beschreibung neuer Herausforderungen in der „Umbruchperiode“ tut sich die Mehrheit schwer (nach Tschernobyl „sind einfache Antworten auf die Energieproblematik nicht mehr möglich“). Doch keinen Zweifel läßt die Mehrheit aufkommen, daß sie die Arbeiterklasse als Subjekt der Lösung der Menschheitsprobleme begreift. Im Abschnitt „Reform und Revolution“ heißt es: „Auch unter den heutigen Bedingungen wird die DKP darauf orientieren, daß die Arbeiterklasse des modernen Imperialismus das revolutionäre Subjekt, die Klasse der Zukunft ist, welche ihre revolutionäre Rolle in der dialektischen Beziehung mit allen Kräften des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts wahrnimmt. Vorschläge, die Mensch und Menschheit als Kategorie eines neuen Revolutionstyps und neues historisches Subjekt ausmachen wollen, sollten qualifiziert und begründet zurückgewiesen werden.“

Tatsächlich hat die Mehrheit (siehe Abschnitt 4.2 ihres Papiers) die Frage auf-

geworfen, ob „es einen neuen Zusammenhalt von Klassenkampf, Bündnissen und Klassen zusammenhalten“ gehen“ kann.

„Auch unter den heutigen Bedingungen wird die DKP darauf orientieren, daß die Arbeiterklasse des modernen Imperialismus das revolutionäre Subjekt, die Klasse der Zukunft ist, welche ihre revolutionäre Rolle in der dialektischen Beziehung mit allen Kräften des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts wahrnimmt. Vorschläge, die Mensch und Menschheit als Kategorie eines neuen Revolutionstyps und neues historisches Subjekt ausmachen wollen, sollten qualifiziert und begründet zurückgewiesen werden.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

„Doch nicht im Sinne um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vorrangigen diskursierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution, sondern in der strategischen Haltung der Partei.“

in der Parteivorstandsdiskussion — wie der UZ zu entnehmen ist — nicht wenige Warnungen vor einer „intellektualisierten“ Diskussion geäußert worden, und vor zu wenig „Parteiliedern, die in Betrieben und Gewerkschaften tätig sind“ auf der Ebene von Beratung und Entscheidung über die Politik der Partei. Ein deutlicher Hinweis darauf, daß man die Parteiposition im Funktionsbereich der öffentlichen „kleinbürgerlichen Intelligenz“ zurechnet, die wiederum in ihrem Papier den „heimlichen Anti-Intellektualismus“ in der Arbeiterpartei DKP beklagt.

Wie reformfähig ist der Kapitalismus?

Im gemeinsamen Entwurf des Reformprogramms „BRD 2000“ soll die pragmatische Anwendung des Gorbatschowschen Neuen Denkens auf die Verhältnisse der BRD sein. Der Ausgangspunkt ist demnach klar: die allgemeinen Menschheitsinteressen haben Vorrang vor den Klasseninteressen. Ohne Lösung der großen globalen Probleme, die die Existenz der Menschheit bedrohen (Atomkrieg bzw. Krieg überhaupt, Ökologie-Krise, Nord-Süd-Konflikt), wird der Klassenkampf gegenstandslos. Aus der Hierarchie der Werte („Frieden“ ist wichtiger als Sozialismus) wird eine zeitliche Reihenfolge konstruiert, die globalen Probleme sind so dringend, daß nur ihrer Lösung nicht bis zum Sozialismus gewartet werden darf. Daraus folgt, wie in „BRD 2000“ vielfach behauptet, daß die Lösung aller heute existenzbedrohenden Menschheitsprobleme noch bei Beibehaltung des „monopolkapitalistischen“ Systems möglich sei. Da auch ein Kapitalismus ohne Existenz der Menschheit nicht weiter, soll es möglich sein, sich an den zweckmäßigen Lösung der globalen Probleme zu einer „Lösung von der Verursachung“ zu kommen. Das betrifft Konsequenzen zu Ende gedacht, so unvermeidlich auch des sogenannten „Militär-Industrie-Komplex“ (MIK), der eine Restrukturierung braucht, um die Kosten der Rüstung zu senken. Das ist nicht nur ein Problem der Rüstungsindustrie, sondern auch ein Problem der Wirtschaft. Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft, sondern auch ein Problem der Politik. Das ist nicht nur ein Problem der Politik, sondern auch ein Problem der Gesellschaft. Das ist nicht nur ein Problem der Gesellschaft, sondern auch ein Problem der Menschheit. Das ist nicht nur ein Problem der Menschheit, sondern auch ein Problem der Welt. Das ist nicht nur ein Problem der Welt, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch ein Problem der Zukunft. Das ist nicht nur ein Problem der Zukunft, sondern auch ein Problem der Gegenwart. Das ist nicht nur ein Problem der Gegenwart, sondern auch ein Problem der Vergangenheit. Das ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern auch

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist neu am Neuen Denken?

Mit Recht fragt sich da Jörg Crombach aus Neubüttig: „Wenn alt das, was in BRD 2000 steht, mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, dem Großkapital, zu machen wäre, wäre zu überlegen, ob es nicht an Frevel grenzte, wenn ein paar ‚kleinerer‘ Vorfälle des Sozialismus diesen demokratischen und humanistischen Staat der neunziger Jahre aufs Spiel zu setzen!“ Oder mit den Worten von Joachim Schubert, Mannheim: „Wenn das alles bereits im Kapitalismus verwirklichtbar wäre, wozu brauchen wir dann noch den Sozialismus?“ Was würde unsere DKP denn dann überhaupt noch von der SPD und den Grünen unterscheiden, fragen viele Kritiker.

In der von der LZ dokumentierten Aussprache über „BRD 2000“ überwiegen die kritischen Stimmen aus dem traditionellen Lager bei weitem, und unter diesen wiederum die radikalen, die die Vorläge rundum als revisionistisch und reformistisch ablehnen. Soweit erkennbar hat sich dort kein einziger Neudenker zu Wort gemeldet, dem „BRD 2000“ noch nicht weit genug geht. Es läßt sich also schlussfolgern, daß sich die Neudenker in dem Reformprogramm weitestgehend wiederfinden, weil ihre Handschrift doch



Kritiker eher wie Befürworter des Neuen Denkens unterliegen aber dem gleichen Mißverständnis oder begehen die gleiche Täuschung, wenn sie die Linie von „BRD 2000“ als Bruch mit der bisherigen DKP Politik interpretieren oder ausgeben. Neu ist selbstverständlich die Entwicklung innerer Demokratie und Diskussionsfreiheit in der DKP, neu ist auch die nahezu totale Öffnung der Debatte nach außen. (Daß das Minderheitspapier zu „Lage und Entwicklung“ nicht in der LZ publiziert wurde, dürfte eher ein absurder Anachronismus als eine prinzipielle Rückkehr zum alten Stil sein.)

Nicht neu ist hingegen, abgesehen von methodischen Details der Verpackung, der ganze reformistische Ansatz von „BRD 2000“. Schon die ursprüngliche DKP Parole von der „Zurückdrängung der Macht der Monopole“ stand im Grunde für ein rein reformistisches Programm, bei der eine Summe von Reformen sich, quasi hinter dem Rücken der Kapitalisten, zur revolutionären Umgestaltung addieren sollte. Mit dem Motto des seit 1978 gültigen DKP-Programms, „Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“, wurden noch kleinere Bräutchen gebacken. Wenn heute traditionalistische Kritiker heranzögen, das Wort Demokratie werde in „BRD 2000“ klassenunpolitisch vorverwandelt, so könnten sie eigentlich den gleichen Mangel, das am alten Parteiprogramm feststellte, auch an gegen die Neudenker verteidigen wollen.

Die Frage der prinzipiellen Friedensfähigkeit des Imperialismus war schon in der berühmten „Polemik“ zwischen der KP Chinas und der KPdSU in der ersten Hälfte der vier Jahre ein zentrales Streitthema. Die KP Chinas vertrat damals die Ansicht, daß tatsächliche Sicherung des Friedens und vollständige Abrüstung ohne Überwindung des Imperialismus nicht möglich seien. Das wurde von der KPdSU böswillig so verdreht, als wäre die KP Chinas auf einen dritten Weltkrieg aus und widersehe sich der Abrüstung. Die illegale KPD und seit Ende der 60er Jahre die neugegründete DKP folgten auch in diesem Punkt der KPdSU absolut

Seit Chruschtschow und Breschnew gilt als feststehend, daß im Hinblick auf Friedenssicherung und Abrüstung große Teile des Monopolkapitals prinzipiell bündnistüchtig sind. Diese These basiert auf der Konstruktion einer „realistischen Fraktion“ des Imperialismus, die primär nicht an Rüstung, sondern an friedlichen Beziehungen zur UdSSR und den übrigen RgW-Staaten interessiert sei. In diese Kategorie wurden, sozusagen ehrenhafter, sogar ausgesprochene Rüstungskapitalisten aufgenommen, sofern sie nur „realistisch“ genug für ein kräftiges Engagement im Osthandel waren. Die friedliche Koexistenz zwischen Imperialismus und Real Existierendem Sozialismus galt schon damals als Rezept für die Lösung der Menschheitsprobleme, lediglich die Ökologie ist in den letzten Jahren neu dazugekommen.

Hat die DKP damals nicht behauptet, durch die Unterzeichnung der sog. Ostverträge würden die bundesdeutschen Arbeitsplätze gesichert, und dabei alles ignoriert, was Sozialisten über die innere Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wissen? (Daß sie zugleich die innere Krisenhaftigkeit des Real Existierenden Sozialismus verkanteten, kommt hinzu.) Hat die DKP damals nicht den bundesdeutschen Monopolkapitalisten die UdSSR als „Ozean des Absatzes“ angepriesen? Wurde nicht jedes einzelne Abkommen zwischen Breschnew und Nixon in der DKP-Presse ganz genauso als menschenheitsbeglückender Schritt abgefeiert wie jetzt das Müller-Strecken-Abkommen?

Streitpunkt: Demokratischer Zentralismus

Zurück zur Parteidiskussion. „Wahrscheinlich haben wir es mit einer längeren Phase des Suchens, des In-Frage-Stellens, des Experimentierens, des Prüffens, des Verwerfens und der erneuten Suchen auf dem Weg der Weiterentwicklung unserer Partei zu tun“, schreibt nicht die Minderheit sondern die Vorstandsmehrheit im Abschnitt zur innerparteilichen Demokratie. Gegenüber den eher bürokratischen Vorstellungen im Minderheitspapier werden für die innere Erneuerung der Partei im wesentlichen methodische Vorschläge gemacht (mehr Transparenz der Entscheidungen, ein offenes Diskussionsklima) bzw. werden Absichtserklärungen zur Verbesserung der Parteiwahlen auf Grundlage des bestehenden Richterschlusses zur Verbesserung der Parteiwahlen auf Grundlage des bestehenden Status statt neuer Verordnungen gegeben (statt Quote, Frauenanteil soll erhöht werden statt Rotation; zeitliche Begrenzung von Wahlfunktionen sei möglich. Priorität habe die Qualität der Arbeit). Gegenüber Vorwürfen der Opposition sieht der Entwurf die Probleme der Partei nicht im Verharren von Funktionen, die sich an ihre Posten klammern, sondern darin, „daß derzeit für viele Funktionen keine Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden“, daß viele Funktionäre sich überfordert fühlen.

Der von Herbert Mies beklagte Bruch mit dem Demokratischen Zentralismus dürfte in der Forderung der Minderheit nach „autonomen Entscheidungsrechten“ (Abschnitt 5.3) und von unten bestimmten Parteiwahlen zu finden sein. Demgegenüber betont die Mehrheit, daß am Ende von Diskussionen Beschlüsse stehen müssen, „die für alle Mitglieder verbindlich sind.“ Als deutliche Warnung wird zudem festgehalten, daß die Offenheit der Diskussion da ihre Grenze hat, wo am Statut vorbei diskutiert wird. „Dem widerspricht die Erarbeitung von sogenannten Positionspapieren ohne Kenntnis von Vorständen oder Gruppen der Partei und deren Verbreitung außerhalb der demokratischen Strukturen der Partei.“ So wurden bereits die Ausschlüsse gegen die Erlanger und den Karlsruher Heimlich Krebse begründet. „Die Ablehnung von Fraktionen in der DKP auch unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Kampfes in der imperialistischen BRD“ wird als unverzichtbar betont, wobei die Charakterisierung des BRD-Imperialismus an dieser Stelle, wo es um innerparteiliche Demokratie geht, eher schärfer ausfällt als dort, wo es um Reformen und Klassenkampf geht. Schließlich wird „das Vorschlagsrecht der Vorstände“ bei den Parteiwahlen gegenüber einer „spontanen Willensbildung“ bei der Strukturierung der Leitungsorgane verurteilt.

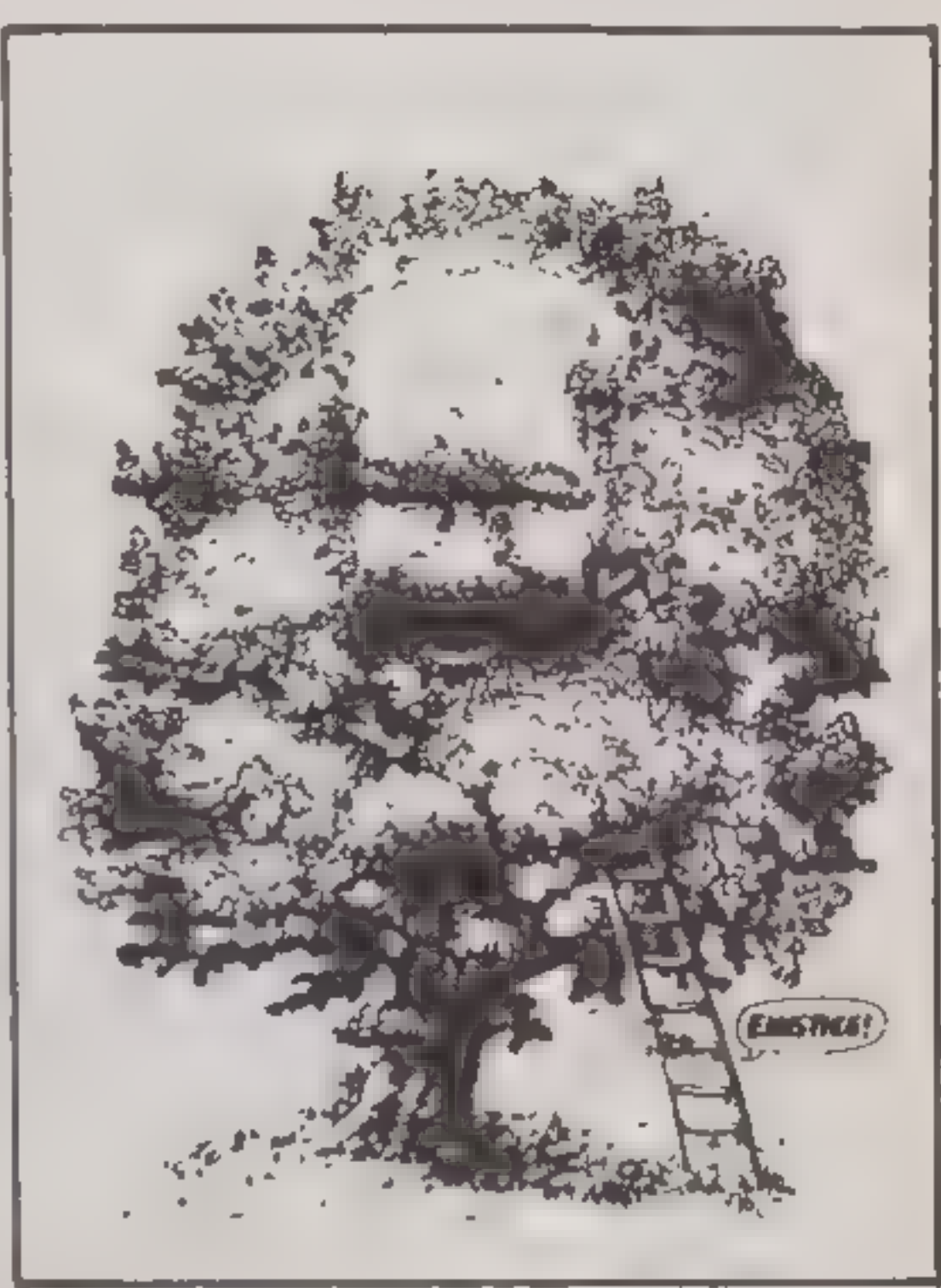
Jenseits dieser Auseinandersetzung schwingt in der derzeitigen Partidebatte ein Unlenion mit, der von heftigen persönlichen Auseinandersetzungen zeugt. Die Vorstandsmehrheit hat in ihren Entwurf einen Satz aus der Minderheit eingebaut, der in ihrem Entwurf gar nicht enthalten ist, laut Deutlich aber in der Kommissionsarbeit gefallen ist: „Es gibt Auffassungen, die beispielsweise in einem Dogmatismus in der Theorie, Ökonomismus in der Politik, bürokratischem Zentralismus in der Organisation sowie in mangelnder Kompetenz der Parteiführung die Ursache und das Wesen unserer Parteiprobleme

sehen.“ Wir wissen nicht, ob der Satz jemals so gefaßt wurde. Auf jeden Fall ist er geeignet, Emotionen im Apparat, vor allem aber im Parteivorstand zu wecken. Zusammen mit dem Satz des Minderheitspapiers — der anstelle der obigen Charakterisierung stehen könnte —, daß die Hauptursache für Schwächen der Leitungstätigkeiten u. E. in den verengten politischen und sozialen Erfahrungsbereichen sowie der altersmäßigen Zusammensetzung insbesondere von Präsidium und Sekretariat liegt. Der Frauenanteil ist nicht akzeptabel. Entscheidende politische Prägungen dieses wichtigsten Teils der Parteiführung erfolgten größtenteils vor Gründung und Wirken der DKP“ (Abschnitt 3.6), dürfte hier die Wurzel für Mies' oben zitierte heftige Reaktion liegen. Stellt der Satz doch nahezu einen Frontalangriff auf das aus der alten KPD kommende traditionalistische Element der DKP dar.

Erwin Ebeling, unterstützt von Eilen Weber, schwingt die moralische Keule: „Er hätte nie gedacht, daß ihm in der Partei seine Prägung in Adenauer-Zuchthäusern einmal negativ vorgehalten werde.“ Auch hier dürfte der Kern allerdings nicht in der persönlichen Beleidigung liegen, sondern in der begründeten Befürchtung, daß ein Funktionärskader der seine Prägung in der öber-Bewegung, den Hochschulausensandensetzungen der sechziger Jahre und am Rande der Wahl-/Grünen-Ausensandensetzung erfahren hat, darangeht, einen erheblichen Teil des alten Führungskaders zu kippen. Die DKP, die dabei anvisiert wird, könnte eine ganz andere sein.

Das Gespenst der Spaltung

Insofern geht es ganz handfest zu. Gerd Deumlich hat in seinem Vorstandsreferat Andeutungen einer solchen personalisierten Auseinandersetzung gemacht. Gegenüber dem Vorwurf der Konzeptionslosigkeit stellt er „ganz sachlich“ die Frage, „welches faktische Kalkül eigentlich hat, wer der Partei derzeit den Placetgeber aufkleben will. So kann man den Boden bereiten für eine Erneuerung der Partei an Haupt und Gliedern.“ Die Frage ist, ob die Auseinandersetzung in der DKP eine solche Dimension angenommen hat, daß bevor die inhaltliche Diskussion sich den Fragen der zukünftigen Strategie so weit genähert hat, daß eine mögliche Spaltung — von der allerorten gemunkelt wird



— entlang sich andeutender inhaltlicher Differenzen verläuft (so wird beispielsweise im Papier des Bremer Bezirkssekretariats formuliert: „Wenn Ausgrenzungen, aber auch Spaltungen ... und Lähmungen verhindert werden sollen, darf weder die einheitliche Handlungsfähigkeit noch die breite Diskussions-, Artikulations- und ... Entscheidungsmöglichkeit behindert werden.“)

Die relevante Minderheit im Parteikader scheint auf Zeitgewinn zu setzen. Dafür sprechen diverse Beiträge in der LZ Diskussion zum Parteitag, die mehr

Tabu: Verhältnis zur SED

Im Minderheitspapier wird die SED nicht einmal erwähnt, was eine Abgrenzung erzwang läßt angesichts des uneingeschränkt positiven KRSU Bezugs. Im Mehrheitsentwurf ist eine andere Tendenz angelegt. Im Abschnitt über „Unsere Beziehungen zur SED“ wird betont, „insbesondere spielen Unterschiede zwischen der Entwicklung in der UdSSR und in der DDR eine große Rolle.“ Und zwar: „Dabei spielt eine Rolle, daß die SED die aus der Umbruchperiode resultierenden Fragen und Aufgaben — den Bedingungen ihres Landes entsprechend — in vielerlei Hinsicht früher aufgriff, anders aufgriff und anders gewichtet als etwa die KPdSU.“ Das ist eigentlich nur verklausuliert ausgedrückt, was Kurt Hager im April 1987 auf die Frage nach Glasnost und Perestroika für die DDR mit der Gegenfrage beantwortete: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung tapetisiert, sich verflüchtigen, führen Ihre Wohnung ebenfalls zu tapetisieren?“

„Die kommunistische Partei der BRD wird ihre eigene Identität verlieren, wenn sie nicht ihre prinzipielle kommunistische Solidarität mit der SED bewahrt, mit der Bruderpartei also, mit der sie gemeinsame historische Wurzeln besitzt“, formuliert die DKP Mehrheit. Das nimmt die SED

ausdrücklich von der vielbeschworenen globalen Neuorientierung aus bzw. konnte — wenn es nicht so unheimlich wäre — nahelegen, daß nicht die KRSU unter Gorbatschow sondern die SED unter der Ägide der „Neuen Denkers“ ist. Diese DKP-Formulierung zeugt von Beharrungsvermögen, das spätestens da mit der Parteidiskussion kollidieren dürfte, wo die Geschichtsdebatte bei der gemeinsamen Geschichte von SED und KPD ankommt (1), und wo der bislang unwidersprochene gebliebene Konsens, daß die im alten dogmatischen Sinne verfaßten Thesen der SED zu 70 Jahre KPD (in der alle Ecken und Kanten der Entwicklung glattgebügelt sind) ernsthaft in der DKP diskutiert werden.

Wer die politische, ideologische und materielle Abhängigkeit der alten DKP von der SED berücksichtigt, könnte in Abwandlung von Hager vermuten, daß man in diesem Falle einen Tapetenwechsel nicht für nötig hält, weil der Nachbar auch noch in den alten wohnt.

1. Für Ordnung scheint insofern schon geboten, als die SED und DKP eine gemeinsame Kommission bilden, um das Angebot des ZK der KPdSU anzunehmen, die bislang verschlossenen Archive der Kommintern einzusehen.

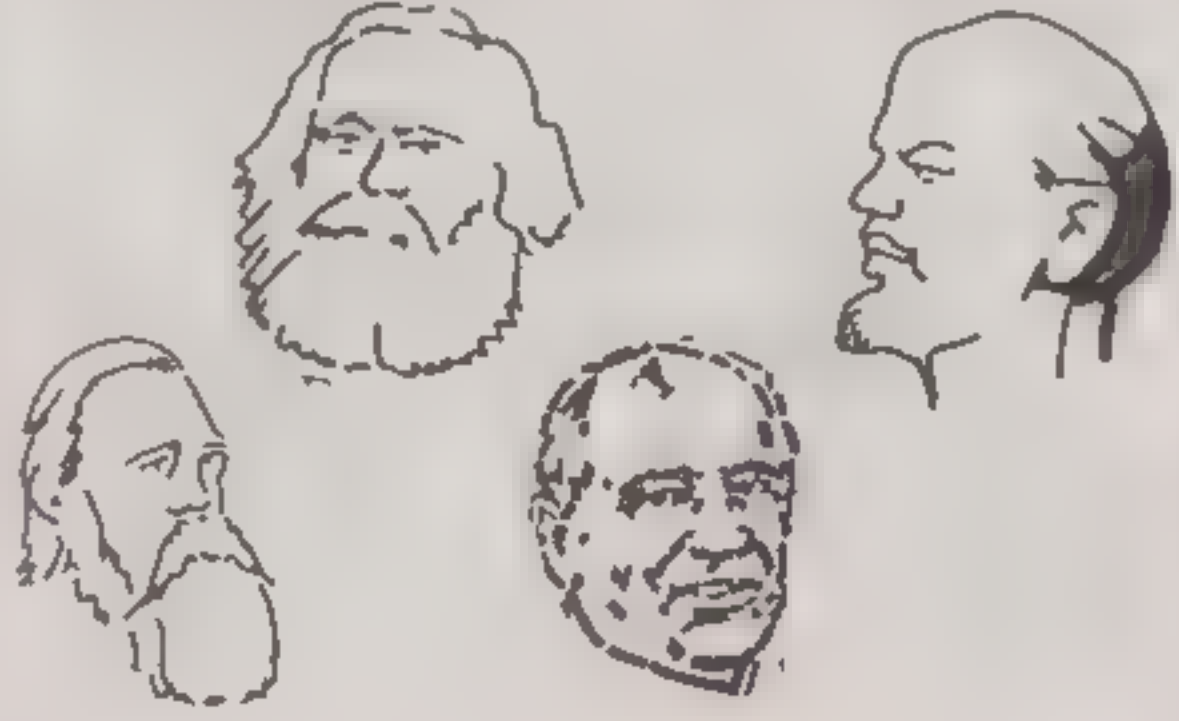
Zeit für die Debatte fordern. Dafür spricht eine Formulierung des Hamburger Bezirkssekretariats, daß man angesichts der beiden auf dem Parteitag zu behandelnden Papiere in Leipzig komme: „In mehreren Gruppen wurde bereits angeregt, die Diskussionszeit auszuweiten und die Entscheidung über den Programmentwurf zu verschieben.“ Zurecht wird wohl befürchtet, daß mit einer abschließenden Behandlung von „BRD 2000“ und des Parteireform-Papiers die Debatte zunächst einmal beendet sein dürfte. Umgekehrt könnte die Befürchtung der Parteivorstands-Mehrheit sein, daß angesichts vorbereiteter Frustrationen der Parteivorstands-Mehrheit sein, daß angesichts vorbereiteter Frustrationen stimmungen an der Parteibasis bei anhaltender Diskussion noch mehr heilige Kühe geschlachtet werden könnten. Auf jeden Fall weckt die DKP-Debatte neben der inhaltliche Brisanz und Bedeutung einiger der Streitthemen durchaus Erwartungen an Zerfallserscheinungen von anderen Gruppen mit einem K im Namen. Erstmal werden nicht nur zwei, sondern mindestens drei Strömungen in der DKP offensichtlich. Neben den Neuerern und den Bewahrern im Vorstand die Kritiker von links. Das umstrittene Papier zur Parteireform hat aus Sicht der Führungsmehrheit offensichtlich die Funktion einer korrigierenden Ergänzung zum Reformismus-Vorwurf gegen „BRD 2000“, das stark durch die Feder der Neuerer geprägt ist, wodurch die Gewichte wieder etwas verschoben werden sollen. Solche verbale Ausgleicherei — ein Satz für die Neudenker, ein Satz für die Traditionalisten — die radikalen Kritiker von „BRD 2000“ verständlich stimmen wird, darf bezweifelt werden. Auch die „Lage- und Entwicklungs-Papier“ wieder breit aufgelegene Selbstgefälligkeit wird wohl nur bei einem kleinen Teil der traditionellen Kritiker gut ankommen. In Sachen Selbstkritik, innere Demokratie und nüchterne Bilanzierung blüht der Parteiführung der Wind von allen Seiten scharf ins Gesicht, das ist — wie die LZ-Diskussionstribüne zum Parteitag zeigt — keine Domäne der Neudenker, auch wenn diese gern so tun.

Unklar ist dem außenstehenden interessierten Beobachter bei der derzeitigen Polarisierung, wo bei einer erstmals zu erwartenden Mehrheits-/Minderheitsabstimmung auf dem Parteitag Kompromisslinien liegen könnten. Immerhin ist eine solche Situation für die DKP völlig ungewöhnlich. Man darf auf die Auswirkung des Neuen Denkens im Umgang hiermit gespannt sein.

kt. und hr

Quellen:

LZ-Berichte vom 5. AB und 7.9.88. 13. Tagung des DKP-Parteiorgans 3.4.988 mit dem Hohen von Herbert Mies und Gerd Deumlich. Eigenbeiträge der LZ vom 7.9.88. Entwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ Eigenbeiträge der 17. vom 8.9.88. Entwurf „Bundesrepublik Deutschland 2000“ Vorschläge der DKP zu einer Friedenskonvention und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre. 10 Diskussionspunkte des Bezirkssekretariats Bremen. Interview 2. August 88 der DKP Hamburg. Interview mit Uwe Knickrehm und Wolfgang Gehrels in „Hamburger Rundschau“ 15.9.88.



Einschätzung und Vorschläge

Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP

Papier der Minderheit in der AG des Parteivorstandes

1. Einleitung: Wir brauchen die Erneuerung der DKP

1.1. Vorbemerkung

Wir legen hiermit für die im Parteivorstand begonnene Diskussion „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ unsere Überlegungen zur Grundrichtung der Entwicklung unserer Partei vor. Wir haben uns zu diesem Versuch aus der Kommission des Parteivorstandes heraus entschlossen, die den Entwurf des 2. Leittrahns erarbeitet hat. Wir meinen, daß der von der Kommission mehrheitlich gebilligte Entwurf der Neuartigkeit der „Leittrahns“ die Partei in die Zukunft führt, die die Herausforderungen der Perestrojka und dem Ausmaß der Schwierigkeiten unserer Partei nicht gerecht wird.

Nach unserer Einschätzung wird im Entwurf der Kommission mehrheitlich ein Bild unserer Partei gezeichnet, das realitätsfremd und sehr negativ ausfällt als bisher. Um eine für notwendig ersichtliche Wende in der Parteientwicklung zu erreichen, werden eine Reihe Gedanken und Vorschläge geäußert, die dem weiter gehen als bisher vorgelegten. Sie sind vor allem das Ergebnis der Diskussion in der Partei, so auch mehrerer PV-Tagungen.

Unser Schritt drückt deshalb keine Zerknirschtheit in der Antragskommission oder im Parteivorstand aus. Er markiert die Suche nach einem neuen Weg der Meinungsbildung und Willensbildung in unserer Partei, der Fehler der Vergangenheit überwindet und den neuen Anforderungen entspricht. Damit wird auch die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der so erarbeiteten „Leittrahns“ erhöht.

Kern dieser Konzeption (und Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten in der Antragskommission) ist die „Erneuerung der DKP“.

1.2. Die Notwendigkeit der Erneuerung

Die Partei stagniert, trotz vieler Aktivitäten ihrer Mitglieder. Das gerade für Kommunisten ein bitteres Gefühl, wieder in noch mit der eigenen Partei grundlegend etwas verändern zu können, greift um sich.

Es ist offenkundig, unsere bisherigen Stärken — die gemeinsame Überzeugung der Aktivisten, organisiertes Eingreifen, das strategische Vorgehen — lassen spürbar nach. Die Wirksamkeit unserer Politik läßt sich nicht mehr und ausbauen. Damit stehen zwar bescheidene, aber dennoch wichtige Erfolge unserer 20jährigen Geschichte auf dem Spiel.

Wir sehen die Notwendigkeit einer Erneuerung der DKP nicht nur, um diesen Prozeß zu stoppen — wir sehen für unsere Partei auch Chancen, vor allem zur Erhaltung ihrer geistigen Ausstrahlung.

Dieser Prozeß muß gestoppt werden, eine Wende muß eingeleitet werden. Diese Wende muß auf qualitativen Änderungen beruhen, mit jenen früheren Fehler und Missverständnisse korrigiert und grundlegende neue Möglichkeiten für Theorie und Praxis erschlossen werden.

Die Ursachen für die Notwendigkeit der Erneuerung sind objektiver wie subjektiver Natur. Sie bestehen in den qualitativ neuen Anforderungen der Umbruchperiode der internationalen und der nationalen Lage.

Für Theorie und Praxis erschlossen werden:

Die Ursachen für die Notwendigkeit der Erneuerung sind objektiver wie subjektiver Natur — Sie bestehen in den qualitativ neuen Anforderungen der Umbruchperiode der internationalen und der nationalen Lage.

— Sie bestehen in früheren Missverständnissen und Fehlern, die unter den heutigen Bedingungen im ganzen Ausmaß ihrer Folgen sichtbar werden.

— Mit der Erneuerung der DKP wollen wir die historische Chance ergreifen, die die so wichtige Perestrojka der ganzen kommunistischen Bewegung bietet.

1.4. Die Perestrojka und wir

Am Beispiel der KPdSU erleben wir gegenwärtig, wie interessant und attraktiv eine solche Erneuerung sein kann — nicht nur für uns Kommunisten, sondern für die Linke, für die Menschen unseres Landes insgesamt.

Dabei ist dieser Prozeß mit seinen Erschütterungen vieler Gewohnheiten auch eine sehr schmerzliche Sache, politisch und persönlich. Schon der begonnene Erneuerungsprozeß der KPdSU hat zu ihrer Ausstrahlung, zu wachsendem Ansehen bei demokratischen und linken Kräften verholfen.

Ganz sicher sind die Bedingungen der KPdSU andere als die der DKP sind simple Übertragungen nicht möglich. Aber die Herangehensweise, die Methodik der sowjetischen Umgestaltung in Partei und Gesellschaft hatten wir für beispielhaft. Die Herstellung einer offenen Atmosphäre ohne Tabus, eine neue schöpferische und sachliche Diskussion erst möglich macht, ihre öffentliche Darstellung eingeschlossen.

Die schonungslose Analyse der eigenen Entwicklung und die systematische Aufdeckung unserer Bremsmechanismen, ohne Ansehen von Person und Sache, schließlich der Partei erfassenden Erneuerung und die Absage an bloße Korrekturen in einzelnen Bereichen.

Dies führt zu Schlussfolgerungen und praktischen Veränderungen, die viele überraschen und vielleicht zunächst verunsichern, die aber letztlich nur zeigen, wie groß der Nachholbedarf der kommunistischen Bewegung ist, gerade was das Parteiverständnis angeht. Dazu gehört die schon auf dem 27. Parteitag formulierte Absage an das „Wahrheitsmonopol“ der

Partei und die Hervorhebung eines „sozialistischen Meinungspluralismus“, dazu gehört — so die Beschlüsse der 19. Parteikonferenz und der nachfolgenden ZK-Tagung — die Forderung, die Arbeit des Sekretariats und des Apparatés völlig unter die Kontrolle der gewählten Parteiorgane zu stellen, einschließlich der Kaderpolitik, dazu gehört das Recht der Grundorganisationen, selbst Kandidaten auch für die höchsten Parteiorgane vorzuschlagen sowie für die freigezeigte Parteilinie, dazu gehört die Forderung, nicht nur Beschlüsse zu veröffentlichen, sondern auch die Behandlung strittiger Punkte und Vorschläge.

Gerade wegen unserer historisch gewachsenen, engen Bindungen an die Sowjetunion entziehen wir uns diesen revolutionären Veränderungen nicht. Dies wäre ebenso unglaublich wie die frühere Kritiklosigkeit, auch dort war Kritik berechtigt gewesen wäre.

— In vielen Bereichen sind Genossinnen aktiv, doch sie fühlen sich vielfach politisch allein gelassen, auf sich gestellt. Sie vermissen die politische und ideologische Rückmeldung der Partei und der UZ und finden keine Möglichkeit, ihre Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Insbesondere eine Verbindung von Wissenschaft und Politik fehlt fast vollständig.

Die geringe Ausstrahlungskraft der Partei hat stark abgenommene Vorschläge der DKP werden in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Die DKP wird nur punktuell als Kraft angesehen, mit der etwas verändert werden kann. So ist der geringe und politische Einfluß der DKP in der Arbeiterklasse — im geschichtlichen persönlichen Ansehen vieler kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre/innen — immer noch klein, in der Intelligenz und der Jugend ist er im Vergleich zur ersten Hälfte der sechziger Jahre geschrumpft. Heute haben wir weniger gegenoffene und ausdrückliche Antikommunisten anzukämpfen als gegen Desinteressierte und Gleichgültige.

— All dies auf den Punkt gebracht: Kommunistisches Selbstbewußtsein und Motivation werden zerrissen. Das „Wir-Gefühl“ in der Partei geht verloren, wir werden vielfach allein gelassen. Die Frage wird gestellt: „Warum gibt es heute eine kommunistische Partei? Was ist ihre Aufgabe, was ihre Spezifik?“ Unter dem Eindruck der sowjetischen Perestrojka wächst das Bedürfnis, die Antwort auf diese Fragen grundsätzlich neu zu erarbeiten.

Dieses Bedürfnis ist berechtigt — sinkendes Selbstbewußtsein, sinkende Motivation, ein rechtlich „identitätslos“ markiertes die Fragen und Probleme als qualitativ neu. Sie erfordern entsprechende Antworten und Lösungen. Nichts darf uns dazu verleiten, diese Probleme in ein milderes Licht zu tauchen. Denn gerade bestimmte Erfolge der Vergangenheit — wie die Errungenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

Die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschweren zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten Industrieländern kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufklärung wurde konzentriert, soziale und politische Eigenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Embrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.

3.1. Nicht die Meinungsverschiedenheiten sind die Ursache unserer Schwierigkeiten, sondern die Schwierigkeiten sind Ursache unserer Meinungsverschiedenheiten

Mit folgenden Überlegungen wollen wir das tun, was der Entwurf der Kommission mehrheitlich veranlaßt: die Diskussion um die tiefere Ursachen der kritischen Lage unserer Partei anstellen. Wir stellen keine fertigen Erkenntnisse vor, sondern eine Richtung, in der weiter nachgedacht werden muß.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Stagnation nicht nur subjektive Unzulänglichkeiten zugeordnet werden kann. Sie fällt nicht zufällig mit objektiven Rahmenbedingungen zusammen, langandauernde Massenarbeitslosigkeit, eine gesellschaftliche Um-

strukturgeschichte zurückzuführen.

3.2. Die Last der Vergangenheit

Die Besonderheiten der geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich der Sozialismus und die kommunistische Bewegung entwickelten, haben tiefe Spuren in den kommunistischen Parteien hinterlassen. Da war die schwierige Lebenskampf des erst sterbenden Sozialismus, da war die tödliche Bedrohung durch die Nazi-Barbaren. Da war die schmerzliche Spaltung der Arbeiterbewegung. Nur vor diesem Hintergrund sind Deformationen und Entstellungen des Sozialismus, die Auswirkungen auf die gesamte kommunistische Weltbewegung hatten und haben erklärlich — wenn auch nicht entschuldigbar.

In den 50er Jahren begannen die kommunistischen Parteien einen Prozeß der Selbstreinigung. Doch die Wahrheit wurde abgebrochen, bevor sie den Problemen — wie auch heute vorliegt — vollständig auf den Grund gehen konnte. Und sie war kein hinreichend breiter, sondern ein sehr enger, was die Partei in der 60er Jahre in die Krise brachte. (So kann selbst heute noch in unserer Partei, obwohl sie nicht so mystisch ist, der „Sozialismus“ nachwirken.)

Die Last der Vergangenheit zeigt sich zu deutlich in der 20. Sitzung der Sitzung der Kommission mehrheitlich. Doch die Wahrheit wurde abgebrochen, bevor sie den Problemen — wie auch heute vorliegt — vollständig auf den Grund gehen konnte. Und sie war kein hinreichend breiter, sondern ein sehr enger, was die Partei in der 60er Jahre in die Krise brachte. (So kann selbst heute noch in unserer Partei, obwohl sie nicht so mystisch ist, der „Sozialismus“ nachwirken.)

3.3. Geschlossenheit im Denken

Zu den zahlreichsten Denkweisen gehört die „Geschlossenheit im Denken“. Diese ist ein notwendiges Element der politischen Willensbildung betrachtet werden, sondern als eine „Geschlossenheit“ (Ubel).

In der heutigen Welt gilt es, die Augen zu öffnen für neue Fragestellungen. Es ist eine „Zeit zum Suchen, eine Zeit des Nachdenkens, Zweifelns und Hoffens“ (A. Doherty). Wir hier „weltanschauliche Klarheit“ als Voraussetzung kommunistischer Politik fordert aus



Dies gilt umso mehr, als wir im Bewußtsein vieler Mitglieder und auch anderer demokratischer Kräfte weit hinter diesen Entwicklungslagen. Ideen und Erfahrungen zurückließen.

1.5. Keine abgeschlossenen Antworten

Mit unseren „Einschätzungen und Vorschlägen“ erheben wir nicht den Anspruch, eine abgeschlossene Orientierung für die Entwicklung der Partei vorzugeben. Es geht um die Grundrichtung, in der sich die Partei auf dem Weg ihrer weiteren Entwicklung erarbeiten. Schon Überlegungen dazu müssen vorgelegt werden, wenn können sie nicht überprüft und auch nicht weiterentwickelt werden, sondern nur noch ein Gesamtergebnis verworfen oder bestätigt werden.

Das, was heute noch ungewöhnlich ist, wird morgen schon normal sein, die Gegenüberstellung unterschiedlicher Meinungen, auch zu Grundsatfragen, in der Parteipublizistik.

2. Zur Lage der Partei

Der Entwurf der Kommission mehrheitlich stellt die bisherigen und künftigen Feststellungen zur Lage der Partei folgende einfach zusammen:

2. Zur Lage der Partei

Der Entwurf der Kommission mehrheitlich stellt die bisherigen und künftigen Feststellungen zur Lage der Partei folgende einfach zusammen:

Die Grundorganisationen verspüren am stärksten die mangelnde Anziehungskraft der Partei. Vor allem für Gruppenvorstände ist die Lage belastend und häufig deprimierend. Während politische Arbeit außerhalb der Partigruppen häufig als interessant und angenehm empfunden wird, ist sie für viele in der Gruppe Pflichtübung. Vieles wird als Handwerker empfunden, ein politisch schließendes Gesamtkonzept wird vermehrt. Parteivorstand und Präsidium wird nur noch wenig zugeordnet. Aufmerkungen der Parteiführung (Referate der PV-Tagungen) werden nur von wenigen Genossinnen zur Kenntnis genommen. Viele Genossinnen zweifeln daran, daß nur und in der DKP noch etwas zu verändern ist. Gleichzeitig werden große — zum Teil letzte — Erwartungen an den bevorstehenden Parteitag geknüpft. Das, was die Gemüter am meisten bewegt, ist die sowjetische Perestrojka.

Aktions- und Kampagnenfähigkeit nehmen ab. „Leben“ nimmt das Interesse an Beschlüssen der Leitungen ab, „leben“ schwand das Vertrauen in die Durchführbarkeit von Beschlüssen. Ein wachsender Teil der Aktivitäten lastet auf den Schultern (hauptsächlich) Funktionäre, die diese Arbeit mit großer Disziplin und Anstrengung, aber immer häufiger ohne volle innere Überzeugung und von Zweifeln geplagt leisten.

Partei wie UZ:

— Zuverlässigkeit, Unbescheidlichkeit, Beständigkeit im alltäglichen Klassenkampf in Betrieben und Gewerkschaften.

— ungewichtig Beitrag zur Friedensbewegung, der nicht nur durch Fleiß und Organisation, sondern vor allem durch politische Kompetenz und Wissen möglich wurde.

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.

— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbittretroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von Genossinnen in Friedensmissionen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werden nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei nicht angeht ist, wo sie heute steht?

— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kampfkampfanalyse.



Kurt Bachmann, DKP Vorsitzender 1968

Die ökologische Krise, die zugleich das Aufbegehren neuer gesellschaftlicher Gruppen hervorbrachte, setzte Probleme auf die Tagesordnung, die von den Marxisten bis dahin ungenügend beachtet worden waren.

Sowohl der Wandel der objektiven Bedingungen als auch schwerwiegende Mängel der politischen und theoretischen Verarbeitung dieses Wandels hat in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem krisenhaften Zustand des linken — sozialistischen und kommunistischen — Flügels der Arbeiterbewegung geführt. Dies lenkt unseren Blick auf die subjektiven Bremsmechanismen, denn nur sie sind unmittelbar veränderbar.

Wir sind der Meinung, daß grundlegende Probleme unserer Bewegung durch den Beginn der Umbruchperiode in der zweiten Hälfte der 70er Jahre akut wurden. Was sind der Auffassung, daß es dafür Ursachen gibt, die weiter

als Resultat einer kollektiven theoretischen Arbeit, zielt die Dinge auf den Kopf und versperren die Theorie den Weg zur Entwicklung ihrer praktischen Eingriffsfähigkeit. Wo wir Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen nicht als produktives Potential nutzen, sondern sie als Reibungsverluste verstehen, laufen wir Gefahr, die „Geschlossenheit im Denken“ durch administrative Maßnahmen (Parteiausschlüsse) und Absichtungen gegen die ideologische Umwelt herstellen zu müssen.

Eine verwandte Erscheinung ist das Denken in vereinfachten Kategorien und Entgegensetzungen. Brüche in der Politikentwicklung werden als solche nicht erkennbar gemacht. Aber die Widersprüche des wirklichen Lebens lassen dies nicht auf Dauer zu.

Fortsetzung nächste Seite

Von Böhmen bis Bargfeld, oder Arno Schmidt statt Europa

1988/1989 DM 12.—

literatur



1988

Hermann L. Gremliza
Arno Schmidt
Christoph Hein
Wolfgang Pohrt
Klaus Rohrer
Eberhard Hubner
Günter Herburger
Jan Philipp Reemtsma
Hans Wollschläger
Wolfgang Schneider
Detlef Klein
Horst Tomayer
Ingrid Klein
Christel Dormagen
Hermann Kunt
Harry Lechin
Eckhard Henschel
Regine Waller-Lebmann
Frieder Kern
René Zucker
Lutbar Bauer
Annette Garbrecht
Heide Sillau

Wolfgang Welt
Karl-Eber Geiger
Friedemann Pfafflin
Walter Klier
Johanna Wieland
Herr Thommes
Margot Schroeder
Dagmar Ploetz
Diedrich Diederichsen

Arno Schmidt:
»Die halbe
Nation iss irre;
(& die andre
Hälfte nich ganz
bei Groschn!)<

Coupon: Ich bestelle Ex.
LITERATURKONKRET 1988 à DM 12.—
Den Betrag von DM habe ich
überwiesen auf die Bank für Ge-
meinnwirtschaft, Hamburg, BLZ
200 101 11, Kto.-Nr.: 1186 539300,
auf das Konto Monte Hamburg,
BLZ 200 100 20, Kto.-Nr.: 202 68-208
oder beiglegt (Scheck, bar oder Brief-
marken).
An: KONKRET-Service, Osterstraße
124, 2000 Hamburg 20

Name/Vorname

Straße, Wohnort/PLZ

Datum Unterschrift

Lesen Sie dazu erstens: Arno Schmidt selbst, Her-
mann L. Gremliza über Schmidt & Schmidt und
Christoph Hein über die »Bargfelder Ausgabe« und
zweitens: Wolfgang Pohrt über den »Traum von
Europa«, Klaus Rohrer über Europa und andere
und Eberhard Hubner über »Lettre International«
und drittens: Jan Philipp Reemtsma über Rechts-
bräuche und Wolfgang Schneider im Gespräch mit
Hans Wollschläger über Autorenrechte

Ab 4.10.1988 am Kiosk

Seit Anfang dieses Jahres hat auch Italien seinen „Historikerstreit“. Nicht ganz so heftig wie sein bundesdeutscher Vorläufer, zumindest aber höchst unappetitlich ist dieser Streit bezeugt wie der hier vorliegende **Lauren Kupper**. Peter Kammmerer treffend bemerkt, „die Historiker höchstens die Rolle von Wasserträgern“ spielen (1).

Gegenstand zum Teil heftiger Auseinandersetzungen ist die These aus den Reihen der Sozialistischen Partei (PSI), Antonio Gramsci (sprich: Gramsch), Italiens gemäßigter revolutionärer Theoretiker sei kurz vor seinem Tode im Jahre 1937 vom PCI zu den Sozialisten übergetreten. Primario Togliatti (sprich: Tolyatti) hingegen, PCI-Sekretär von 1927 bis 1964 und in der offiziellen Parteihistorie Gramscis Kampfgenosse und Testamentsvollstrecker, sei in Wahrheit Gramscis "Mörder". So jedenfalls sieht es PSI-Vize Claudio Martelli (derselbe, für den der Ex-"Lotta continua"-Sekretär Adriano Sofri bis zu seiner Verhaftung vgl. AK 297 – bedeutend läng war).

Wenn Tognatti Grimschets Mörder war, was waren dann die Faschisten — noch

Rossana Rossanda
Togliattis Erbe
oder die Liquidierung
des italienischen Kommunismus
(Auszug)

Oftensächlich findet jetzt eine Demut-
zung Teilhabe statt, aber nicht aus huma-
nitären Skrupeln, sondern (im Zuge einer
politischen Neustrukturierung der kom-
munistischen und der sozialistischen Par-
teien) tatsächlich drängt es die Sozialisten,
ihre früheren Verfehlungen mit den Kommu-
nistischen korrigieren. Um das zu errei-
chen, machen sie sogar aus Peter Neuen-
hofen den Diefeljahr Preussens, indem
die Bundesregierung (SPD, CDU, FDP) eine
Forderung, wenn schon nicht eindeutig als
Staatsbankrott, so doch als ein Verstoß
gegen die Verfassung bezeichnet wird. (F.)

[illegible]

schon im Jahr 1930 hat sich gegen Staat und Kirche ein aktives Bündnis einer moralischen Haltung zu trennen.

Aber es geht ja nicht um Geschichte, sondern um aktuelle Politik. Im PCL gibt es Leute, die Togliatti möglichst schnell inszenieren wollen, anderen im PSI ist Menzoni unbehagen. In beiden Fällen handelt es sich darum, die Verbindung zur eigenen Geschichte zu zerhacken, um sich als grundsätzlich moderne Partei hinzustellen, als Partei ohne Klassenbezug und damit auch frei der eigenen Geschichte, der eigenen Ideen und Persönlichkeiten, die im Namen des Sozialismus von den zwanziger bis zu den sechziger Jahren den Kampf führten.

Aber heute und nicht schon vor Jahren — auch wenn inzwischen kein einziges Dokument hinzugekommen ist —, wird The Toffi als Mitglied des Lenkungsorgans der Internationale zum Skandal. Bis gestern war er der Führer der *Arten neuen Typs*, heute heißt es, seine in der Internationale verbriefte Jugend müsse ihn heute stark in Frage stellen.

Die Abrechnung mit der Vergangenheit berührt nicht die Vergangenheit selbst, sondern die Gegenwart der Partei, die es. Togliatti, wiedererschaffen und geleitet hat. Und nicht noch ihre Zukunft das Ziel dieser Auseinandersetzung, die schon innerhalb der kommunistischen Bewegung geführt wird und sie spaltet, ist es, vom Erscheinungsbild dieser Partei der italienischen Revolution Abschied zu nehmen. Ermanee liegt nur deshalb nicht im Schuttfeld, weil er schon seit langem so in Selbstverständnis stand er nicht weiter rechts als Togliatti. Hier er innerhalb der Internationale ebenso behandelt? Keiner vermag diese Frage zu beantworten. Und keiner ist es, es genügt, Togliatti zu erledigen am ganz offiziell den neuesten Typus der Partei zu verkünden. Nur darum geht es, und in diesem Sinn hat die Vergangenheit des PCI mit gewaltigem Lärm seine Zukunft eingeholt.

¹ „Aus „El pais“ nach einer Übersetzung des „Wiener Tagebuchs“ abgedruckt in „Österreichische Denkmale“ 5/1891.

Italienischer Historikerstreit:

Togliatti und Gramsci — der „Henker“ und sein Opfer?

che Idioten des Stalinismus? Und wie soll Togliatti von Moskau aus seinen Genossen gehorcht haben? Indem er, seit 1926 Funktionär der Komintern, nichts unternahm, um Gramsci aus den faschistischen Gefängnissen herauszuholen, behaupten die Sozialisten. Gramsci starb trotzdem kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, weil er sich nicht rührte.

Die im Juli bekanntgegebene Öffnung der bisher geheimen Archive der Kommintern hat die Debatte noch einmal neu an-
geht.

Gorbatschow rehabilitiert Bucharin — und belastet Togliatti

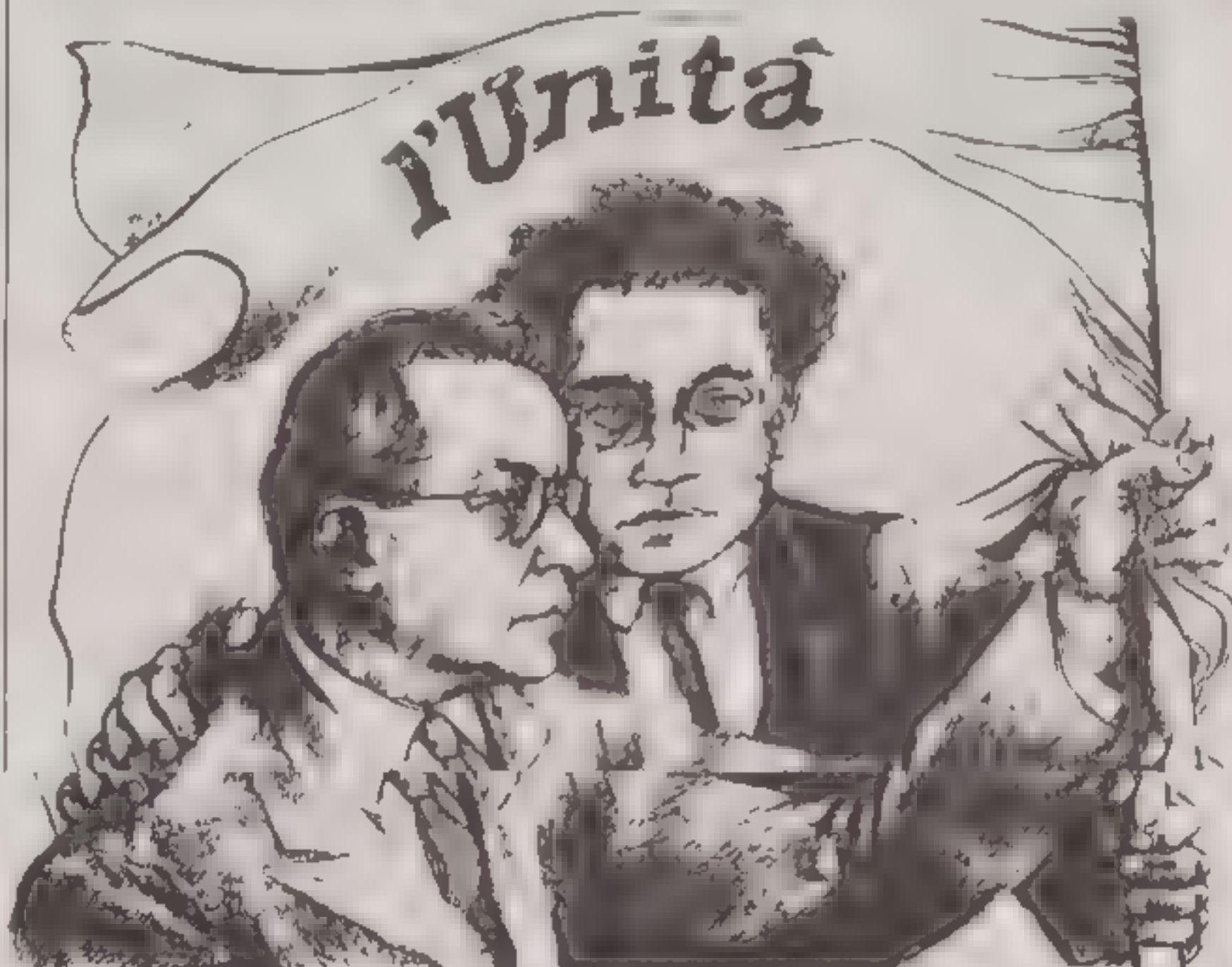
Ausgerechnet Italiens staaltragende „Kornruinen“, die jederzeit ein ganzes Herz für die NATO, den starken Staat und die grunweibere Nation eintreten und seit den 19er Jahren um deutliche Distanz zu Moskau bemüht sind, werden Anno 1988 mit ihrer staalwünschten Vergangenheit konfrontiert. Eine durchschlagende und höchst verlogene (nirne der So-

Wer von ihnen nicht sowenig geht, Togliatti gleich als Gramsci ein „Hemker“ zu bezeichnen, unterstellt ihm zumindeste stillschweigendes Einverständnis mit Stalin, der den „gefährlichen Abweichler Gramsci auf eine Weise, die keinen Schaden anrichtete, neutralisiert sehen wollte.“ Die perfide Anklage von Lelio Lagorio, sozialistischer Abgeordneter und Autor des Buches „Turati und Gramsci für den Sozialismus“, „Für Togliatti der Stalin gehörte gab es einen doppelten Vorteil (solange Gramsci in Haft war: Ann. AK): ein Gegner weniger, ein Mörder mehr.“

...ines ist allerdings bezeugt: Im Oktober 1926, kurz vor seiner Verhaftung, schrieb Gramsci im Auftrag der Partei einen Brief an ihren Mann in Moskau, Palmiro Togliatti. Inhalt: Kritik am Umgang Stalins und Bucharins mit der Opposition. Eben so verbündet scheint, daß Togliatti den Brief auf Anraten Bucharins nicht öffnete, an die Kommintern weitergeleitet hat. Das, behaupten die Geschichtsforscher vom PSI, war der Beginn einer tiefgreifenden Vertrautseinsbeziehung zwischen Gramsci und dem Weltkommunismus, die

hende Sondergericht, war bisher als der faschistische Staat interpretiert worden. Prinzipalankumster Michele Igna, der den Prozeß gegen Gramsci leitete, hatte vorab das Ziel der „Rechtsprechung“ festgelegt. „Wir müssen diesem Gehirn für 20 Jahre untersagen zu funktionieren“ (1).

PCI-Algenosse Umberto Ciano kommt in seinem Artikel zu einer neuen Deutung Gramsci habe in Wirklichkeit die Kommunisten — und damit auch Togliatti — gemeint, die ihn isoliert und politisch kaltegestellt hatte. Ob Gramsci, der von 1922 bis 1924 Vertreter des PCI beim Ersten Parteikongress der Kommunisten in Moskau war, 15 Jahre später in gleicher Funktion überlebt hätte, ist tatsächlich fraglich. Sein ideologisches Hauptwerk, die „Quadern del carcere“ (Gefängnishefte), die Tania Schucht nach seinem Tode 1937 an die Kommunisten schickte, wurde erstmals 1948 im Turiner Einaudi-Verlag veröffentlicht. Trotzdem — bei aller Verherrlichung Gramscis über die Politik der Kommunisten — überließ man Gramsci nicht seinen Mörder, den Faschismus dagegen als bloßen Handlanger verkauft hatte.



Togliatti und Gramsci, gemalt von Renato Guttuso

zialisten, sicherlich, aber auch so etwas wie „Irrsinn der Geschichte“. Die Renegaten wenden sich, während die Linken eine Massenbewegung für die Juden nicht zu sehen können.

In Bedrängnis gebracht wurde der PCI durch niemand anderen als Michael Gorbatstschow. Die Rehabilitierung Buchanins durch die KPSU wurde von den sozialistischen Integritanten gnadenlos ausgenutzt. Immerhin war Palmiro Togliatti, der Erfinder des „italienischen Wegs zum Sozialismus“, im „unabhängigen“ „Sovietischen Demokrazie“, v.a. Jahre 1938, als Bucharin hingerichtet wurde. Funktionär der Kommintern in Moskau „Was hat eigentlich der PCI und speziell sein damaliger Führer Palmiro Togliatti in den Jahren der Schandurteile (in den Moskauer Prozessen, Anm. AK) getan?“ fragte scheinbar das PSI Zentralorgan „Avanti!“ (2) und stürzte das PCI in heillose Verwirrung. Nach einer Weile des Schweigens setzte sich die „Luna“ auf die Seite der Vergangenheitshewer. „Der Sie druckte am 24. 2. 88 einen Artikel nach, den Parteiveteran und Ex-Parlamentarabgeordneter Umberto Cardia zuvor schon in der sardischen PCI-Zeitung „Rinascita sarda“ veröffentlicht hatte, ohne daß die PCI hietzeleg interveniert hätte. Hier die für Gramsci alles getan?“ (3) fragt Cardia und macht düstere Andeutungen über „die von der sowjetischen Diplomatie unternommenen – oder nicht unternommenen – Schritte, um Gramsci aus dem fischistischen Kerker, in dem der Gefangene langsam starb, herauszuholen.“ Togliatti nimmt er von dieser Kritik aus ganz im Gegensatz zu den sozialistischen „Geschichtsforschern“, die den von Cardia geworfenen Ball freudig aufnahmen.

schließlich zu Gramscis heimlichen – wieso eigentlich heimlichen? – Übertritt zur Sozialistischen Partei führte. Höchstwindiger Beleg dafür ist ein aus dem Staatsarchiv ausgegrabenenes Polizeiprotokoll, in dem Gramsci als „sozialistischer Häftling“ kategorisiert wird.

Daß die Bürgerlichen gern alte Revolutionäre für sich vereinnahmen, ist nicht neu. Antonio Gramsci wird das als erdingeposium in besonderem Maße gebüchelt. Nicht nur P(C) und P(S) die Sozialdemokraten aller Länder balgen sich um seinen Leichnam. Führender Erbschäcker in der BRD ist der ehemalige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz, der allerdings über die schlagwortartige Verwendung angelegener Begriffe Gramscis („kulturelle Hegemonie“, „Historischer Block“) nicht hinausgekommen ist.

Imberio Cardia, der Krönzeuge (wider Willen?), setzt die Akzente etwas anders. Sein wesentliches Dokument ist ein Brief Gramscis an dessen Schwägerin Tina Schucht. Geschrieben wurde er am 27.2.1933 im Gefängnis von Turin. Und das ist die Schlüsselstelle dieses berühmten und unzählige Male veröffentlichten Briefes, an der nun neu heruminterpretiert wird: „Ich wurde“, schreibt Gramsci, „am 4. Juni 1928 vom Sondergericht verurteilt, von einem ausgesuchten Kollegium von Männern, die man namentlich mit Adresse und Berufsangabe im Zivilleben angeben könnte. Aber das ist ein Irrtum. Mich hat ein viel ausgedehnterer Organismus verurteilt für den das Sondergericht nur der äußere materielle Ausdruck war, der den juristischen Akt der Verurteilung vollziehen hat.“ Dieser „ausgedehnte Organismus“, umfassen der als das aus ein paar Individuen best-

eine nachträgliche Entmündigung des „größten Italiens seit Machiavelli“ (Umberto Cestoni) „Das Gehirn“, das die Faschisten stillgelegt zu haben glaubten, funktionierte auch im Gefängnis mit äußerster Präzision.

Togliatti und die PCI-Dauerkrise

Warum ist die Tragik der Debatte „ein Fresken für die italienischen Massenmedien“ (Peter Kammerer)? Um historische Wahrheit und Vergangenheitsbewältigung geht es den Schlagzeilenfabrikanten an aller wenigsten. Wohl aber um Meinungsmache und das Schüren von Kierbungsvorurteilen, daß die Kommunisten aus Gründen der Machtpolitik auch ihre eigene Mutter verkaufen würden. Das Motiv der Sozialisten und der ihnen nahestehenden Presse liegt auf der Hand. Ihnen „geht es darum, den Kommunisten ihre Vergangenheit zur Hölle zu machen, sie von links abzuschneiden. Der Identitätsverlust der Kommunisten würde schließlich die Bahn freimachen für eine kulturelle Hegemonie“ der Sozialisten über den Rest der italienischen Arbeiterbewegung“ (Peter Kammerer).

So ähnlich sieht es auch die jesuitische Zeitschrift „Civiltà cattolica“, deren Vize-Direktor Pater Gabriele de Rosa, das „Manöver des PSD, um kommunistische Wählerstimmen zu gewinnen“ (5), scharf zurückweist. Diese auf den ersten Blick selbstmitleidig anmutende Intervention liegt ganz auf der Linie der Democrazia cristiana. Auch DC-Strategie Andreotti verteidigte Togliatti gegen die Anwürfe der Sozialisten; immerhin war es Togliatti

Lexikalisches zu Togliatti und Gramsci

Gramsci, Antonio. 1891-1937. Seit 1913 Sozialist, 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens (PCI). 1922-24 Vertreter des PCI bei der Kommunistischen Internationale in Moskau. 1924 Gründer der „L'Unità“ seit November 1926 in Haft, kurz vor seinem Tod am 27.4.1937 schwerkrank erlitten.

Togliatti, Palmiro: 1893-1964. PCI Sekretär von 1927-1964, Funktionär der Komintern ab 1926. Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1944 zurück in Italien, bis 1948 mehrfach Minister, Inspirator des „Italienischen Wegs zum Sozialismus“.

des die „Liedtinken“ aus dem PCI vertrieben und die Partei ab 1944 („Wende von Salerno“) in mehrere bürgerliche Koalitionen regierungen hineinführte. Als Wegbereiter des „historischen Kompromisses“ darf Togliatti natürlich kein intimer Schicksal gewiesen sein. Koger und des eigenen Interesses förderlicher ist es für die Christdemokraten, Togliatti in die überparteiliche Galerie der „Väter der Republik“ zu zeichnen.

Der PCI trifft die Exekutiv gegen Togliatti in einer schwierigen Situation. Nachdem kontinuierlichen Stimmverlusten der vergangenen Jahre und ohne Aussicht auf die endlich herbeigewünschte Regierungsbildung, ist das Bündnis in der Partei die Kräftestimmung. Der „Espresso“ sieht in der Togliatti-Debatte zwei konkurrierende PCI Strömungen im Streit. Die „Rechten“ um Giorgio Napolitano, für die sozialdemokratische „Realpolitik“ zur ausschlaggebenden Ideologie geworden ist, wären auch bereit, Togliatti zu opfern. Das Lager der Trauttmansdorfs um den inzwischen zurückgetretenen PCI-Sekretär Alessandro Natta, das behauptet, keine höhere Politik fördert würde dagegen am liebsten jedes Diskussions-Togliatti verweigern. „Es geht nicht um Kommerzialisierung der „Espresso““, eine genaue Kluft zweier Linien, „deren Teil das mit der Kommunistischen Erbsen Erbe, der heute die einzige Verabschiedung des PCI (von den anderen Parteien, Am Ak) umschließt zu verabschieden nicht.“

J. Almering


● 2011 年 10 月 1 日起实施

[illegible]

ΔΡΥΦΙΟ

Anzeige


**KINDER
DER APARTHEID**
The Open School
Children's art
**KALENDER
1989**



Die Zeichnungen für den Kalender sind von den Kindern der „OPEN SCHOOLS“, einer unabhängigen Stiftung im Bildungsbereich, gemacht worden. Sie spiegeln ihre eigenen gesellschaftlichen Wahrnehmungen der gegenwärtigen Ereignisse wider.

Vierfarbdruck, DIN A 3 DM 14 80
ISBN 3 9228 45-04-5

Subskriptionspreis bis zum 1 9 88
DM 12 80



Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Genehmigung.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die lakonische Bemerkung eines chilenischen Freundes war: „Es waren schwache Revolutionäre.“

Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen. Eine Metamorphose in maximal 14 Tagen.

Viele verweisen auf menschliche Schwächen, wenn sie das Verhalten der Betroffenen erklären wollen. Aber hat jemand von denen von eigenem Versagen oder menschlicher Schwäche gesprochen? Statt dessen Schuldzuweisungen an Staatsorgane, Kirchenleitung und Rechtsanwalt. Seit wann wird denn der Staatssicherheitsgehalt, auch wenn sie zehn Jahre Gefängnis verspricht? Wieso waren plötzlich die Kirchenleitung bzw. der Bischof die Vertrauenspersonen? Gerade die Mitglieder der Initiative (Frieden und Menschenrechte), aber auch Freya (Klier), Stephan (Krawczyk) und Vera (Wollenberger) haben sich als kirchenkritisch verstanden. Auch über Wolfgang Schnur ist von allen Beteiligten nach Zinn Kritisches geäußert worden. Wir wußten doch sehr genau, was er leisten kann (und er hat es geleistet bis zur physischen und psychischen Erschöpfung) und was er nicht leisten kann.

Bemerkten die Gefangenen nicht irgendwann, daß es den Staatsorganen nicht um ihre Verurteilung, sondern um schnelle Ausreise ging? Daß sie Privilegien hatten? Zu welchen Gefängnissen kommt denn der Bischof in den Knast? Wenn wird so oft Kontakt zur Außenwelt zugelassen?

Bei meiner Inhaftierung 1979 mußte ich sechs Wochen warten, ehe der Anwalt kam. Den ersten Angehörigen habe ich nach acht Wochen gesehen.

Das Verhalten der nun mehr oder weniger Ausgereisten ist eine politische und moralische Bankrotterklärung.

Bliebe im Lande und wehre dich redlich — Die Gruppen und die Ausreiser

Nach dem 17. Januar kam die Ausreiseproblematik verstärkt in die Öffentlichkeit. Die Koordinierungsgruppe versuchte über ein Delegiertensystem (jede Gruppe zwei Vertreter) die Zahl der Ausreisewilligen in der eigenen Gruppe zu begrenzen.

Am 5. Februar beschloß die Koordinierungsgruppe dann die Absetzung der Andachten, weil

1. durch immer zahlreichere Teilnahme von Menschen mit Ausreisewilligen unser Anliegen zunehmend verzerrt wurde, 2. es aus diesem Umfeld zu Provokationen kam, die einen Mißbrauch der Andachten darstellten.

Zu einem Eklat mit den Antragstellern (auf Ausbürgerung) war es nach der Andacht am 2. Februar in Friedrichsfelde gekommen, als sich eine Gruppe von ca. 100 Personen um den Altar versammelte mit den Rufen: „Wo ist die Presse! Wir machen eine Pressekonferenz! — Morgen treffen wir uns um 14.00 Uhr vor dem

100 Personen um den Altar versammelte mit den Rufen: „Wo ist die Presse! Wir machen eine Pressekonferenz! — Morgen treffen wir uns um 14.00 Uhr vor dem Büro Vogel, um für unsere Ausreise zu

demonstrieren.“ Erst nach einer 1,5-stündigen Diskussion, in der Rechtsanwalt Schaut, Konsistorialpräsident Stolpe u.a. den Ausreisern klarzumachen versuchten, daß sie die Solidarität brächen, wenn sie nur ihre egoistischen Ziele durchsetzen wollten, ließen sie von ihrem Vorhaben ab.

Aufgrund des Ansturms von Ausreisewilligen schloß die UB (Umweltbibliothek) für zwei Wochen und sagte ihre Ver-

stärkungen in der DDR geht, nicht gefährden und zerstören, sondern respektieren“ mögen.

Der schriftliche Vorschlag für einen Minimalkonsens, der zur Zeit in den Gruppen kursiert, fordert eine Solidarisierung mit den Antragstellern unabhängig von deren politischem Standpunkt oder ihrer Motivation.

Ich spreche mich hier entschieden gegen jede politische Zusammenarbeit und



ihre Grafik „Niemandesland“ ließ Bärbel Bohley Honecker mit der Bitte überreichen, „die Verhältnisse in der DDR (zu) ändern“. Die Materin, in der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR aktiv, wurde Anfang dieses Jahres außer Landes geschickt und kehrte jetzt kurz vor Ablauf der Frist in die DDR zurück.

Anstaltungen ab. Auch andere Veranstaltungen der Kirche und der Gruppen wurden und werden von den Ausreisern genutzt, um sich zu organisieren und Demonstrationen vorzubereiten.

Die Kirchenleitungen machten sich in den letzten Wochen für eine rechtliche Regelung der Ausreisegenehmigungen stark. Dieses Thema bekam ein solches Übergewicht, daß mensch annehmen könnte, wäre erst das Recht auf die freie Wahl des Wohnsitzes staatsrechtlich geregelt, wären die innenpolitischen Probleme der DDR gelöst.

Die Ausreisewelle ist aber ein Symptom der inneren Situation der DDR, nicht umgekehrt!

Die Gruppen haben untereinander noch keinen Konsens zur Problematik gefunden. Die scharke Distanzierung in der öffentlichen Erklärung der KVD (Kirche von Unten) vom 20.2. verschwand aus der Erklärung vom 26.3. und wurde in eine Bitte an die Ausreiser umgewandelt, „daß sie die inhaltliche Arbeit von Gruppen, denen es um gesellschaftliche Verände-

Solidarisierung mit Ausreisewilligen aus. Unsere Arbeit ist auf Veränderungen in unserer Gesellschaft orientiert. Eine politische Zusammenarbeit mit Menschen, die jede Hoffnung auf Veränderung hier aufgegeben haben, macht unsere Arbeit unglaublich und diffamiert die Friedensbewegung in den Augen vieler als Sprungbrett in den Westen. Leben und Arbeiten in dieser Friedensbewegung heißt, Verantwortung zu übernehmen für Frieden, Umwelt, die Gesellschaft, die Menschen, mit denen ich lebe und kämpfe. Sie läßt sich nicht auf Fragen individueller Rechte verweisen. Egoismus haben wir in der letzten Zeit genug erlebt. Es gilt, sich auch dagegen zu wehren.“

Das heißt nicht, daß wir uns absenden wollen von menschlicher Tragik, daß wir nicht dagegen auftreten, wenn Antragsteller (auf Ausbürgerung) ihren Arbeitsplatz verlieren o.ä. Schikanen unterworfen werden. In der politischen Zielsetzung (auf Ausbürgerung) ihren Arbeitsplatz verlieren o.ä. Schikanen unterworfen werden. In der politischen Zielsetzung kann es aber keine Gemeinsamkeit mit Ausreisern geben.

Die Friedensbewegung muß sich ihrer Krise stellen

Aus dem Clinch der Ereignisse um den 17. Januar gingen vier Parteien als Sieger hervor:

1. Die DDR-Staatsorgane. — Sie haben zumindest kurzfristig erreicht, was sie wollten: Die Ausreise der Inhaftierten aus den Gruppen.

die Chefdenker in der DDR meinen, die Tapesen vergilben hier nie. Wir haben keinen Grund zur Resignation, noch sollten wir im Nachsprechen von Schlagwörtern unsere Inhalte sehen. Was eine Alternativbewegung zur gesellschaftlichen Alternative werden läßt, ist neben ihrer politischen und moralischen Integrität, daß sie nachbarschaftlichen Alternativen anbietet hat, daß sie über Sachkenntnisse verfügt.

Dalß das möglich ist, zeigen Gruppen wie

- morsche Meiler, die sich mit der Atomenergie auseinandersetzen
- Arbeitswelt in der DDR
- Strafrecht in der DDR
- Südafrika AG u.a.

Viele Friedenskreise handeln sich von einem Thema zum nächsten, ohne in die Tiefe zu gehen bzw. von einer Aktion zur nächsten.

Nicht alle Kreise können alles machen. Daher ist Arbeitsteilung notwendig und gegenseitige Information bzw. Diskussion. Die Stärke der grün-alternativen Bewegung war, daß sie zu vielen Detailfragen die kompetenteren Antworten geben konnte.

Was wir an Organisationsformen haben, reicht aus. Wir sollten nicht in Organisationspielerien verfallen. Die Friedensbewegung läßt sich nicht zentralisieren, und Formen können nicht gemeinsame Inhalte und Aktionen ersetzen.

Es war ein Fehler der Koordinierungsgruppe, die Abgrenzung von den Ausreisern organisatorisch über ein Delegiertensystem durchzusetzen, statt deutlich festzustellen, daß es zwischen den Gruppen und den Ausreisern keine gemeinsamen politischen Ziele geben kann. Die Zusammenarbeit hätte sich auf die Gruppe „Konkrete Solidarität“ beschränken sollen. Hier wäre gemeinsame praktische Arbeit möglich gewesen, ohne notwendige politische Abgrenzung.

Viele, die jetzt aufgewacht waren und sich engagieren wollten, wurden durch das rigide Delegiertensystem der K-(Koordinierungs-)Gruppe vor den Kopf gestossen bzw. demotiviert.

Bei den Aktionen um Zinn wurden Versuche, eine Koordinierungsgruppe zu gründen, von der Vollversammlung der Mahnwächter schon in der Anfangsphase abgewiesen. Die Form der Vollversammlung hat sich für mich als die wirksamere erwiesen.

Der blinde Aktionismus der letzten Zeit hat uns ebenfalls geschadet. Ziele und Inhalte von Aktionen sollten länger zwischen den Gruppen diskutiert werden, damit die Basis vorbereitet werden kann.

Während wir uns hier in DDR-Provinzialismus üben, wird unser Erdball durch Krisen geschüttelt:

- mehr als 200 Palästinenser in den letzten Monaten ermordet durch das israelische Militär
- 5.000 Bewohner einer kurdischen Stadt durch ethnische Kampftruppe getötet
- in Mosambik 1/3 der Bevölkerung am Verhungern
- täglich Mord und Folter in Südafrika
- mehr als 100 Tote seit Jahresanfang im Bürgerkrieg in Nordirland
- Bürgerkrieg in Sri Lanka, auf den Philippinen, in El Salvador, Peru, Kolumbien, Afghanistan, Angola ...
- militärische Drohungen der USA gegen Panama und Nicaragua
- steigende Verschuldung und Verelendung in der Zweidrittel-Welt
- Abschwung der kapitalistischen Wirtschaft, Börsenkrach
- in der BRD neben 2,5 Mill. Arbeitslosen 3 Mill. Sozialhilfsempfänger, schärfere Demonstrationsgesetze — der Atomstaat wird aufgebaut, Asylanten werden abgeschoben (oft in den sicheren Tbd)

Der Kapitalismus oder vornehmer: der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus kann unsere Hoffnung, unsere Zukunft, unser Ziel nicht sein.

Und der real existierende Sozialismus? Die Bereitschaft zur Abrüstung ist in den sozialistischen Ländern sehr groß. Zahlreiche Vorschläge wurden in den letzten Jahren gemacht. Der Westen blockt, versucht so viele Vorteile wie möglich herauszuschlagen, verzögert die Abrüstungsverhandlungen. Denn er weiß, auch in den sozialistischen Ländern kriecht es: Nationalitätenproblematik in der SU, wirtschaftliche Probleme in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien. In einigen sozialistischen Ländern gibt es erste Arbeitslose. Die DDR ist von diesen Problemen bisher einigermaßen verschont geblieben. Da wir aber auf keinem anderen Planeten leben, ist es unwahrscheinlich, daß wir von alledem verschont bleiben. Ob aus der SU in den nächsten Jahren eine Lösung des gordischen Knotens zu erwarten ist, werden wir sehen.

Natürlich müssen wir alles unterstützen, was sich in Richtung Emanzipation, Gerechtigkeit, Mündigkeit, Friedenssicherung und Bewahrung der Umwelt bewegt. Nur müssen wir dabei unseren eigenen Kopf etwas stärker beanspruchen.

Reinhard Schult (Mitarbeiter des Friedenskreises Friedrichsfelde)

„Die Schlaraffenlandbewegung“

Westliche Medien schreiben Tag für Tag die Sensation aus: das vielzitierte Volk der DDR scheint im 39. Jahr seines Bestehens in zwei Lager gespalten: Die, die sofort gehen möchten und die anderen, die noch eine Weile bleiben wollen.

Alle Naselang gibt es eine neue Demonstration von Ausreisewilligen in einer anderen Stadt der Republik, ob in Wismar, Berlin, Leipzig, Jena oder sonstwo. Seitensweise liegen uns Berichte über die „Sensationen“ des letzten Monats vor, Demonstrationen, Zuführungen, Vernehmungen, Gerichtsurteile, Ausreisen. Mit geringer Mühe könnten wir eine republikweite Chronik der Ausreisebewegung zusammenstellen — wir wollen aber nicht.

Natürlich wird es in jedem Land und zu jeder Zeit für einige Menschen ernsthafte politische, persönliche oder wirtschaftliche Gründe zum Verlassen des Landes geben. Aber — Staatssicherheitsdienst hin, Obst- und Gemüseversorgung her —, es muß doch einmal gesagt werden, daß die DDR zwar nicht die vollkommenste aller Welten ist, aber hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung mit Italien und Großbritannien zu vergleichen ist, und die Mibestimmungs- und Menschenrechte zwar nicht garantiert sind, aber bei weitem nicht so brutal mit den Füßen getreten werden wie in den bekannten Hinterhof-Diktaturen der USA. Die DDR ist nach Weltmaßstäben kein so unerträgliches Land, daß eine derartige Massentende verständlich wäre. Es gäbe genügend Gründe zu bleiben, um ein erträgliches Land in ein besseres umzugestalten.

Das würde freilich ein wenig Nachdenken und einige Unbequemlichkeiten erfordern und ist offenbar für den zur Versorgungsmentalität erzeugten Großteil der Bürger eine Überforderung. Adäquater und naheliegender ist es, den Traum vom Schlaraffenland Bundesrepublik zu träumen, von Smarties, Onko-Kaffee, Wienerwald-Häuschen und einer feinfühlen Freiheit. Und gar nicht so wenige Unentwegte unternehmen es, die Mauer zu diesem Märchenland durchbrechen zu wollen, die in diesem Fall nicht aus Müller-Milchreis besteht.

Kein Zweifel, auf eine kuriose Weise scheinen unsere Landsleute, unsere lieben Deutschen immerhin ihren Mut wiederentdeckt zu haben. Nicht für die paar selbstverwalteten Projekte in der DDR. Die stehen nach wie vor vereinzelt da: beargwöhnt, gehaßt und verfolgt von den einen und bewundert, überschätzt und überlastet von den anderen. Kaum jemand kommt auf den Gedanken, daß sie zum Neugeburt aufrufen: daß man aussteigen könnte, um irgendwo im Lande eine Keimzelle für eine neue Art von Gemeinschaft zu schaffen, daß aus tausend Keimzellen eine Gesellschaft von unten entstehen könnte, daß eine Solidaritätsgemeinschaft von tausenden nur schwer zu brechen ist. Dies alles scheint zu schwierig, das ist diesen Leuten nicht möglich.

Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen „unsere Bürger“ zu tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich

Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demonstrationen mitgeschleppt, Frau und Kinder sitzen gelassen, Freunde und Solidaritätswillige verraten, — da ist jedes Mittel recht.

Landesweit haben sich — mit wenigen Ausnahmen — die Basisgruppen entschieden, nur in Einzelfällen Solidarität mit den Ausreisewilligen zu üben. Das geschah nach bitteren Erfahrungen mit der Solidaritätsunfähigkeit und Egozentrismus dieser Leute. Überall wurden unsere Gruppen nur genutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu erreichen. Falls es ins Konzept paßte, verrieten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden. Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler oder Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen aus und verhöhnten und usurpierten unseren Namen.

Für diese Art von Mut gegenüber den Schwachen fehlt uns das Verständnis. Für diese Karikatur einer Bewegung rühren wir keinen Finger mehr, Schlaraffenland? Nein Danke!

— r.l. —

Dieser Kommentar ist natürlich nur eine Meinung eines Betroffenen. Wir sind kein Organ, nicht einmal der UB, erst recht nicht der Basisgruppen. Ein ganz gegenständliches Bild zeichnet sich im folgenden Brief eines Ausreisewilligen ab, der allerdings eine rühmliche Ausnahme unter einer Flut dergleichen Briefe ist.

Quelle: Umweltblätter 4/88

Wie nun weiter?

In vielen realsozialistischen Ländern üben sich die Führungen in Sachen Reform. Von der SU schallen die Begriffe Glasnost und Perestroika herüber. Nur

Summer in the City

Die Erholung und Freizeit proletarischer Kinder lag bereits der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik am Herzen und wurde genutzt zur politischen Erziehung der Kinder. In den siebziger Jahren wurden Zeltlager u.a. wiederbelebt, Alternativprojekte (Sonderprojekte in Westberlin oder Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg) trugen erhebliche Konflikte mit Jugendämtern um Finanzierung von Reisen u.ä. aus. Inzwischen ist das Problem — und damit auch die pädagogischen Möglichkeiten, die mit gemeinsamen Unternehmungen von Kindern „armer Leute“ im Sommer verbunden sind — aus dem Blickfeld linker Sozialarbeit weitgehend verschwunden. In Hamburg allerdings gibt es ein neues Projekt, das Kindern die Ferien in der Stadt etwas angenehmer gestalten will: das Mobile Kinderkino. Auf verschiedenen Plätzen in Hamburg werden dabei Filme für Kinder gezeigt. Der AK befragt Jens Huckerriede, Mitarbeiter des Medienzentrums „die Theke“, ob dies Projekt der Weisheit letzter Schluss ist, und zu einem zweiten Vorhaben: einem Film über die Hafenstraße, gedreht mit Kindern aus der Umgebung.

H.

AK: Als die Bilder laufen lernten, war das Kino mobil. Vorführer reisten über das Land, um die ersten — noch stummen — lebenden Photographien zu zeigen. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gab es feste Räume für das Kino. Heute gibt es keine reisenden Filmvorführer mehr, kaum noch Stadtteilkinos, sie mußten dem Fernsehen und heute dem Video weichen. Das Pionierkino hat sich durchgesetzt. Wieso kommt ihr da auf die Idee mit dem MOBILEN KINDERKINO?

Jens Huckerriede: Also dafür gibt es für mich drei Beweggründe. Einmal ein historischer Grund. Es ist die Lust am Vagabundieren, aus dem festgelegten Alltag ein Stückweit auszubrechen. Es ist halt ein Unterschied, ob ich in einem Lichtspielhaus Kinderkino mache, oder ob ich mir einen Lustwagen hole, das Kino und ein Zelt auf die Ladefläche packe und auf belebten Plätzen ein Kino aufbaue. Ein zweiter Grund sind die Erlebnisse meiner eigenen Kindheit. In den fünfziger Jahren gab es z.B. hier in Hamburg auf St. Pauli im Umkreis von einem Kilometer acht Kinos. Da war es selbstverständlich, daß wir als Kinder am Sonntagmorgen um 11.00 Uhr für 30 Pfennig die Kindervorstellung besucht haben...

Damit die Eltern auch mal Zeit für sich hatten ... ?

Das war sicherlich ein Grund. Im Vergleich zu heute, wo es Endlosvideokassetten gibt, mußten die Eltern sich damals ranhalten... Heute gibt es Stadtzeile, in denen es kein einziges Kino mehr gibt. Und nur wenige Kinos spielen heute über-

haupt noch Kinderfilme, da sich deren Vorführung kaum noch rentiert.

Und letztlich werden bestimmte Gruppen von Menschen in dieser Stadt von Kultur ausgeschlossen, dazu zählen besonders die Bewohner der Trabantenstädte, der Stadtteile mit hohem Ausländeranteil und dabei im Besonderen die Kinder und alten Leute. Um diese Ausgeschlossenheit zu mindern, haben wir uns gerade an diesen Plätzen zu Vorführungen entschlossen. Wenn Kinder bestimmte Kulturstätten in einer Großstadt wie Hamburg nicht erreichen können, dann muß die Kultur eben zu den Kindern kommen.

Wollt ihr mit eurem Projekt, soweit es sich als lebensfähig herausstellt für Neugründung von ortsnahen Lichtspielhäusern werben? Bislang konnten Stadtteilkinos der Monopolisierung der großen Kinos, die mit den neuesten und teuersten, meistens US-Filmen up to date sind, nicht standhalten. Zum Anderen entspricht es ja auch mehr der allgemeinen menschlichen Vereinsamung in dieser Gesellschaft, sich Zuhause vor die Glotz zu setzen. Dreht ihr da nicht die Zeit zurück?

Die Aktion des mobilen Kinderkinos ist kein Werbefeldzug für neue Stadtteilkinos, obwohl es sicherlich wünschenswert wäre, daß es in jedem Stadtteil genügend Kinos gäbe, die regelmäßig Kinderfilme abspielen.

Sicherlich wollen wir das Leben in den Stadtteilen beleben. Diese Form von Kino ist sehr kommunikativ und so kommen wir mit vielen Leuten die an diesen Plätzen wohnen ins Gespräch. Unser Hauptmotiv ist jedoch den Kindern qualitativ gute Filme nahezubringen.

Wir wollen keinen politischen Lehrfilm

Ihr wollt in die Arbeiterstadtteile gehen, in die sogenannten sozialen Brennpunkte. Ihr habt nur auch besondere Filme ausgesucht. Kinderfilme, in denen starke, mutige und freche Kinder eine Rolle spielen also Filme, die kreativ sind, die zum Träumen anregen. Wollt ihr mit diesen Filmen auch eine politische Botschaft vermitteln? Wollt ihr die Kinder mehr unterhalten oder ihnen politische Bildung vermitteln? Oder gar beides?

Die Bevölkerungsstruktur in den Stadtteilen, in denen wir das Kino machen, ist unterschiedlich. Da gibt es die eine Gruppe der Trabantenstädte, in denen überraschenderweise kaum ausländische Kinder anzutreffen sind. Und dann gibt es die typischen Arbeiterwohnbezirke, in denen heute bis zu 65 % ausländische Familien leben. Und in diesen Stadtteilen wollen wir für die Kinder Filme zeigen, in denen sie ihre Träume ausleben können, die sie vom Alltag wegführen und die trotzdem emanzipatorisch sind.

vom Alltag wegführen und die trotzdem emanzipatorisch sind.

Wir wollen keinen politischen Lehrfilm. Aber wir wollen den Kindern, die heute brutale und rassistische Kinofilme wie „Rambo“ und „Rocky“ und ähnliche Filme sehen, die auch von zehn- und zwölfjährigen Kindern besucht werden, ein spannendes und aufklärerisches Kino entgegen setzen.

Also saubere Leinwand? Wenn man es schon nicht für die Erwachsenen verbieten kann, dann doch wenigstens für die Kinder?

Nein, nein. Wir haben am Anfang dieses Kinoversuchs den Film „Jee im Harem des Archimedes“, der ab 16 freigegeben worden ist, in einer Großbauseldung vor 11 bis 15-jährigen Kindern gezeigt. In dem Film wird gefickt, geprügelt und geklaut, gibt es rassistische Annäherungen und Freundschaft. Und trotzdem zeigt der Film ein reales Abbild vom Leben Jugendlicher in einer Pariser Vorortssiedlung. Da haben sich die Kinder hier wiedergefunden. In dem Sinne ist das Zeigen dieser Filme politisch, als politische Arbeit mit Kindern würde ich das jedoch nicht bezeichnen.

Hafenstraße: Die Kinder sind betroffen, wissen aber von nichts

Dein zweites Projekt zielt ja aber gerade darauf ab, politische Erziehung mit Kindern mit den Mitteln des Filmes zu betreiben. Du machst einen Film mit Kindern aus der Umgebung der Hafenstraße über die dort besetzten Häuser. Du gehst aus von ihrer sichbaren Betroffenheit. Immerhin hatten die Kinder in der sogenannten heißen Phase der Hafenstraße, bei dem Barrikadenbau, ja gewohnheitsmäßig schulfrei. Ihr Mobiliar wurde „mit-

benutzt. Also du wählst den unmittelbar betroffenen Ansatz. Was willst du ihnen denn da klar machen?

Die Kinder sind zwar betroffen, wissen aber wieder mal von nichts. Klar machen will ich den Kindern, daß die Welt nicht so rosarot ist, wie es die Eltern ihnen vor dem Gute-Nachtschlaf weis machen wollen. Mit für diese Kinder (zehn bis elf Jahre alt) ungewöhnlichen Gerät, nämlich einer Videokamera, will ich die Hintergründe des Geschehens in der Hafenstraße von den Kindern selbst erarbeiten lassen.

Wie ist dir das gelungen? Wie reagieren die Kinder? Oft und gerne wurde in der linken Presse ja Fotos von Anwohnern veröffentlicht, die heißen Kaffee und Schmutzstullen zu den Besetzern brachten. Nun war das ja sicherlich, bedenke Frau das politische Klima in diesem Land, nur eine Reaktion der Anwohner, es gab und gibt sicherlich auch andere. Wie erfährt du die Widersprüche bei deiner Arbeit mit den Kindern?

Der Einstieg mit den Kindern war sehr einfach. Zumal es an sonstigen Freizeitangeboten in diesen Stadtteil mangelte. Darüber hinaus ist für Kinder die Arbeit mit einer Videokamera faszinierend. Das Thema habe ich jedoch — völlig unpädagogisch — festgelegt. Wir begannen die Arbeit mit den Kindern durch Befragung der Nachbarschaft. Die Kinder gingen selbstständig mit der Kamera in Läden etc. Dabei erfuhren sie unterschiedliche Reaktionen. Sie trafen auf Erwachsene, die Angst hatten, ihre Meinung zu sagen, z.B. weil sie Ladenbesitzer sind und Teile der Kundschaft nicht verlieren wollten. Sie trafen alte Leute, die nichts sagen wollten, weil sie in der Nachbarschaft der Hafenstraße wohnen, und schließlich trafen sie auf ihre Lehrer, die von der Schulbehörde einen Maulkorb verpaßt bekommen hatten.

Und dann trafen sie auf Menschen, die offen ihre Meinung sagten und das nicht immer nur zustimmend. Am beeindruckendsten für die Kinder war jedoch der Besuch bei den Leuten in der Hafenstraße. Völlig verwundert bestaunten sie den neu angelegte Ententeich, den Gänsekäfig, Uwes verträumten Bauwagen und die gezähnte Rute. Zum Abenteuer-Spielplatz entwickelte sich der Besuch, als die Kinder die Verbindungsbrücken zwischen den Häusern entdeckten, die Volksküche und das Riesenhochbett. Im direkten Gespräch mit Bewohnern, in denen diese die Fragen der Kinder offen beantworteten, lösten sich dann die Vorurteile der Kinder endgültig auf.

Du hast ja jahrelang in einem alternativen Kinderprojekt gearbeitet. Unter anderem zeichnet sich dieses Projekt ja dadurch aus, daß es politische Fragen mit den Kindern behandelt hat. Siehst du da einen Unterschied zu deiner jetzigen Arbeit mit Kindern? Habt ihr Kontakt zu den Eltern?

Die politische Arbeit mit Kindern im alternativen Projekt hat einen gesellschafts-verändernden Ansatz. Auf Grund der Bedingungen kann über Jahre eine kontinuierliche Arbeit geleistet werden. Das Projekt mit den Kindern über die Hafenstraße ist notwendig, und dennoch ein Versuch und zufällig, ohne die besetzten Häusern und meinen Bezug zum Kiez hätte es dieses Projekt nicht gegeben. In der Gruppe sind 5 türkische Kinder ein westdeutsches Kind und ein Kind polnischer Auswanderer. Es ist schwieriger, verglichen mit Kindern aus dem alternativen Kinderprojekt, politische Zusammenhänge deutlich zu machen. An dem Projekt arbeiten wir seit einem halben Jahr und die Kinderzahl hat sich in der Zeit von 14 auf die verbliebenen reduziert, die den Film aus auch mit Engagement fertig drehen wollen. Kontakt zu den Eltern haben wir nicht. Bei Schwierigkeiten der Kinder mit ihren Eltern setzen wir auf die Unterstützung der Lehrerin, um solche aus dem Weg zu räumen.

Unsere Förderer bekommen ein Filmprogramm, aber kein Wohlverhalten

Das Mobile Kinderkino wird mit Mitteln des Hamburger Filmbüros und der Kulturbehörde gesponsort. Ist es nicht so, daß ihr diesen Umstand bezahlt mit einem gewissen Wohlverhalten gegenüber euren Förderern, auch also darauf beschränkt, Filme zu zeigen, aber nicht den Finger auf die Wunde der insgesamt unzumutbare Freizeitsituation der Kinder insbesondere in den Ferien legt?

Es ist für mich keine Beschränkung, anspruchsvolle Filme zu zeigen. Ich will ja ausschließlich Filme zeigen bei diesem Projekt. Es reicht auch nicht aus, einen Finger auf die Wunde zu legen, es müssen viele Finger auf viele Wunden gelegt werden. Unsere Förderer bekommen ein Filmprogramm aber kein Wohlverhalten. Ich habe nicht vor, das kulturelle Angebot

Fortsetzung nächste Seite

Bist Du arm, kannst Du nicht verreisen

Die „großen Ferien“ sind vorbei. Viele Leser haben hoffentlich einen angenehmen Urlaub — je nach Sympathie in Libyen, Nicaragua auf der Krim oder anderswo — hinter sich. Dann gehören sie zu einer — wenn auch beachtlichen — Minderheit in der Bundesrepublik. Die meisten Menschen verreisen nicht — insbesondere deshalb nicht, weil ihnen dazu das nötige Geld fehlt.

Das Statistische Bundesamt führt da genau das Buch — alle drei Jahre auf Grundlage des „Mikrozensus“, einer Umfrage bei einigen Tausend Haushalten, die dann hochgerechnet wird. Diejenigen, die es dabei als „Auskunftspflichtige“ erwirbt, sind zur Beantwortung verpflichtet — wie bei der Volkszählung. Was die Urlaubsreisen angeht, hat das Bundesamt aber nach 1983 (direkt bezugnehmend auf das Urteil, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Volkszählung 1983 kassierte) die Antworten für freiwillig erklärt. Anzumerken bleibt, daß in die folgenden Zahlen

etwa 42% der Reisenden, Umgekehrt sieht es dann bei den Haushalten aus, die mit weniger als 2.000 DM auskommen müssen. Sie machen 27% der Haushalte aus, stellen aber nur etwa 21% der Reisenden.

1979 hatte sich das Hamburger Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen mit dem Ansinnen einer Sozialhilfsempfängerin, ihre drei Kinder auf Staatskosten nicht privat, aber mit dem Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg in Urlaub zu schicken. Die Richter nahmen die Zahlen der Statistiker, schlossen, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung nicht verreist und urteilten, daß dann Sozialhilfsempfängern auch nicht verreisen dürften — zumindest nicht mit Geld vom Sozialamt. Auch die „Erklärung der Rechts des Kindes“ durch Beschluß der 841. Vollversammlung der UNO vom 20.11. 1959 konnte das Gericht nicht umstimmen. Da heißt es unter anderem: „Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Woh-

ter anderem: „Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung... Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung.“ Das sei, so das Gericht, auch in den Großstädten mit ihren Freizeitangeboten möglich.

Aber wie sieht das konkret aus? Nehmen wir das Beispiel Hamburg: Da schlägt man/frau in den Sommerferien die Zeitung auf und erfährt ein tolles Ferienangebot für Kinder: Aktion auf dem Bauspielplatz, Wasserspiele bei Pflanzen und Blumen, Ponyreiten im Klövensteen oder Vorfahrt für Kinder, von 12.00-15.00 gehört das Schwimmbad uns. Und dann kann Kind sich noch den Ferienpaß besorgen. Nur sind dies eigentlich gar keine tollen Ferienangebote sondern Attraktionen, die zur Touristenwerbung der Weltstadt Hamburg gehören, also vom Stadthaushalt ohnehin bezahlt werden und für die Zuschauer umsonst sind. Eben auch außerhalb der Ferienzeit. Es täuscht weiter darüber hinweg, daß andere Aktivitäten, trotz Ferienpaß, Koble kosten. Insofern wundert es kaum, daß immer mehr Familien kein Geld für den Ferienpaß ausgeben. Diese anfänglich gute Idee, Kindern, die die Ferien in der Stadt verbringen müssen, mittels eines Passes freien/vorbilligen Eintritt bei verschiedenen Aktivitäten, hat entscheidend verloren, nachdem aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten der verbilligte Eintritt zu den Hamburger Schwimmbädern entfallen ist. Und einen täglichen Schwimmbadbesuch können sich viele Familien sicherlich auch nicht leisten, wenn man/frau bedenkt, daß über 26.000 Kinder und mehr als 4.500 Jugendliche in Hamburg zu Sozialhilfsempfängern gehören.

Die Suche nach Erholung in der Großstadt ohne Urlaub bleibt für viele Kinder armer Eltern ein erhebliches soziales Problem. Kapitalistischer Alltag.

worten für freiwillig erklärt. Anzumerken bleibt, daß in die folgenden Zahlen das Ergebnis des „Mikrozensus“ in Hamburg nicht eingegangen sind — aus „aufbereitungstechnischen Gründen“. Wie bei der Volkszählung waren die Zähler dort wohl wieder nicht rechtzeitig fertig.

Für das Ende der siebziger Jahre wurde ausgerechnet, daß 49,5% der Bevölkerung mindestens einmal im Jahr mehr als fünf Tage (zum Zweck der „Erholung“, so die Definition der Statistiker) verreist waren. Für 1983/84 (auf diesen Zeitraum beziehen sich die folgenden Angaben) nehmen die Statistiker an, daß sich nichts wesentliches geändert hat. Besonders reisefreudig waren dabei Angestellte und Beamte, die machen nur etwa 20% der Gesamtbevölkerung aus, stellen aber über 26% der Reisenden. Anders sieht es bei Arbeitern aus, Auszubildenden und logischerweise Landwirten, die ihre Kühle schlecht allein zu Hause lassen können. Der Anteil dieser Gruppen an den Reisenden ist geringer als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung.

Reisen kosten Geld und entsprechend können weniger Leute mit geringem Einkommen verreisen. Original-Ton des Statistischen Bundesamtes: „Die Ergebnissgliederung nach dem (monatlichen) Haushaltseinkommen zeigt, daß im Berichtszeitraum die Reisenden mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 bis 4.000 DM den größten Anteil an allen Reisenden ausmachen. An zweiter Stelle standen Bezieher von Einkommen von 2.000 bis unter 2.500 DM, gefolgt von der Haushaltseinkommensgruppe 2.500 bis 3.000 DM.“ (Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1987, S. 635 f.) Den Einkommensgruppen über 3.000 DM netto sind etwa 33% der Haushalte in der Bundesrepublik zuzuordnen. Sie stellen aber

MOBILES KINDER KINO HAMBURG '88

STADT	PLATZ	7.7.	21.7.	4.8.
ALTONA	Kanal-Altun-Platz	8.7.	22.7.	5.8.
EMSBÜTTEL	Siedlung Lenzweg	14.7.	28.7.	11.8.
OSDORF	Bornpark	15.7.	29.7.	12.8.

Eintritt 3,- DM
Filmschulung jeweils 10.00 Uhr und 18.00 Uhr
Kassiererin: T. H. H. H.

Fortsetzung von vorheriger Seite

zum 800. Hafengeburtstag zu erweitern, selbst wenn dort sehr viel Geld zu verdienen ist.

Täuscht das Mobile Kinderkino nicht dennoch über die wirkliche Feriensituation der Hamburger Kinder hinweg? Da kommst du nun und sagst, leider kann ich euch keinen Strand am Mittelmeer bieten, die Nordsee verbietet sich wegen der sterbenden Seehunde, eine Eintrittskarte zum Nulltarif fürs Chlorwasserschwimmbad in der Stadt kann ich euch auch nicht liefern, aber Kinderkino auf dem Marktplatz, Sozialarbeit im schlechten Sinne als Flickschusterei?

Das Mobile Kinderkino kann sicherlich nicht die Feriensituation der Hamburger Kinder retten. Es ist jedoch feststellbar, daß Ferienangebote, die gemacht werden, nur eine bestimmte Gruppe von Kindern erreichen. Viele Ferienangebote werden eben nur dort gemacht, wo auch touristische Attraktionen zu finden sind. Dem wollten wir etwas entgegen setzen und sind in die Stadtteile gefahren wo Kinder von Ferienangeboten ausgeschlossen werden.

Ich sehe diese Form von Kino nicht als Flickschusterei sondern als einen Anfang einer kulturellen Arbeit an. Es ist mir schon klar, daß die politischen Mißstände und die daraus resultierenden Notwendigkeiten von einem Mobilem Kinderkino nicht abgedeckt werden. Trotzdem haben auch Kinder das Recht, sich mit unterschiedlichen Kulturformen auseinanderzusetzen zu können.

Also läßt sich Kinderkino und politische Agitation nicht miteinander vereinbaren?

Kino ist an sich ja schon Öffentlichkeitsarbeit. Es werden natürlich über die Filme politische Inhalte vermittelt. Insofern werden ja auch die Kinder zur Auseinandersetzung mit sich und ihrer Umwelt herausgefordert.

Fortschrittliche Inhalte im Film — ja, aber keinen Finger auf die Wunde „Feriensituation“.

Darum geht es mir auch gar nicht.

Du tanzt nur einen Sommer lang?

Im Pantotheatrum gibt es längst „Sie tanzen nur einen Sommer lang“, gilt das auch für euer Projekt? Linker Sozialarbeit wird häufiger vorgeworfen, Kinder sehr schnell für etwas begeistern zu können, sie dann aber auch genauso schnell wieder im Regen stehen zu lassen. Welche Perspektiven über den Sommer hinaus hat denn dein Projekt?

Ein Projekt wie das mobile Kinderkino hängt in der jetzigen Form sicherlich von einer entsprechenden Finanzierung ab. Es ist bereits weitgehend sichergestellt, daß das Projekt auch im nächsten Sommer über die Bühne geht. Übers Jahr werden jedoch Kinderfilme in der Theke, dem Medienzentrum weiter gezeigt.

daß das Projekt auch im nächsten Sommer über die Bühne geht. Übers Jahr werden jedoch Kinderfilme in der Theke, dem Medienzentrum weiter gezeigt.

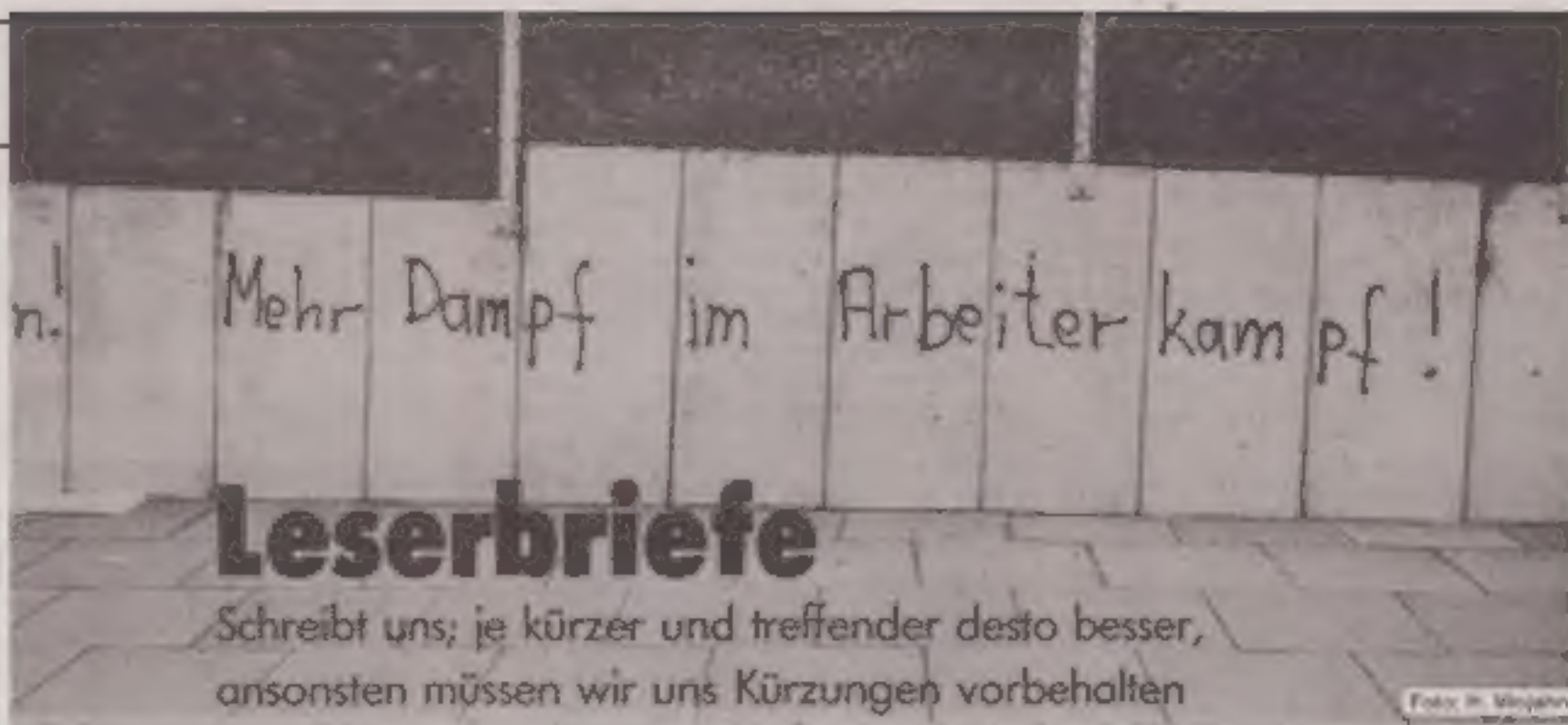
Und du meinst, die Kinder aus dem Trabantenviertel kommen zu dir in dein Kino?

Natürlich nicht. Aber die Kinder aus unserem Stadtteil kommen

Danke! Und viel Erfolg bei Deinen weiteren Projekten.



Jens Huckerriede ist Mitarbeiter des Medienzentrums „die Theke“. Neben dem Kinderkino arbeitet er gegenwärtig an einem zusammen mit Kindern aus der Umgebung gedrehten Film über die Hafenstraße. Für Nachahmer des Projektes „Kinderkino“ gibt er Tips: „Ein Kinderkino muß ja nicht so aufwendig sein wie in diesem Fall. Es reicht ein 16-mm-Projektor (der in Medienzentren ausgeliehen werden kann), eine Leinwand und ein Raum von 30 qm Größe. Kinderfilme können bei den unterschiedlichen Verleihern bestellt werden.“



Vorschneller Nachruf

Betr.: Meldung zur ISP im AK 297

Liebe KB-Genossen, euer Aktivismus in der schnellebigen Welt des Journalismus und die Jagd nach news in Ehren. Warum ihr allerdings als Totengräber hinsichtlich der Initiative Sozialistische Politik (ISP) so eifrig seid und nun bereits zum dritten Mal im Arbeiterkampf die Falschmeldung verbreitet, wir seien kaputt oder hätten uns aufgelöst, will uns nicht recht in den Kopf. Habt ihr uns denn kein bißchen mehr lieb; das würde uns als Grüne aber echt betreffen machen.

Zur Aufhellung des Mißverständnisses. Die aus der Gruppe Z und anderen Zusammenhängen hervorgegangene Strömung um die Zeitschrift MOZ war in Vereinsform als ISP organisiert. Der Verein ISP blieb auch nach Einstellung der MOZ im Herbst 1984 bestehen und gab einen Rundbrief namens „Turbulenzen“ in Magazinform heraus; die letzte Ausgabe mit immerhin 60 Seiten erschien erst Anfang Juni 1988. Im Editorial dieses Heftes machten die fünf ISP-Leute, die die Endredaktion besorgten, den Vorschlag:

1. eine Art „marxistische Konferenz“ mit allen interessierten Organisationen, Zeitschriftenprojekten und Einzelkämpfern für Anfang 1989 einzuberufen und vorab ein vorbereitendes Treffen im September anzuberaumen. Da auf unser Ansprechen an zehn Gruppen/Zeitschriften und mehrere „Persönlichkeiten“ überhaupt nur drei Reaktionen erfolgten — Interessensbekundungen vom KB, der IMK/Marxistische Kritik Nürnberg und der Gruppe Selbstverwaltung Frankfurt — sahen wir uns veranlaßt, die Veranstaltung „mangels Masse“ vorerst abzublasen.

2. die „Turbulenzen“ in der bisherigen Form einzustellen. Von einer Auflösung der ISP als organisierter Linkszusammenhang in den Grünen ist an keiner Stelle des Editorials die Rede. Gesagt wird dort lediglich, daß „der Versuch der ISP gescheitert ist, mittels eines gebührenden redaktionellen und finanziellen Kräfteaufwandes zur Erneuerung eines autonomen

linken Organisationszusammenhangs in den Grünen beizutragen“. Diese Äußerung ist aber erkennbar als Privatmeinung der Endredaktionsmenschen ausgewiesen. Ob sich im Zuge von Umgruppierungen noch bestehender linker Zusammenhänge in den Grünen die ISP auflösen wird oder nicht und ob die „Turbulenzen“ eingestellt, weitergemacht wie bisher oder konzeptionell verändert werden — darüber kann letztlich nur eine ISP-Mitgliederversammlung entscheiden.

Greift also bitte dieser Entscheidung nicht durch vorschnelle Nachrufe vorweg, denn noch erfreuen wir uns leidlicher Gesundheit und sind ja immerhin einer der wenigen noch bestehenden linken Organisationszusammenhänge in der grünen Partei. In Wertschätzung der von euch KBlern mit der Publizistik des Arbeiterkampfes geleisteten politischen Arbeit werdet ihr auf jeden Fall auf dem laufenden gehalten und garantiert die ersten sein, die von einer etwaigen Auflösung unseres Vereins erfahren P.S.: Wie wäre es, wenn ihr als Zeichen aufrichtiger Reue und als greifbaren Lebendigkeitsbeweis der ISP kostenlos unseren „Turbulenzen“-Bestellcoupon abdrucktet?

ISP-Vorstand

Was hiermit geschieht:

Erhältlich und:

Textreder der Ökosozialisten 1986

(3 DM);

Turbulenzen, Rundbrief der ISP 3/86

(Schwerpunkt: Thesen der GIM-Fraktion;

2,50 DM);

Turbulenzen 4/87 (Grüne nach der Bundes-

tagswahl; 3 DM);

Turbulenzen 5/87 (70 Jahre Oktoberre-

volution);

Turbulenzen 6/87 (Hamburg-Wahl;

3 DM);

Turbulenzen 7/88 (Frankreich; 3 DM);

Turbulenzen 8/88 (Staat und Gewalt;

5 DM).

Jeweils plus 1,50 DM Porto.

Bestellungen an:

ISP, c/o Carol Greiner-Mai,

Löwenstraße 5b, 2000 Hamburg 20

Letzter Versuch?

Betr.: Andere Linke

Stachlig soll's nach dem Willen der Demokratischen Sozialisten (DS) in Zukunft zugehen. Die DS — 82er Linksabspaltung der SPD und nach ihrer Beteiligung am „Friedenslisten“ (FL)-Debakel mehr oder weniger in der Versenkung verschwunden — versucht sich noch einmal publizistisch mit „Der Stachel“.

Zumal: die letzten Bündnisoptionen der DS sind gestorben — ein Zusammengehen mit der VSP fand keine Mehrheit, eine Minderheit von FL-Befürwortern ist atomisiert. Deren letzte Exponenten K.H. Hansen als Quasi-Mentor der FL und P. Bröhl als deren Geschäftsführer gehören schon lange nicht mehr der DS an und steuern den verfahrenen FL-Karren zwangsläufig und vollends in den Bündnisumpf von DKP-Apparat bzw. DFU. Erleichtert wird's ihnen durch den kontinuierlichen Abgang einiger innovativer Kräfte; den letzten organisierten Linken in der Bonner FL-Zentrale will man zum Jahresende loswerden.

Sei es, VSP und FL scheinen mehrheitlich kein Thema mehr zu sein; mensch besinnt sich auf die — wenn auch geringen — eigenen lokalen Kräfte. Eine (bundesweite, vierteljährliche?) Zeitung mit einem einheitlichen „Mantel“ und je eigenen beigelegten Lokalausgaben soll gemacht werden.

Geht es nach den Verfassern im September-Rundbrief der DS, so will man mit der Zeitung „... für uns werben und unsere Positionen bekannter machen ...“. Ähnliches hat schon der selbige KBW mit seiner „KVZ“ nebst allerlei Beilagen und dem zu erwartenden Erfolg versucht.

Ein „bundesweites“ Blatt hingegen, mehrmals jährlich in vergleichsweise hoher Auflage durch autonome Gruppen lokal verteilt und mit der Möglichkeit auch für andere Linke, mit und in dem Blatt in das politische Geschehen einzugreifen, wäre schon etwas anderes.

f.v.

SCHWARZER FADEN

Vierteljahrschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.



(Auszugsweise) Inhalt von Nr.28

★ Der Fall Kedichem — Politik und Panik holländische Autonomie zu einer Antifa-Aktion

★ Nationalrevolutionäre gescheitert? von Jorge Garcia

★ Beitrag zum Selbstverständnis (unserem?) von Winfried Reabs

★ Utopie der Ökonomie von Luciano Lanza

★ Geschichte der Wobblies II von Jörg Auberg

★ A-Press: Die Befreiung von Holger Jönich

★ Medienkritik von Jörg Auberg

★ Filmkritik von Herby Sachs

★ Čapek — Graphiken gegen den Faschismus von Ulrich Grootmann

★ Fortsetzung der Diskussionen um Amnestie und Arbeit u.v.a.

Einzelnummer: 8,-DM

SF-Abonnement: 20,-DM

Sondernummer ARBEIT: 5,-DM

Sondernummer FEMINISMUS: 8,-DM

Sonderdruck: SF 0-12: 10,-DM

Redaktion Schwarzer Faden

Postfach 1150

7043 Grafenau-1

ÖKO - KULTURELLER GEWERBEHOF

ÖKO - KULTURELLER GEWERBEHOF



Die Bourgeoisie mit dem Geldsack gelockt ÖKG statt KBW

Mainzer Landstraße 147 in Frankfurt? Richtig, das KBW-Hochhaus, vor zehn Jahren mit viel Geld von Organisations-Mitgliedern und in fleißiger Nacharbeit zur Zentrale ausgebaut, von der aus der Kampf gegen das herrschende System organisiert, die Bourgeoisie mit dem Geldsack erschlagen werden sollte, wie Joscha Schmieder (oder war's Fochler?) erklärte.

Der KBW ist seit 1983 auch offiziell hin, die Nachfolge am Geldhahn hat ein Verein Assoziation angetreten, Geschäftsführer ist Gerd Heinemann, Mitherausgeber und wie Schmieder Redakteur der „Kommune“. In den letzten Jahren eingekreist von der Commerzbank, die ringsherum die Grundstücke eingekauft hat und das KBW-Haus ins Visier nahm, haben Verein Assoziation und Mieter der Mainzer Landstraße zum großen Sprung nach vorn angesetzt: Man will das Angebot der Bank, auf einem Gelände am Westbahnhof in der Kasseler Straße ein neues Gebäude zu errichten, annehmen. Den Umzug zählt vermutlich die Bank, das Gelände ist 1000 qm größer und — wenn die Commerzbank mitzieht — wird ein Gebäude errichtet nach modernsten ökologischen Erkenntnissen, mit Glasvorbauten, Wandelgängen, Galerien, Terrassen und Stegen, großen Fest- und Veranstaltungsräumen, Bistro, Kantinen, Praxen, Büros.

Der nach einem Architektenentwurf vorgestellte „Öko-Kulturelle Gewerbehof“ dürfte — entsprechend Schmieders altem KBW-Steckenpferd — vor allem den neuen Mittelschichten offenstehen. Unter Frankfurter Yuppies geistert der Spruch ÖKG statt KBW. Die Bourgeoisie lebt und der Geldsack soll dem Vernehmen nach prall geworden sein.

und DDR Zeitschrift der

und DDR Zeitschrift der

LATEINAMERIKA Informationsstelle Lateinamerika

118 Sept. 88

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Gert Eisenbürger
Diplomatie und Solidarität
Schwerpunkte des
Lateinamerika-Engagements der DDR

Hans-Joachim Spanger
Erniedrigende Bilanz
Auch die DDR-Entwicklungspolitik zeitig
wenig Erfolge

Adele Schmidt
Der kleine „Globalproletarier“
Entwicklungstheoretische Diskussion
in der DDR

Beate Rütger
Mathematik und Sexualerziehung
Kooperation Kuba-DDR im Bildungs-
und Ausbildungsbereich

Juanita Vargas
„Nicht über sich selbst
entscheiden dürfen“
Exil in der DDR

Solidarität vor Ort
DDR-Projekte in Nicaragua

Hans-Georg Koll
Ähnliche Schwerpunkte wie bei uns
Die „Zweidrittel-Welt“
Solidaritätsbewegung in der DDR

B. Koll
Keine Vermarktung des Elends
Lateinamerika in den Medien der DDR

Hermann Herlinghaus Jr.
Wachsendes Interesse
Lateinamerikanische Literatur in der DDR
Enrique Buenaventura
Der Einfluß von Brecht
in Lateinamerika

Tina Jernan
„Und weil der Mensch
ein Mensch ist ...“
18. Festival des politischen Liedes,
Berlin '88

Britische sein zwischen den Kulturen
Interview mit der Publizistin
Christiane Borchhausen

Einzelpreis DM 3,50 • Jahresabo DM 35,-



eine IWF-Veranstaltung einladen. Das ging Ludger Wolmer gegen die Hutschnur. „Wie Du weißt, arbeite ich seit 1983 systematisch an dem Thema (...) Seit Wochen versuche ich den DGB zu einer Stellungnahme zu provozieren. Auch sind mir die speziellen Argumentationen geläufig, mit denen die DGB-Funktionäre zu konfrontieren wären. Nicht zuletzt finde ich es ziemlich blöde, wenn man von einer zur nächsten Kleinveranstaltung über Land tingelt, um die Leute nach Berlin zu mobilisieren, die wenigen High Lights einem dann von Kollegen vor der Nase weggeschnappt werden.“ Schweren Herzens räumte Thomas Ebermann das Feld, obwohl er „seit 1969 systematisch daran arbeitet, nie wieder von einer zur nächsten Kleinveranstaltung tingeln zu müssen, sondern als Mittelpunkt der wenigen High Lights ganz groß rauszukommen.“ Er zitiert Ludger Wolmers Bewerbung für die grüne Bundestagskandidatur, in der dieser seine nationalen wie internationalen Verdienste für die Entwicklungspolitik der Partei rühmte und endet: „Ich fasse zusammen: Du bist ein Mann der zöhen, stillen Kleinarbeit; neigt dazu, dein Licht unter den Scheffel zu stellen — klassischer Garant für Kleinveranstaltungen. (...) Eine groß bei nächster Gelegenheit Fidel Castro und den mexikanischen Zentralbankchef von mir, letzteren kannst du vielleicht mal fragen, wie hoch mein Dispo in seinem Laden wäre; ich hab da nämlich Differenzen mit dem Sparkassen-Filialleiter bei uns in der Emsbüttler Chaussee. (...) P.S.: Ich hätte sowieso nicht gekommt, ich bin an dem Tag zusammen mit Tina Turner beim Papst.“

Wie gesagt, das Flügelklima ist besser geworden. Thomas Ebermann gewann in solidarischer Abstimmung gegen Bärbel Rust das Match um die Abschlusssprecherin der Haushaltsdebatte des Bundestags. Dabei brachte er auch Hamburger Belange ein: „Fünf Redner der FDP, sieben der CDU und sechs der SPD haben sich einem Thema gewidmet, zu dem die Grünen geschwiegen haben, und das muß ich ausbügeln: dem Abtritt von Hans Apel. Wir müssen endlich lernen, auf der Höhe der Debatte zu sein. Derwegen möchte ich ganz klar sagen: Ich bin fix und fertig, daß es Hans Apel als finanzpolitischen Sprecher der SPD nicht mehr gibt. Ich bin fix und fertig, daß es ihn als Bundestagskandidaten in Hamburg nicht mehr gibt. Denn wenn man in Hamburg als Grüner kandidieren und zu Podiumsdiskussionen muß, dann ist ein geflügeltes Wort unter uns Kandidaten: „Kannst du heute Hans Apel abducken, oder mußt du dich mit Freimut Duve rumquälen?“ (Heiterkeit) Das ist nun vorbei. Die schöne Erinnerung an die Zeit von Helmut Schmidt und Hans Apel verblaßt immer mehr.“ Wenn er das man nicht irrt. Noch ist Hans Apel als neuer Vereinspräsident des FC St. Pauli nicht aus dem Rennen.

li nicht aus dem Rennen.

Ende August erfahren wir von Willi Hoss, was ihm Björn Engholm Ende Juli auf sein Glückwunsch-Telegramm von Ende Mai (auch ich hätte SPD statt Grüne Fundis gewählt) zum Wahlsieg in Schleswig-Holstein geschrieben hat: „Lieber Herr Hoss, wenn auch etwas verspätet, so möchte ich mich doch herzlich bei Ihnen für die Glückwünsche bedanken, die Sie mir anlässlich der Wahl in Schleswig-Holstein ausgesprochen haben. In der Tat ist der Kurs der Grünen in Schleswig-Holstein bei den letzten Landtagswahlen nicht dazu angehen gewesen, sich auf vielen Gebieten fundiert politisch auseinanderzusetzen. Zu sehr dahergesagt waren viele Forderungen, zu wenig fundiert manche Angriffe, die auch gegen meine Partei gelaufen sind. Wir fühlen sehr deutlich, welches Vertrauen dieser neuen Landesregierung entgegengebracht wird und wie hoch die Erwartungen sind. Dies verpflichtet uns. Wir werden uns mit Behutsamkeit, Beharrlichkeit und Bescheidenheit ans Werk machen. Ich bin zuversichtlich, daß wir für die nächsten Jahre in Schleswig-Holstein eine Politik gestalten können, die auch im Sinne derjenigen ist, deren Herz eher grün schlägt, die sich dieses Mal jedoch für die Unterstützung meiner Partei entschieden haben. Mit herzlichen Grüßen, Björn Engholm.“ Willi war sehr gerührt.

Wer kennt schon Dr. Alfred Mechterschheimers konsequenten alternativen Verteidigungskampf? Wenn nicht alles glückt, hat er den noch armsifrischen Rupert Scholz bald geschafft, die Rücktrittsfordernngen häufen sich. Unbemerkt von der Öffentlichkeit blieb Mechterschheimers Vorstoß, mitten in der Sommerpause seine urlaubenden Kolleginnen aller Fraktionen zu einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses zusammenzutrommeln. Gefährdet waren nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch das „Prinzip der parlamentarischen Kontrolle“, weil Scholz putschartig die vorzeitige Pensionierung von Generälen und Admirälen vorgenommen hatte.

Grünes Flügelschlagen, erklärte der Fraktionsvorstand, sei vorbei. Thomas Ebermann scheint das noch nicht mitbekommen zu haben. Da läßt er sich einfach vom Westberliner DGB als Diskutant für

Highlights der Grünen

Die Grünen? Jeder kennt sie. Doch was machen die eigentlich den ganzen Tag in Bonn? Viel hört man nicht von ihnen. Pennen die 150 Leute aus dem Bonner Apparat, machen die Abgeordneten nur Reisen und Urlaub, wird in Bonn nur geseffen und gefressen? Fragen über Fragen, die sich die grüne Basis stellt. Ein Blick hinter die Kulissen schockiert: Da produzieren die Grünen in mühsamster Kleinarbeit Presseerklärungen den laufenden Kilometer; 820 nummerierte waren es in diesem Jahr bereits, zahllose unnummerierte nicht hinzugezählt. Und das Einzeltliche, kaum ein Schwein registriert die Arbeit, in der Tag für Tag, ein ums andere mal enthält wird, daß wir in Bonn von einer Bunde unfähiger, desolater und rückwärtsreifer Idioten, Regierung genannt, geführt werden.

Der AK als alternatives Gegenmacht-Organ gegen die bürgerliche Schmierpresse von WELT bis GELT, von FAZ bis taz, macht dieses Schweigen nicht mit. Wir lassen die Grünen zu Wort kommen, wie sie leben, wie sie sind, unverfälscht.

Im Juli ist aus dem Büro von Petra K. Kelly zu erfahren, was irgendwo sonst zu lesen war: „Petra K. Kelly, MdB DIE GRÜNEN, ist von der Ghandi-Foundation in London gebeten worden, den diesjährigen Ghandi-Stiftungs-Vortrag in London im Oktober zu halten. Petra K. Kelly wird über gewaltfreie Politik, Zivilen Ungehorsam und über die Relevanz der Philosophie Mahatma Ghandis im Atomzeitalter referieren. Petra K. Kelly ist das erste Bundestagsmitglied, dem diese Ehre zuteil wurde.“

Wer wollte beispielsweise bislang, daß Trude Unruh anarchistische Neigungen hat? In einer ihrer zahllosen Attacken auf den Bonner und sonstigen Beamtenapparat ließ sie melden: „Trude Unruh ermahnt Bundeskanzler Helmut Kohl“. So weit, so erlaubt. Aber dann: „Die Beamtenfraktion im Bundestag arbeitet fast nur noch ihren eigenen unkündbaren Verwaltungskollegen zu, Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung werden mehr und mehr zum Argernis. Also schaffen wir am besten die Beamten ganz ab und entwickeln uns zu einer Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgeht.“ Bisher hat der Bundestag darauf noch nicht reagiert.

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Allgemeinen beziehen,

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Forderungabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Forderungabo DM 100,—
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 10 0 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

Absender:

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4

2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

INHALT

aktuell

Statt Beweise nur noch Glaubwürdigkeitsvermutungen	2
Ulla Penselin frei, Ingrid Strobl weiter in Haft	2
Gnade, Amnestie, Recht	3
IWF: Bankentwurf in der Frontstadt	12
Memmingen belagert	12

Anti-AKW

Herbstaktionen '88 gegen den Atomstall	7
„Schwarzer Peter“ — Spiel um Brokdorf	7

Antifa

Göttinger Antifa-Bündnis: „Alle werden fallen?“	12
---	----

Asien

Nordkorea — Halbte Wahrheit, museale Realitäten	22
Korea: Altes Gepäck — vorolympisch geschnürt	23
Durchbruch bei den Nord-Süd-Gesprächen?	24
Südkorea: Olympialand — Modellland?	24
Zwischen olympischem Frieden und spartanischer Waffenschau	24

Ausländer in der BRD

Ausländerrecht: Ein neues Dokument des Rassismus	8
--	---

Europa

Eine neue Phase im irischen Krieg	13
-----------------------------------	----

Genetechnologie

Genetech: Herbstvorlese	26
Vergewaltigungsopfer sollen genetischen Fingerabdruck rechtfertigen	27

Gewerkschaft

Göttingen: Wegen linker Bündnisse im Kreuzfeuer der Rechten	12
---	----

Grüne

Grün und gesamtdeutsch in die UN-Truppe	11
Das Ende einer grünen Karriere	12
Bremerhavener GRÜNEN-Sprecher zurückgetreten	17

Imperialismus

Internationale Schuldenkrise: Die Gähnbigerposition der BRD	4
Schuldenkrise und sozialer Krieg	5
Deutsches Militär für den Frieden?	10
Zur Debatte um die deutschen Blauhelme	10

Jugend

Arbeitsdienst '88	9
Summer in the City — Kinder im Sommer in der Großstadt	42

Lateinamerika

Chile: Plebiszit — Plebiszirkus	14
---------------------------------	----

Linke

Linke	
„Verräter“! Die Starthahnbewegung hat eine neue Diskussion	28
Das Symbol Palästina	29
Warum die Hafenstraße eine Parole braucht	29
Der Hort des Antisemitismus	29
Zur Diskussion um die Hafenstraßenparole	29
Amnestie-Debatte im „Pflasterstrand“	30
NS-Mann leimt KBW-Redakteur	30
Und immer noch kein Staatsfreund	31
Interview mit Johannes Agnoli, FU Westberlin	31
Linke deutscher Herkunft	32
Revisionismuskritik VI: Liniensreit in der DKP	33
Die Gedanken sind los in der DKP	35
Dokumentation: Einschätzung und Vorschläge	36
Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP	36
Italienischer Historikerstreit: Togliatti und Gramsci — der „Henker“ und sein Opfer?	39

Nahost

„Keine Gnade für die Verräter“	15
Mit Giftgas und Massaker gegen die Kurden	16
Türkei: Ein Aufsatzen der Arbeiterbewegung	18
West Bank Data Project — Eine Studie über die Folgen der israelischen Besetzung	20
Israelische Optionen für die besetzten Gebiete	20
Diskriminierung, Rassismus, Ausweisung und Folter	21
Vortrag der jüdisch-israelischen Rechtsanwältin Lea Thamel	21

Parteien

SPD: Bonner Friedensappell '88	11
SPD und Gewerkschaften: Oskar spritzt mit Fett	27

Realer Sozialismus

Viel Lärm um wenig — Ein Nachtrag zur 19. Parteikonferenz der KPdSU	35
„Gewogen und für zu leicht befunden“ — Stimmen aus der DDR-Opposition zu den Januar-Ereignissen	40